Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages

der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abgehalten zu Gotha

vom 11. bis 16. Oktober 1896.

Preis 30 Pfennig.

Berlin 1896.
Verlag: Expedition der Buchhandlung Vorwärts
(Th. Glocke in Berlin).

Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages

der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abgehalten zu Gotha
vom 11. bis 16. Oktober 1896.

Berlin 1896.
Verlag: Expedition der Buchhandlung Vorwärts
(Th. Glocke in Berlin).

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist nothwendiger Weise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesammtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnothwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklassen sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den andern Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig betheiligt sind. In dieser Erkenntniß fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht blos die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlsystem; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueintheilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.
3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachtheiligen.
6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.

7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurtheilter. Abschaffung der Todesstrafe.
9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Todtenbestattung.
10. Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirthschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
   a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstages.
   b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
   c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
   d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
   e) Verbot des Trucksystems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Rechtliche Gleichstellung der landwirthschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Uebernahme der gesammten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

Organisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

beschlossen auf dem Parteitag zu Halle 1890.

---

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei nach Kräften unterstützt.

§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder wer sich ehrloser Handlungen schuldig gemacht hat.

Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Orte oder Reichstagswahlkreise.

Gegen die Entscheidungen steht den Betroffenen die Berufung an die Parteileitung und dem Parteitage zu.

Vertrauenspersonen.

§ 3. Die Parteigenossen in den einzelnen Reichstagswahlkreisen wählen in öffentlichen Versammlungen zur Wahrnehmung der Parteiinteressen eine oder mehrere Vertrauenspersonen. Die Art der Wahl dieser Vertrauenspersonen ist Sache der in den einzelnen Kreisen wohnenden Genossen.

§ 4. Die Wahl der Vertrauenspersonen erfolgt alljährlich und zwar im Anschluß an den voraufgegangenen Parteitag.

Die Vertrauenspersonen haben ihre Wahl mit Angabe ihrer genauen Adresse sofort der Parteileitung mitzutheilen.

§ 5. Tritt eine Vertrauensperson zurück oder tritt sonstwie eine Vakanz ein, so haben die Parteigenossen umgehend eine Neuwahl vorzunehmen und davon entsprechend § 4 Absatz 2 der Parteileitung Mittheilung zu machen.

§ 6. Da wo aus gesetzlichen Gründen die in den vorstehenden Paragraphen gegebenen Vorschriften unausführbar sind, haben die Parteigenossen den örtlichen Verhältnissen entsprechende Einrichtungen zu treffen.

Parteitag.

§ 7. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von der Parteileitung einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, so hat die Parteileitung mit der Reichstagsvertretung hierüber sich zu verständigen.

§ 8. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das offizielle Parteiorgan mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitages ist mindestens drei Mal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind bei der Parteileitung einzureichen, die dieselben spätestens 10 Tage vor der Abhaltung des Parteitages durch das offizielle Parteiorgan bekannt zu geben hat.

§ 9. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei.

Zur Theilnahme an demselben sind berechtigt:

1. die Delegirten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen, mit der Einschränkung, daß in der Regel kein Wahlkreis durch mehr als drei Personen vertreten sein darf.

   Insoweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden.
2. die Mitglieder der Reichstagsfraktion.
3. die Mitglieder der Parteileitung.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion und der Parteileitung haben in allen die parlamentarische und die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur berathende Stimme.

Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Theilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

§ 10. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme des Berichts über die Geschäftsthätigkeit der Parteileitung und über die parlamentarische Thätigkeit der Abgeordneten.
2. Die Bestimmung des Orts, an welchem die Parteileitung ihren Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl der Parteileitung.
4. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 11. Ein außerordentlicher Parteitag kann einberufen werden:

1. durch die Parteileitung;
2. auf Antrag der Reichstagsfraktion;
3. auf Antrag von mindestens 15 Wahlkreisen.

Falls die Parteileitung sich weigert, einem Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitages stattzugeben, so ist derselbe durch die Reichstagsfraktion einzuberufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 12. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das offizielle Parteiorgan in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung erfolgen.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 7 Tage vor der Abhaltung des Parteitages im offiziellen Parteiorgan zu veröffentlichen.

Im Uebrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§§ 8—10).

Parteileitung.

§ 13. Die Parteileitung besteht aus 12 Personen, und zwar aus 2 Vorsitzenden, 2 Schriftführern, 1 Kassirer und 7 Kontrolleuren.

Die Wahl der Parteileitung erfolgt durch den Parteitag mittelst Stimmzettel

Nach erfolgter Wahl hat die Parteileitung ihre Konstituirung vorzunehmen und dieselbe im offiziellen Parteiorgan bekannt zu machen.

Die Parteileitung verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

§ 14. Die Mitglieder der Parteileitung können für ihre Thätigkeit eine Besoldung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt.

§ 15. Die Parteileitung besorgt die Parteigeschäfte, kontrollirt die prinzipielle Haltung der Parteiorgane, beruft die Parteitage und erstattet auf denselben über ihre Thätigkeit Bericht.

§ 16. Scheidet einer der Vorsitzenden, Schriftführer oder der Kassirer aus, so ist die Vakanz durch eine von den Kontrolleuren vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

Partei-Organ.

§ 17. Zum offiziellen Parteiorgan wird das „Berliner Volksblatt" bestimmt. Dasselbe erhält vom 1. Januar 1891 ab den Titel:

„Vorwärts"
Berliner Volksblatt.
Zentral-Organ der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Alle offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Theils zu veröffentlichen.

Abänderung der Organisation.

§ 18. Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden, doch muß die absolute Mehrheit der anwesenden Vertreter sich dafür erklären.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur berathen werden, wenn sie innerhalb der Fristen, welche die §§ 8 und 12 vorschreiben, zur öffentlichen Kenntniß der Parteigenossen gelangten.

Eine Abweichung von der letzteren Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens $^3/_4$ der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.



Tages-Ordnung des Parteitages:

Sonntag, den 11. Oktober 1896, Abends 7 Uhr.

Vorversammlung.

Konstituirung des Parteitages.
Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung.
Wahl einer Kommission für die Prüfung der Vollmachten.

Montag, den 12. Oktober 1896 und die folgenden Tage:

1. Bericht des geschäftsführenden Ausschusses. Berichterstatter W. Pfannkuch.
2. Bericht über die stattgefundene Kontrolle. Berichterstatter H. Meister.
3. Berichterstattung über die parlamentarische Thätigkeit. Referent M. Schippel.
4. Der Arbeiterschutz. Referent E. Wurm.
5. Die Maifeier 1897. Berichterstatter A. Gerisch.
6. Berichterstattung vom internationalen Arbeiter- und Gewerkschaftskongreß. Berichterstatter A. Bebel.
7. Die Frauenagitation. Berichterstatterin Frau Clara Zetkin.
8. Organisation. Berichterstatter J. Auer.
9. Das Proportionalwahlsystem. Berichterstatter Dr. Lütgenau.
10. Anträge zum Partei-Programm und Organisation.
11. Sonstige Anträge.
12. Wahl der Parteileitung.

Sitzungszeit des Parteitages:
Vormittags 9—1 Uhr, Nachmittags 3—7 Uhr.

Bureau des Parteitages.

Vorsitzende:

Bock, Gotha. — Singer, Berlin.

Schriftführer:

Arons, Berlin.
Fräul. Baader, Berlin.
Bömelburg, Hamburg.
Bruhns, Breslau.
Hülle, Erfurt.
Lesche, Altona.
Leven, Gera.
Mattutat, Augsburg.
Röhn, Berlin.

Mandats-Prüfungs- und Neuner-Kommission:

Agster, Stuttgart.
Antrick, Berlin.
Blos, Stuttgart.
Ehrhardt, Ludwigshafen.
Hug, Bant.
Frau Kähler, Wandsbeck.
Schmitt, München.
Schumann, Bielefeld.
Wehder, Sonneberg.

Vorlagen an den Parteitag.

Anträge.

Tagesordnung.

1. Parteigenossen des 5. sächsischen Reichstags-Wahlkreises und des Kreises Kassel-Melsungen: Die Tagesordnung des Parteitages in folgender Ordnung aufzustellen:

1. Bericht des geschäftsführenden Ausschusses und der Kontrolleure.
2. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit.
3. Die Erringung des Achtstundentages.
4. Der Kampf gegen die hausindustrielle Ausbeutung.
5. Die Koalitionsfreiheit.
6. Die Organisation der Partei.
7. Die Parteipresse und die sozialistische Propaganda.
8. Die Frauenagitation.
9. Das Proportionalwahlrecht.
10. Bericht über den Londoner Kongreß.
11. Sonstige Anträge und Wahl der Parteileitung.

2. Parteigenossen in Barmen: Die Tagesordnung wie folgt festzusetzen:

1. Geschäftsbericht des geschäftsführenden Ausschusses.
2. Bericht über stattgefundene Kontrolle.
3. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit.
4. Die Erringung des Achtstundentages, der Kampf gegen die Hausindustrie und die industrielle Ausbeutung, das Koalitionsrecht.
5. Die Organisation der Partei.
6. Maifeier.
7. Berichterstattung vom internationalen Arbeiter- und Gewerkschafts-Kongreß.
8. Frauenagitation.
9. Das Proportionalwahlrecht.
10. Anträge zum Parteiprogramm.
11. Sonstige Anträge.
12. Wahl der Parteileitung.

3. Parteigenossen des 4. sächsischen Reichstags-Wahlkreises: Der Tagesordnung des Parteitages einzufügen: Die Erringung des Achtstundentages. Der Kampf gegen die hausindustrielle Ausbeutung. Die Koalitionsfreiheit.

4. Parteigenossen des 2. Hamburger und des Niederbarnimer Kreises: „Unsere Presse“ auf die Tagesordnung zu setzen.

5. Die Parteigenossen in Breslau, Elberfeld, Halberstadt, Frankfurt a. M., Hannover, des 4. und 5. Berliner, des Niederbarnimer, des 3. Hamburger und des 12. und 13. sächsischen Reichstags-Wahlkreises: „Stellungnahme zum Achtuhrladenschluß“ auf die Tagesordnung zu setzen.

6. Parteigenossen des 4., 12. und 13. sächsischen Reichstags-Wahlkreises: Der Tagesordnung einzufügen: „Wie erringen wir den Achtstundentag?"

7. Parteigenossen des 2. Hamburger Kreises: „Die Arbeiterschutzgesetzgebung unter besonderer Berücksichtigung der Unfallverhütung," auf die Tagesordnung zu setzen.

8. Parteigenossen des 2. Berliner Kreises: „Das Unfallversicherungs-Gesetz" auf die Tagesordnung zu setzen.

9. Parteigenossen in Halle a. S. In die Tagesordnung des Parteitages ist ein Referat über „Die Währungsfrage" aufzunehmen.

10. Parteigenossen des 2. Berliner Kreises: „Revision des Arbeiterschutz-Anhanges des Erfurter Programms", auf die Tagesordnung zu setzen.

11. Parteigenossen in Elberfeld: „Die Arbeiterschutzgesetzgebung Deutschlands" in die Tagesordnung einzustellen.

12. Genossin Löwenherz in Neuwied: Die Frauenbewegung soll bis auf weiteres auf die Tagesordnung der Parteitage bleiben.

Geschäftsordnung.

13. Parteigenossen des 11., 12. und 13. hannoverschen Wahlkreises: Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages ein Referat über den Schutz der bäuerlichen Arbeiter zu setzen.

14. Parteigenossen in Apolda: Auf jedem Parteitag findet eine Separat- (Abend-) Sitzung unserer anwesenden Vertreter in den Landtagen, Bezirks- und Kreis-Ausschüssen, behufs Berathung dort einschlägiger Fragen statt.

Programm.

15. Parteigenossen des 1. Hamburger Kreises: Das Proportionalwahlrecht ist im Programm zu belassen und möglichst näher zu bestimmen.

16. Die Parteigenossen Müller, Hansen und Schröder in Flensburg: Dem Punkt 6, Absatz 2 des Programms ist eine präzisere Fassung zu geben, die jedes Mißverständniß ausschließt.

17. Genosse Hahn in Offenbach: Die sozialdemokratische Partei Deutschlands verlangt in Zukunft für die Reichstagswahlen das Proportional-Wahlsystem und zwar in folgender Weise: „Eintheilung Deutschlands zu einem Wahlkreis. Beseitigung der Personenwahl. Abgabe der Stimmzettel, versehen mit der politischen Anschauung." Abstimmung an einem gesetzlichen Ruhetag. In Bezug auf die Vertreter, Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Parteien. Entschädigung für die von der Partei bestimmten Vertreter.

Organisation.

Parteitag.

18. Parteigenossen des 1. und 3. Hamburger Kreises: Den nächsten Parteitag in Hamburg stattfinden zu lassen.

19. Parteigenossen in Darmstadt: Den nächsten Parteitag in Darmstadt stattfinden zu lassen.

20. Parteigenossen in Halberstadt: Den nächsten Parteitag in Halberstadt stattfinden zu lassen.

21. Parteigenossen in Verden: Den nächsten Parteitag in Hannover stattfinden zu lassen.

22. Parteigenossen in Bochum: Den nächsten Parteitag in Bochum stattfinden zu lassen.

23. Parteigenossen in Karlsruhe: Den nächsten Parteitag in Karlsruhe stattfinden zu lassen.

24. Parteigenossen des Kreises Niederbarnim: Den Parteitag zwischen Weihnachten und Neujahr stattfinden zu lassen.

Parteileitung.

25. Parteigenossen in Wandsbeck: Als Sitz der Parteileitung ist Hamburg zu bestimmen.

26. Parteigenossen des 3. Berliner und 2. Hamburger Kreises: Die Kontrolleure sind möglichst von den Genossen der Umgegend des Ortes, wo der Parteivorstand oder -Ausschuß seinen Sitz hat, zu wählen.

Allgemeines.

27. Parteigenossen des 5. Berliner Wahlkreises: Dem § 9 unseres Organisations-Statuts als Absatz 4 einzufügen: „Der Parteitag setzt die Diäten für die Delegirten fest und sind dieselben aus der Parteikasse zu zahlen."

28. Parteigenossen des Kreises Niederbarnim: Dem § 9, Abs. 1 des Organisations-Statuts folgende Fassung zu geben: Zur Theilnahme an den Parteitagen sind berechtigt die Delegirten aus den einzelnen Wahlkreisen, mit der Einschränkung, daß kein Wahlkreis durch mehr als einen Delegirten vertreten sein darf; ferner als Absatz 4 demselben Paragraphen einzufügen: Der Parteitag setzt die Diäten für die Delegirten fest und sind dieselben aus der Parteikasse zu zahlen, jedoch ist jeder Wahlkreis verpflichtet, die für diesen Zweck durch Sammlungen aufzubringenden Gelder an die Parteikasse abzuführen.

29. Parteigenossen in Magdeburg: Die Wahl der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten bedeutet in hervorragender Weise einen Protest gegen die bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse. Von diesem Standpunkte ausgehend haben sich diese Abgeordneten an den Verhandlungen des Reichstages nur insoweit zu betheiligen, als es das Interesse des Proletariats erfordert. Auch sind dieselben verpflichtet, sich in möglichst reger Weise der Agitation zu widmen.

Rechtsbureau.

30. Parteigenossen des Saargebiets: Den geschäftsführenden Ausschuß zu beauftragen, die Errichtung eines Bureaus zur Ertheilung von Rath in Rechtsangelegenheiten im Saarrevier auf Parteikosten vorzunehmen.

Presse.

Zentral-Organ.

31. Parteigenossen des 3. Berliner Kreises: Die Redaktion des „Vorwärts" hat zu allen für die Partei wichtigen Fragen Stellung zu nehmen.

32. Parteigenossen des Niederbarnimer Kreises: Der „Vorwärts" ist zu verbilligen.

33. Genosse Wernicke, Berlin:

1. Das sozialdemokratische Programm wöchentlich einmal im „Vorwärts", dem Zentral-Organ der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, gleich unter den Titel, gewissermaßen mit als Titel zu veröffentlichen, oder

2. Das sozialdemokratische Programm wöchentlich einmal als Beilage in kleiner Buchform, mit im „Vorwärts“, dem Zentral-Organ der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, herauszugeben, mit folgender Hinweisung zu beiden Anträgen durch üblichen Stern. *)

34. Parteigenossen in Iserlohn: Der Parteitag wolle beschließen: „Zur leichteren und schnelleren Orientirung über die parlamentarische Thätigkeit sämmtlicher Reichstagsfraktionen ist dem Zentral-Organ „Vorwärts“ während der Tagung des Reichstags allmonatlich eine Beilage beizugeben, in welcher in kurzen Zügen über die parlamentarische Thätigkeit sämmtlicher Reichstagsfraktionen berichtet wird. Die Beilage soll die Stellung jeder einzelnen Fraktion zu den zur Verhandlung angestandenen Gesetzesvorlagen, sowie die markantesten Stellen aus den Reden der Redner von Belang zu den Vorlagen enthalten.

Protokoll.

35. Parteigenossen des Kreises Niederbarnim: Die Herausgabe eines vollständigen und mit Inhaltsverzeichniß versehenen Parteitags-Protokolls.

Broschüren.

36. Parteigenossen des 2. Berliner und des Niederbarnimer Kreises: Die Herausgabe einer Broschüre, die die Beschlüsse und ihre Entstehung der seither stattgefundenen Parteitage enthält.

37. Parteigenossen des 11., 12. und 13. hannoverschen Wahlkreises: Die Herausgabe einer Broschüre, in welcher die in Deutschland geltenden Gesindeordnungen enthalten sind.

38. Parteigenossen in Barmen: Herausgabe einer kurzen Broschüre, die das Thema behandelt: „Was wollen die Sozialdemokraten und welchen Werth hat das allgemeine Wahlrecht für die Arbeiterklasse?“

Kalender.

39. Parteigenossen in Arnstadt: Der Parteitag beauftragt den Partei-Vorstand mit der Herausgabe eines zur Landagitation geeigneten billigen Kalenders.

Frauenzeitung.

40. Parteigenossen des Kreises Mayen-Ahrweiler und Kochem, Daun-Zell: Es soll eine durchaus gemeinverständlich und volksthümlich gehaltene Frauenzeitung gegründet und von unseren Tagesblättern gegen eine Erhöhung des Abonnements-Preises von 5 Pf. pro Monat als Sonntagsbeilage gebracht werden.

---

*) Zur besseren Information des Programms ist Folgendes sehr zu empfehlen: 1. Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen, mit dem Eisenacher, Gothaer und Erfurter Programm, von W. Liebknecht, Preis 25 Pf. 2. Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie, Erläuterungen zum Erfurter Programm von K. Kautsky und B. Schoenlank, Preis 10 Pf. 3. Das Erfurter Programm in seinem grundsätzlichen Theil, erläutert von K. Kautsky, Preis geh. 1,50 Mk. und geb. 2 Mk. 4. Die Frau und der Sozialismus von A. Bebel, Preis geh. 2 Mk. und geb. 2,50 Mk. Dieselben sind in der Parteibuchhandlung „Vorwärts“, sowie in allen Partei-Buchhandlungen und von Partei-Spediteuren zu haben.

Unterhaltungs-Literatur.

41. Parteigenossen in **Altona**: „Der Parteitag möge beschließen, die „Neue Welt" als Gratisbeilage für alle Parteiblätter abzuschaffen".

42. Parteigenossen in **Wandsbeck**: Die „Neue Welt" in der Weise zu gestalten, daß mehr Artikel volksthümlichen Inhalts und bessere Unterhaltungslektüre geboten wird.

43. Parteigenossen des 1. **Hamburger Kreises**: Der Inhalt der „Neuen Welt" ist zu verbessern.

44. Parteigenossen des 2. **Hamburger Kreises**: „1. Die „Neue Welt" ist auf acht Seiten zu reduziren. 2. Die Leitung derselben hat mehr als bisher darauf zu achten, daß ein populäres Unterhaltungsblatt statt eines Tummelplatzes für literarische Experimente daraus wird. 3. Die Redaktion soll sich am Druckorte des Blattes befinden."

45. Parteigenossen in **Karlsruhe**: Die Reichstagsberichte des „Vorwärts" werden bei wichtigeren Debatten vervielfältigt und den Provinzialpressen zum Selbstkostenpreise abgegeben.

46. Genosse **Petzold** in **Breslau**: „Die Verleger unserer Presse werden beauftragt, zum 1. Dezember 1896 Annoncenbeilagen für unsere Witzblätter zu schaffen."

Allgemeines.

47. Parteigenossen des 5. **Berliner Wahlkreises**: „Die Parteiorgane dürfen Annoncen von boykottirten oder gesperrten Lokalen nicht aufnehmen."

48. Parteigenossen in **Breslau**: „Der Parteitag möge die Wahl einer Kommission beschließen, die gemeinsam mit dem Partei-Ausschuß Mittel und Wege beräth, wie die kleineren Parteiblätter inhaltlich besser gestaltet und finanziell gehoben werden können."

49. Genosse **Schneider** in **Damm**: „Eine kleine, billige, landwirthschaftliche Zeitung herauszugeben, die leicht verständlich, den Kenntnissen der Landbevölkerung und deren Begriffsvermögen angepaßt ist, über die Verhältnisse der Landwirthschaft auch in technischer und wissenschaftlicher Hinsicht Aufklärung giebt."

50. Parteigenossen in **Karlsruhe** und des 9. **bad. Wahlkreises**. Der bisher im Privatbesitz des Genossen Adolf Geck in Offenburg dreimal wöchentlich erscheinende „Volksfreund" geht vom 1. April 1897 ab in den Besitz der sozialdemokratischen Partei Deutschlands über und erscheint von da ab täglich und zwar in Karlsruhe.

51. Parteigenossen in **Metz**: „Der Parteitag wolle die Gründung eines Parteiorgans, womöglich in deutscher und französischer Sprache, für Elsaß-Lothringen beschließen. Ferner wolle der Parteitag den Parteivorstand beauftragen, geeignete Literatur in französischer Sprache für das französische Sprachgebiet Elsaß-Lothringens zu beschaffen."

52. Parteigenossen in **Magdeburg**: „Die Parteipresse ist zu verpflichten, Inserate von Unternehmern, welche mit ihren Arbeitern in Differenzen stehen, während der Dauer dieser Differenz nicht aufzunehmen."

Agitation und Taktik.

53. Parteigenossen des 1. Hamburger Kreises: In den reaktionären Gegenden ist die politische Agitation mehr zu betreiben.

54. Parteigenossen der Kreise Halberstadt-Wernigerode-Aschersleben und Calbe-Aschersleben: Der deutsche Parteitag möge den geschäftsführenden Ausschuß beauftragen, im Laufe des nächsten Jahres eine gleichmäßige Agitation im ganzen Lande und besonders unter den ländlichen Arbeitern für Abschaffung der Gesindeordnungen und sonstigen Ausnahmebestimmungen, welche die landwirthschaftlichen Arbeiter bedrücken, sowie für Gleichstellung der ländlichen Arbeiter mit den gewerblichen in Bewegung zu setzen — ähnlich wie bei der Umsturzvorlage — und hiermit gleich die schärfere Betonung der Programmforderung „Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Todtenbestattung" zu verbinden.

Gleichzeitig möge der Parteitag den Wunsch aussprechen, daß die Presse den Gesindeordnungen sowie der Handhabung derselben sowie den aus dem heutigen Aerzte- und Apothekenwesen auf dem Lande hervorgehenden Mißständen mehr Beachtung widmet und bedeutend mehr Werth beilegt als bisher.

55. Parteigenossen in Ladenburg: Eine Agitation zu entfalten, durch welche die Forderung „die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung unter Mitwirkung der Arbeiterklasse" gefördert wird.

56. Parteigenossen Barmen: Eine sofortige allgemeine Agitation einzuleiten für folgende Forderungen: „1. Verwirklichung des Punkt 4 des Parteiprogramms, 2. Durchführung des Achtstundentages, 3. durchgreifende Maßnahme gegen die Ausbeutung der Arbeiterklasse durch Hausindustrie und Schwitzsystem."

57. Dieselben Genossen: Spätestens bis zum Oktober n. J. eine sich über ganz Deutschland erstreckende Agitation zu entfalten, durch welche die Frage: „Was wollen die Sozialdemokraten und welchen Werth hat das allgemeine Wahlrecht für die Arbeiterklasse?" propagirt wird.

58. Parteigenossen des 2. Hamburger Kreises: Ein Flugblatt, zu dessen Abfassung eventuell einige Eisenbahnarbeiter heranzuziehen wären, für die Eisenbahnarbeiter Deutschlands herauszugeben.

59. Parteigenossen in Kassel: Der Parteitag möge dahin wirken, daß die Parteigenossen mehr dazu angehalten werden, den Beschluß des Kölner Parteitages, in eine kräftige Agitation für die Erringung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts mit geheimer Abstimmung für alle Körperschaften, einzutreten.

60. Parteigenossen des Kreises Delitzsch-Bitterfeld: Der Parteitag möge Mittel und Wege finden, um Frauenorganisationen ins Leben zu rufen.

61. Parteigenossen des 6. Berliner Wahlkreises: Da in den meisten Staaten Deutschlands die Vereinsgesetze es nicht gestatten, daß Frauen resp. Genossinnen sich aktiv an der politischen Bewegung betheiligen, so empfiehlt der Parteitag den Genossinnen, sich mehr als bisher an der gewerkschaftlichen Agitation zu bethätigen und den bestehenden Organisationen als Mitglieder beizutreten.

62. Parteigenossen in Barmen: Das Verhalten der Leipziger Genossen in der Wahlrechtsfrage, nach dem Parteitag der sächsischen Genossen, muß als ein Verstoß gegen die Disziplin der Partei und deshalb tadelnswerth bezeichnet werden.

63. Parteigenossen des 16. sächsischen Wahlkreises: Der Parteitag wolle die Leipziger Genossen wegen ihres Verhaltens in Bezug auf die Wahlrechtsfrage und Mandatsniederlegung nach der Landesversammlung, das Mißfallen der Partei auszusprechen.

Maifeier.

64. Parteigenossen in Frankfurt a. M. und in Wandsbeck: In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893 und London 1896 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weltfest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der Verbrüderung und dem Weltfrieden. Als würdigste Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, mehr als wie bisher, neben den anderen Kundgebungen, für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten, und überall da, wo die Möglichkeit zur Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen.

65. Parteigenossen des Kreises Niederbarnim: Diejenigen Referenten, die am 1. Mai über die Bedeutung des Tages sprechen, haben dies unentgeltlich zu thun.

66. Genosse Fink in Wiesbaden: „In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiter-Kongresse zu Paris 1889 u. s. w. Daher macht es der Parteitag den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, den Versuch zu machen (mit der Forderung an die Unternehmer heranzutreten), am 1. Mai die Arbeitsruhe eintreten zu lassen.

67. Parteigenossen des 4. sächsischen Reichstagswahlkreises: Daß für die Arbeitsruhe am 1. Mai 1897 in nachdrücklichster Weise agitirt und auch für dieses Jahr darauf hingewiesen wird, daß alle, die in der Lage sind, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen, dies durchführen.

Parlamentarisches.

68. Parteigenossen in Striegau: Die Reichstagsfraktion hat einen Antrag einzubringen, der die Herabsetzung der Altersgrenze bei der Alters- und Invalidenversicherung bezweckt. Desgleichen einen weiteren Antrag, der verlangt, daß sämmtliche aus Unfällen entstehende Kosten vom Tage des Unfalles an den Berufsgenossenschaften zur Last fallen.

69. Parteigenossen in Sangerhausen: Die Reichstagsfraktion zu beauftragen, bei Berathung der Alters- und Invaliditätsversicherungs-Novelle zu beantragen, daß die Altersgrenze bei der Altersrente auf 60 Jahre herabgesetzt werde, sowie daß der Nachweis der Beschäftigung vor dem Inkrafttreten des Gesetzes in Wegfall kommt. — Ferner, daß die Invalidenrente gezahlt wird, wenn sich die Erwerbsfähigkeit um 25 pCt. vermindert hat, sowie daß die Rente weiter erhöht wird, wenn eine weitere Verminderung der Erwerbsfähigkeit eingetreten ist, daß dann die Rente um so viel Prozent erhöht wird, als sich die Erwerbsfähigkeit vermindert hat. Die Vollrente soll 75 pCt. des bei völliger Erwerbsfähigkeit erzielten Lohnes betragen.

70. Parteigenossen in Krefeld: „Die Fraktion hat im Reichstag zu beantragen: Es besteht keinerlei Kündigung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern, gleichviel welcher Branche."

71. Parteigenossen des Kreises Zauch-Belzig-Luckenwalde-Jüterbog: „Die Reichstagsfraktion soll dahin wirken, daß die Bundesrathsverordnung vom 1. Januar 1894 (die verlängerte Arbeitszeit jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen in den Ziegeleien) § 139a der Reichs-Gewerbe-Ordnung nicht erneuert wird."

72. Parteigenossen in Elberfeld: „Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages wird beauftragt, alljährlich einen Antrag auf Einführung des Achtstundentages und die Beseitigung der mittelalterlich-reaktionären Gesindeordnungen einzubringen."

Resolutionen.

73. Parteigenossen des 5. und 6. sächsischen Reichstags-Wahlkreises: „Die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage wird beauftragt, aus ihrer Mitte einen ständigen Ausschuß für Arbeiterschutzgesetzgebung zu wählen. Dieser Ausschuß hat im besonderen die vom Parteitag bezüglich der Erringung des Achtstundentages gefaßten Beschlüsse auszuführen. Der Ausschuß für Arbeiterschutzgesetzgebung hat für die Ausarbeitung und Einbringung der einschlägigen gesetzgeberischen Anträge im Reichstag, sowie, im Einverständniß mit den respektiven Spezialvertretungen in den Landtagen und in den Stadtverwaltungen zu sorgen. Der Ausschuß entwirft den allgemeinen Agitationsplan für den Achtstundentag und verschafft die nöthigen rednerischen Kräfte. Er veröffentlicht Broschüren, Flugblätter und bedient sich des „Vorwärts" und der „Neuen Zeit", um durch Artikel und Notizen die Erörterung der einschlägigen Fragen zu fördern und der Parteipresse Agitationsmaterial zu verschaffen. Besonders ist auf die Verarbeitung des bereits vorhandenen Materials über Arbeitszeit, Lohn, Hausindustrie und die sonstigen Arbeiterverhältnisse in Deutschland zu achten und die periodische amtliche Statistik zu verfolgen. Auch sind die Ergebnisse der ausländischen Veröffentlichungen über Arbeiterverhältnisse, gewerkschaftlichen Kampf und sozialpolitische Maßnahmen der Parteipresse zugänglich zu machen. Der Ausschuß hat sich durch Vermittelung der Gewerkschaften und der Parteipresse Material über die Durchführung der Arbeiterschutzgesetze und die Fabrikinspektion resp. die Zustände in den Fabriken und Werkstätten zu verschaffen, dieses Material zu sichten, zu revidiren und parlamentarisch zu verwerthen. Dem nächsten Parteitag hat der Ausschuß Rechenschaft abzulegen von seiner Thätigkeit und Bericht zu erstatten über den Stand der Arbeiterschutzgesetzgebung und die Achtstundenbewegung."

74. Parteigenossen des Wahlkreises Merseburg-Querfurt: „Meinungsverschiedenheiten der Genossen untereinander, die in der Presse zum Austrag kommen, dürfen nicht in einem Tone geführt werden, der persönlich verletzend wirkt, da nur die Polemik der Partei förderlich ist, die in ruhiger sachlicher Weise geführt wird."

75. Genosse Steinigans in Solingen: „Der Gothaer Parteitag erkennt den Beschluß des Sozialistischen Kongresses in London, in Betreff der Feststellung des schulpflichtigen Alters auf 16 Jahre, für richtig an und beschließt, auch in Deutschland mit allen Kräften nach diesem Ziele hinzustreben. Da sich indessen der unvermittelten Einführung eines diesbezüglichen Gesetzes Schwierigkeiten in den Weg stellen würden, so stellt die sozialdemokratische Partei als

vorläufige Forderung, die Einführung der obligatorischen Fortbildungsschule für Knaben und Mädchen bis zum vollendeten 16. Jahre auf. Die Unterrichtsstunden dürfen jedoch nicht nach den Arbeitsstunden, sondern müssen während der Arbeitsstunden stattfinden. Der Parteitag legt unseren Vertretern der gesetzgebenden Körperschaften, sei es des Reichstages, sei es der Landtage oder der Gemeindevertretung die Pflicht auf, für diese Forderung mit aller Energie einzutreten."

76. Von dem Genossen Petzold in Breslau: „Allen Parteigenossen, denen die freiheitliche Erziehung der Jugend am Herzen liegt, wird empfohlen, die hierzu erforderlich und gesetzlich erlaubten Schritte (Austritt aus der Kirche u. s. w.) zu veranlassen."

77. Parteigenossen des Kreises Delitzsch-Bitterfeld: „Der Kreistag des Delitzsch-Bitterfelder Wahlkreises, welcher am 13. September in Delitzsch stattfand, stellt hiermit der Deutschen Delegation des internationalen Kongresses in London ein Vertrauensvotum aus für die von derselben eingebrachten Resolution, welche die fernere Theilnahme der Anarchisten an sozialistischen Kongressen unmöglich macht."

78. Parteigenossen in Karlsruhe, Kiel und des 4. sächsischen Reichstags-Wahl-Kreises: „In Erwägung, daß eine Einführung des gesetzlichen 8 Uhr-Ladenschlusses nicht nur für die im Handelsgewerbe Angestellten allein, sondern für die gesammte Arbeiterschaft ganz bedeutende Vortheile mit sich bringen würde, erachten wir, daß der diesjährige Parteitag in Gotha sich mit den Vorschlägen der Reichs-Kommission für Arbeiterstatistik beschäftigt und die Genossen aller Orte verpflichtet werden, die im Handelsgewerbe Angestellten im Kampfe um den 8 Uhr-Ladenschluß zu unterstützen und selbst thatkräftig in die Agitation einzutreten.

79. Parteigenossen des 5. und 6. sächsischen Reichstags-Wahl-Kreises:

Der industrielle Aufschwung, der jetzt in der Steigerung der deutschen Ausfuhr und der raschen Erweiterung der Produktion durch neue Gründungen zum Ausdruck kommt, ist zwar, wie die Prosperitätsperiode der 70er Jahre, nur der Vorläufer der großen Handelskrise, er führt aber für die nächste Zeit zu großen Anhäufungen von Kapital, zur Steigerung der kapitalistischen Profite und zu gleicher Zeit damit zur größeren produktiven Anspannung der Arbeiterklasse, die dem Kapital die Reichthümer zu verschaffen hat. Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, diese wirthschaftliche Situation dazu auszunützen, um den Arbeitern, anstatt verschärfter Ausbeutung, verkürzte Arbeitszeit und erhöhte Arbeitslöhne zu erringen.

Der Parteitag hält den Zeitpunkt für geeignet, um eine allgemeine Agitation für den gesetzlichen achtstündigen Normalarbeitstag zu eröffnen.

Die Erringung des Achtstundentages ist undenkbar ohne gleichzeitiges Zusammenwirken der Gewerkschaften und der politischen Arbeiterpartei. Deshalb verweist der Parteitag die sozialdemokratischen Arbeiter auf ihre Pflicht, sich den gewerkschaftlichen Organisationen anzuschließen und für die Füllung der Streikkassen zu sorgen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird beauftragt, einen Gesetzentwurf bezüglich Einführung des Achtstundentags möglichst schon zu Beginn der Wintersession im Reichstage einzubringen. Zugleich sollen besondere Anträge gestellt werden um Einführung des Achtstundentages in der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung, bei den Reichseisenbahnen, auf den Marinewerften, in der Reichsdruckerei, in sämmtlichen Militärwerkstätten. Ferner soll beantragt werden, daß die Militärverwaltung und alle anderen unter Kontrolle des Reichs stehenden Betriebsverwaltungen nur mit solchen Unternehmern Geschäftsverträge abzuschließen haben, welche ihren Arbeitern den achtstündigen Arbeitstag gewähren.

Desgleichen sollen in allen Landtagen, in denen es eine sozialdemokratische Vertretung giebt, Anträge gestellt werden auf Einführung des Achtstundentags in den Staatsbetrieben und in den mit dem Staat in geschäftlicher Verbindung stehenden Privatunternehmungen. Besonders sollen dabei die Eisenbahnarbeiter berücksichtigt werden. Aehnliche Anträge sollen in den Staatsverwaltungskörperschaften resp. Gemeinderäthen eingebracht werden.

Es soll mit aller Energie die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter der Gemeinde- und Staatsbetriebe erstrebt werden.

Es ist zugleich, um den gesetzgeberischen Vorschlägen Nachdruck zu verschaffen, eine planmäßige Propaganda durch öffentliche Versammlungen und in der Presse zu entwickeln. Es sollen Agitationstouren der bekannten Redner veranstaltet und Flugblätter herausgegeben werden. Neben der parlamentarischen Aktion muß bei dieser Agitation mit Nachdruck auf die Nothwendigkeit des gewerkschaftlichen Kampfes hingewiesen werden.

Im Falle der Auflösung des Reichstags soll der gesetzliche achtstündige Normalarbeitstag zur Losung für die kommenden Reichstagswahlen gemacht werden.

Der Parteitag empfiehlt, bei allen Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern die Reduktion der Arbeitszeit besonders zu berücksichtigen und sie bei allen Streiks unter die Arbeiterforderungen mit aufzunehmen.

80. a) Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Gotha (1896) erkennt die bestehenden Gewerkschaftsorganisationen als eine Nothwehr im wirthschaftlichen Kampfe der Arbeiter gegen die Bedrückung des Unternehmerthums u. s. w. den gesammten arbeitenden Bevölkerungsklassen gegenüber an — und erklärt sich als die der arbeitenden Bevölkerung am nächsten stehende politische Partei mit deren Organisation solidarisch.

b) In dem wirthschaftlichen Kampfe der Arbeitergewerkschaften gegen das sich zentralisirende Unternehmerthum erkennt die sozialdemokratische Partei die schwierige Lage der Gewerkschaften gegenüber dem zentralisierten Kapital an und empfiehlt den Gewerkschaften hinsichtlich der Opfer, welche von den Gewerkschaftern wie der sie unterstützenden Bevölkerung gebracht werden, die sich für die Dauer jedoch als unzulänglich erweisen — zur bessern Wehrfähigkeit eine Organisation zu schaffen, in der die direkten Geldunterstützungen möglichst in Wegfall kommen und statt deren produktive Arbeit als Unterstützung tritt.

81. Parteigenossen in Kassel: „Der Parteitag wolle eine Kommission einsetzen bezw. es der Parteileitung zur Pflicht machen, Erhebungen über die Ausführung der sozialpolitischen Gesetze zu veranstalten und auf Abstellung der vorhandenen Mängel zu dringen."

82. Parteigenossen in Apolda: Der Parteiausschuß wird ersucht, möglichst alljährlich die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter zu ermitteln und in dem Bericht an den Parteitag bekannt zu geben.

83. Parteigenossen des 11., 12. und 13. hannoverschen Wahlkreises: „Die Parteileitung wird beauftragt, alle drei Monate von den Vertrauenspersonen der einzelnen Orte Bericht darüber einzufordern, welche Schritte in Bezug auf Agitation unter den ländlichen Arbeitern resp. gegen die Gesindeordnung gethan worden sind."

Bericht der Parteileitung.

Allgemeines. Die Eröffnungsrede auf dem vorjährigen Parteitag trug bekanntlich dem Genossen Liebknecht eine Anklage wegen Majestätsbeleidigung und im weiteren Verfolg eine 4monatliche Gefängnißstrafe ein. Die Sache schwebt noch in der Revisionsinstanz. Die Begründung des Urtheils ist eine der neueren Erscheinungen der Rechtsprechung, die der Laienverstand nicht zu fassen vermag. Das Urtheil ist auf dem Dolus eventualis aufgebaut. Der betreffende Passus des Urtheils lautet: Der Angeklagte wußte, daß derjenige Erfolg, von dem das Gesetz die Strafbarkeit abhängig macht, d. i. die von seinen Hörern ausgehende Auffassung seiner Worte dahin, daß auch der Kaiser die sozialdemokratische Partei . . . . habe, durch seine Handlung herbeigeführt werden könne, und er war mit diesem Erfolge für den Fall seines Eintritts — daß der Erfolg thatsächlich eingetreten, ist oben ausgeführt — einverstanden, hat ihn eventuell gewollt.

Ebenso unverständlich bleiben dem gewöhnlichen Menschenverstand folgende Vorgänge: In unserem Leipziger Organ erschien ein Artikel „Deutschthum und Hohenzollern", der sich als eine geschichtliche Reminiszenz präsentirte, und von mehreren Blättern nachgedruckt wurde. Der Artikel blieb in Leipzig unbeanstandet. In Breslau trug er dem Genossen Zahn 4 Monate Gefängniß ein. Der Redakteur des „Volkswille" in Hannover wurde freigesprochen. Desgleichen Genosse Ströbel in Kiel. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft kam die Sache an das Landgericht in Kiel zurück und erfolgte nun mehr auf Grund der Entscheidung des Reichsgerichts die Verurtheilung zu 4 Monate Gefängniß, während das Reichsgericht die Freisprechung in Hannover bestätigte.

Im Anschluß an die Verhandlungen des Parteitages in Breslau konstituirte sich die neugewählte Parteileitung am 12. Oktober v. J. Die darauf bezügliche Bekanntmachung wurde unterm 17. Oktober in Nr. 244 des Vorwärts vom v. J. veröffentlicht. Die Thätigkeit der neugewählten Parteileitung war nur von kurzer Dauer. Am 25. November wurde auf dem Bureau der Parteileitung, in den Wohnungen der Mitglieder derselben, bei den Vertrauensleuten der 6 Berliner Wahlkreise, den Vorstandsmitgliedern der 6 Berliner Wahlvereine, der Berliner Preß- und Lokalkommission, sowie den Mitgliedern der Brandenburger Agitations-Kommission Haussuchung gehalten und am 30. November über alle genannten Körperschaften die vorläufige Schließung verhängt, wegen Verstoßes gegen § 8 des preußischen Vereinsgesetzes.

Der Ausgang des am 15., 16. und 18. Mai dieserhalb durchgeführten Prozesses ist bekannt. Die Parteileitung — Vorstand und Kontrolleure — wurden zum Verein gestempelt, der sich vorstehenden Vergehens schuldig gemacht habe und wurde auf dessen dauernde Schließung erkannt. Die Sache schwebt noch in der Revisionsinstanz.

Eine Kritik dieser unter Köller'scher Aegide eingeleiteten Aktion erübrigt sich. Es genügt zu bemerken, wir waren seit dem unter den Tischfallen der Umsturzvorlage darauf vorbereitet. Der Schlag, der die Partei in ihrem Lebensnerv treffen sollte, war ein Schlag in die Luft. Die Leitung der Partei ging unmittelbar auf die Reichstagsfraktion über. Am 30. November gab der Parteivorstand die Einstellung seiner Thätigkeit bekannt und am 4. Dezember veröffentlichte die Fraktion ihre gefaßten Beschlüsse, nach welchen der

Fraktionsvorstand mit der Leitung der politischen Geschäfte und der in Hamburg eingesetzte geschäftsführende Ausschuß bestehend aus den Genossen Förster, Könen und Molkenbuhr die sich später die Genossen Gerisch und Pfannkuch kooptirten, mit den Verwaltungsgeschäften betraut wurde. Als wenn nichts vorgefallen wäre, ging alles seinen geregelten Gang.

Nach dem am 24. März 1894 erfolgten Verbot der Elsaß-lothringischen Volkszeitung führten die Genossen der Reichslande den Offenburger Volksfreund als Parteiorgan ein. Nach kaum $1^1/_2$ jähriger Existenz verfiel er dem gleichen Schicksal seiner Vorgängerin. Anlaß, den Diktaturparagraphen wieder in Erinnerung zu bringen, bot den Behörden die am 7. Oktober 1895 erfolgte Ermordung des Mühlhauser Industriellen Schwarz durch einen entlassenen früheren Arbeiter. Der Mord war, wie gerichtlich festgestellt wurde, ein Akt persönlicher Rache, er stand nicht im leisesten Zusammenhang mit der Parteibewegung. Nichtsdestoweniger versuchte das als Regierungsblatt geltende Organ die Rechtfertigung der Unterdrückung des Volksfreund mit der Behauptung, der Mörder Meyer sei Leser des Volksfreund gewesen und hätte den Entschluß der unseligen That unter dem verwirrenden Einfluß einer planmäßigen Hetze gegen die Fabrikanten gefaßt. Hätte man geschwiegen, es wäre besser gewesen. Das geschah unter dem Regime des Herrn v. Köller. Acht Monate vorher bezeichnete Staatssekretär v. Puttkamer in der Sitzung des Reichstages vom 30. Januar 1895 den Inhalt des „Volksfreund" als „matte Limonade" gegenüber der früheren Elsaß-Lothringischen Volkszeitung. Aber wofür wäre der Diktaturparagraph da, wenn er nicht sollte angewendet werden, kam doch ein sozialdemokratisches Blatt in Betracht.

In die Bresche sprang die Verwaltung der Mannheimer Volksstimme. Der Gewaltstreich gegen den Volksfreund war die Ursache daß ein lange gehegter Wunsch der reichsländischen Genossen in Erfüllung ging. An Stelle des 3 mal wöchentlich erscheinenden Volksfreund erhielten die Genossen über Nacht ein täglich erscheinendes Organ.

In Folge der aufsteigenden Konjunktur war das Jahr reich an Lohnkämpfen. Die Berliner Arbeiterschaft stand dabei in der vordersten Reihe mit. Hauptsächlich war es der Streik der Konfektionsarbeiter, der die Aufmerksamkeit weiter Kreise auf sich zog und dem durch die Bloslegung der in der Konfektion herrschenden Schäden, vor allem durch die in derselben gezahlten Hungerlöhne, sich die Sympathie aller derer zuwandte, die noch nicht gänzlich dem Götzendienst des goldenen Kalbes verfallen waren. Die öffentliche Meinung, die fast ungetheilt auf Seiten der Streikenden neigte, veranlaßte selbst die Nationalliberalen zu einer parlamentarischen Aktion.

Am 12. Februar d. J. stand im Reichstag die folgende von den Nationalliberalen eingebrachte Interpellation zur Berathung:

> Im Verfolg des Beschlusses des Reichstags vom 11. Mai 1885 sind dem Reichstag am 29. April 1887 die Ergebnisse der von den Bundesregierungen angestellten Ermittelungen über die Lohnverhältniße der Arbeiterinnen der Wäschefabrikation und der Konfektionsbranche, sowie über den Verkauf oder die Lieferung von Arbeitsmaterial (Nähfaden 2c.) seitens der Arbeitgeber an die Arbeiterinnen und über die Höhe der dabei berechneten Preise zugegangen.
>
> Nachdem sich die Lage dieser Arbeiterinnen seit jener Zeit noch ungünstiger gestaltet hat, richten die Unterzeichneten die Anfrage an die verbündeten Regierungen:
>
> welche gesetzgeberischen Maßnahmen dieselben zum Schutz für Gesundheit und Sittlichkeit und gegen Ausbeutung dieser Arbeiterinnen durch das Trucksystem zu ergreifen beabsichtigen?

Im Verlauf der Debatte erkannte der damalige preußische Handelsminister Herr v. Berlepsch den Streik als einen berechtigten an. Die Thatsache verdient

um deswillen registrirt zu werden, als 10 Jahre früher von derselben Stelle aus, von dem damaligen preußischen Minister des Innern v. Puttkamer die Behauptung aufgestellt wurde, hinter jedem Streik lauere die Hydra der Revolution.

Noch ein anderer Vorgang sei erwähnt. Der Magistrat von Würzburg sah sich in seiner Sitzung vom 21. Februar veranlaßt, seine Sympathie der Bewegung der Berliner Konfektionsarbeiter auszudrücken und das Gesuch der Gewerkschaften, eine öffentliche Geldsammlung zu veranstalten, bei der Kreisregierung zu befürworten. Ein Vorgang in Deutschland, bis jetzt einzig in seiner Art. Ein Gewinn ist der Propaganda aus dem Streik erwachsen, es ist die dem letzten Arbeiter zum Bewußtsein gekommene Ueberzeugung von der Treulosigkeit eines großen Theiles des Unternehmerthums.

Die Palme, an der Spitze der Reaktion zu marschiren, läßt sich Sachsen nicht streitig machen. Die Beseitigung des direkten Wahlrechts bei den Wahlen zur sächsischen Kammer war von langer Hand geplant. Die Wahlrechtsverschlechterung sollte das Korrektiv für die vom Reichstag abgelehnte Umsturzvorlage für Sachsen bilden. Am 4. Februar 1896 wurde die Vorlage in der II. Kammer eingebracht, in der sie am 6. März und in der I. Kammer am 18. März zur Annahme gelangte.

Die Gegenagitation wurde von den Parteigenossen in der kräftigsten Weise geführt. Zu den ersten Versammlungen, in denen die Genossen Liebknecht und Bebel in den Vororten bei Leipzig referirten, waren Zehntausende herbeigeströmt. Die Versammlungsräume vermochten die Demonstranten nicht zu fassen.

Leider fand die Wahlrechtsagitation einen die Genossen nicht allseitig befriedigenden Abschluß. Während der eine Theil der sächsischen Genossen es für zweckmäßig und nothwendig erachtete, auch unter den verschlechterten Verhältnissen den parlamentarischen Kampf unentwegt weiter zu führen, hielt es der andere Theil für am gerathensten, die Verschlechterung des Wahlrechts mit der sofortigen Niederlegung der im Besitz der Partei befindlichen Mandate zu beantworten.

Neben der großen Aktion der Wahlgesetzverschlechterung laufen die kleinlichsten Maßnahmen. Wir verweisen nur auf die am 6. Juli verfügte 2jährige Aufenthaltsbeschränkung des Genossen Rosenow in Chemnitz. Sachsen gebührt der Ruhm, den § 21 des ehemaligen Sozialistengesetzes in das gemeine Recht hinübergerettet zu haben.

* *
*

Auf dem Gebiet des **Vereins- und Versammlungswesens** geht der Geist Tessendorf's wieder um. Nicht nur allein in Sachsen, wo in Reichenbach einem Redner von dem überwachenden Beamten das Wort entzogen wurde, weil dem Letzteren die Sprechweise des Redners, der schreiende Ton irritirte, sondern auch in Preußen, Bayern und auch neuerdings in Baden, werden die verwunderlichsten Versammlungsverbote erlassen oder gewerkschaftliche Verbände zu politischen Vereinen oder öffentliche Versammlungen zu Vereinsversammlungen erklärt. In Waldheim, wurde die Lassallefeier verboten, weil Lassalle wegen Aufreizung bestraft und eine Verherrlichung desselben ein Mittel sein würde, den von der Sozialdemokratie großgezogenen und genährten Haß der arbeitenden gegen die besitzenden Klassen zu schüren. Der Zweck ist ein offensichtlicher. Die Theilnahme des weiblichen Geschlechts am politischen Leben und die Abhaltung der die Agitation fördernden Feste soll unmöglich gemacht werden. In Bayern ist ein derartiges Vorgehen schon längst ständige Praxis geworden. Preußische Land- und selbst fortschrittliche Stadträthe haben es in der Kultivirung des Nachahmungstriebes auch weit gebracht. So mußten die Harburger Genossen, die einen Ausflug nach der Lühe gemacht hatten, auf den Tanz verzichten, weil die Veranstaltung von dem Landrathsamt des Kreises als eine vom sozialdemokratischen Verein veranstaltete Versammlung angesehen wurde, an der Frauen, Schülern und Lehrlingen die Theilnahme verboten sei. In Hannover und Hildesheim wurden

nicht nur die örtlichen Zahlstellen gewerkschaftlicher Verbände als politische Vereine erklärt, sondern auch öffentliche Branchenversammlungen, wie die der Buchbinder, als öffentliche Versammlung eines politischen Vereins angesehen und als der geforderten Entfernung der Arbeiterinnen nicht Folge gegeben wurde, die Versammlung aufgelöst.

Allem die Krone setzt ein Vorgang im Kreise Mettmann auf. Dort war die Lassallefeier den Genossen in Winkelsmühle verboten. Der Wirth des Lokals veranstaltete ein Freikonzert, was als eine Umgehung des Verbots betrachtet wurde und kurzer Hand die Konfiskation der Mundstücke der Musikinstrumente erfolgte. In Lennep wurde die Feier ebenfalls verboten und eine auf den 30. August einberufene öffentliche Versammlung als solche des sozialdemokratischen Volksvereins stigmatisirt, auf die der § 8 des Vereinsgesetzes Anwendung finde. Der die Verfügung zeichnende Herr war / füher Vorsitzender des Vereins der freisinnigen Volkspartei. Mehr kann man nicht verlangen. Nach alledem ist mit der Thatsache zu rechnen, daß die Agitation und namentlich die Organisation unter den Arbeiterinnen mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen haben wird.

Wie es scheint, soll die Theilnahme der Arbeiterinnen am Klassenkampf der Arbeiterklasse mit Hochdruck verhindert werden. Vergebliches Bemühen.

Eine einheitlich betriebene Agitation gegen die **Gesindeordnungen** scheiterte bisher an der Vielseitigkeit und Buntscheckigkeit der letzteren. In jedem Land, in fast jeder Provinz weisen die Gesindeordnungen andere Bestimmungen auf. Den Kampf gegen dieselben haben deshalb die Genossen in Versammlungen und in der Presse, je nach Ort und Beschaffenheit der Verhältnisse nach eigenem Ermessen geführt. Es wird in derselben Weise auch fernerhin verfahren werden müssen.

Den Landtagen der Einzelstaaten ist die Aufgabe zugewiesen das Verbot des Inverbindungtretens der politischen Vereine zu beseitigen. Bei der Zusammensetzung der Landtage ist jede Erweiterung des Vereins- und Versammlungsrechts über das vorgeschriebene Maaß hinaus ausgeschlossen. Soll es anders werden, muß das Klassenwahlrecht beseitigt werden. Deshalb bietet die in die Landtage verlegte Aenderung des Vereins- und Versammlungsrechts für die Genossen eine günstige Gelegenheit, mit aller Kraft und Nachdruck in die Agitation für die Einführung des **allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts** einzutreten.

Der von dem Parteitag der Parteileitung gewordene Auftrag: Geeignete Personen mit der Aufgabe zu betrauen, das über die deutschen **Agrarverhältnisse** vorhandene Material einem gründlichen Studium zu unterziehen und die Ergebnisse dieses Studiums als „Sammlung agrar-politischer Schriften der sozialdemokratischen Partei Deutschlands" zu veröffentlichen, ist in die Wege geleitet.

* * *

Agitation. Von jeher haben die Genossen dem Parteitag für die Gegend, wo derselbe abgehalten wird, hohen agitatorischen Werth beigelegt. Daher der jährliche Wechsel in der Wahl des Ortes und die Konkurrenz der Parteiorte um die Ehre der Abhaltung des Parteitags.

Vor und nach dem vorjährigen Parteitag wurde von den auf der Hin- und Herreise befindlichen Delegirten hauptsächlich in Schlesien eine intensive Agitation betrieben. Soviel Delegirte auch Referate übernahmen, alle eingelaufenen Wünsche konnten Berücksichtigung nicht finden.

Die Nachfrage nach Referenten ist bei der Parteileitung eine stets rege. Den Anforderungen könnte vielfach besser genügt werden, verlangten die Genossen nicht stets, einen Reichstagsabgeordneten haben zu wollen. Die wenigsten unserer Abgeordneten befinden sich in unabhängiger Stellung. Die Ausübung des Mandats verursacht Vielen eine unliebsame Störung ihres bürgerlichen Berufs, die sie auf das geringste Zeitmaß zu verkürzen trachten, Unter solchen Umständen ist es nur zu erklärlich, weßhalb die Agitation auf

den Schultern einiger Weniger ruhen bleibt. Diese Wenigen mußten deßhalb desto stärker angespannt werden, um den gestellten Anforderungen zu genügen.

Zur Unterstützung der mündlichen Agitation betrieben die Genossen in der rührigsten Weise die Flugblattvertheilung. Die Unterstützung der Parteileitung hierzu wurde von den Genossen in der Mark, in Pommern, der Provinz Sachsen, in Hessen, dem Saargebiet und in Ostpreußen in Anspruch genommen. In letzterer Provinz wurde ein Flugblatt in deutscher und polnischer Sprache verbreitet.

In Sachsen und Preußen wurde seitens der Behörden methodisch gegen die Flugblattverbreiter vorgegangen, hauptsächlich bot in Preußen die in Kraft gebliebene Bestimmung des preußischen Preßgesetzes, wonach eine Verbreitung von Druckschriften an öffentlichen Orten, auf Straßen und Plätzen, von der Erlaubniß der Ortspolizeibehörde abhängig ist, die Handhabe. Ergänzung fand vorstehende Bestimmung in einzelnen Provinzen durch die Anwendung hundert Jahre alter Sabbathordnungen, und den von der Verübung groben Unfugs handelnden Paragraphen 360 des Strafgesetzbuches.

Als Kampfpartei haben wir darauf zu achten, daß der zentralen Organisation der Partei die größte Aufmerksamkeit gewidmet wird. Doch läßt sich nicht alles schablonenmäßig von einer Zentralstelle aus leiten. Die Bildung von Kreis- und Provinzial-Agitations-Komités war die Folge, und fiel diesen die Betreibung der Agitation zu. Es trat somit allmälig eine in der Sache begründete Dezentralisation ein, die in den Parteitagen der Provinzen und Einzelstaaten ihre Spitze fand und erhielt.

Außer den im laufenden Monat noch stattfindenden Parteitagen für das westliche Westfalen, für beide Mecklenburg und Lübeck, sowie für Brandenburg und Braunschweig, haben für alle Landestheile Provinzial- oder Landesparteitage stattgefunden.

Bei alledem können wir nicht unterlassen, den Genossen die Pflege des Systems der Vertrauenspersonen warm ans Herz zu legen. Viele Parteiorte erinnern sich nicht der aus den §§ 4 und 5 des Organisationsstatuts ergebenden Pflichten gegenüber der Parteileitung. Die Parteileitung würde in Erledigung ihrer Aufgaben eine wesentliche Stütze finden, würden die Vertrauenspersonen regelmäßig, mindestens einmal im Jahr, einen Situationsbericht an dieselbe einsenden.

Der schriftliche Verkehr der Genossen mit der Parteileitung bewegte sich auf gleicher Höhe wie im Vorjahr. Die durch die Schließung des Parteivorstandes verursachte kleine Störung fand sehr rasch ihre Ausgleichung.

Im Uebrigen war das Bild der Bewegung das gleiche wie immer. Maßregelungen, verursacht von einem dummen und brutalen Protzenthum, sollen in der Person die Sache treffen. Jeden dieser Bubenstreiche konnte die Partei pariren.

* * *

Wahlen. Ein die Agitation förderndes Mittel sind die Wahlen, bei denen die Genossen ihre Kraft erproben und Erfolge erringen können. Bei acht Nachwahlen zum Reichstag war die Partei engagirt. Und zwar in Dortmund, Herford-Halle, Mayen-Ahrweiler, Osnabrück, Neuruppin-Templin, Ansbach-Schwabach, Illertissen, Schweetz und Halle a. S. Letzterer Kreis, der uns 1893 verloren ging, wurde glänzend im ersten Wahlgang zurückerobert, und Dortmund, der lang umstrittene Kreis, den Nationalliberalen in der Stichwahl abgenommen. Der Sieg in Dortmund war ein harter Schlag auf das Haupt der Schlotbarone.

Die Behauptung der Krautjunker, an dem antikollektivistischen Schädel der Bauern breche sich die sozialdemokratische Hochfluth, ist durch die Nachwahlen ad absurdum geführt. In den fast rein ländlichen Wahlkreisen Herford-Halle und Ruppin-Templin hat eine Steigerung unserer Stimmen um 600 bezw. 700 stattgefunden. In drei weiteren Kreisen — Brandenburg, Mainz und Gießen — stehen Nachwahlen bevor. Während es gilt, Mainz zu

behaupten, ist ein Sieg in Brandenburg nicht ausgeschlossen. Auch in Gießen hat die Partei durch die Einführung der Mitteldeutschen Sonntags-Zeitung große Fortschritte gemacht, die zu den schönsten Erwartungen berechtigen.

Den im vorjährigen Bericht angegebenen Besitzstand unserer Partei in den Landtagen der Einzelstaaten haben wir im behauptet. Bei den am 17. Oktober v. J. stattgefundenen Ergänzungswahlen zum sächsischen Landtag ging uns zwar Krimmitschau verloren, wir eroberten aber dafür Dresden III. Bei der Nachwahl im Kreise Merane-Limbach am 25. Februar d. J. fiel uns dieser Kreis mit 300 Stimmen Mehrheit zu.

Mit dem Sieg im Kreise Georgenthal eroberten unsere Gothaer Genossen den zweiten Sitz im Landtag. Formaler Verstöße wegen konnte der Gewählte — Genosse Wolf — nicht zur Ausübung des Mandats gelangen. Die bevorstehenden Neuwahlen in Gotha bieten den Genossen Gelegenheit, ihre Rechnung mit den Gegnern aufs neue zu begleichen.

In Hessen sind die Vorbereitungen zu den bevorstehenden Landtagswahlen im vollen Gange. Die Aussichten sind günstig.

In Württemberg ist durch den Tod des Genossen Glaser das Cannstatter Mandat frei geworden. Dasselbe wird hart umstritten. Kandidat der Partei ist Genosse Tauscher, einer von der alten Garde.

Mehr noch wie in die Landtage gelang es den Genossen, sich Eingang in die Gemeindevertretungen zu verschaffen. Diese Thatsache ist Beweis dafür, daß in den Kreisen des Kleinbürgerthums sich die Einsicht von seiner wirthschaftlichen Haltlosigkeit Bahn bricht und in stetig wachsender Zahl unserer Partei zuwendet.

Bei den Gemeinde-Ergänzungswahlen in Berlin behauptete die Partei ihren Besitzstand, obwohl die Freisinnigen die verzweifeltsten Anstrengungen machten, uns zu werfen. Wir verloren zwar einen Bezirk, gewannen dafür aber einen anderen. In allen Bezirken hatten wir einen starken Stimmenzuwachs zu verzeichnen. In Leipzig eroberten wir 6 neue Sitze, in Karlsruhe 12 und in Pforzheim 16 Sitze, demzufolge es den Genossen gelang, zwei Sitze im Stadtrath mit Genossen zu besetzen.

Auch in einer Reihe reichsländischer Orte war die Partei siegreich. Es wurden gewählt in Mülhausen 2, Markirch 5, Kolmar 1, Straßburg 3 und Saargemünd 3 Genossen.

Ein weiteres Gebiet, ihre Kraft und ihren Einfluß zu erproben, bieten den Genossen die Wahlen zu den Gewerbegerichten. Mit einzelnen Ausnahmen in Orten mit streng ultramontaner Bevölkerung blieb die Partei in der Klasse der Arbeitnehmer zu den Gewerbegerichten vielfach sogar unbestritten Sieger.

Gegenüber der sonst anzuerkennenden Regsamkeit und Bethätigung des Pflichteifers der Genossen, ergaben die diesjährigen Wahlen in Braunschweig ein Minus von 300 und in Bautzen sogar von 600 Stimmen gegen die vorletzten Wahlen. Das dürfte nicht vorfallen. Die Genossen haben bei allen Aktionen stets die volle Thatkraft einzusetzen, um sich vor Ueberrumpelungen zu schützen.

Neben der Rechtsprechung in gewerblichen Streitfällen kann das Gewerbegericht als Einigungsamt bei Streiks 2c. angerufen werden, wie das in den letzten Monaten vielfach geschehen ist. Sitzen in dem Gewerbegericht klassenbewußte Arbeiter, so wird es den Unternehmern niemals gelingen, durch Ränke und Schliche die Ursachen des Streiks zu verschleiern und das Kampffeld zu verschieben, eine Gefahr, die immer besteht. Zu erwähnen ist noch, daß die Genossen eifrig bemüht sind, die Verwaltung der Ortskassen zu beeinflussen. Dieser lobenswerthe Eifer ist eine glänzende Widerlegung der von unseren Gegnern ständig wiederholten Verleumdung, unsere Partei negire die durch die Sozialgesetzgebung den Arbeitern gebotenen Vortheile.

Wie unangenehm den Unternehmern diese Bestrebungen sind, dafür geben die elenden Verdächtigungen Zeugniß, die periodisch in den kapitalistischen

Organen wiederkehren, und die dahin gehen, es sei den Sozialdemokraten nur darum zu thun, ihre Führer in sichere Brotstellen zu bringen. Gönnen wir unseren Feinden ihren Aerger über die wachsende Bedeutung unserer Partei und freuen uns, daß alle sozialpolitischen Einrichtungen, die bestimmt sind, uns den Wind aus den Segeln zu nehmen, diese zu bester Fahrt aufblähen. Wir können den Genossen nur rathen, auf dem eingeschlagenen Kurs das Steuer mit fester Hand zu führen.

* * *

Die Maifeier. In Bezug auf die Maifeier beschloß der vorjährige Parteitag: „Als würdigste Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Daher empfiehlt der Parteitag denjenigen Arbeitern und Arbeiterorganisationen, die ohne Schädigung der Arbeiterinteressen den 1. Mai neben anderen Kundgebungen auch durch die Arbeitsruhe feiern können, Arbeitsruhe eintreten zu lassen."

Der eingetretene geschäftliche Aufschwung gestattete den Arbeitern, dem Beschlusse in umfassendster Weise Folge zu leisten. In den größeren Städten ruhte die Arbeit in ausgedehntem Maße. Berlin marschirte an der Spitze. Die Branchen wetteiferten miteinander. Verständigerweise willigten zahlreiche Unternehmer auf erfolgte Vorstellung der Arbeiter ein, ihre Fabriken am 1. Mai zu schließen. In manchen Provinzstädten erreichte der Besuch der Morgenversammlungen eine 2000 Personen übersteigende Theilnehmerzahl.

Das theilweise Eingehen der Unternehmer auf die Wünsche der Arbeiter in Verbindung mit der Aufforderung der Parteileitung an die Parteigenossen, die aufsteigende Konjunktur für die Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai nutzbar zu machen, hatte die Presse der Großbourgeoisie aus Rand und Band gebracht. Allen voran waren es die Bismarckorgane, die bald wuthschnaubend, bald bittend und flehend, Unternehmerthum und Staatsgewalt beschworen, dem Bestreben der Arbeiter, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern, mit Festigkeit und Entschiedenheit entgegenzutreten.

Ein Echo fanden diese Tiraden nur bei den Kühnemännern, die jeden am 1. Mai Feiernden mit dem Ausschluß von der Arbeit bedrohten. Doch die Arbeiter ließen sich nicht einschüchtern und beantworteten in den Fällen, wo die Unternehmer, um ihre Prestige zu wahren, den Feiernden als Strafe einen dreitägigen Arbeitsausschluß dekretirten, mit Niederlegung der Arbeit. Die Arbeiter fanden rasch in der Konkurrenz „liebevolle Aufnahme".

Einige Innungen, die vermeinten, hinter den Kühnemännern nicht zurückstehen zu dürfen, faßten zwar Resolutionen gegen die „unbotmäßigen" und in ihren Forderungen „unverschämten" Arbeiter, aber damit hatte es sein Bewenden. Das lärmende Auftreten der Aermsten täuscht Niemand mehr über ihre wirthschaftliche Bedeutungslosigkeit. Der von den Berliner Genossen eingeführte Modus der Veranstaltung der Maifeier, die Abhaltung der Versammlungen am Vormittag den Gewerkschaften und die Abendveranstaltungen der Partei zuzuweisen, hat sich bewährt, und ist den Genossen zur Nachachtung zu empfehlen.

* * *

Die Parteipresse. Wie die unten folgende Tabelle ziffernmäßig ausweist, hat die Zahl der erscheinenden Organe eine Verminderung erfahren. Sowohl die Zahl der politischen wie der gewerkschaftlichen Blätter hat sich um je drei verringert. Wer jedoch aus diesem Rückgang auf Verminderung und Schwächung der Bewegung in den bezüglichen Kreisen schließen wollte, würde zu einem Fehlschluß kommen.

An Stelle der eingegangenen Blätter ist im Eisenacher Kreis das „Gothaer Volksblatt", in Wurzen die „Leipziger Volkszeitung" und im Kreise Zeitz-Naumburg-Weißenfels das Haller „Volksblatt" eingeführt. Man kann mit Fug und Recht behaupten, hat in den drei Kreisen auch die Quantität,

vorerst die Auflage eine Einbuße zu verzeichnen, so wird dieser Ausfall durch die Qualität des den Lesern Gebotenen mehr wie wett gemacht. Die begründete Aussicht ist vorhanden, daß in kurzer Zeit der frühere Abonnentenstand nicht nur erreicht, sondern überholt sein wird.

Fast scheint es, als wenn den gemachten Erfahrungen von Seiten der Parteigenossen nicht die nöthige Beachtung geschenkt wird. Anders ist es nicht zu verstehen, daß man in verschiedenen Parteiorten sich mit der Frage der Herausgabe eines Blattes beschäftigt, ohne auch nur die Mittel der ersten Einrichtung zu besitzen. Eine nochmalige nachdrückliche Warnung an dieser Stelle erscheint deshalb angebracht. Sie findet vielleicht bessere Beachtung als die im geschäftlichen Verkehr mit den Genossen ertheilte. Wie sehr die ertheilten Warnungen am Platze waren, lehrt außerdem ein Blick auf die Zuwendungen, die der Presse aus der Parteikasse gemacht werden mußten. Bei der Vergleichung mit der vorjährigen Ausgabe für die Presse ist noch in Betracht zu ziehen, daß im verflossenen Geschäftsjahr nur halbjährige Aufwendungen für den „Sozialdemokrat" in Rechnung stehen.

Der Eingang der drei Gewerkschaftsblätter ist ein direkter Gewinn für die Gewerkschaftsbewegung. Er wurde bedingt durch die Verschmelzung dreier kleiner Verbände mit bestehenden größeren verwandter Berufsgenossen.

Die folgende vergleichende Tabelle giebt ziffernmäßigen Aufschluß über den Stand der Parteipresse.

Es erschienen:

a) Politische Blätter:

	1891	1892	1893	1894	1895	1896
wöchentlich 6 Mal	27	32	32	37	39	41
„ 3 „	23	20	25	20	20	17
„ 2 „	7	6	7	9	8	9
„ 1 „	10	12	11	8	9	6
alle 14 Tage	1	—	—	—	—	—
	68	70	73	74	76	73

b) Gewerkschaftsblätter:

	1891	1892	1893	1894	1895	1896
wöchentlich 3 Mal	1	1	1	1	1	1
„ 2 „	—	1	—	—	—	—
„ 1 „	24	28	28	27	27	27
monatlich 3 „	3	3	2	2	2	—
alle 14 Tage	22	20	19	19	18	19
alle 3 Wochen	—	—	—	—	—	1
monatlich 1 Mal	4	3	5	4	5	2
	54	56	55	53	53	50

Als wissenschaftliche Revue erscheint wöchentlich bei J. H. W. Dietz in Stuttgart die „Neue Zeit". Der Förderung gesunden Witzes und Humors dienen der „Wahre Jakob" und der „Süddeutsche Postillion", ersterer bei Dietz, Stuttgart, letzterer in München bei Ernst erscheinend.

Die in Breslau beschlossene Preisherabsetzung des „Neue Welt-Kalender" auf 40 Pf. hat die erhoffte Steigerung der Nachfrage gebracht. Die auf 120 000 vorgesehene Auflage war bereits Ende Oktober vergriffen. Ein Nachdruck mußte aber aus technischen Gründen unterbleiben. Nach den gemachten vorjährigen Erfahrungen ist die gegenwärtige aufgelegte Auflage auf 140 000 fixirt worden.

Die wöchentlich erscheinende illustrirte Unterhaltungsbeilage „Neue Welt" erscheint seit dem 1. März d. J. unter der Redaktion des Genossen Edgar Steiger. Die Beilage umfaßt jetzt 12 statt früher 8 Seiten. Die Vergrößerung des Umfangs wurde bedingt um einer reicheren und gewählteren Auswahl von

Text und Illustrationen entsprechen zu können, ein Wunsch in dem sich Leser und Redaktion begegneten. Die Vergrößerung und Ausgestaltung des Blattes hat eine starke Steigerung der Herstellungskosten verursacht; da eine Erhöhung des Bezugspreises nicht stattgefunden hat, mußte das aus der Vergrößerung sich ergebende erhebliche Defizit aus der Parteikasse gedeckt werden. Es wird Sache des Parteitages sein, zu erwägen, ob in dieser Beziehung eine Aenderung vorzunehmen ist.

Zu den im vorjährigen Bericht aufgeführten Gegenden, in denen die Genossen sich die Herausgabe und unentgeltliche Verbreitung von Landes- oder Provinzial-Kalender angelegen sein ließen, die den besonderen Verhältnissen angepaßt, sind einige weitere hinzugekommen. Der Kalender ist ein bequemes und sehr begehrtes Agitationsmittel geworden.

* * *

Aus der unten angefügten Abrechnung des „Vorwärts" ergiebt sich, daß das Budget desselben sich fast auf gleicher Höhe wie das vorjährige bewegt. Obwohl in runder Summe eine Mehreinnahme von 38 000 Mk. erzielt wurde, so war der sich ergebende der Parteikasse zugute kommende Ueberschuß doch um rund 3500 Mk. geringer geworden, da die Ausgaben ebenfalls um 40 456 Mk. gestiegen sind. Letztere ergeben sich aus der Veranstaltung zahlreicher Beilagen, die durch die parlamentarischen Berichte und thatkräftige Unterstützung der Lohnkämpfe nothwendig waren.

	Juli-September 1895		Oktober-Dezember 1895		Januar-März 1896		April-Juni 1896	
A. Eingänge:								
Abonnementsgelder durch die Expedition	92358	70	96535	60	100204	95	98530	20
Abonnementsgelder durch die Post . .	8290	30	10469	20	11076	—	9361	30
Inseraten-Einnahme.	25056	95	33240	40	34541	35	38119	65
Gewinn aus dem Broschürenverkauf durch die Expedition			876	95				
Gesammt-Einnahme Mk.	125705	95	141122	15	145822	30	146011	15
B. Ausgänge:								
Diverse Unkosten: (Porto für Kreuzbänder, Gebühren f. Ueberweisungen, Porto u. Depeschen der Redaktion, Telephon, Steuern, Beleuchtung, Heizung, Laufburschen der Redaktion, Schreibutensilien, Geschäftsbücher, Formulare 2c. 2c.)	4605	45	5508	25	6115	35	4742	10
Zeitungs-Abonnement	346	—	359	30	338	75	329	45
Berichterstatter-Honorar	6972	60	9211	05	6541	85	7245	80
Feuilleton.	712	95	555	40	936	30	977	40
Redaktion und angestellte Mitarbeiter	12105	10	12216	75	13584	50	13094	95
Depeschen und Parlamentsberichte . .	640	—	730	30	1170	30	1457	45
Neue Welt	6553	40	6962	60	7189	30	7085	70
Gehälter der Expedition	2512	—	2397	—	2468	—	2468	—
Miethe.	1125	—	1125	—	1215	—	1215	—
Gerichtskosten und Strafen	944	75	772	40	1106	20	1525	70
Redaktionsbibliothek	186	55	135	50	8	25	505	75
Druckrechnung	73989	45	90138	90	94139	90	90321	25
Gesammt-Ausgabe Mk.	110693	25	130112	45	134813	70	130968	55
Gewinn . . . . . „	15012	70	11009	70	11008	60	15042	60
wie oben unter A Mk.	125705	95	141122	15	145822	30	146011	15

Der Gesammtüberschuß beträgt Mk. 52 073,60.

Berlin, den 18. September 1895.

Im Auftrage des Partei-Ausschusses revidirt und mit Belägen richtig befunden.

H. Meister. Clara Zetkin. Erd. Dubber.

Die Preß-Kommission hat nach dem im Prozeß Auer und Genossen gefällten Urtheil, das die vorläufige Schließung derselben aufhob, ihre Thätigkeit in dem früheren Umfang wieder aufgenommen.

* * *

Die Begleichung der Außenstände von dem „Sozialdemokrat“ steht noch aus vielen Orten aus. Wiederholte Mahnungen sind bisher fruchtlos geblieben. Die neu zu wählende Parteileitung wird den Versuch machen müssen, unter Beihilfe der Vertrauensleute die Beträge einzutreiben. Insgesammt stehen noch aus 1586,12 Mk.

Die Schluß-Abrechnung unseres Zentral-Wochenblattes **„Der Sozialdemokrat“** pro Juli 1895 bis 30. Juni 1896 ergiebt folgendes Resultat:

	Juli-Sept. 1895		Okt.-Dez. 1895		Jan.-März 1896		April-Juni 1896	
A. Eingänge:								
Abonnementsgelder	4053	96	4025	84	771	93	50	45
Parteizuschuß	2737	78	3364	25				
Kassabestand vom IV. Quartal 1895. .					194	40		
Kassabestand vom I. Quartal 1896 . .							10	45
Gesammt-Einnahme Mk.	6791	74	7390	09	966	33	60	90
B. Ausgänge:								
Druckrechnung	2217	—	2068	90				
Redaktion	2000	—	2115	80				
Expedition	743	—	717	35				
Mitarbeiter	671	13	1105	31				
Diverse Unkosten: Bureau-Utensilien, Miethe, Beleuchtung, Bibliothek und Zeitungsabonnement	253	10	187	89	4	65		
Porto; Versand der Zeitungen, sowie Korrespondenz der Redaktion u. Exped.	883	31	738	54	19	78	1	79
Gerichts- und Haftkosten	24	20	261	90				
Kassabestand vom I. Quartal 1896 . .			194	40				
Kassabestand vom II. Quartal 1896 . .					10	45		
Parteileitung					931	45	45	81
Rückzahlung an Remittenden							13	30
Gesammt-Ausgabe Mk.	6791	74	7390	09	966	33	60	90

* * *

Ueber den Geschäftsbetrieb der **Buchhandlung Vorwärts** während des Jahres 1895/96 können wir folgende Mittheilungen machen:

Sowohl der Waaren-Umsatz wie der Reingewinn waren im Geschäftsjahre 1895/96 niedriger als im Vorjahre, und zwar ersterer um 15 000, letzterer um 9000 Mk. Dieser Rückgang des Waaren-Umsatzes erklärt sich einerseits

aus der Ueberfüllung des sozialistischen Büchermarktes überhaupt, hauptsächlich aber daraus, daß die Neupublikationen des letzten Jahres vorwiegend billige, auf den Massenabsatz berechnete Broschüren waren. Dadurch wird selbstverständlich auch die Höhe des Reingewinnes beeinflußt, der außerdem durch gegen frühere Jahre erhöhte Abschreibungen des Lagerbestandes reduzirt wurde.

Da jedoch der Zweck der Buchhandlung Vorwärts in erster Linie nicht die Erzielung möglichst hoher Erträgnisse ist, sondern vielmehr die Verbreitung sozialistischer Literatur, so kann trotz des scheinbaren Rückganges in diesen Zahlen das Jahresergebniß ein völlig zufriedenstellendes genannt werden. Denn in der That ist die Zahl der zur Verbreitung gebrachten Broschüren und Flugschriften im abgelaufenen Geschäftsjahre höher gewesen als im Vorjahre. Die Buchhandlung Vorwärts gab achtzehn neue Publikationen heraus, die insgesammt eine Auflage von 926 000 Exemplaren erreichten; dazu kamen dreizehn Neudrucke früherer Erscheinungen in der Höhe von 73 000 Exemplaren, so daß durch die Buchhandlung Vorwärts allein im verflossenen Geschäftsjahre eine Million sozialistischer Druckschriften unter die Massen gebracht wurde.

Von der Mai-Zeitung wurden 320 000 Exemplare abgesetzt, von der März-Zeitung trotz der zu Unrecht erfolgten Konfiskation der Breslauer Staatsanwaltschaft 98 000 Exemplare. Als die Berliner Polizei Ende 1895 durch Auflösung der Brandenburger Agitationskommission deren Thätigkeit lahmgelegt zu haben meinte, trat die Buchhandlung Vorwärts an die Herausgabe des „Märkischen Landbote“ heran und brachte 130 000 Exemplare zur Verbreitung. Und so zeigte sich immer, daß, wenn Polizei oder Gerichte zu einem Streiche wider die Sozialdemokratie ausgeholt hatten, die Widerstandskraft der Partei ungebrochen blieb und ihr Agitationseifer frisch angefeuert wurde. Als Liebknecht wegen seiner Eröffnungsrede am Breslauer Parteitage von Breslauer Richtern der Majestätsbeleidigung für schuldig erklärt wurde, ging die Geschichte und Darstellung des Prozesses Liebknecht in 19 000 Exemplaren unter die Massen; nach der Kaiserrede beim Gardefestmahl am 2. September fand die Auer'sche Rede über „Sedanfeier und Sozialdemokratie“ 76 000 Abnehmer; die Kritik des Septemberkurses durch unsere Abgeordneten im Reichstag 14 000, der Essener Meineidsprozeß, dargestellt und kritisirt von F. Lütgenau, 19 000. Das Arbeiter-Elend in der Konfektions-Industrie erzielte 10 000, die Arbeiterschutz-Heuchelei 5000 Auflage, „Zweierlei Recht“ 11 000. Ein für die ländlichen Kreise Norddeutschlands berechnetes Flugblatt: Wie die Junker dem Bauern helfen wurde in 143 000 Exemplaren verbreitet, Calwer's Arbeiterkatechismus in 25 000 Exemplaren. Eine aus Anlaß des Todes von F. Engels erschienene kurze Biographie hatte 10 000, Schippel's jüngst herausgegebene Währungsfrage 22 000 und das Breslauer Parteitags-Protokoll 39 000 Auflage.

Dem auf so vielen Parteitagen gestellten Verlangen nach Jugendliteratur hat die Buchhandlung Vorwärts durch Herausgabe des Buchs der Jugend von Emma Adler ebenfalls zu entsprechen versucht. Doch ist die Nachfrage nach dem Buch trotz der günstigen Besprechung durch die Presse hinter den gehegten Erwartungen zurückgeblieben, sodaß die für 1896 in Aussicht genommene Herausgabe eines zweiten Bandes einstweilen unterblieben ist. Die Sammlung sozialistischer Theaterstücke wurde um ein neues Heft: Arbeiter-Jubiläum von E. Preczang erweitert und neben einer Neuausgabe der Gewerbeordnung erschien eine kritische Darstellung des deutschen Pulverrings. Von der Neuauflage früherer Erscheinungen heben wir nur Bracke's „Nieder mit den Sozialdemokraten“ hervor, die im verflossenen Jahre in 25 000 Exemplaren verbreitet wurde.

Wenn wir neben dieser propagandistischen Thätigkeit der Buchhandlung Vorwärts noch hervorheben, daß sie auch der Parteikasse zur weiteren Agitation im verflossenen Jahre — vom 1. Juli 1895 bis 30. Juni 1896 — 20000 Mk. zur Verfügung stellen konnte — gegen 14 000 Mk. im Vorjahre —, so glauben wir unsere Auffassung oben mit Recht dahin präzisiren zu dürfen, daß Stand und Thätigkeit derselben als zufriedenstellend erachtet werden kann.

* * *

Kassenbericht. Der diesjährige Kassenbericht umfaßt wieder einen Zeitraum von 12 Monaten. Einnahmen wie Ausgaben weisen daher im Vergleich mit dem vorjährigen Bericht höhere Beträge auf. Der Kassenabschluß selbst ist zwar ein relativ günstiger, doch zeigt die tabellarische Uebersicht von neuem eine starke Abnahme der allgemeinen Parteibeiträge. Gegen das Vorjahr ist die Zahl der Orte, die Beiträge an die Parteikasse abgeliefert haben, um 111 zurückgegangen. Zum Theil erklärt sich dieser Rückgang allerdings durch die vielen und umfangreichen Lohnbewegungen, die im Berichtsjahr stattgefunden haben. Die Genossen großer Bezirke wurden entweder direkt in Klassenkämpfe verwickelt und damit in ihrer Parteithätigkeit gelähmt, oder durch Sammlungen für Streikende und Ausgesperrte so in Anspruch genommen, daß für den Augenblick die finanzielle Pflichten gegen die Partei in die zweite Linie gestellt werden mußten. Anderen Parteiorten wieder wurden durch behördliche Maßnahmen oder Prozesse so schwere Opfer auferlegt, daß sie nichts an die Zentralkasse abliefern konnten, diese vielmehr noch in Anspruch nehmen mußten.

Nicht verschwiegen soll aber auch werden, daß es in weiten Kreisen der Partei Brauch geworden ist, sich nur dann der Parteikasse zu erinnern, wenn Anforderungen an dieselbe zu stellen sind.

Die Organisationen ganzer Orte und Wahlkreise vernachlässigen ihre parteigenössischen Pflichten in der gröblichsten Weise, indem sie von ihren Einnahmen Jahr für Jahr keinen Pfennig an die Parteikasse abführen. Würden nicht einzelne Genossen bei besonderen Gelegenheiten kleine Beiträge senden, die tabellarische Uebersicht schrumpfte auf den Raum einer Seite zusammen. Leider sind es vielfach gerade die ältesten Parteiorte, die in dieser Beziehung mit schlechtem Beispiel vorangehen. So haben nach der diesjährigen Aufstellung zwei zusammenhängende Wahlkreise, in denen bei der letzten Reichstagswahl 47 500 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden, einen gemeinsamen Jahresbeitrag von 6 — sechs — Mark, ein anderer Wahlkreis, der bei der letzten Reichstagswahl 18 000 sozialdemokratische Stimmen aufbrachte, hat einen Jahresbeitrag von 4 — vier — Mark und 35 Pfennig, und zwei weitere Wahlkreise mit 14 000 resp. 12 000 sozialdemokratischen Stimmen haben Jahresbeiträge von 0,00 abgeliefert.

Diese Beispiele könnten noch um viele weitere vermehrt werden, doch wird das Vorgeführte hoffentlich genügen, um die Genossen allerorts auf einen sehr wunden Punkt in unserem Parteileben aufmerksam zu machen.

Im einzelnen vertheilen sich die Einnahmen und Ausgaben wie folgt:

Bericht über die Einnahmen und Ausgaben der Parteikasse

vom 1. September 1895 bis 31. August 1896.

A. Einnahmen.

Im Monat:	Insgesammt		Von den gesammten Einnahmen entfielen auf:									
			Allgemeine Einnahmen		Darlehns-Konto		Zinsen		Ueberschuß des „Vorwärts"		Diverse	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
1895												
September	6025	45	4128	95	750	—	299	35	—	—	847	15
Oktober	54737	47	39294	77	250	—	—	—	15012	70	180	—
November	24624	35	5864	05	17750	05	—	—	—	—	1010	25
Dezember	9510	34	9250	34	150	—	60	—	—	—	50	—
1896												
Januar	38988	12	16359	57	7525	—	4090	55	11009	70	8	30
Februar	15891	63	14830	53	950	—	111	10	—	—	—	—
März	14539	15	14389	15	150	—	—	—	—	—	—	—
April	28576	64	11892	84	4650	—	33	75	11008	60	991	45
Mai	9878	—	9628	—	250	—	—	—	—	—	—	—
Juni	9083	60	9083	60	—	—	—	—	—	—	—	—
Juli	31737	76	10969	41	1000	—	4605	75	15042	60	120	—
August	26579	08	22750	02	3 83	25	—	—	—	—	645	81
	270171	59	168441	23	36608	30[1]	9200	50	52073	60	3847	96[2]

270 171,59 Mk.

Hierzu Bestand vom 31. August 1895 6 702,14 Mk.

276 873,73 Mk.

B. Ausgaben.

Im Monat:	Insgesammt Mk.	Pf.	Unterstützungen Mk.	Pf.	Prozeß- und Gefängnißkosten Mk.	Pf.	Allgemeine Agitation Mk.	Pf.	Wahl-Agitation Mk.	Pf.	Reichstagskosten Mk.	Pf.	Agrar-Arbeiten Mk.	Pf.	Gehälter und Verwaltungs-Ausgaben Mk.	Pf.	Darlehns-Konto Mk.	Pf.	Preß-Unterstützungen Mk.	Pf.	Vermischte Ausgaben Mk.	Pf.
			Von den genannten Ausgaben entfielen auf:																			
1895																						
September .	28593	90	820	—	626	25	2742	40	650	—	197	—	300	—	1658	25	10300	—	11300	—	—	—
Oktober .	31750	25	1354	—	303	—	6891	45	2889	30	—	—	849	—	1176	40	250	—	18037	10	—	—
November .	17240	—	1060	—	1068	10	4672	10	844	50	—	—	—	—	945	30	800	—	7850	—	—	—
Dezember .	12875	19	889	—	546	20	2496	30	700	—	2500	—	—	—	1684	69	1700	—	2359	—	—	—
1896																						
Januar . .	22488	10	2210	—	205	—	2794	25	635	—	4350	—	324	60	1773	75	3000	—	6774	25	421	25
Februar .	14810	50	436	—	1181	—	2870	05	—	—	2100	—	—	—	778	85	4000	—	3440	—	4	60
März . .	13013	40	3395	—	735	—	3154	10	450	70	3600	—	—	—	1381	35	—	—	200	—	97	25
April . .	19631	03	915	—	122	—	4977	98	249	60	2500	—	—	—	1536	45	8170	—	1100	—	60	—
Mai . . .	26264	15	567	—	576	55	1861	80	12	60	2800	—	—	—	746	20	10000	—	9560	—	140	—
Juni . . .	13549	35	640	—	108	60	1249	30	627	20	3500	—	—	—	1124	25	5000	—	1300	—	—	—
Juli . . .	13285	64	895	—	342	70	4990	10	1184	—	2600	—	—	—	1443	84	—	—	1830	—	—	—
August . .	16621	05	1100	—	168	—	2812	50	500	—	—	—	150	—	809	20	5500	—	5581	35	—	—
	230122	56	14281	—[1])	5982	40	41512	33	8742	90	24147	—[2])	1623	60	15058	53[3])	48720	—	69331	70	723	10

	230 122,56 Mk.
Ausgabe für Kapitalanlage	29 432,60 Mk.
Kassenbestand am 31. August 1896	17 318,57 Mk.
	276 873,73 Mk.

Berlin, den 18. September 1896.

Im Auftrage des Partei-Ausschusses revidirt und mit den Belägen richtig befunden.

H. Meister. Clara Zetkin. Erd. Dubber.

Bemerkungen zu A. Einnahmen:

¹) Die Einnahmen und Ausgaben aus dem Darlehns-Konto pflegen sich in der Regel die Wage zu halten. In diesem Jahre übersteigen die Ausgaben die Einnahmen um 12122 Mk., doch sind in der letzteren Summe 11000 Mk. Kautionen enthalten, die in kurzer Zeit in die Parteikasse zurückfließen dürften.

²) Unter diesen Eingängen befinden sich 775 Mk., die zurückgezahlt wurden für Broschüren, die in der Provinz Brandenburg zur Vertheilung gelangt sind; ferner 1000 Mk., die als Abzahlungsrate für den Verkauf einer Druckerei eingingen, und 977,26 Mk. Abonnements-Restbeträge vom „Sozialdemokrat".

Bemerkungen zu B. Ausgaben.

¹) Unterstützungen wurden, wie üblich, nur gezahlt an Genossen oder Angehörige von Genossen, die wegen ihrer Parteithätigkeit gemaßregelt oder sonstwie geschädigt wurden.

²) Die Reichstagskosten hielten sich, infolge der ungewöhnlich langen Tagung des Reichstages, auf der bereits im Vorjahr erreichten Höhe. Die im September 1895 gebuchten 197 Mk. gehören noch zu den Ausgaben für die vorjährige Session. Das Mitglied der Fraktion, welches für diese die Kassengeschäfte besorgt, hat erst nach dem Abschluß des vorjährigen Kassenberichtes mit dem Kassirer abgerechnet.

³) Unter dieser Rubrik befinden sich die Ausgaben für Gehälter, Miethe für Bureauräume, Porto und Telegrammgebühren, Druckkosten für Zirkuläre u. s. w., Reisekosten u. s. w. Durch die infolge der Köllerei nothwendig gewordene Verlegung der Parteileitung von Berlin nach Hamburg sind eine Reihe von Mehrausgaben entstanden. Die Gesammtausgaben sind deshalb etwas höher als im Vorjahr.

C. Ausgaben für die Parteipresse,

im Einzelnen nachgewiesen.

„Augsburger Volkszeitung"	Mk.	2700,—
„Agramer Parteizeitung"	„	1000,—
„Bremer Bürgerzeitung"	„	5200,—
„Breslauer Volkswacht"	„	17 700,—
„Bukarester Parteizeitung"	„	1000,—
„Niederrheinische Volkstribüne"	„	100,—
„Gothaisches Volksblatt"	„	1000,—
„Neue Wurzener Zeitung"	„	400,—
„Oberfränkische Volkszeitung"	„	390,—¹)
„Rheinische Zeitung"	„	10 620,—²)
„Saalfelder Volksblatt"	„	500,—
„Sozialdemokrat"	„	6252,05³)
„Teltower Volksblatt"	„	1858,70
„Thüringer Tribüne"	„	2800,—
„Unterfränkische Volkstribüne	„	675,—
„Volksblatt für Anhalt"	„	600,—
„Volksblatt für Hessen"	„	243,—
„Volksfreund" bez. „Volksstimme f. Elsaß-Lothringen"	„	5792,95
„Wiener Arbeiter Zeitung"	„	10 000,—
„Zeitzer Volksbote"	„	500,—
	Mk.	69 331,70

Bemerkungen zu C. Ausgaben für die Parteipresse.

¹) Außer dem hier angeführten Betrage wurde noch dem inhaftirten Redakteur der „O. V." 6 Monate Gehalt gezahlt.

²) Mit den Kölner Parteigenossen ist ein Abkommen getroffen worden, nach welchem vom 1. Oktober 1896 bezw. vom 1. Januar 1897 ab der „Rheinischen Zeitung" nur noch ein Zuschuß von 1000 Mk. pro Quartal gezahlt wird.

³) Von dieser Summe müssen die unter den diversen Einnahmen befindlichen 977,26 Mk. Abonnementsgelder, die nach dem Eingehen des „Sozialdemokrat" noch eingezogen wurden, in Abrechnung gebracht werden.

Tabellarische Uebersicht
der
seit dem Breslauer Parteitage eingegangenen Partei-Beiträge
1. September 1895 bis 31. August 1896.

Ort bezw. Kreis	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August
Aachen	1,10	—	—	100,00	24,66	—	—	—	—	—	—	—
Achim	—	5,00	5,00	—	5,00	—	—	5,00	—	—	1,43	—
Aken	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—
Altchemnitz	—	—	—	—	2,20	—	2,00	—	—	—	—	—
Altona	—	20,00	1000,00	10,00	6,30	1000,00	—	2,57	—	—	—	1000,00
Apolda	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Aprath	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Auerbach i. V.	—	6,00	15,00			2,80	—	—	—	—	—	—
Bamberg	—	15,00	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—
Bant, 2. oldenb. Wahlkreis	—	300,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Barmen	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	100,00
Bockum i. W.	—	—	—	—	3,50	—	—	—	—	—	—	—
Bergedorf	—	—	—	30,00	—	55,00	50,00	—	—	—	50,00	—
Berlin I.	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—
" II.	—	377,30	400,00	800,00	300,00	—	750,00	600,00	1000,00	300,00	—	500,00
" III.	—	—	—	—	—	—	—	700,00	—	215,45	—	—
" IV.	—	2987,50	—	3013,65	1000,00	—	1506,75	1053,00	2000,00	—	1000,00	—
" V.	—	—	—	—	300,00	—	—	300,00	—	—	400,00	—
" VI.	250,00	450,00	1050,00	1000,00	—	2000,00	—	2000,00	2000,00	450,00	—	2738,07
Berlin, div.	422,20	812,05	229,00	495,40	967,97	326,95	512,40	422,10	246,65	547,90	287,70	369,10
Bernburg	100,00	—	—	—	150,00	—	—	—	—	—	—	—
Birkenwerder	—	—	2,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bischofswerda	—	—	—	2,30	—	—	—	—	—	—	—	—
Blankenhain	—	—	—	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Bochum	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Boitzenburg	—	31,60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Boppard	6,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12,00
Bornim	—	0,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Brackel	—	—	—	—	—	—	200,00	400,00	—	—	—	—
Braunschweig	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—
Bremen	—	—	—	—	5,00	1,00	—	—	—	200,00	—	—
Bremerhaven	—	—	—	—	—	—	—	—	3,35	100,00	—	—
Breslau	5,00	5,00	—	605,00	3,50	—	—	—	—	6,90	—	—
Bromberg	—	—	—	—	—	5,05	—	—	—	—	—	—
Bulach	—	—	—	6,50	1,55	—	—	—	—	—	—	—
Burgsteinfurt	—	6,20	13,20	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Callenberg in Schlesien	—	—	—	—	—	6,00	—	—	—	—	—	—
Cassel	100,00	—	—	—	419,04	—	—	—	200,00	20,00	—	200,00
Chemnitz, 16. sächs. Wahlkr.	—	—	—	—	—	500,00	—	—	—	—	—	500,00
Chemnitz	—	—	—	—	—	—	17,00	—	—	—	—	—
Cossebaude	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—
Cotta	—	7,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Cottbus	110,00	118,60	10,00	10,00	14,00	10,00	10,00	10,00	10,00	11,20	10,00	10,00
Crimmitschau	—	2,40	—	—	—	—	—	200,00	—	—	4,50	300,00
Derne-Hostede	—	—	—	—	—	—	—	—	4,10	—	—	—
Döbeln	10,00	—	40,00	—	13,00	—	—	—	—	—	—	—

Ort bezw. Kreis	Septemb.	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August
Dortmund . .	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—
Dresden . . .	—	—	—	3,00	—	2,50	—	—	—	—	—	—
Dresden, 5. sächs. Wahlkr.	—	—	—	—	500,00	—	—	—	—	—	—	—
Düsseldorf . .	—	—	—	—	—	—	—	—	14,00	—	—	—
Eckartshausen	—	—	—	—	3,45	—	—	—	—	—	—	—
Ehrenfriedersdorf	—	—	—	—	—	—	—	—	2,00	—	—	—
Elberfeld . . .	—	—	—	—	—	—	300,00	—	—	300,00	—	—
Elbing	2,40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Ellerbeck-Wellingdorf	—	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—
Elmshorn . .	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00
Erfurt	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Erlangen . . .	—	—	2,30	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Essen a. R. .	—	—	—	4,15	—	—	—	—	—	—	—	—
Eulenburg . .	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—
Eupen	—	—	—	8,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Eutin	—	—	—	14,40	—	—	—	—	—	—	—	—
Falkenb. O.-S.	—	2,00	—	2,00	2,00	—	2,00	2,00	2,00	2,00	—	2,00
Falkenst. i. V.	—	—	—	5,35	—	—	—	—	—	—	—	8,35
Finsterwalde.	—	—	—	4,30	—	—	—	—	—	—	—	—
Flensburg . .	6,00	30,00	—	—	—	31,10	—	—	30,00	—	—	—
Forchheim . .	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—
Forst i. L. . .	—	200,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	200,00
Frankfurt M.	500,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Frankenhausen a. K.	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Freiberg . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,50	—	—
Freiburg i. B.	—	2,00	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Friedrichshagen	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Frohburg . .	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—
Fürth	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—	48,00	—
Fulda	—	—	—	—	—	—	—	—	11,70	—	—	—
Gelsenkirchen	—	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—
Genf	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—
Genua	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gera (Reuß) .	50,00	50,00	—	100,00	80,00	—	100,00	—	100,00	—	100,00	—
Gersdorf . . .	—	—	—	—	1,15	—	—	—	—	—	—	—
Glückstadt . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25,00
Görlitz	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Goldberg Schl.	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Goslar	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gränitz	—	—	1,15	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Greiz	—	—	—	—	—	300,00	—	—	—	—	100,00	—
Halberstadt .	—	50,00	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—
Halle a. S. .	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hamburg I.	—	2000,00	—	—	—	3000,00	—	—	2000,00	—	—	3000,00
" II.	1000,00	—	1000,00	—	—	1000,00	—	1000,00	—	—	2500,00	—
" III.	—	—	—	1000,00	—	1000,00	—	1000,00	—	—	—	2000,00
Hamburg div.	162,95	50,00	40,00	184,35	5514,05	63,33	31,50	28,00	336,00	428,00	88,00	288,55
Hanau Wahlkr.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00	—
Hannover . .	—	—	—	1000,00	—	1000,00	—	—	1000,00	—	1000,00	—
Harburg . . .	300,00	—	—	—	—	301,98	—	—	—	5,00	—	300,00
Hartha	—	30,00	—	—	—	—	—	—	—	30,00	—	—

Ort bezw. Kreis	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August
Hastedt b. Bremen	50,00	—	—	—	25,00	25,00	25,00	25,00	25,00	25,00	25,00	10,00
Haynau i. Schl.	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Heinrichsort	2,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hildesheim, 10. han. Wahlkreis	—	—	—	—	200,00	—	—	—	—	—	—	—
Hirschberg	—	—	11,00	—	1,00	—	—	—	—	—	—	—
Höhscheid	—	—	—	—	—	—	—	3,00	—	—	—	—
Jastrow	—	—	4,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Jauer	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	34,38	—
Jena	—	—	—	—	—	22,50	—	—	—	—	—	—
Ilmenau	99,85	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—	10,00
Ingolstadt	—	—	—	—	—	—	—	—	40,00	—	—	—
Iserlohn	—	—	—	—	—	—	—	3,00	—	—	—	—
Kalk	—	—	110,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kaiserslautern	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—
Karlsruhe	—	—	—	—	5,30	—	—	—	—	—	—	—
Kaufbeuren	—	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—
Kellinghusen	25,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30,00
Kiel	—	—	—	—	1,00	—	—	—	—	—	—	—
Kirchberg i. S.	—	—	—	—	—	9,20	—	—	—	—	—	—
Kirchhain N.-L.	—	—	—	—	11,55	—	—	—	11,35	—	—	—
Königsberg i. Pr.	20,00	20,00	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Königsee	—	—	—	—	—	—	—	—	3,00	—	—	—
Koblenz	—	—	—	—	—	—	6,00	—	—	—	—	—
Konradsthal	—	—	—	2,50	—	—	—	—	—	—	—	—
Konstanz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00
Külzschau	—	—	—	—	—	—	3,00	—	—	—	—	—
Lambrecht	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—
Landskrona	—	—	11,70	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Langenbielau	—	100,00	—	—	—	100,00	—	100,00	—	100,00	—	100,00
Langerfeld	—	—	—	—	3,00	—	—	—	—	—	—	—
Laufach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00
Lausigk	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Lägerdorf	6,40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Leipzig	2,50	—	—	—	—	—	—	1,50	—	—	—	2,00
Lichtenstein-Kallenb.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00
Limbach i. B.	—	—	—	3,00	—	—	4,55	—	—	—	—	—
Löderburg	—	—	—	—	—	10,55	—	—	—	—	—	—
Lübeck	—	203,20	—	—	—	200,00	—	—	—	—	—	—
Lüdenscheid	—	—	30,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Luckenwalde	—	1,70	—	—	—	—	1,20	—	—	—	2,40	—
Ludwigshafen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00	—
Luxemburg	200,00	—	—	200,00	—	—	200,00	—	—	200,00	—	—
Magdeburg	—	—	—	—	—	—	—	1000,00	—	—	—	—
Mannheim	—	—	—	50,00	—	—	50,00	—	—	—	50,00	—
Melsungen	—	—	—	—	—	—	1,00	—	—	—	—	—
Memel	—	—	—	—	7,20	—	—	—	—	—	6,00	—
Mühlburg i. B.	—	—	—	—	—	2,70	—	—	—	—	—	—
Mühltroff	1,75	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mülheim a. d. R.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8,70
München	300,00	5,00	—	5,00	5,00	7,47	15,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00
Münster i. W.	—	—	—	—	—	—	35,00	—	—	—	—	—
Muskau	—	—	—	15,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Mylau	13,80	2,55	1,20	13,50	—	—	—	—	—	—	—	50,00
Netzschkau	4,00	—	—	1,20	—	50,00	—	—	100,00	—	—	—

Ort bezw. Kreis	Septemb.	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August
Nendamm	4,00	4,00	—	4,00	4,00	4,00	—	4,00	—	4,00	—	4,00
Neuendorf	1,00	1,00	1,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Neugersdorf	—	—	—	—	—	—	—	—	1,30	—	—	—
Neuhaldensleben-Wolmirstedt, Wahlkreis	—	—	—	—	—	—	50,00	—	46,00	—	—	32,00
Neu-Ruppin	—	—	1,20	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Neustadt (O.-Schl.)	—	10,00	—	—	—	6,50	—	—	—	—	—	—
Neviges	—	—	—	—	—	—	—	15,00	—	—	—	—
Niederbarnimer Kreis	—	366,50	—	—	—	—	—	314,07	—	—	—	300,00
Niederschöneweide	—	1,10	—	—	—	—	—	—	10,00	—	5,00	—
Nienburg a. W.	—	—	150,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Nordhausen	10,50	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—
Nürnberg	—	300,00	—	—	—	—	—	500,00	—	—	—	—
Nüxhausen	—	—	—	30,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Oberwendig	—	—	—	—	—	—	20,20	—	—	—	—	—
Oberstein	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6,00
Oelsnitz i. V.	—	2,05	—	—	—	—	—	2,05	4,00	—	—	—
Oerlinghausen	—	—	—	—	—	—	25,00	—	—	—	—	—
Ronsdorf	—	30,00	40,00	20,00	20,00	—	20,00	—	—	20,00	20,00	—
Rostock	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	100,00
Rosenthal	—	—	3,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Offenbach a. M.	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—
Offenbach-Dieburg, Wahlkreis	—	—	—	—	—	—	50,00	—	50,00	—	—	—
Offenburg i. B.	—	—	—	10,00	—	20,20	—	—	—	—	—	—
Oranienburg	—	—	—	—	—	—	—	—	8,00	—	—	—
Osnabrück	—	—	20,00	—	9,00	—	—	—	—	—	—	—
Ottendorf-Okrilla	—	—	—	3,50	—	4,10	—	—	—	—	—	—
Ottensen	—	17,05	1000,00	—	—	10,00	—	—	10,00	—	—	10,00
Paris	—	—	—	—	—	40,00	—	—	—	—	—	—
Pausa i. V.	—	—	—	—	10,00	—	—	5,00	—	—	—	—
Penig	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—
Perleberg	—	—	—	3,21	1,25	—	—	—	—	—	—	—
Pforzheim	30,30	—	10,00	—	—	—	20,00	—	—	10,00	—	17,00
Pilghausen-Höhscheid	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Pirmasens	—	—	—	—	—	—	—	—	4,40	—	—	—
Plauen i. V.	—	—	25,00	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—
Pößneck	—	5,17	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—
Podejuch	—	—	—	—	—	3,50	—	—	—	—	—	—
Pohlitz b. Greiz	—	—	—	—	—	7,60	—	—	—	—	—	—
Posen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,00
Prenzlau	3,30	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Pulsnitz	—	—	—	—	4,65	—	—	—	—	—	—	—
Radeberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,65	—	—
Rawitsch	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Reichenbach i. V.	51,50	4,10	—	50,00	—	—	51,40	—	—	50,00	—	—
Reiherstieg	—	—	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Reinsdorf	—	—	—	—	—	—	—	2,30	—	—	—	—
Rehme	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—
Remscheid	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,00
Rendsburg	—	—	3,30	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Rixdorf	—	—	—	—	—	—	—	17,30	—	—	—	—
Röderau	—	—	—	—	—	40,00	—	—	—	—	—	—
Rohnau	—	—	—	—	—	7,15	—	—	—	—	—	—
Ronneburg	—	—	—	—	—	9,00	—	—	—	—	—	—

Ort bezw. Kreis	Septembr	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August
Rüppurr	—	—	—	—	—	—	—	—	8,00	—	—	—
Saargemünd	—	—	—	1,30	—	—	—	—	—	—	—	—
Sagan	—	—	—	—	14,35	5,35	52,15	—	12,55	—	—	—
Sande	—	—	—	—	—	—	3,50	—	—	—	—	—
Sondershausen	—	—	—	—	—	—	—	16,50	—	—	—	—
Schkeuditz	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schönebeck	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—
Schwedt a. O.	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Schweinfurt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00
Schwerin i. M.	—	—	—	—	—	1,75	—	—	—	—	—	—
Selbke	—	15,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Siebenbrunn	—	—	—	—	—	—	—	—	1,20	—	—	—
Solingen	—	—	—	40,20	50,00	—	—	—	—	—	—	—
Sonneberg	—	7,00	—	—	—	—	—	—	—	—	15,00	—
Sorau	—	—	—	—	32,60	—	—	—	—	—	50,00	—
Spa	—	—	—	1,60	—	—	—	—	—	—	—	—
Spandau	—	—	—	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Spremberg	30,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Springe	6,60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Staßfurt	—	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—
Stein bei Nürnberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—
Steinpleis	—	2,20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Steglitz	—	—	—	30,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Stettin	—	200,00	—	—	—	—	100,00	—	200,00	—	100,00	—
Stuttgart	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—
Tannenberg	6,60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Teltower Kreis	—	—	100,00	—	—	—	—	40,00	—	—	—	—
Tiefenfurt	—	—	—	6,90	—	—	—	—	—	—	—	—
Trachenberg	—	—	—	—	15,60	—	—	—	—	—	—	—
Treptow a. R.	—	—	—	2,60	—	—	—	—	—	—	—	—
Trier	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Unna	—	—	30,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Velbert	—	—	—	—	31,00	—	—	—	—	—	—	—
Velten	—	—	—	—	—	—	—	—	6,80	—	—	—
Vegesack	—	—	—	—	—	2,50	47,60	—	—	—	—	—
Verden	—	—	—	—	—	2,25	—	—	—	—	—	—
Vohwinkel	—	—	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wahren b. Leipzig	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00
Waldenburg i. Schl.	—	—	150,00	—	—	3,00	—	—	—	—	—	—
Waldheim	141,50	—	—	5,50	—	—	—	—	—	—	—	—
Wandsbeck	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	500,00
Warthau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7,00	—
Weißenfels	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Werdau	—	—	—	—	—	—	2,00	6,00	—	—	—	—
Werder a. H.	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wilhelmshaven	—	—	—	—	—	—	—	—	1,60	—	—	—
Wilkau	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wilster	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7,00	—	—
Winsen a. L.	—	—	—	—	32,20	—	—	—	—	—	—	4,45
Wittenberge	—	—	—	—	—	15,00	—	—	—	—	—	—
Wolfenbüttel	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8,80
Württemberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	300,00
Würzburg	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—
Wunsiedel	—	—	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zürich	—	—	—	2,00	—	—	—	—	—	—	—	—

Ort bezw. Kreis	Septemb.	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August
Zwickau	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mann im Mond	—	1900,00	—	—	1325,00	—	—	2000,00	—	—	1800,00	—
Nord. Wasserk.	—	10000,00	—	—	—	—	10000,00	—	—	—	—	10000,00
„Vorwärts" *) . .	—	15012,70	—	—	11009,70	—	—	11018,60	--	—	15042,00	—
V.-V. P. S. . . .	—	—	—	—	5000,00	—	—	—	—	6000,00	--	—
Werther	—	—	—	—	—	3000,00	—	—	—	—	3000,00	—
Diverse.	—	18383,10	5,00	—	35,00	—	—	—	—	—	—	—

Verfolgungen und Bestrafungen. Mit der Zuspitzung der Klassengegensätze nimmt der Klassenkampf schärfere Formen an. Die Bourgeoisie ist auf der ganzen Linie in die Defensive gedrängt. Sie muß ihren Besitzstand vertheidigen. Daß dabei die auf den Leib der bürgerlichen Gesellschaft zugeschnittene Gesetzgebung bis an die äußerste Grenze gegen den angreifenden Theil zur Anwendung kommt, ist selbstverständlich. Doch damit nicht genug. Strebsame Staatsanwälte und in der Interpretationskunst erfahrene Richter suchen den vom preußischen Justizminister proklamirten Grundsatz: „Wenn Zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe", nach Kräften zu Ehren zu bringen.

Einer besonderen Aufmerksamkeit seitens der Staatsanwaltschaft hatten sich im Berichtsjahr unsere Organe in Erfurt und Breslau zu erfreuen. In Erfurt brachte der Pflichteifer des Staatsanwalts diesen selbst auf die Anklagebank. Eine von ihm in öffentlicher Gerichtssitzung dem Genossen Hülle zugefügte Beleidigung mußte er mit 50 Mk. büßen. Viele Strafen wurden über Genossen verhängt, die aus Anlaß der zahlreichen Ausstände angeblich gegen das Gesetz verstoßen haben sollten. Der geringste Verstoß gegen die „Freiheit der Arbeit" blieb nicht ungeahnt.

Das Schicksal unserer am 17. August 1895 in Essen verurtheilten Genossen beschäftigt unausgesetzt, weit über die parteigenössischen Kreise hinaus, die öffentliche Diskussion. Von der ethischen Gesellschaft ausgehend ist eine Bewegung im Fluß, die sich die zu erlangende Begnadigung als Ziel gesteckt hat. Die Bewegung ist zwecklos. Voraussetzung der Begnadigung ist die Bewerbung um dieselbe durch die Verurtheilten. Ein Anrufen der landesherrlichen Gnade ist für Sozialdemokraten ausgeschlossen, dazu kommt, daß unsere Essener Verurtheilten felsenfest von ihrer Unschuld überzeugt sind und niemals sich dazu verstehen werden, das wider sie ergangene Urtheil durch ein Gnadengesuch anzuerkennen.

Ein Nachspiel hat der Prozeß des Essener Schwurgerichts in dem am 19. Juni d. J. vor dem Kölner Landgericht wegen Münterbeleidigung gegen den Genossen Hofrichter verhandelten Prozeß gefunden. Die vernommenen Entlastungszeugen machten dieselben Aussagen, wegen der die Essener Verurtheilten im Zuchthause büßen müssen. — Die Glaubwürdigkeit der in Köln vernommenen Zeugen wurde von dem Gerichtshof in dem Urtheil ausdrücklich anerkannt, — die Essener Zeugen galten den Geschworenen als Meineidige.

Sowohl die Geld- wie die Gefängnißstrafen erreichten im Berichtsjahr fast die gleiche Höhe wie im Vorjahr.

---

*) Die Differenz in der Gesammtsumme mit der Angabe im Parteibericht erklärt sich daraus, daß 9000 Mk. bereits im Vorjahre im Juli und August quittirt sind.

Verurtheilungen erfolgten im:

Monat	Gefängnißstrafen				Geldbuße
	Jahre	Monate	Wochen	Tage	Mark
September	2	—	3	3	2195
Oktober	10	1	—	—	2941
November	14	9	1	3	3195
Dezember	3	7	2	6	1822
Januar	9	4	4	1	2381
Februar	10	2	—	—	3017
März	5	10	—	4	1624
April	6	—	2	4	4098
Mai	6	9	—	3	3539
Juni	6	10	4	6	2318
Juli	4	1	2	2	3019
August	5	10	—	4	1624
Zusammen	84	8	1	1	31773

Eine sehr charakteristische Erscheinung im letzten Jahrzehnt des Jahrhunderts sind die sich häufenden Verurtheilungen wegen Majestätsbeleidigung. Wir können — ein Beweis für die politische Schulung unserer Parteigenossen — feststellen, daß das Gros dieser „Verbrecher" sich nicht aus den Reihen der Sozialdemokratie rekrutirt. Trotz aller Opfer steht die Partei unentwegt, geschlossen und bereit, wie bisher, so in Zukunft für die Befreiung der Arbeiterklasse jedes Opfer zu bringen.

Hamburg, im September 1896.

Der geschäftsführende Ausschuß.

Bericht über die parlamentarische Thätigkeit
der Reichstags-Fraktion.

Der Reichstag wurde im vorigen Jahre überraschend spät, erst auf den 3. Dezember, einberufen. Da ihm außer seiner üblichen Thätigkeit auch noch eine so außerordentliche, verwickelte Aufgabe wie die Berathung des Bürgerlichen Gesetzbuches bevorstand, so schienen der Initiative der Parteien von vornherein engere Grenzen gezogen wie sonst.

Die sozialdemokratische Fraktion beschränkte sich deshalb darauf, einige der wichtigsten Forderungen der Partei in **Anträgen** neu zu formuliren oder aus früheren Sessionen zu wiederholen; zur Erörterung weiterer Beschwerden und Wünsche der deutschen Arbeiterklasse bot ja voraussichtlich der Gang der Verhandlungen von selber reichlich Gelegenheit.

Der in Berlin eingeleitete Prozeß gegen die Parteiorganisation wies in erster Linie auf eine energische Kritik im Parlament hin. Er gewährte zugleich die beste Waffe gegen Bestimmungen wie § 8 des preußischen Vereinsgesetzes, die — unparteiisch angewendet — die Spitzen aller politischen Parteien und aller wirthschaftlichen Interessenvertretungen auf die Anklagebank bringen mußten. Dazu kam, daß die Misère unseres **Vereins- und Versammlungsrechts** sich zu jener Zeit auch sonst für die Arbeiter doppelt fühlbar machte. Einmal war die Handhabung auch dieser Gesetze seit der Sedan-Entrüstung eine viel schärfere geworden; „wir sind den Gefühlen aller Wohlgesinnten im Deutschen Reiche gerecht geworden, wenn wir seit diesem Sommer die Zügel etwas straffer angezogen haben", meinte der Kanzler kurz nach der Eröffnung des Reichstages. Diese schärfere Handhabung wandte sich gegen die deutsche Arbeiterklasse gerade in demselben Augenblick, in dem der fast überall sich regende industrielle Aufschwung auf eine starke Zunahme der Lohnkämpfe hindrängte; das in der Gewerbeordnung zugestandene **Koalitionsrecht** war an allen Ecken und Enden durch unsere reaktionären Vereinsgesetze beschränkt und durchbrochen. Dazu hatte man bereits weitere vereinsgesetzliche Fesseln für die **Frauen** angekündigt. Ein Gesetzentwurf der Fraktion ging deshalb dahin:

§ 1.

Die Reichsangehörigen **ohne Unterschied des Geschlechts haben das** Recht, sich zu **versammeln**.

Zur Veranstaltung und Abhaltung von Versammlungen bedarf es weder einer Anmeldung bei einer Behörde, noch einer Erlaubniß durch eine Behörde. Versammlungen und Umzüge, die auf öffentlichen Straßen und Plätzen stattfinden, sind spätestens sechs Stunden vor ihrem Beginn durch den Veranstalter oder Einberufer bei der mit der Ordnung des öffentlichen Verkehrs betrauten Ortsbehörde anzuzeigen.

§ 2.

Die Reichsangehörigen **ohne Unterschied des Geschlechts haben das Recht, Vereine** zu bilden.

§ 3.

Alle den vorstehenden Bestimmungen widersprechenden Gesetze und Verordnungen einschließlich derer, welche die Verabredung und Vereinigung zum Behufe der Erlangung günstigerer Lohn- und Beschäftigungsbedingungen hindern, untersagen oder unter Strafe stellen, sind aufgehoben.

§ 4.

Wer die Ausübung der in vorstehenden Paragraphen gewährleisteten Rechte hindert oder zu hindern versucht, wird mit Gefängniß bis zu drei Monaten bestraft, sofern nach dem allgemeinen Strafgesetz nicht eine härtere Strafe eintritt.

§ 5.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündigung in Kraft.

Da die in allen Industriezweigen ausgebrochenen oder bevorstehenden gewerkschaftlichen Kämpfe stets die Verkürzung der Arbeitszeit als eines der bedeutsamsten Ziele erstrebten, so schien es geboten, auch die gesetzliche Verkürzung und Festlegung des Arbeitstages abermals zur Sprache zu bringen. Einem vielleicht nicht ganz glücklichen Beschlusse des vorigen Parteitages nachkommend, wurde deshalb der Antrag eingebracht: „die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage bis zur nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, wodurch die regelmäßige tägliche Arbeitszeit für alle im Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältniß im Gewerbe-, Industrie-, Handels- und Verkehrswesen beschäftigten Personen auf acht Stunden festgesetzt wird."

Weiter verlangte die Fraktion:

die Ausdehnung der Reichsgewerbeordnung auf Elsaß-Lothringen und die Aufhebung aller damit in Widerspruch stehenden landesgesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen,

die Aufhebung aller landesgesetzlichen Sonderbestimmungen über die „Rechtsverhältnisse der land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter und des Gesindes zu ihren Arbeitgebern beziehungsweise zu ihrer Dienstherrschaft" und deren Ersatz durch die Bestimmungen der Gewerbeordnung,

einen Entwurf eines Reichs-Berggesetzes.

Ihren eigenen Entwurf einer verbesserten Seemannsordnung legte die Fraktion ebenfalls wieder vor.

Ferner sollte die in ihrer Organisation und Thätigkeit immer mehr unzureichende Fabrikinspektion erweitert werden zu einer Aufsicht über „alle" Betriebe und Gewerbe, „einschließlich der Heimarbeit, Handel, Verkehr, Bergbau, Land- und Forstwirthschaft, Fischerei und Schifffahrt". Die Inspektion sei einer Reichs-Zentralaufsichtsbehörde zu übertragen, welche dieselbe nach Inspektionsbezirken zu organisiren hat. In den Inspektionsbezirken sollte die Betriebsaufsicht von Reichsbeamten und Beigeordneten gemeinsam ausgeübt werden mit dem Recht, ihre Anordnungen zwangsweise durchzuführen. Die Beigeordneten seien auf Grund eines allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts von den Hilfspersonen aller Betriebe zu wählen. Die Forderung besonderer weiblicher Inspektoren war selbstverständlich aufgenommen: weibliche Beamte und Beigeordnete sollten entsprechend der Zahl der in den Betrieben beschäftigten weiblichen Hilfspersonen anzustellen, beziehungsweise zu wählen sein.

Auch mit der Verbesserung der gewerblichen Rechtsprechung beschäftigte sich ein Antrag. Die Gründung von Gewerbegerichten sollte nicht mehr von dem Belieben der Gemeinden abhängig, sondern obligatorisch sein; weiter sei die Zuständigkeit auszudehnen auf alle Streitigkeiten, die „aus dem Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältniß aller im Gewerbe, Bergbau, in der Land-, Forstwirthschaft und Fischerei, im Handel und Verkehr oder als Gesinde beschäftigten Personen" entstehen. Die Theilnahme an den Wahlen und die Be-

rufung zu Mitgliedern eines Gewerbegerichts solle auch auf die in den genannten Berufen beschäftigten weiblichen Personen ausgedehnt werden. Weiter sei die Verleihung des Wahlrechts und der Wählbarkeit auf das zwanzigste Lebensjahr herabzusetzen.

Besonders die Vorgänge in Sachsen gaben dann den Anstoß, die Landtagswahlrechts-Verhältnisse vor den Reichstag und damit vor die weiteste Oeffentlichkeit zu bringen durch die Wiederholung des bekannten Zusatzantrages zu Artikel 3 der Reichsverfassung:

> In jedem Bundesstaat und in Elsaß-Lothringen muß eine auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählte Vertretung bestehen. Das Recht zu wählen und gewählt zu werden haben alle über zwanzig Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts in dem Bundesstaate, in dem sie ihren Wohnsitz haben.
>
> Die Zustimmung dieser Vertretung ist zu jedem Landesgesetz und zur Feststellung des Staatshaushalts-Etats erforderlich.

Gegen die vollständige politische Rechtlosigkeit unserer Genossen in den Reichslanden richtet sich der Antrag auf Einführung des deutschen Preßgesetzes für Elsaß-Lothringen, sowie auf Aufhebung der außerordentlichen Vollmachten des elsaß-lothringischen Statthalters — gegen eine der beschämendsten Erscheinungen im politischen Leben Deutschlands, gegen die zahlreichen Majestätsbeleidigungsprozesse, der Antrag, die §§ 95, 97, 99 und 101 des Strafgesetzbuches zu beseitigen. Da die grassirenden politischen Verfolgungen auch zahlreiche unserer Abgeordneten trafen und der parlamentarischen Thätigkeit zu entreißen drohten, so schien es dringlicher wie je, für die Reichstagsvertreter nicht bloß die Einstellung der Prozesse für die Dauer der Session zu erwirken, sondern durch einen Zusatz zu Artikel 31 der Verfassung gesetzlich ausdrücklich zu bestimmen, daß auf Verlangen des Reichstags auch die Strafhaft für die Dauer der Sitzungsperiode aufzuheben sei.

* * *

Außer dem Antrag, der die elsaß-lothringischen Preßverhältnisse betrifft und der in drei Lesungen angenommen wurde, ist bis jetzt nur der Gesetzentwurf über das **Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrecht** zur parlamentarischen Erledigung gelangt — freilich in einer Weise, welche für die Mehrheit im Reichstage wie für die Regierungen gleich charakteristisch ist.

Der Antrag Auer wurde gemeinsam berathen mit einem denselben Gegenstand betreffenden Antrag der freisinnigen Volkspartei (Ancker u. Gen.). Die erste Lesung erstreckte sich über nicht weniger als drei Schwerinstage (29. Januar, 8. Februar, 18. Februar). Die zweite Lesung fand dann am 3. Juni, die dritte am 17. Juni statt.

Der Hauptantheil an der Debatte fiel natürlich unseren Vertretern zu. Sie geißelten in schärfster und eindrucksvollster Weise die Buntscheckigkeit der deutschen Vereinsgesetze und das „zweierlei Recht", das selbst innerhalb desselben Landes für Arbeiter und Unternehmer, für regierungsfromme und oppositionelle Parteien bestehe. In einer ganzen Reihe von Staaten gilt der alte Bundestagsbeschluß vom 13. Juni 1854 noch, daß Arbeitervereine und Verbrüderungen, welche politische, sozialistische und kommunistische Zwecke verfolgen, überhaupt verboten sind. In Anhalt darf sich nur der Anhaltiner, nicht aber der „ausländische" Reichsdeutsche einer politischen Vereinigung anschließen. In Sachsen-Meiningen und Sachsen-Weimar bestehen gesetzliche Normen über das Vereins- und Versammlungswesen überhaupt nicht. Das hatte früher den Vortheil, daß man sich sagte: was nicht verboten ist, ist erlaubt; und man hatte deshalb, speziell in Sachsen-Weimar, ein vollständig freies Vereinsleben. Die Behörde hat aber die Sache nach und nach umgekehrt und sagt jetzt: wenn nichts gesetzlich geregelt ist, dann hängt die Entscheidung über die Zulässigkeit

ganz von der Willkür der Behörde ab; und so haben die dortigen Behörden unseren Parteigenossen gegenüber die Vereins- und Versammlungsmöglichkeit in einzelnen Orten vollständig untergraben. In den Reichslanden dürfen politische Vereine, wenn sie über 20 Mitglieder haben, überhaupt nicht ins Leben treten, wenn sie nicht seitens der zuständigen Behörde vorher die Genehmigung haben. Damit ist einfach für alle Oppositionsparteien die Gründung politischer Vereine abgeschnitten. Daß Mecklenburg gar kein Vereins- und Versammlungsrecht hat, ist bekannt. In Mecklenburg dürfen politische Vereine nur nach vorhergegangener ministerieller Genehmigung gegründet werden. In Reuß ä. L. ist Recht und Gesetz, daß politische Vereine überhaupt verboten sind. Württemberg wiederum hat ein verhältnißmäßig freies Vereins- und Versammlungsrecht. Die politische und gewerkschaftliche Schulung vollzieht sich nun zu einem guten Theil in den Vereinen und Versammlungen; das allgemeine Wahlrecht wie das Koalitionsrecht setzen beide geradezu zu ihrer vernünftigen Ausübung diese Schule voraus, die man auf jede Weise den Arbeitern vorenthält. Wie soll das Koalitionsrecht der Frauen zur Anwendung kommen, wenn den Frauen zugleich die politische Bethätigung in politischen Vereinigungen versagt ist? Beide Gebiete greifen so in einander hinein, daß eine Lähmung der politischen zugleich eine Untergrabung der gewerkschaftlichen Thätigkeit ist. Das in der Gewerbeordnung gewährleistete Koalitionsrecht wird ähnlich auch den männlichen Arbeitern vollständig illusorisch gemacht; jede Ausbildung einer gereiften gewerkschaftlichen Erfahrung wird so verhindert: „Unser heutiger Zustand, wo in kurzen Zwischenräumen die gewerkschaftlichen Organisationen immer wieder zerstört und vernichtet werden in Folge unserer urreaktionären Vereins- und Versammlungsgesetzgebung, dieser Zustand führt dahin, daß in den Arbeiterkreisen und den leitenden, führenden Kreisen derselben die Erfahrungen, die bei früheren Gelegenheiten gesammelt worden sind und die zu beachten sehr nützlich wäre, ehe man in neue Unternehmungen eintritt, einfach verloren gehen. (Sehr richtig! links.) Denn dazwischen kommen immer Polizei und Gerichte und zerstören wieder, was vorhin organisirt worden war. Wollen Sie, daß auf diesem Gebiet manche Thorheiten unterbleiben — und es passiren solche, das ist gar nicht zu vermeiden, die Unerfahrenheit, die mangelnde Kenntniß der Dinge, die Ueberschätzung der eigenen Kraft führt mit Nothwendigkeit auf Abwege — wollen Sie, daß das vermieden wird, dann geben Sie auch den Arbeitern das Recht der Koalition und Vereinigung und bringen Sie die Bestimmung bei Seite, um die Sie sich nicht im geringsten kümmern: daß Koalitionen auf Grund des Gewerberechts mit politischen Angelegenheiten sich nicht befassen dürfen. Das ist eine Bestimmung, die sich nicht aufrecht halten läßt, die fortgesetzt übertreten wird und übertreten werden muß; denn wenn sie nicht übertreten wird, dann können derartige Organisationen überhaupt nicht bestehen. Daß die Unternehmer sich organisiren, daß sie von dieser ihrer Organisation den ausgiebigsten Gebrauch machen, soll ihnen gewiß nicht zum Vorwurf gemacht werden. Aber wir dürfen doch wohl mit Fug und Recht verlangen, daß, was den Unternehmern recht ist, auch den Arbeitern billig ist."

In Elsaß-Lothringen dürfen nicht nur keine politischen Versammlungen der Arbeiter stattfinden, sei es auch nur zum Zwecke der Rechenschaftsablegung seitens der Reichstagsvertreter, auch das Koalitionsrecht steht dort für Arbeiter nur auf dem Papier. „Ich habe — äußerte einer unserer Abgeordneten — hier einen Versammlungsantrag der Mitglieder des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Zahlstelle Mülhausen, welche eine öffentliche Sitzung abhalten wollten mit der Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder, Entrichtung der Beiträge, Kassenbericht, Geschäftsbericht, Verschiedenes — also rein gewerkschaftliche Angelegenheiten. Diese öffentliche Sitzung — aus welchen Gründen, ist allerdings nicht angegeben; aber bei der elsässischen Regierung

geht es ja immer noch ohne Grund her — die betreffende Vereinssitzung wurde einfach verboten. Wo bleibt da das Koalitionsrecht? Ich habe hier weiter das Verbot einer Versammlung, deren Thema war: „Die Besprechung der Lage der Textilarbeiter und der Nutzen der Organisation“, ein Thema, das sich vollständig im Rahmen des § 152 der Gewerbeordnung halten würde — verboten von seiten des Kaiserlichen Ministeriums für Elsaß-Lothringen“.

Das geschieht jedoch nicht nur im Lande des Diktaturparagraphen. So wird Hannover nationalliberal regiert. Alle von Unternehmern, Geistlichen ꝛc. unabhängigen Gewerkschaften erhalten jedoch dort nach übereinstimmendem Formular folgende Zustellung:

> Nach den angestellten Beobachtungen ist der Verein zur Wahrung gewerkschaftlicher Interessen . . . als ein politischer zu erachten.
>
> Ich mache den Vorstand deshalb darauf aufmerksam, daß Vereine dieser Art den beschränkenden Bestimmungen des § 8 des Gesetzes vom 11. März 1850 unterliegen. Hiernach dürfen sie keine Frauenspersonen, Schüler und Lehrlinge als Mitglieder aufnehmen und nicht mit anderen Vereinen gleicher Art zu gemeinsamen Zwecken, insbesondere nicht durch Komitees, Ausschüsse, Zentralorgane oder ähnliche Einrichtungen oder durch gegenseitigen Schriftwechsel in Verbindung treten. Auch dürfen Frauenspersonen, Schüler und Lehrlinge den Versammlungen und Sitzungen solcher Vereine nicht beiwohnen.

Der Oberpräsidialrath in Hannover vertritt in seinen amtlichen Schriftstücken sogar ausdrücklich die Meinung, „daß die als Zweck bezeichnete Erzielung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen zu den politischen Gegenständen gehört“ — und gestützt auf dieses Schriftstück erließ die Polizei von Hildesheim in abgekürztem Verfahren gleich eine dementsprechende generelle Verfügung für 16 Gewerkschaften. In Celle kam dann die Behörde zu der weiteren Konsequenz, „daß die Polizeidirektion die Erlaubniß zur Abhaltung eines Balles des hiesigen Lokalverbandes der Zimmerer am ersten Pfingstfeiertag nicht ertheilen kann, da nach § 8 des Vereinsgesetzes Frauenspersonen an Zusammenkünften politischer Vereine nicht theilnehmen können“. — Gesangvereine werden in Hannover unter polizeiliche Kontrolle gestellt: „Die Personen des Vorstandes genügen — nach dem Wortlaut einer Verfügung — der Behörde, um festzustellen, daß der Verein ein politischer sei.“ Frauen müssen deshalb als Mitglieder entfernt, die Versammlungen angemeldet werden. Aehnlich geht es Turnvereinen, der Freien Volksbühne.

Zur Kennzeichnung der Zustände in Bayern genügt folgender kurzer Auszug aus der Rede eines bayrischen Genossen: „Der Herr Abg. Rickert hat ausführlich darauf hingewiesen, daß keinerlei Unterschied mehr in Preußen bestände zwischen den Begriffen „politische Angelegenheit“ nnd „öffentliche Angelegenheit“. Bei uns in Bayern besteht ein solcher Unterschied überhaupt nicht; dort kennt man nur „öffentliche Angelegenheiten“; zu denen gehören die politischen Angelegenheiten eo ipso und an allem, was als sogenannte öffentliche Angelegenheit erklärt wird, dürfen Frauen und Minderjährige sich nicht betheiligen. Versammlungen, in denen öffentliche Angelegenheiten erörtert werden, sind für diese Kategorie von Staatsangehörigen von vornherein verschlossen. Um Ihnen ein ganz genaues Bild zu geben, was bei uns als öffentliche und also als politische Angelegenheit gilt, will ich Ihnen den einschlägigen Satz aus einem oberstrichterlichen Erkenntniß, welches in München am 29. Dezember 1894 gefällt worden ist, zitiren, worin es heißt:

> Alles, was über das Privatinteresse einer einzelnen physischen oder juristischen Person hinausgeht, ist als „öffentliche Angelegenheit“ anzusehen.

Hiernach, m. H., können Sie sich ja einen Begriff machen, wie weit man in öffentlichen Versammlungen gehen kann, ohne dem Gesetz zu verfallen. . . Wir in Bayern haben den Hauptstreit mit der Regierung und mit der Polizei

hauptsächlich wegen des Ausschlusses der Frauen aus allen Versammlungen, in denen sogenannte öffentliche Angelegenheiten erörtert werden. . . Nun steht die Sache so. Art. 15 des bayerischen Vereins- und Versammlungsgesetzes hat folgenden Wortlaut:

Frauenspersonen und Minderjährige können weder Mitglieder politischer Vereine sein, noch Versammlungen derselben beiwohnen.

Daraus hat man nach einem Kommentar des verstorbenen Staatsrechtslehrers Dr. von Pözl die Sache so gedreht, daß man sagt, es widerspreche dem Geist des Gesetzes, wenn Frauen blos von Versammlungen politischer Vereine und nicht von politischen Versammlungen an sich ausgeschlossen seien. Nach dieser Interpretation hat man lange Jahre das Vereins- und Versammlungsrecht gehandhabt und gesagt, den Frauen und Minderjährigen sei der Besuch der politischen Versammlungen als solcher verboten. Eine neue Erfindung geht dahin, daß man sagt: die sozialdemokratische Partei ist „ein über ganz Deutschland verbreiteter politischer Verein unter dem Namen sozialdemokratische Partei", jede Versammlung, die von einem Sozialdemokraten einberufen oder geleitet wird, oder in der ein Sozialdemokrat spricht, ist als eine Versammlung dieses über ganz Deutschland verbreiteten Vereins aufzufassen (Heiterkeit links), ergo ist jede sozialdemokratische Versammlung eine Vereinsversammlung, und ergo sind aus diesen Versammlungen überhaupt Frauen und Minderjährige auszuschließen! . . Man hat nun mittelst dieser Auslegung des Gesetzes es so weit gebracht, daß Frauen und Minderjährige auch ihre rein wirthschaftlichen Interessen nicht mehr zu vertreten vermögen, indem man auch Versammlungen, in denen die allerharmlosesten Gegenstände erörtert werden, als sozialdemokratische bezeichnet, sobald die Voraussetzungen gegeben sind, die ich Ihnen genannt habe. So ist im vorigen Jahre in der Stadt Fürth eine Versammlung verboten worden, respektive davon abhängig gemacht, daß Frauen und Minderjährige sie nicht besuchen dürfen, in der auf der Tagesordnung gestanden hat die Erörterung der Frage, ob nicht in einem bestimmten Erwerbszweig die Mittagspause von 1 auf $1^1/_2$ Uhr ausgedehnt werden soll."

Die Neigung, eine und dieselbe Zusammenkunft je nach den Zwecken der Behörde bald für eine Vereinsmitglieder-, bald für eine öffentliche Versammlung zu erklären, führt im Regierungsbezirk Arnsberg zu den seltsamsten Widersprüchen. Dort wird auf ein Urtheil des Oberverwaltungsgerichts Bezug genommen, wonach die Polizeistunde gilt nicht für Vereine, wohl aber für öffentliche Versammlungen. „Nun verfährt die Polizei im Regierungsbezirk Arnsberg so: bis zum Eintritt der Polizeistunde sind die Versammlungen, zu welchen das Agitationskomitee den Referenten vermittelt hat, Vereinsversammlungen, und deswegen müssen die Frauen hinaus; pünktlich mit Eintritt der Polizeistunde verwandelt sich die Vereinsversammlung in eine öffentliche Versammlung und muß nunmehr geschlossen werden. Dieselbe Versammlung geht also sofort über in eine öffentliche, ohne daß sich etwa der Gegenstand der Berathung geändert hätte oder der Kreis der Theilnehmer." . . .

Das war sogar durch die Mittheilungen über neuere sächsische Erfahrungen kaum noch zu überbieten. Daß dort Rauchklubs, Kegelklubs, Gesang- und Turnvereine der Arbeiter als politisch gelten, ist eine alte Sache. Verbietet man die Versammlungen nicht unmittelbar, so doch mittelbar, indem man die den Arbeitern zur Verfügung stehenden Säle für baupolizeilich ungenügend erklärt: ein Nothausgang genüge nicht, und sind zu viel Thüren da, so erklärt man wieder die mögliche polizeiliche Ueberwachung für ungenügend! „Im vorigen Jahre zur Landtagswahl ist im 36. ländlichen Wahlkreise den Leuten nicht ein einziges Lokal zur Versammlung genehmigt worden; wir gingen an einige Oekonomen und baten darum, uns Wiesengrundstücke zu überlassen.

Es waren mehrere bereit dazu. Als das erste Gesuch von uns eingereicht war, gab die Amtshauptmannschaft Chemnitz zu verstehen, daß dann der Nachbar bedroht sein könnte, und wir wurden aufgefordert, um dessen Genehmigung nachzusuchen. Der zweite Nachbar wurde gefragt; derselbe war sofort bereit und sagte: gut, ihr könnt immerhin Versammlungen abhalten, denn ich habe abgeerntet. Als nun das zweite Gesuch kam, und sich auch der zweite Besitzer dazu bereit erklärte, wurde gesagt: ja, aber der dritte und vierte Nachbar kann bedroht sein. Als auch diese die Genehmigung dazu ertheilten, erklärte die Amtshauptmannschaft: aber das Grundstück ist nicht umfriedigt, wir haben nicht die Leute, die Polizei dazu, um alles zu bewachen. Sofort wurden Zimmerleute geholt, und ein Verschlag mit Latten gemacht. Da erklärte nun die Polizei wieder: ja, das könnte der Sittlichkeit schaden; Sie haben nicht für das Nöthige gesorgt, wenn da ein menschliches Bedürfniß eintritt. (Heiterkeit links.) So konnten wir im ganzen ländlichen Bezirk auch nicht eine einzige Versammlung abhalten." Als in Penig die Arbeiter die „Lohnfrage" erörtern wollten, verbot man die Versammlung, weil sie das „seit langem in Penig zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern herrschende beste Einvernehmen stören" könnte.

Diese Darlegungen, die auch von polnischer, antisemitischer und selbst von freisinniger Seite ergänzt wurden, machten diesmal einen tieferen Eindruck wie früher. Besonders war die Behandlung des Berliner Prozesses gegen die Partei sehr wirksam, weil alle Parteien das gethan hatten und weiter thun müssen, weßwegen die sozialdemokratische Partei angeklagt und verurtheilt worden war. Man entschloß sich daher, eine Kommission von 21 Mitgliedern mit der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes betreffend das Vereins- und Versammlungswesen zu betrauen. Der erwählte Vorsitzende der Kommission, ein Konservativer v. Stein, streikte zwar beharrlich, desgleichen fehlten die übrigen Konservativen beständig, sogar in der Unterzeichnung des vom nationalliberalen Abgeordneten Bassermann erstatteten Kommissionsberichtes — was in den parlamentarischen Annalen neu sein dürfte. Es kam aber doch ein Entwurf zu Stande, aus dem wir einige Bestimmungen hervorheben:

§ 1.

Alle Deutschen sind berechtigt, sich **ohne** vorgängige obrigkeitliche **Erlaubniß** friedlich und unbewaffnet zu versammeln.

Soweit solche Versammlungen zu politischen Zwecken dienen, sind minderjährige Personen ausgeschlossen.

Zwecke, welche unter den § 152 **der Gewerbeordnung** fallen, gelten **nicht als politische** Zwecke.

§ 2.

Von öffentlichen Versammlungen zu **politischen** Zwecken hat der Veranstalter mindestens 24 Stunden vor dem Beginn der Versammlung unter Angabe des Ortes und der Zeit derselben **Anzeige** bei der Ortspolizeibehörde zu machen. Dieselbe hat darüber **sofort** eine kostenfreie **Bescheinigung** zu ertheilen ...

§ 3.

Volksversammlungen, die **nicht in geschlossenen oder umfriedeten** Räumen stattfinden, sind bei der Ortspolizeibehörde wenigstens 48 Stunden vor Beginn der Versammlung **anzuzeigen**. Die Ortspolizeibehörde hat über die geschehene Anzeige eine kostenfreie Bescheinigung sofort zu ertheilen ...

Versammlungen sowie öffentliche Auf- und Umzüge, zu welchen **öffentliche Plätze und Straßen** benutzt werden sollen, bedürfen der vorgängigen Genehmigung derjenigen Behörde, welcher die Straßenpolizei über diese Räume zusteht.

Ein Verbot darf **nur aus Gründen des Verkehrsinteresses** erfolgen ...

§ 4.

Alle Deutschen haben das Recht, sich zu solchen Zwecken, welche den Strafgesetzen nicht zuwider laufen, in Gesellschaften zu vereinigen.

Die Verbindung solcher Gesellschaften untereinander ist zulässig.

§ 5.

Die Vorsteher politischer Vereine sind verpflichtet, die Satzungen des Vereins und jede Aenderung der Satzungen binnen acht Tagen, nachdem der Verein gegründet oder die Abänderung eingetreten ist, der Ortspolizeibehörde zur Kenntnißnahme einzureichen, welche über die erfolgte Einreichung der Satzungen oder ihrer Abänderungen sofort eine kostenfreie Bescheinigung zu ertheilen hat . . .

§ 7.

Die Ortspolizeibehörde ist befugt, in jede öffentliche Versammlung zu politischen Zwecken amtliche Abgeordnete zu senden. Dieselben müssen sich als solche bei dem Veranstalter legitimiren. Es ist ihnen ein angemessener Platz einzuräumen.

§ 8.

Die amtlichen Abgeordneten der Polizeibehörde sind befugt, eine solche Versammlung zu politischen Zwecken aufzulösen, wenn in derselben die Erörterung von Anträgen oder Vorschlägen durch den Vorsitzenden zugelassen wird, welche eine Aufforderung zu strafbaren Handlungen enthalten, oder wenn in der Versammlung Bewaffnete erscheinen, die zu entfernen nicht gelingt, oder wenn die Zulassung der amtlichen Abgeordneten der Polizeibehörde verweigert wird.

§ 9.

Der Abgeordnete der Polizeibehörde ist vor der Auflösung verpflichtet dem Vorsitzenden der Versammlung den Grund zur Auflösung anzugeben...

§ 10.

Auf die durch das Gesetz oder durch die gesetzlichen Autoritäten angeordneten Versammlungen, auf die Vorberathungen von Mitgliedern dieser Versammlungen, auf die Versammlungen der Reichstagswähler, der Wahlmänner und Urwähler für die Landtags- und Kommunalvertretungen nach erlassenen Wahlausschreiben, sowie auf die aus solchem Anlaß gebildeten Vereine finden die Bestimmungen der §§ 2 und 5 des gegenwärtigen Gesetzes keine Anwendung.

Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß die Annahme eines solchen Gesetzes, trotz mancher unklaren und auch unzureichenden Bestimmung, einen großen Fortschritt gegen die heutige Misère darstellen würde. Bereits bei der zweiten Berathung im Plenum trat jedoch die Gegenströmung stärker hervor. Nationalliberale und Zentrum erklärten, für einzelne Paragraphen nur deshalb zu stimmen, um eine dritte Lesung zu ermöglichen. Diese sollte dann mit mit einem „Nothvereinsgesetz“ abschließen, über das man bis zur dritten Lesung einig zu sein hoffte. Hier lag denn auch der vereinbarte Antrag Bassermann vor, anstatt des Kommissionsentwurfes lediglich folgendes Gesetz zu beschließen:

Einziger Artikel.

Inländische Vereine jeder Art dürfen mit einander in Verbindung treten. Entgegenstehende landesgesetzliche Bestimmungen sind aufgehoben.

Die Regierung gab noch keine bindende Erklärung zu diesem Antrage ab; Herr v. Böttticher theilte nur mit, daß der Bundesrath dem Beschlusse der zweiten Lesung, also dem Kommissionsentwurf, „die Zustimmung nicht zu ertheilen geneigt ist“; zum Nothvereinsgesetz habe der Bundesrath noch keine Stellung nehmen können. Herr v. Stumm war entschieden gegen den Antrag Bassermann: „Materiell ist der Antrag gerechtfertigt, aber nur in Verbindung mit einer allgemeinen Revision des Vereinsgesetzes im Reich oder in Preußen, und ich muß offen gestehen, ich würde es geradezu für eine Schwäche des

Bundesraths ansehen, wenn er sich auf einen anderen Standpunkt stellen wollte." In der ersten Lesung hatte Herr v. Stumm offener gesprochen. Er meinte da: „Ich erkläre mich vollkommen bereit, im preußischen Landtag mitzuwirken, daß das Vereins- und Versammlungsrecht einer Revision unterzogen wird. Wir brauchen beispielsweise in Preußen nur unter Aufhebung der angegriffenen Bestimmung eine ähnliche Bestimmung einzuführen, wie sie in Bayern besteht, wo es im Art. 19 heißt:

> Jede Polizeibehörde ist befugt, Vereine zu schließen, wenn dieselben die religiösen, sittlichen, gesellschaftlichen Grundlagen des Staates zu untergraben suchen.

Meine Herren, sobald eine solche Bestimmung eingeführt wird — und ich wünsche dringend, daß sie in Preußen recht bald eingeführt werde —, können wir das Verbot, daß politische Vereine unter einander in Verbindung treten, gern preisgeben."

Das Nothgesetz wurde mit allen gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Selbst die kleine Besserung, die es enthielt, konnte jedoch vom Bundesrath vereitelt werden, und die Andeutungen des Herrn v. Stumm weckten wahrlich kein Vertrauen. Die Fraktion beschloß deshalb, bei der zweiten Lesung des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch die Aufnahme des folgenden Artikels zu beantragen:

> „Die landesgesetzlichen Vorschriften, welche das Inverbindungtreten von Vereinen, welche politische Zwecke verfolgen, verbieten, werden aufgehoben.
>
> Vereinigungen von Arbeitgebern oder Arbeitnehmern, welche zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen sich gebildet haben, unterliegen keiner landesgesetzlichen Vorschrift."

Die Regierungen hätten danach, wenn die Majorität des Reichstags zustimmte, die berührten Vereins- und Koalitionsbeschränkungen aufgeben müssen, wenn sie das bürgerliche Gesetzbuch überhaupt haben wollten, das nicht anders wie in Verbindung mit dem obenstehenden Zusatz zu haben gewesen wäre. Leider erwies sich die Majorität für das Nothvereinsgesetz bei dieser Gelegenheit sehr wenig zuverlässig. Der Reichskanzler gab nämlich „auf Grund der inzwischen unter den betheiligten Regierungen gepflogenen Erörterungen" die Erklärung ab, „daß es in der Absicht dieser Regierungen liegt, die Beseitigung des durch das Verbot geschaffenen Rechtszustandes herbeizuführen." Diese Erklärung war vollständig ungenügend, da sie alles den Landesregierungen und Landtagen überläßt und zudem keine Garantie dafür bietet, daß die Einzelstaaten nicht bei dieser Gelegenheit eine allgemeine Revision ihrer Vereinsgesetze vornehmen. Sie war gerade vom Standpunkte des Zentrums und der Nationalliberalen aus ungenügend, da beide Parteien sich während der Berathungen für ein einheitliches Vorgehen auf diesem Gebiete durch das Reich ausgesprochen hatten. Trotzdem begnügten sie sich jetzt mit der Zusicherung des partikularstaatlichen Einschreitens. Die Paladine der nationalen Einheit auch auf dem Gebiete des Rechts, die Freiherren von Stumm und Manteuffel erklärten sogar übereinstimmend: „sobald Sie den Antrag Auer in das Gesetzbuch einführen, werden wir gegen das ganze Gesetz stimmen." Damit war der Antrag gefallen.

Zweifellos wird jedoch das Vereins- und Versammlungsrecht in der nächsten Zeit stärker in den Vordergrund rücken wie bisher — sei es, daß die Landtage sich mit der Materie befassen, sei es, daß im Reichstag die Anregungen dieser Session weiter verfolgt werden. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags wird darin eine ihrer Hauptaufgaben sehen und sie rechnet dabei auch auf die regste Unterstützung und fortlaufende Information seitens der Parteigenossen im Lande, die Tag für Tag unter dem Drucke unseres

rückständigen Vereins- und Koalitionsrechts leiden. Die Bedeutung dieses Rechts für die ganze politische und wirthschaftliche Schulung und Entwicklung der deutschen Arbeiterklasse mag es auch rechtfertigen, daß wir die Verhandlungen so eingehend wiedergaben.

* * *

Der Antrag der Fraktion über die **gesetzliche Regelung der Arbeitszeit** kam bisher nicht zur Berathung. Dagegen bot eine Bundesrathsverordnung vom 4. März dieses Jahres allen Parteien Anlaß, Stellung zum Normalarbeitstag zu nehmen.

Nach § 120e der Gewerbeordnung können durch Beschluß des Bundesraths für „solche Gewerbe, in welchen durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird, Dauer, Beginn und Ende der zulässigen täglichen Arbeitszeit und der zu gewährenden Pausen vorgeschrieben, und die zur Durchführung dieser Vorschriften erforderlichen Anordnungen erlassen werden." Die Kommission für Arbeiterstatistik hatte schon lange die trostlosen, menschenunwürdigen Verhältnisse in den **Bäckereien** nach allen Seiten hin offengelegt, obwohl hier eigentlich gar nichts mehr zu enthüllen war; sie hatte auch bestimmte Vorschläge im Interesse der gefährdeten Bäckereiarbeiter gemacht. Der Bundesrath zögerte lange, endlich faßte er sich doch ein Herz und erließ die nachstehenden Vorschriften, die Herr Bachem in der Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch mit Recht als sehr harmlose bezeichnete, die jedenfalls nur den elementarsten Lebensinteressen der Arbeiter Rechnung tragen:

Der Betrieb von Bäckereien und solchen Konditoreien, in denen neben den Konditorwaaren auch Bäckerwaaren hergestellt werden, unterliegt, sofern in diesen Bäckereien und Konditoreien zur Nachtzeit zwischen achteinhalb Uhr Abends und fünfeinhalb Uhr Morgens Gehilfen oder Lehrlinge beschäftigt werden, folgenden Beschränkungen:

1. Die Arbeitsschicht jedes **Gehilfen** darf die Dauer von zwölf Stunden oder, falls die Arbeit durch eine Pause von mindestens einer Stunde unterbrochen wird, einschließlich dieser Pause die Dauer von dreizehn Stunden nicht überschreiten. Die Zahl der Arbeitsschichten darf für jeden Gehilfen wöchentlich nicht mehr als sieben (!!) betragen.

   Außerhalb der zulässigen Arbeitsschichten dürfen die Gehilfen nur zu gelegentlichen Dienstleistungen und höchstens eine halbe Stunde lang bei der Herstellung des Vorteigs (Hefestücks, Sauerteigs), im Uebrigen aber nicht bei der Herstellung von Waaren verwendet werden . . .

   Zwischen je zwei Arbeitsschichten muß den Gehilfen eine ununterbrochene Ruhe von mindestens acht Stunden gewährt werden.

2. Auf die Beschäftigung von **Lehrlingen** finden die vorstehenden Bestimmungen mit der Maßgabe Anwendung, daß die zulässige Dauer der Arbeitsschicht im ersten Lehrjahre zwei Stunden, im zweiten Lehrjahre eine Stunde weniger beträgt, als die für die Beschäftigung von Gehilfen zulässige Dauer der Arbeitsschicht, und daß die nach Ziffer 1 Absatz 3 zu gewährende ununterbrochene Ruhezeit sich um eben diese Zeiträume verlängert.

Dann kam sogar noch eine reichliche Zulassung von Ausnahmen, nämlich:

3. Ueber die unter den Ziffern 1 und 2 festgesetzte Dauer dürfen Gehilfen und Lehrlinge beschäftigt werden:
   a) an denjenigen Tagen, an welchen zur Befriedigung eines bei Festen oder sonstigen besonderen Gelegenheiten hervortretenden Bedürfnisses die untere Verwaltungsbehörde Ueberarbeit für zulässig erklärt hat;
   b) außerdem an jährlich zwanzig der Bestimmung des Arbeitgebers überlassenen Tagen. Hierbei kommt jeder Tag in Anrechnung, an dem auch nur ein Gehilfe oder Lehrling über die unter den Ziffern 1 und 2 festgesetzte Dauer beschäftigt worden ist.

Auch an solchen Tagen, mit Ausnahme des Tages vor dem Weihnachts-, Oster- und Pfingstfest, muß zwischen den Arbeitsschichten den Gehilfen eine ununterbrochene Ruhe von mindestens acht Stunden, den Lehrlingen eine solche von mindestens zehn Stunden im ersten Lehrjahre, mindestens neun Stunden im zweiten Lehrjahre gewährt werden.

Die untere Verwaltungsbehörde darf die Ueberarbeit (a) für höchstens zwanzig Tage im Jahre gestatten.

1891 war bei der Berathung des Arbeiterschutzes der „hygienische" Maximalarbeitstag allgemein als zulässig gebilligt worden; nur die Freisinnigen hatten die Vollmachten des § 120e nicht dem Bundesrath allein übertragen wollen: der Reichstag sollte die erlassenen Verordnungen wieder aufheben können. Die Konservativen hatten damals, den Mantel nach dem Wind von oben tragend, sogar durch verschiedene Redner den wirklichen gesetzlichen Normalarbeitstag vertreten. Nach fünf vollen Jahren sollte die papierne Zusicherung zum ersten Male für ein größeres Gebiet in die Praxis übertragen werden, und sofort fanden sich fast alle bürgerlichen Parteien im gemeinsamen Widerstand zusammen — rechter Hand, linker Hand, beides vereint. Herr v. Buchka vergoß mit einem Male Thränen, daß man in Deutschland ganze Schichten der Bevölkerung „unter Polizeiaufsicht" halten wolle. Der Graf zu Inn- und Knyphausen entdeckte plötzlich, daß „die Freiheit der Person" wichtiger sei wie alle geltend gemachten Gründe. Der kurzsichtige Haß gegen die Arbeiterklasse und die feige Rücksichtnahme auf die Mittelstandsstimmen gaben in den Angriffen gegen die Regierung den Ton an. Herr v. Buchka sprach von allgemeiner Erregung, „weil auch andere Zweige des Handwerks mit Recht befürchten, daß ähnliche Beschränkungen, welchen die Bäcker und Konditoren in dieser Verordnung unterworfen sind auch ihnen möglicherweise über kurz oder lang blühen könnten." Der sächsische Freikonservative Merbach meinte: „Ich muß in dieser Verordnung das Anerkenntniß der Rechtmäßigkeit der Forderung eines Normalarbeitstages für männliche erwachsene Arbeiter erblicken, und ich kann nur im Namen meiner politischen Freunde, wie sie denn überhaupt die Ansichten, die ich hier entwickele, im wesentlichen, glaube ich, alle theilen, erklären, daß wir auf diesem Wege mitzugehen nicht gesonnen sind. (Sehr richtig! rechts.) Für jugendliche Arbeiter und für Frauen sind wir stets zu haben (Heiterkeit) — ja gewiß, meine Herren, sind wir da für den Arbeiterschutz immer zu haben, und ich möchte nur betonen, daß wir doch recht üble Erfahrungen in neuerer Zeit auf dem Gebiete des Schutzes der Arbeiter gemacht haben. Wenn sich dieser Schutz auf die Verkürzung der Arbeitszeit richtet, führt er denn doch oft zu Erscheinungen, die uns nicht angenehm sein können." „Gegen die Fixirung des Maximalarbeitstages sträubt sich mein Gerechtigkeitsgefühl. Ich bin fest überzeugt, daß, wenn man Schäden ausmerzen will, man dies auf einem anderen Wege besser thun kann, als indem man die Faulheit begünstigt" — so wiederum der edle Graf zu Inn- und Knyphausen, der zweifellos mehr wie $13^1/_2$ Stunden Tag für Tag, siebenmal die Woche, angestrengt arbeitet. Und dann weiter: „beim Arbeiten geht niemand leicht kaput, und beim Handwerk oder Gewerbe der Bäcker ist das noch weniger der Fall; denn dieses Gewerbe gehört zu den allergesündesten, die es überhaupt giebt. Das Bäckergewerbe ist nicht nur nicht gesundheitsschädlich, sondern gesundheitsförderlich." Die Antisemiten trieben natürlich auch Mittelstands-Stimmenfang; „diese Maßregel ruinirt den Mittelstand . . . nirgends, in keinem Beruf ist das Verhältniß zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer besser als bei den Bäckern."

Der preußische Handelsminister v. Berlepsch vertrat mit großer Entschiedenheit die Bundesrathsverordnung. Er stand vor seiner Entlassung, das hob für ihn wohl manche Rücksicht auf, die sonst einen Beamten an einer offenen Aussprache hindern:

Ich möchte sagen, meine Herren: **wann soll denn überhaupt der § 120e angewendet werden** (sehr richtig! links), wenn nicht in einem Falle, wo feststeht, daß in 50 pCt. aller Betriebe über 12 Stunden, bis 14, bis 16, bis 18 Stunden, und zwar zur Nachtzeit, gearbeitet wird, ohne irgend einen Ruhetag im ganzen Jahr in überheizten Räumen und in schlechter Luft —? Ja, meine Herren, wann wollen Sie denn von dem § 120e Gebrauch machen, wenn nicht in diesem Fall? Ich kann mir gar keinen schlimmeren Fall denken als denjenigen, der hier vorliegt; und nach meiner Ueberzeugung hätten die verbündeten Regierungen ihre Pflicht nicht erfüllt, wenn sie in diesem Falle nicht vorgegangen wären und von der ihnen vom Reichstag zudiktirten Befugniß keinen Gebrauch gemacht hätten. (Sehr richtig! links.) . . .

Wie liegt denn die Sache? 24 Stunden hat der Tag. Von diesen 24 Stunden sind in den Bestimmungen des Bundesraths für jeden Gehilfen 8 Stunden der Ruhe zugesprochen. Es bleiben also 16 Stunden übrig. Von diesen 16 Stunden können $13^1/_2$ Stunden zu regelmäßigen Betriebsarbeiten verwendet werden, sobald während der Arbeitsschicht eine Stunde Pause gewährt wird, — was in den Bäckereibetrieben, soviel ich weiß, überwiegend der Fall ist; 13 Stunden kann nämlich alsdann die Arbeitsschicht dauern und eine halbe Stunde ist für die Herstellung des Vorteigs vorgesehen. Daneben sind gelegentliche Nebenarbeiten unbeschränkt zulässig. Außerdem kann an 40 Tagen im Jahr Ueberarbeit stattfinden. Meine Herren, abgesehen von den 8 Stunden absoluter Ruhe, kann also die Arbeitszeit unter Umständen 16 Stunden dauern. Mir scheint, da könnte man die Frage aufwerfen: ist hier nicht zu wenig gefordert, anstatt zu viel? (Sehr richtig! links.) . . .

Es handelt sich darum, die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung auszuführen. Das ist sehr einfach — ich habe das gestern schon ausgesprochen —, schöne Paragraphen machen, schöne Reden halten und nachher im Wege der Ausführung Stück für Stück wieder wegnehmen, was zugesagt ist. Dieses Prinzip können die verbündeten Regierungen nicht annehmen. (Sehr gut! links und aus der Mitte.) Es wird das ganz gewiß seitens der verbündeten Regierungen nicht geschehen; und Sie können sich darauf verlassen, solange ich einen Finger rühren kann, wird dieser Weg nicht beschritten. (Bravo! links und in der Mitte.)

Das Zentrum war die einzige bürgerliche Partei, die keinen Widerspruch laut werden ließ. Herr Hitze, der Zentrumsredner, sprach zwar auch von auseinandergehenden Ansichten seiner Fraktion über Einzelbestimmungen. „Das darf uns aber nicht abhalten, diese Verordnung im großen und ganzen als einen Fortschritt zu begrüßen und die verbündeten Regierungen zu bitten, zur endlichen Ausführung auch dessen, was in den Februar-Erlassen auch in Bezug auf die Regelung der Arbeitszeit versprochen ist, weiter zu schreiten. (Bravo! in der Mitte.) . . . Gerade Herr v. Buchka steht sonst auf dem Standpunkt, daß die Arbeiterorganisationen nicht zu wünschen sind. Sie verweigern uns die Mitwirkung an den Bestrebungen, den gewerkschaftlichen Organisationen Korporationsrechte zu geben. Dann tritt für Sie die drei- und vierfache Pflicht ein, durch Gesetz dafür zu sorgen, daß eine Befriedigung der Forderungen stattfindet, auf die sie Anspruch haben."

Die Besprechung der Interpellation Manteuffel ging am 23. April zu Ende. Schon am nächsten Tage stellten die Herren v. Kardorff und v. Manteuffel, unterstützt von fast allen namhaften Freikonservativen, Konservativen und Antisemiten den förmlichen Antrag

> den Bundesrath zu ersuchen, die vom Bundesrathe unter dem 4. März d. J. erlassenen Bestimmungen, betreffend den Betrieb von Bäckereien und Konditoreien, nicht in Wirksamkeit treten zu lassen.

Mehrfach versuchten sie, diesen Antrag als einen äußerst eiligen auf die Tagesordnung zu bringen. Es gelang ihnen nicht. Der Antrag kam vor der Vertagung nicht mehr zur Verhandlung. Die Bundesrathsverordnung ist am

1. Juli in Kraft getreten, trotzdem die vereinigte Rechte auch im preußischen Abgeordnetenhause noch ein längeres Spektakelstück aufführte.

Bei aller Verbesserungsbedürftigkeit stellt die Verordnung doch einen großen Erfolg der Sozialdemokratie dar. Die Bebel'sche Schrift hatte zuerst die Frage in Fluß gebracht. Als die Bäckergehilfen selber sich lebhafter zu rühren begannen, zeigte sich sofort, daß auch die kleinsten und unscheinbarsten Forderungen der Arbeiterklasse zu ihrer energischen Vertretung und Verfechtung nur auf die Sozialdemokratie rechnen können und dieser dazu unbedingt bedürfen. Einzelne Parteien und Abgeordneten mögen sich schließlich nach gewonnener Schlacht nicht ablehnend verhalten; der wirkliche Kampf wird heute überall nur von Mitgliedern unserer Partei geführt, auch wenn die zu schützenden nächsten Arbeiterinteressen noch so weit abliegen von den Zielen des Sozialismus. Auch der Erlaß der Bäckereiverordnung ist zuletzt noch beschleunigt worden durch das Eingreifen unserer Vertreter während der Etatserledigung. In der arbeitsstatistischen Kommission, bei der Besprechung der konservativen Interpellation ist die Vertretung der Bäckerarbeiterwünsche unseren Abgeordneten zugefallen.

Die Haltung der Konservativen während der letzterwähnten Debatten hing offenbar zusammen mit der Auseinandersetzung Stöcker und den christlich-sozialen Pastoren gegenüber. Da mit der geheuchelten Arbeiterfreundlichkeit doch nichts herausgekommen war wie ungnädige Telegramme von oben und Zank und Mißtrauen in den eigenen Reihen, so hat man nicht nur die Schwarmgeister abgeschüttelt, sondern sich gleich mit Haut und Haar den schreienden Unternehmern verschrieben, deren Stimmen man nun einmal bedarf. Man brauchte den staatssozialistisch auflackirten Konservativen nur oben und unten etwas zu kratzen, und der kapitalistische Barbar brach sofort in abschreckendster Gestalt wieder hervor. Nur ein paar verlorene Hirten liegen mit dem Könige von Neunkirchen noch im Streite.

* * *

Allzuviel Bedeutung können wir unter diesen Umständen der Thatsache kaum beilegen, daß die Konfektionsarbeiterbewegung mit einem Male eine Reihe von Parteien ihr reformfreundliches Herz entdecken ließ. Unser Redner meinte hierbei ganz treffend: „Es bestätigt sich die alte Erscheinung, daß dann immer das gesammte Bürgerthum von Rührung und Mitleid überläuft über das große Elend, das sich in solchen Industrien kundgiebt, über die schreckliche Ausbeutung, die niederen Löhne u. s. w., und schließlich kommt auch die Regierung und schickt einen Kommissar und stellt sogar nach Umfrage bei den einzelnen Regierungen den heroischen Entschluß in Aussicht, eine Enquete zu veranstalten. Nachher aber bleibt alles wieder beim alten, höchstens daß die Polizei daherkommt und die Lohnkommissionen auflöst, sie als politische Vereine erklärt und solcherweise „sozialreformatorische" Dienste für das Unternehmerthum leistet." 1891 hatten die Nationalliberalen alle sozialdemokratischen Anträge, die sich auf das Schwitzsystem und die **Hausindustrie** bezogen, mit zu Falle bringen helfen. Mit einer kühnen Schwenkung traten sie plötzlich in einem Antrag dafür ein, die Regierung zu ersuchen:

1. die Ausdehnung der Bestimmungen der §§ 135 bis 139b der Gewerbeordnung [Kinder, jugendliche Personen und Arbeiterinnen in „Fabriken", Fabrikinspektion] auf die in der **Hausindustrie** und in den Werkstätten derselben beschäftigten gewerblichen Arbeiter der Wäschefabrikation und der Konfektionsbranche herbeizuführen;
2. eine Gesetzesvorlage einzubringen, durch welche für diese Gattung der gewerblichen Arbeiter
   a) der Schlußsatz des Absatzes 4 des § 154 der Gewerbeordnung aufgehoben wird, [das heißt: Werkstätten, in welchen der Arbeitgeber ausschließlich zu seiner Familie gehörige Personen beschäftigt, sollen ihre künftig auch dem Arbeiterschutz und der Inspektion unterstehen].

b) die Bestimmungen des § 120a der Gewerbeordnung hinsichtlich der Werkstätten und Arbeitsräume, in welchen oben bezeichnete Personen beschäftigt sind, derart ausgedehnt werden, daß auch die Eigenthümer dieser Werkstätten und Arbeitsräume für deren gesetzliche Einrichtung und Unterhaltung haftbar werden,

c) dem § 138 der Gewerbeordnung die Bestimmung hinzugefügt wird, daß die in demselben vorgesehene **Anzeigepflicht** auf jeden **Arbeitsraum** Anwendung findet, in welchem Arbeiterinnen oder jugendliche Arbeiter mit der Anfertigung von Kleidungsstücken der Konfektionsbranche und von Waaren der Wäschefabrikation zum Zwecke des Verkaufs beschäftigt werden. Diese Anzeigepflicht ist zu erstrecken auf den Inhaber solcher Arbeitsräume, sowie auch auf den Unternehmer, welcher in denselben Arbeiter der bezeichneten Art beschäftigt,

d) bestimmt wird, daß Kinder neben ihrer zulässigen Arbeitszeit im Betrieb einer Fabrik oder Werkstätte, außerhalb derselben, an einem Tage, an welchem sie in der Fabrik oder Werkstätte thätig sind, nicht beschäftigt werden dürfen,

e) ferner bestimmt wird, daß junge Leute oder Frauen neben ihrer zulässigen Arbeitszeit im Betrieb einer Fabrik oder Werkstätte, außerhalb derselben, an einem Tage, an welchem sie sowohl vor als nach der Mittagsstunde in der Fabrik oder Werkstätte thätig sind, nicht beschäftigt werden dürfen,

f) endlich bestimmt wird, daß, wenn jugendliche Arbeiter oder Frauen von demselben Unternehmer an demselben Tage sowohl in einer Fabrik oder Werkstatt oder in einem Laden oder in einem anderen Arbeitsraume beschäftigt werden, die gesammte Beschäftigungszeit dieser jungen Leute oder Frauen, die von dem Fabrikgesetze für ihre Beschäftigung in der Fabrik oder Werkstätte gestatteten Stunden nicht überschreiten darf;

3. einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen eine Spezialinspektion für die in Werkstätten oder anderen Arbeitsräumen beschäftigten Personen der Konfektionsbranche und der Wäschefabrikation eingerichtet wird. Dieser Spezialinspektion sind weibliche Gehülfen als Fabrikinspektoren, welchen insbesondere die bessere Ueberwachung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen über das Trucksystem obliegt, einzugliedern.

Da der Antragsteller, Freiherr Heyl, von der Uebereinstimmung mit allen seinen politischen Freunden sprach, das Zentrum ihn darum lobte und da auch die Regierung im Allgemeinen zustimmte, so wird man ja recht bald die Probe auf den Ernst dieser Zusicherungen machen können. Ueber den Antrag Heyl ist es zwar zu einer formellen Beschlußfassung nicht gekommen, dafür war aber bereits am 15. Januar, entsprechend dem Antrag Hitze-Lieber, einstimmig das Ersuchen an die Regierung gerichtet worden:

die Ausdehnung der Bestimmungen der Gewerbeordnung, betreffend den Schutz der jugendlichen und weiblichen Arbeiter (§§ 135—139b), auf die Hausindustrie — unter besonderer Berücksichtigung der Wirkungen der Fabrik-Gesetzgebung auf die Vermehrung der Hausindustrie — durch Erhebungen wirksam vorzubereiten und anzuregen.

Auch hier wäre es ein großer Sieg für unsere Partei, wenn nach Jahren die von uns stets erhobenen Forderungen endlich zur Geltung kämen. Leider beweist der Ruf nach „Erhebungen", daß man auch hier wieder den alten Landsturmschritt einhalten will. „Bis diese Erhebungen kommen und dann der Bundesrath dazu kommt, diese Erhebungen legislatorisch zu verwerthen, können wir alt werden. Freilich, wenn es sich um Liebesgaben für die Herren Junker oder für die Herren Großindustriellen handelt, dann kriegen natürlich die bedächtigen Herren vom Bundesrath, wie die Erfahrung an jedem Tag zeigt, junge und flinke Beine; wo es sich aber bloß um die armen, jungen, bleichsüchtigen Arbeiterinnen, um schwindsüchtige Schneider handelt, da geht die Sache viel langsamer."

* * *

Der Versuch unserer Partei, bei der Erledigung des bürgerlichen Gesetzbuches die Gesindeordnungen zu beseitigen, schlug natürlich fehl. In gleicher Weise wurde der Antrag abgelehnt, die Krankenversicherungspflicht auf das Gesinde auszudehnen. Ebenso erging es unserer Resolution: „den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, baldmöglichst den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, das das Gesinde einer Zwangs- Kranken- und Unfallversicherung unterwirft.“

Die rechtliche und wirthschaftliche Lage der Landarbeiter wurde von unseren Rednern zum Antrag Kanitz und zum Zuckersteuergesetz mehrfach gestreift. Beim Etat des Reichsamts des Innern benutzten auch die Konservativen die Gelegenheit, ihre Landarbeiterfreundlichkeit zu zeigen. Das Reichsversicherungsamt hatte nämlich den landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaften, um diese etwas aus ihrer Unthätigkeit zu wecken, einen Entwurf für Unfallverhütungsvorschriften unterbreitet — nach langen Vorberathungen mit Sachverständigen und Delegirten der Berufsgenossenschaft selber und ohne jeden Versuch einer Pression, da die Betheiligten allein zum Erlaß der Vorschriften berechtigt sind. Nur hatte das Reichsversicherungsamt sich erlaubt, der Wahrheit die Ehre zu geben und zu schreiben: „Die hohen Zahlen der Unfälle umfassen eine solche Fülle von Noth und Elend, daß keine Anstrengungen gescheut werden dürfen, um für die Folge eine Verminderung derselben herbeizuführen.“ Das versetzte die Herren Gamp, v. Manteuffel und v. Staudy in gewaltige Entrüstung gegen „büreaukratische Theorien“. Für Herrn Gamp ist die Unfallverhütung überhaupt sehr leicht erreichbar, ohne den Unternehmern einen Groschen abzunehmen: „Ich bin der Ansicht, daß man allerdings für die Unfallverhütung Manches thun könnte, und da wäre es namentlich nöthig, sehr viel energischer, als es jetzt geschieht, gegen die Trunksucht einzuschreiten. (Sehr wahr! rechts.) Ich glaube, auf dem Lande wird ein sehr großer Theil der Unfälle durch Trunkenheit der betreffenden Arbeiter herbeigeführt.“ Demgegenüber wies unser Vertreter besonders darauf hin, daß unter den 32 491 im Jahre 1894 bei der Landwirthschaft Verletzten sich nicht weniger als 8732 Frauen und Kinder befinden; die werden die Konservativen doch nicht auch auf das Konto der Trunksucht setzen wollen.

Die Zustände unter der Bergarbeiterschaft konnten wenigstens beim Bürgerlichen Gesetzbuch, kurz vor dessen Abschluß im Plenum, breiter erörtert werden. Unser Redner begründete hier eingehend die Forderung, daß auf die Bergarbeiter lediglich die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs und der in den §§ 105 bis 153 der Gewerbeordnung für das Arbeitsverhältniß gewerblicher Arbeiter gegebenen Vorschriften Anwendung finden sollen.

Der Fraktionsentwurf einer Seemannsordnung kam, wie erwähnt, nicht zur Berathung. Doch wurde beim Reichsamt des Innern die Frage von mehreren unserer Redner angeschnitten und ebenso darauf hingewiesen, daß auch das Gesetz betr. die Untersuchung von Seeunfällen einer bedeutenden Verbesserung bedürfe. Nach dem bestehenden Gesetz beschränkt sich die Berechtigung beziehungsweise Verpflichtung der Seeämter in Bezug auf diese Untersuchung nur darauf: wenn bei dem Unfall entweder Menschenleben verloren gegangen sind oder ein Schiff gesunken oder aufgegeben ist; ferner, wenn die Untersuchung vom Reichsamt veranlaßt wurde. Bei sonstigen Seeunfällen bleibt die Untersuchung dem Ermessen des Seeamts überlassen. Die Seeleute verlangen eine Behörde, welcher die weitgehendsten Befugnisse bezüglich Kontrolle der Schiffe einzuräumen wären: der Bau, die Bemannung, die Beladung, die Logis, der Proviant, die Wäsche- und Reinigungsanstalten seien zu überwachen. Auch die Ausweisung des Genossen Steiner aus Bremen, des Verfassers des bekannten Telegramms an Bebel nach dem Untergang der „Elbe“, kam dabei zur Sprache. Natürlich leugneten die Freunde des Lloyd jeden Zusammenhang zwischen der Ausweisung und dem Telegramm. Der Staats-

sekretär v. Bötticher half sich sogar mit dem Witze über die peinliche Geschichte hinweg: „Wir sind ja so gestellt, daß wir unsern Bedarf an sozialdemokratischen Agitatoren im Inland beziehen können.“ Nach seinen Zusicherungen stände die schon lange angekündigte Gesetzesnovelle vor dem baldigen Abschlusse; man werde dann auch Seeleute zur Begutachtung heranziehen.

Die Interessen der **Postangestellten** verfocht unser Redner in eingehendster Weise beim Etat. Die Arbeitszeiten, die Anrechnung der Dienstzeit, die Verwendung von Soldaten als Aushilfspersonen, die Kautions- und Urlaubsverhältnisse, die Maßregelungen der Mitglieder des Postassistenten-Verbandes, der Zwang zu Loyalitätskundgebungen, die noch dazu oft mit Geldopfern verknüpft sind — das alles kam in wirksamster Weise zur Sprache. Der einzige Erfolg auf diesem Gebiete war, daß abermals eine Resolution des Reichstags verlangte:

> daß die Annahme und Bestellung gewöhnlicher **Packete** von der Reichspost an **Sonn- und Feiertagen**, mit Ausnahme der Weihnachtszeit vom 18. bis 30. Dezember, auf Eilsendungen beschränkt werde.

* * *

Die **Reform der Arbeiterversicherung** nahm in den parlamentarischen Debatten einen breiteren Raum ein wie sonst, da im November eine vom Reichsamt des Innern einberufene Konferenz die Umgestaltung der ganzen Gesetzgebung geprüft hatte, also auch eine Aeußerung der Anschauungen des Reichstags nahe lag. Unsere Redner vertraten die dringlichsten Wünsche, die auch in einer Resolution zum Ausdruck gebracht war, nämlich daß:

> die §§ 9 Abs. 4, 16 und 157 des Gesetzes, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung, dahin abgeändert werden, daß **jeder** Versicherte, welcher das 60. [nicht wie bisher: das 70.] Lebensjahr vollendet hat, einen Rechtsanspruch auf Altersrenten erhält und
>
> die §§ 9 Abs. 3 und 156 des genannten Gesetzes dahin abgeändert werden, daß diejenigen Versicherten, welche in Folge ihres geistigen oder körperlichen Zustandes **nicht mehr** im Stande sind, sich in ihrem Beruf die **Hälfte** ihres bisherigen Jahresarbeitsverdienstes [statt 1/6 Jahresarbeitsverdienst plus 1/6 ortsüblichen Tagelohn] zu erwerben, Invalidenrente erhalten.

Die Resolution blieb in der Minderheit. Dagegen kam eine Resolution Hitze zur Annahme, welche die Regierung um Erwägungen ersuchte:

inwieweit **innerhalb der bestehenden** Beiträge resp. bei **Einstellung weiterer Ansammlungen** zu den Reservefonds
1. eine Vereinfachung und **Erleichterung der Voraussetzungen** zum Bezug der Alters- und Invalidenrente, sowie eine zweckmäßigere Verbindung der Kranken- und Invaliden-Fürsorge;
2. eine **Erhöhung** der **Invalidenrente** namentlich unter Berücksichtigung unversorgter Angehöriger;
3. eine Einbeziehung der **Wittwen- und Waisen-Fürsorge**

möglich und zweckmäßig ist.

Der „Reichsanzeiger“ hat, wie man weiß, soeben (Anfang September) den Entwurf eines Gesetzes betr. die Abänderung von Arbeiterversicherungsgesetzen veröffentlicht, sodaß im nächsten Winter lange Berathungen hierüber zu erwarten sind.

* * *

An der Berathung des **Bürgerlichen Gesetzbuches** hat sich unsere Partei in der fleißigsten Weise betheiligt. Sie hat auch kein Hehl daraus gemacht, daß gegenüber dem bisherigen krausen Wirrwarr auf zivilrechtlichem Gebiet die Einheit des Rechtes einen großen politischen Fortschritt darstelle — auch für die Arbeiter, die bald hier, bald da ihr Brot zu suchen haben und am allerwenigsten sich mit den von Land zu Land, von Ort zu Ort wechseln-

den Rechtsverhältnissen vertraut machen können. Die Fraktion hatte daher gar keine Ursache, durch eine rücksichtslose Obstruktion das Zustandekommen des Gesetzes zu hintertreiben; dagegen bestand sie selbstverständlich darauf, den Entwurf einer wirklichen und gründlichen Berathung zu unterziehen — um so mehr, als er verschiedene Bestimmungen enthielt, die, selbst innerhalb der bestehenden Klassengliederung, der Arbeit ganz unnöthige Fesseln anlegten. Als solche Fesseln bezeichneten unsere Vertreter mit Recht den Versuch, einen „lebenslänglichen Arbeitsvertrag" zu schaffen, und den im Entwurf enthaltenen Angriff auf das Koalitionsrecht: nach dem Entwurf sollte dem Fabrikherrn die „Selbsthilfe" gewährt werden, Streiklustige gewaltsam in der Fabrik zurückzubehalten. Es ist unseren Genossen gelungen, diese beiden Bestimmungen bereits in der Kommission aus dem Entwurf zu bringen. Das gleiche gelang mit einer Bestimmung, die unser Parteivermögen dem großen Magen des Fiskus hätte preisgeben können. Direkt gegen die Arbeiterklasse gerichtete neue Bestimmungen enthält also das Gesetz nicht mehr. Im Gegentheil ist es der zähen Arbeit unserer Genossen gelungen, eine Reihe Verbesserungen auf mannigfaltigen Gebieten in das Gesetzbuch hineinzubringen. Daß jedoch auch der in der Kommission erreichte Zustand bei weitem nicht das ist, was heute bereits Gesetz sein sollte und könnte, zeigen die Anträge und Ausführungen unserer Fraktion zur zweiten Berathung. Trotzdem kann zugegeben werden, daß das Bürgerliche Gesetzbuch in den übermeisten der von ihm geregelten Theile bessere Bestimmungen aufweist, als der Durchschnitt der zur Zeit bestehenden Gesetze. Wenn trotzdem die Fraktion schließlich gegen das Ganze stimmte, so geschah das hauptsächlich, weil ganz wesentliche Bestimmungen wieder durchbrochen und aufgehoben sind durch die vielen Artikel des Einführungsgesetzes. Dort werden z. B. aufrecht erhalten: die Hausverfassungen und Hausgesetze der Landesherren und des hohen Adels. Ferner sollen unberührt bleiben: die landesgesetzlichen Vorschriften über Fideikommisse, Lehen, Stammgüter, Rentengüter, Erbpachtrecht, Büdner- und Häuslerrecht, Anerbenrecht, über Regalien, Zwangs- und Bannrechte, vor allem aber die über das Bergrecht, einschließlich der Verhältnisse der Bergarbeiter, sowie über das Gesinderecht. Bezüglich des Gesindes ist allerdings der Fortfall des Züchtigungsrechts und die Verpflichtung der „Herrschaft" festgesetzt, für ausreichende Schlaf- und Wohnräume zu sorgen, sowie in gewissem Maß für die Fälle von Krankheit Fürsorge zu treffen. Das genügt aber durchaus nicht. Im wesentlichen sollen nach dem Entwurf die Bergarbeiter, ein Theil der ländlichen Arbeiter und das häusliche Gesinde dem partikularen Ausnahmerecht unterstellt bleiben.

Die Sozialdemokratie hat während der ganzen Berathung niemals einen so beschränkt kleinlichen Kliquenegoismus gezeigt, wie die berufenen Vorkämpfer der nationalen Einheit, die, wie die Konservativen, das ganze Werk an den Hasen oder, wie der König von Neunkirchen, an ein paar Zusicherungen betreffs des Vereins- und Koalitionsrechtes scheitern lassen wollten. Aus den angeführten Gründen jedoch, zu denen sich noch weitere Bedenken, wie die über die Stellung der Frau im künftigen Zivilrecht gesellten, stimmte die Fraktion schließlich gegen das ganze Gesetz.

* * *

Auch das **Margarinegesetz** in der Fassung des Regierungsentwurfes enthielt viele Bestimmungen, denen man im Interesse der Konsumenten nur zustimmen konnte. Soweit es den Konsumenten dagegen zu schützen galt, daß er für sein theures Geld schlechte Butter erhielt, die mit billiger Margarine gemischt war und unter der falschen Flagge Naturbutter ausgeboten wurde, war die Fraktion zu jeder Mitwirkung bereit. Wenn dieser Schutz des Kon-

sumenten zugleich ein Vortheil des soliden Molkereibetriebes war, so konnte das wahrhaftig kein Grund sein, ihn weniger energisch zu erstreben. Unser Redner in der ersten Lesung gestand daher ganz offen zu, daß er eine bessere Revision der Fabrikations- und Verkaufsräume für Margarine für durchaus empfehlenswerth halte. Er deutete aber auch bereits darauf hin, daß jede Vertheuerung und Verekelung der Margarine für die Konsumenten unbedingt als ein Uebergriff der Agrarier zurückzuweisen sei.

In der Kommission und in der zweiten Lesung traten die berechtigten Ziele der Vorlage mehr und mehr zurück. Man wollte dieselbe gelbliche Färbung, die doch auch bei der Butter künstlich stattfindet, bei der Margarine verbieten — offenbar um die Margarine dem Konsumenten zu verekeln. Weiter wollte man ihren Verkauf erschweren: sie sollte nicht mehr in demselben Lokal mit der Butter feilgehalten werden dürfen. In der dritten Lesung erklärte selbst die Regierung das Gesetz mit diesen beiden Bestimmungen für unannehmbar. Die Mehrheit, aus den Konservativen, den Klerikalen und einigen Nationalliberalen bestehend, beharrte bei ihrem Willen, sodaß das ganze Gesetz nunmehr zum Scheitern kam.

Beim **Antrag Kanitz**, der diesmal in etwas veränderter Fassung den Reichstag beschäftigte, war von vornherein keine andere Absicht vorhanden wie die, der Grundrente durch die Arbeitergroschen wieder auf die Beine zu helfen. Der Antrag wurde diesmal am 17. Januar, bei einer Stimmenthaltung, mit 219 gegen 97 Stimmen abgelehnt.

Dagegen hatten die Agrarier den Erfolg, ein neues **Zuckersteuergesetz** zu erringen. Dasselbe erhöht die Ausfuhrprämien, die bisher noch 1,25 Mark betrugen, nach dem Gesetze von 1891 aber ganz hinwegfallen sollten, auf 2,50 Mark; die Prämien werden gedeckt durch eine Erhöhung der Zuckerverbrauchssteuer von 18 auf 20 Mark und durch eine in sehr mäßiger Progression mit der Größe der Produktion steigende Betriebssteuer. Die neue Konsumentenbelastung von etwa 20 Millionen Mark jährlich geschah hauptsächlich unter dem Vorwand, man wolle mit der höheren deutschen Prämie die allgemeine Herabsetzung der Zuckerprämien in Europa erzwingen. Das Gegentheil ist eingetreten. Oesterreich hat sofort seine Prämie erhöht, Frankreich beabsichtigt, es zu thun; das Gift der Zuschüsse hat nur das Ueberproduktionsfieber von neuem gesteigert und die Konsumenten abermals geschädigt. Für die kleinen rübenliefernden Bauern fällt natürlich von der agrarischen Beute gar nichts ab.

Das **Börsengesetz** bot schließlich für den Bund der Landwirthe auch den Anlaß, eine alte agrarische Forderung durchzusetzen: Das Verbot des Terminhandels in Getreide. Unsere Fraktion war bei dem Gesetz durchaus bereit, Auswüchse auf dem Gebiete der Preisfeststellungen und -beeinflussungen, des Emissionswesens zu beseitigen: „Da wir als Sozialdemokraten die Gegner jeder Prellerei und jeder Uebervortheilung sind, mag sie sich zeigen, in welcher Form sie wolle, so treten wir auch für eine Börsenreform ein. Nun allerdings diese Börsenreform, wie sie uns hier geboten ist, wird ja keiner unter uns für etwas Abschließendes oder für eine Großthat halten; ich betrachte sie vorläufig als eine Abschlagszahlung, als ein Zugeständniß, daß etwas faul im Staate Dänemark ist. Es wird sich auch bald herausstellen, daß trotz der Börsenreform und trotz aller dieser kleinen Maßregeln das Grundübel der Kapitalismus ist, und daß nur durch die Beseitigung des Kapitalismus bessere Zustände geschaffen werden können. Vorläufig begnügen wir uns aber mit der Börsenreform. Meine Herren, der Kapitalismus wird allmählich desorganisirt; er ist krank. Nun, wir wissen, daß ihm auf die Dauer nicht zu helfen ist. Aber schlechte Aerzte müßten wir sein, verschrieben wir ihm nicht das kalmirende Pulver der Börsenreform.“ Als dann jedoch während der weiteren Berathungen

die Agrarier dazu übergingen, im Interesse höherer Getreidepreise eine unentbehrliche Form des modernen Großhandels mit einem Striche zu beseitigen, da glaubte die Fraktion ein so verunstaltetes Gesetz ablehnen zu müssen. Entweder gehen die Wünsche der Agrarier in Erfüllung, dann verbieten es die Interessen der Arbeiter, eine künstliche Preishausse zu unterstützen. Oder das ganze Vorgehen ist ein Schlag ins Wasser, mit dem man fanatisirte Bauern bei Laune erhält — dann verbietet uns die Selbstachtung eine solche Konzession an die Dummheit. Derartige Opfer des Intellektes müssen wir schon den Nationalliberalen und der Regierung überlassen, die sie nöthig haben.

* * *

Die Mittelstandsbewegung, die bei dem Lärm gegen die Bäckereiverordnung schon eine so große Rolle spielte, brachte in diesem Winter einige alte Forderungen zur Verwirklichung.

Den **Konsumvereinen** wurde der Verkauf an Nichtmitglieder noch strenger abgeschnitten: Marken oder sonstige nicht auf den Namen lautende Anweisungen oder Werthzeichen dürfen nicht mehr ausgegeben werden; für Verkäufer oder Mitglieder, welche an Nichtmitglieder Waaren abgeben oder „gegen Entgelt gewohnheitsmäßig oder gewerbsmäßig" weitergeben, sind Strafen festgesetzt. Auch auf die Konsumanstalten der Fabriken und die Beamtenvereine sind jetzt die entsprechenden Einschränkungen ausgedehnt. Da diese Bestimmungen es besonders den neugegründeten Konsumvereinen erschweren, sich eine Kundschaft und Mitgliedschaft erstmals zu erwerben, da sie ferner zu einer Quelle von Aergernissen und Denunziationen zu werden drohen, so stimmte die Fraktion gegen das Gesetz.

Bei der **Novelle zur Gewerbeordnung** wiederholte sich der alte kleinlich-gehässige Kampf der ansässigen Handwerker und Kaufleute gegen die Hausirer und Detailreisenden. Man schloß neue Waaren vom Feilbieten im Umherziehen aus; man verbot den Hausirern und Detailreisenden Abzahlungsgeschäfte zu schließen; man schuf ein paar neue Gründe, um den Wandergewerbeschein zu versagen, unter anderem setzte man das Minimal-Alter von 21 auf 25 Jahre hinauf. Das Aufsuchen von Bestellungen soll künftig in der Regel nicht „ohne vorherige ausdrückliche Aufforderung" erfolgen. Druckschriften sind jedoch hiervon von vornherein ausgenommen und der Bundesrath kann nach Belieben für andere Waaren Ausnahmen zulassen. Er wird nun den konservativ-klerikalen Wadenkneifereien gegen alles nicht am Konsumtionsorte Seßhafte nach Möglichkeit den Beißkorb vorzulegen haben, um nicht allzuviele Existenzen zu gefährden. So nebenbei wollte der Führer der bayerischen Klerikalen auch den ganzen Kleinhandel mit Bier konzessionspflichtig und vom Nachweise des Bedürfnisses abhängig machen; auch die Antisemiten stimmten dafür; der Antrag fiel jedoch mit 155 gegen 103 Stimmen. Das einzige Vernünftige, was bei dieser Mittelstandspolitik herauskam, war die Annahme des Antrages:

> Kinder unter 14 Jahren dürfen auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an öffentlichen Orten oder ohne vorgängige Bestellung von Haus zu Haus Gegenstände nicht feilbieten.

Der Entwurf zur Errichtung von **Handwerkskammern** blieb dagegen in der Kommission stecken: man wollte erst den Innungsunterbau abwarten, ehe man große Zentralvertretungen des Kleingewerbes schuf.

Ein Gesetz gegen den **unlauteren Wettbewerb** enthielt manches Beachtenswerthe; in der Kommission bemühten sich unsere Vertreter auch, das Gesetz besser ausgestalten zu helfen. Die Aufnahme des § 9:

> Mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark oder mit Gefängniß bis zu einem Jahre wird bestraft, wer als Angestellter, Arbeiter oder Lehr-

ling eines Geschäftsbetriebes Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse, die ihm vermöge des Dienstverhältnisses anvertraut oder sonst zugänglich geworden sind, während der Geltungsdauer des Dienstverhältnisses unbefugt an Andere zu Zwecken des Wettbewerbes oder in der Absicht, dem Inhaber des Geschäftsbetriebes Schaden zuzufügen, mittheilt . . .

machte es jedoch zur Pflicht, gegen das ganze Gesetz zu stimmen, weil besonders die Handelsangestellten hierdurch für eine sonst nur zivilrechtlich verfolgbare Handlung vor den Strafrichter gestellt werden können, um eventuell mit einem Jahr Gefängniß bedacht zu werden, während dasselbe Vergehen, von einem Prinzipal gegen einen Angestellten verübt, straflos bleibt.

* * *

Eine Hindeutung des Freikonservativen Gamp auf Erhöhung der Salzsteuer gab unserer Fraktion Anlaß zu einem Vorstoß gegen diese ungerechte Steuer überhaupt. Eine Interpellation, die Verhaftung Bueb's betreffend, wird den elsäßischen Behörden hoffentlich die wünschenswerthe Belehrung über die Bedeutung der Immunitätsbestimmung der Verfassung beigebracht haben.

Die sonstige parlamentarische Thätigkeit der Fraktion bedarf wohl einer besonderen Erörterung im Einzelnen nicht. Es ist bekannt, wie in der Duelldebatte, in der Erörterung der Militärmißhandlungen, der Beziehungen zwischen der Militärverwaltung und dem Pulverring, der Steigerung des Pensionsetats, in der Geißelung der Ausschreitungen in den Kolonien, in den Anregungen zur Konvertirung der Reichsschulden, in der Kritik des Transvaaltelegramms und der uferlosen Marinepläne unsere Vertreter überall in der vordersten Reihe der Opposition kämpften. Steht doch der Eindruck, den die Enthüllungen über den „Fall Peters" machten, vielleicht einzig da in der ganzen parlamentarischen Geschichte des Deutschen Reiches.

Die Fraktion blickt auf eine reiche Thätigkeit im vorigen Winter und Frühjahr zurück. Da durch die schließlich doch eingetretene Vertagung manche Anträge, die sonst unerledigt geblieben wären, zur Verhandlung kommen werden, so wird sie auch im nächsten Winter mehr wie sonst Gelegenheit haben, die dringendsten Forderungen der Arbeiterklasse parlamentarisch zu verfechten und zur Entscheidung zu bringen.

Protokoll.

Vorversammlung
am Sonntag, den 11. Oktober 1896, Abends 7 Uhr, im Saale der „Vier Jahreszeiten“ in Siebleben bei Gotha.

Der nach Gotha berufene Parteitag kann in der Stadt selber bekanntlich nicht stattfinden, da das einzige Lokal, das hierfür in Frage kommt, von unseren Genossen gesperrt werden mußte. Er ist deshalb nach Siebleben verlegt worden, einem Dorfe, das etwa dreiviertel Stunden von der Stadt entfernt ist. Der Saal, der uns dort zur Verfügung steht, bietet für ungefähr 300 Delegirte Raum. Er ist einfach, aber würdig geschmückt. Am Eingang begrüßt die Eintretenden auf einem mit rothen Bannern drapirten Schilde unser alter Schlachtruf: Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Auf Schildern an den Saalwänden sind zahlreiche Sprüche zu lesen, von denen einige der markantesten hier mitgetheilt sein mögen: „Der Sozialismus ist der Friede.“ „Die Befreiung der Arbeit ist die Befreiung der Menschheit.“ „Der Sozialismus ist der Träger aller Kultur.“ „Gegen die unheilige Allianz der kapitalistischen Mächte die heilige Allianz des internationalen Proletariats.“ „Wo das erste Vorrecht anfing, hörte das Recht auf.“ „Nicht aus dem Blute der Tyrannen entlodern die Flammen der Freiheit, — Nein, aus dem Herzen des Volks, welches sich selber erkennt.“ „Der Feind, den wir am meisten hassen, — Das ist der Unverstand der Massen.“ „Wir leben nicht, um zu arbeiten, sondern arbeiten, um zu leben.“ „Nun, Freunde, der Tag ist jetzt erwacht, — Der Morgen naht, wo wir's erringen, — Nicht ohne Kampf, doch ohne Schlacht; — Der Geist ist stärker als die Klingen.“

Ueber der mit Tannenreisern geschmückten Rednertribüne steht oben an der Wand auf roth drapirtem Postament die Büste von Karl Marx, während in den Ecken links und rechts von der Tribüne die Büsten von Ferdinand Lassalle und Friedrich Engels angebracht sind.

Kurz nach 7 Uhr begrüßte Genosse **Bock** im Namen des Lokalkomités die Delegirten:

Als vor 21 Jahren der Vereinigungs-Kongreß in Gotha die beiden Bruderparteien zusammenführte und ihnen ein Programm gab, und als die beiden darauffolgenden Kongresse in der Stadt Gotha die Partei einigten und kräftigten, da spotteten, da höhnten, da scherzten noch viele Gegner über die Sozialdemokratie. Nur den einsichtigeren Politikern flößte schon damals die Bewegung ernste Besorgniß ein, vor allen Dingen aber setzte sie einen Mann, den damaligen Lenker und Leiter der Geschicke Deutschlands, den sogenannten größten und bedeutendsten Staatsmann unseres Jahrhunderts, in panischen Schrecken, und er sann unausgesetzt darauf, die Sozialdemokratie Deutschlands im Keime zu ersticken. Als der Schuß von Hödel fiel, und bald darauf ein zweiter Schuß eines Halbwahnsinnigen zu Berlin, da gab es für ihn die Gelegenheit, mit Hilfe des kapitalistischen Klüngels einen Strick zu drehen, um die Sozialdemokratie zu erwürgen. Die Sozialdemokratie hat im sturmerprobten

Kampfe den Strick zerrissen und den Feinden vor die Füße geworfen, und der Mann, welcher sich vermaß, die aus unseren wirthschaftlichen und sozialen Verhältnissen heraus sich entwickelnde Partei zu tödten, ist heute eine ausgebrannte alte Raketenkiste (Heiterkeit und Beifall), aus der nur selten einmal ein Funken in die Höhe steigt, der aber die Welt nicht mehr erleuchtet. Die sozialdemokratische Partei hat sich im Laufe dieser Zeit zur größten, mächtigsten und stärksten Partei Deutschlands entwickelt, und auch wir Gothaer können von uns sagen, daß wir in diesem Zeitraume gleichen Schritt mit der Entwickelung der Partei Dentschlands gehalten haben. (Bravo!) Seit vielen Jahren war es uns möglich, den Wahlkreis Gotha der sozialdemokratischen Partei im Reichstag zu sichern, und bei den jüngsten Landtagswahlen gelang es uns, durch angestrengte Thätigkeit und Organisation unseren Gegnern einen vernichtenden Schlag beizubringen. (Lebhafter Beifall.) Es verlautet auch heute schon, daß die Regierung unseres kleinen Duodezstaates mit Reaktionsmitteln gegen die sozialdemokratische Partei vorzugehen gedenkt; allein ich kann den Delegirten versichern, daß, wie die Sozialdemokraten Dentschlands das schlimmste Gesetz, das man ihr an die Beine gehängt hat, überwunden hat, auch die Sozialdemokraten Gothas sich dadurch nicht werden überwinden lassen. (Lebhafter Beifall.) Die Sozialdemokratie ist eben eine Macht, die nicht mehr zu beseitigen ist. Die Sozialdemokratie wird von Jahr zu Jahr größer werden und immer schönere Triumphe feiern, wie sie sie gegenwärtig in Gotha, Hessen und anderen Städten und Ländern errungen hat. (Beifall.) Auch wir Sozialdemokraten in Gotha erhoffen und erharren nichts mehr von oben, nichts mehr von außen — die Sozialdemokratie wirkt, agitirt, organisirt und rüstet sich ohne Ablaß zum Kampf mit ihren Gegnern; in diesem Sinne begrüße ich den Parteitag, in der festen Erwartung, daß es ihm gelingen wird, in leidenschaftsloser Debatte die Mittel und Wege, die uns zum Ziele führen sollen, zu berathen, und heiße Sie noch einmal recht herzlich willkommen. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Förster-Hamburg: Zu wiederholten Malen schon sind hier in Gotha unsere Vertreter zusammengetreten, um das Wohl der Partei zu fördern. Der wichtigste unter diesen Kongressen war zweifellos der Vereinigungs-Parteitag, der vor 21 Jahren hier stattfand, der wichtigste für unsere Parteibestrebungen. Die Arbeiter haben sich damals gesagt: Es giebt zwischen uns keine Differenzpunkte, die groß genug wären, daß wir ihretwegen den Kampf gegen die Gegner getrennt führen sollten; dazu ist dieser Kampf zu schwierig und zu ernst. Seit dieser Zeit marschirt die sozialdemokratische Arbeiterschaft in geschlossener Phalanx! Sie alle, die Sie mitten im Kampfe stehen, kennen unsere Thätigkeit. Es ist gewiß wahr: je mehr unsere Partei Boden gewinnt, je größer unsere Macht und die Zahl unserer Vertreter wird, je mehr unsere Bewegung sich vertieft, um so ernster, um so gewaltiger wird der Kampf, den wir führen, um so heftiger der Widerstand unserer Gegner, die immer mehr in die Enge gerathen. Unsere Aufgaben wachsen, auch die Aufgaben, die ein Parteitag zu lösen hat. Davon sind Sie alle überzeugt. Ist doch das charakteristische Merkmal unserer Parteitage der große Fleiß, die Gewissenhaftigkeit und der Ernst, mit dem auf unsern Parteitagen gearbeitet wird. Wissen wir doch, welch' großes Ziel uns winkt. Von diesem Geiste waren alle unsere Parteitage erfüllt; auch dieser wird es sein; auch er wird dazu ,beitragen, unsere Partei für den Kampf zu stärken und uns in gemeinsamer Berathung zu zeigen, wie wir unsere Sache am besten fördern. Daß unsere Berathungen in diesem Sinne verlaufen, dazu hat jeder durch seine Thätigkeit beizutragen!

Hiermit erkläre ich den Parteitag für eröffnet und bitte um Vorschläge für das Bureau.

Vorgeschlagen werden Bock und Singer und durch Zuruf gewählt.

Singer: Mit dem Dank für die Ehre, welche Sie uns durch die Wahl zu Vorsitzenden erwiesen haben, verbinde ich die Bitte, das Bureau dadurch zu unterstützen, daß jeder Theilnehmer des Parteitages bemüht ist, unsere Geschäfte nach Kräften zu fördern. Ich glaube im Sinne des gesammten Parteitages zu sprechen, wenn ich diesen Augenblick benutze, um Namens des Parteitages, und da die Delegirten hier die legitimen Vertreter der Partei sind, auch Namens der gesammten Partei Deutschlands unseren Gothaer Genossen den Dank der Partei auszusprechen für die tapfere, energische Agitation, die sie bei den letzten Wahlen ausgeübt haben und die uns zu einem so glänzenden Siege, zur Vermehrung unserer Mandate im Gothaer Landtage von 1 auf 8 verholfen hat. (Stürmischer Beifall.) Gotha ist nun einmal ein historischer Boden für die Partei, und auch heute stellt sich eine kleine geschichtliche Reminiscenz ein. Ich erinnere an den Parteitag, der 1875 deshalb in Gotha getagt hat, weil die Tessendorfferei in Preußen die Partei damals aufgelöst hatte. Wir sind heute in einer ähnlichen Situation. Die Köllerei in Preußen hat, wie Sie wissen, den Parteivorstand als einen Verein erklärt und ihn aufgelöst. Der Prozeß, der deswegen geführt wurde, ist in Ihrer Erinnerung. Wie sehr die Maßregel des preußischen Ministeriums die Partei zu schädigen geeignet ist, das beweist die zahlreiche Schaar unserer Delegirten (Heiterkeit), die heute mehr wie je, trotz aller Köllerei, bereit und entschlossen sind, die Fahne der Sozialdemokratie hier zu entrollen. (Lebhafter Beifall.)

Ich bitte nun den Parteitag, gemäß unserem Organisationsstatut, in der Konstituirung fortzufahren und zunächst neun Schriftführer zu wählen.

Auf Vorschlag von **Weinheber**-Hamburg werden durch Akklamation zu Schriftführern folgende Genossen gewählt: Hülle-Erfurt, Bruhns-Breslau, Röhn-Berlin, Fräulein Baader-Berlin, Dr. Arons-Berlin, Bömelburg-Hamburg, Leven-Gera, Mattutat-Augsburg und Lesche-Altona. Heute fungiren als Schriftführer Hülle, Bruhns und Röhn.

In die Mandatsprüfungs-Kommission werden durch Zuruf gewählt: Antrick-Berlin, Ehrhardt-Ludwigshafen, Agster-Stuttgart, Blos-Stuttgart, Schumann-Bielefeld, Hug-Bant, Wehder-Sonneberg, Schmidt-München und Frau Kähler-Wandsbeck.

Singer schlägt in bezug auf die Sitzungszeit vor, in Rücksicht auf die weite Entfernung des Kongreßlokals von der Stadt, von 9—1 Uhr und von 4—8 Uhr zu tagen. Hiergegen erhebt sich Widerspruch.

Schumann-Bielefeld beantragt, acht Stunden hintereinander mit einer halbstündigen Pause zu tagen.

Leutert-Apolda beantragt, von 9—12 Uhr und von 3 bis 7 Uhr zu verhandeln.

Da keiner dieser Vorschläge eine Mehrheit findet, so soll versuchsweise morgen von 9 bis 1 und von 3 bis 7 Uhr getagt werden.

Hierauf wird die provisorische Geschäftsordnung ohne Debatte genehmigt.

Bei der Festsetzung der Tagesordnung schlägt

Singer vor, den Bericht der Parteileitung nicht, wie bisher, in seiner Gesammtheit, sondern gruppenweise zu diskutiren, und zwar in einer Gruppe die Agitation, in einer anderen die Presse und in einer dritten die Kassenverhältnisse. Bei der bisherigen Praxis habe man die Erfahrung gemacht, daß eine gründliche Besprechung sehr erschwert wird. Wenn sein Vorschlag angenommen würde, so könnte man die zu den einzelnen Gruppen gestellten Anträge gleich mit debattiren und zur Entscheidung bringen.

Der Vorschlag der gruppenweisen Besprechung des Parteiberichts wird ohne Debatte angenommen, ebenso erklärt sich die Versammlung mit dem Vorschlage des geschäftsführenden Ausschusses einverstanden, wonach an zweiter Stelle

der Bericht über die stattgefundene **Kontrolle** und an dritter Stelle der Bericht über die **parlamentarische Thätigkeit** entgegengenommen werden soll.

Als vierten Punkt hat der Ausschuß die Maifeier 1897 auf die Tagesordnung gesetzt.

Inzwischen ist folgender von **Berliner Delegirten** unterzeichneter Antrag eingegangen:

„In Erwägung, daß eine größere Anzahl von Anträgen eingegangen ist, welche die Behandlung einzelner Fragen des Arbeiterschutzes auf dem Parteitage fordern, beantragen die Unterzeichneten, als besonderen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen „Arbeiterschutz" und unter diesem Punkt sämmtliche diesbezüglichen Anträge zu behandeln."

Lehmann-Dortmund beantragt, das Proportional-Wahlrecht als letzten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, da es sich hier nur um die Erörterung einer akademischen Frage handle. Wenn heute eine Aenderung des Wahlrechts einträte, so würde dies doch nur im reaktionären Sinne geschehen. (Sehr richtig!)

Frohme-Hamburg kann nur dem einen Abänderungsantrag zustimmen, wonach als besonderer Punkt die Presse auf die Tagesordnung gesetzt werden soll. Der Antrag der Berliner Genossen müsse schon aus dem Grunde abgelehnt werden, weil keine Vorarbeiten dazu gemacht seien. Im Uebrigen biete sich auch bei der Generaldebatte Gelegenheit, auf alle diese Fragen einzugehen.

Arons führt zur Begründung des Antrages der Berliner Genossen aus, daß dadurch die Geschäfte wesentlich vereinfacht würden, es könnten dann die verschiedenen Anträge betreffs einzelner Punkte des Arbeiterschutzes, wie Erringung des Achtstundentages, Kampf gegen industrielle Ausbeutung, Achtuhr-Ladenschluß, Unfallversicherungs-Gesetz u. s. w. gemeinsam behandelt werden. Der einzige Einwand, der gegen seinen Antrag erhoben werden könnte, sei dadurch hinfällig geworden, daß Genosse Wurm sich zur Uebernahme des Referats bereit erklärt habe.

Stadthagen hält den von ihm bezüglich des Punktes „Presse" gestellten Antrag durch die nach dem Vorschlage Singer's beschlossene Eintheilung für erledigt. Dem Antrag Arons kann Redner nicht zustimmen, da die Frage des Arbeiterschutzes mit einem einfachen Referat ohne die genügende vorherige Darlegung in der Presse und der Oeffentlichkeit nicht abzuthun sei. Er habe nichts dagegen, daß der Arbeiterschutz auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages gesetzt wird, nachdem für ein Referat und für ein Korreferat über den Arbeiterschutz im Allgemeinen und mit Rücksicht auf den jeweiligen Stand in Deutschland ausreichend gesorgt sei. Aber das genüge nicht, daß ein Genosse sich aus Gefälligkeit zur raschen Uebernahme des Referats bereit erklärt. Im Uebrigen empfehle er den Vorschlag des Ausschusses bezüglich der Tagesordnung und bitte nur, das Proportional-Wahlrecht an letzter Stelle zu behandeln.

Eichhorn-Dresden befürwortet den Antrag 1, wonach die Erringung des Achtstundentages, der Kampf gegen die hausindustrielle Ausbeutung, die Koalitionsfreiheit und die Organisation der Partei auf die Tagesordnung gesetzt werden soll. Mehr vielleicht als mit dem Proportional-Wahlrecht sollte man mit der Frage sich beschäftigen, wie man einer eventuellen Verschlechterung des Wahlrechts entgegentreten könne. Dagegen fehle in der Tagesordnung ein Punkt, der sich damit beschäftigt, wie die Partei den industriellen Aufschwung der letzten Zeit für sich ausnützen könne.

Bär-Crefeld erklärt sich gegen den Antrag Arons; wenn man etwas Gediegenes leisten wolle, so dürfe man nicht zu viel Punkte behandeln. Hingegen sei es nöthig, das Proportional-Wahlrecht auf der Tagesordnung zu lassen, da über diese Frage große Unklarheit in den Kreisen der Genossen herrsche.

Leutert-Apolda will das Proportionalsystem besprochen haben, aber erst nach der „Frauenagitation".

Frohme-Hamburg ersucht nochmals um Beibehaltung der Reihenfolge des provisorischen Programms. Die Verhandlung über das Proportionalsystem werde voraussichtlich keine lange Zeit in Anspruch nehmen.

Schöpflin-Frankfurt tritt für den Antrag Arons ein. Der Bericht über den Londoner Kongreß verlange doch eine eingehende Behandlung und müsse daher vorangehen. Das Proportional-Wahlsystem könne ruhig an achter Stelle bleiben.

Zorn wünscht gleichfalls, daß der Bericht über den Londoner Kongreß an eine frühere Stelle gerückt wird.

Fischer-Berlin hält es für das Beste, dem Antrag Arons entsprechend, die Frage des Arbeiterschutzes auf die Tagesordnung zu setzen. Es bestehe ja eine sehr starke Strömung unter den Genossen für die Frage des Achtstundentages und Koalitionsrechtes und man würde sehr unklug handeln, wenn man diese Strömung nicht berücksichtigen wollte; da sie einmal vorhanden sei, müsse der Parteitag schon einmal die Zeit dafür opfern, wenn auch nicht viel dabei herauskommen dürfte. Der Antrag Arons fasse diese Punkte zusammen. (Sehr richtig!)

Baldix-Schmölln wünscht, daß die Frage des Achtuhr-Ladenschlusses auf die Tagesordnung an Stelle des Berichts über den Londoner Kongreß gesetzt werde.

Pfannkuch-Hamburg: Der Vorschlag des Vorsitzenden ist geeignet, die Debatte über Abänderung der Tagesordnung wesentlich zu verkürzen. Es ist kein Grund vorhanden, eine Debatte und eine Beschlußfassung über die strittigen Fragen zu verhindern; es bietet sich hierzu aber die beste Gelegenheit bei der Berichterstattung der Parteileitung. Redner erklärt sich für Ergänzung der Tagesordnung nach dem Antrag Arons.

Ein Antrag, über sämmtliche Anträge, die auf Abänderung der Tagesordnung gestellt sind, zur Tagesordnung überzugehen, findet genügende Unterstützung.

Gewehr (Elberfeld) begründet den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung: durch Abänderung der Tagesordnung werde etwas Praktisches nicht herauskommen.

Lehmann spricht dagegen. Der Achtstundentag werde nicht so kurzerhand erledigt werden, und vor allem müsse man berücksichtigen, daß hinter dieser Forderung ein großer Theil der gewerkschaftlich organisirten Genossen stehe; thue man das nicht, so laufe man Gefahr, den Keim eines Zwiespaltes zwischen die in der politischen und die in der gewerkschaftlichen Bewegung stehenden Genossen zu tragen. (Widerspruch.)

Der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Schreck-Bielefeld wendet sich gegen den Standpunkt Fischer's. Der Punkt „Erringung des Achtstundentages“ müsse als vollständig selbständiger Punkt auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Arons wird mit großer Mehrheit angenommen.

Damit sind die Anträge 1 bis 3 erledigt. Der Antrag 4 wird zurückgezogen. Der Antrag 9, auf die Tagesordnung ein Referat über die Wohnungsfrage zu setzen, wird gegen eine Stimme abgelehnt.

Die ersten drei Punkte der Tagesordnung bleiben, wie sie provisorisch aufgestellt waren.

Der Vorschlag Singer's, als vierten Punkt den Antrag Arons zu setzen, wird einstimmig angenommen.

Als Punkt 5 und 6 werden Maifeier und Londoner Kongreß festgesetzt.

Singer schlägt vor, das Referat über das **Proportional-Wahlrecht** an letzte Stelle der Tagesordnung zu setzen.

Das wird mit Mehrheit angenommen und nach längerer Debatte die Tagesordnung wie folgt festgesetzt:

7. Frauenagitation.
8. Organisation.
9. Proportionalwahlsystem.
10. Anträge zum Parteiprogramm und Organisation.
11. Sonstige Anträge.
12. Wahl der Parteileitung.

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt.

Erster Verhandlungstag.

Montag, den 12. Oktober. — Vormittagssitzung.

$9^1/_4$ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Eine Reihe Begrüßungsschreiben und Telegramme sind eingetroffen.

Der Parteitag tritt hierauf in die Tagesordnung ein.

Den **„Geschäftsbericht des geschäftsführenden Ausschusses“** erstattet

Pfannkuch: Der geschäftsführende Ausschuß ist eine Neuerscheinung Die vorjährige Parteileitung war sich bewußt, daß beim Fallenlassen der Umsturzvorlage ein Schlag gegen die Partei kommen würde und mußte; wir hatten ihn viel früher erwartet und unsere Gegenmaßregeln vorbereitet, um den Schlag zu pariren. Der Schlag fiel. Am 25. Oktober fanden die Haussuchungen statt, und schon am 4. Dezember war die Fraktion in der Lage, die nöthigen geschäftlichen Anordnungen zu treffen, so daß alles seinen ruhigen Fortgang nehmen konnte. Was die Köllerei gegen uns vermochte, waren Unannehmlichkeiten für einzelne Genossen, im übrigen ist die Partei nicht geschädigt, die Neueinrichtungen haben gut funktionirt und es liegt keine Beschwerde seitens der Genossen vor, ein Beweis, daß alles am Schnürchen gegangen ist.

Die Aufgabe der Parteileitung ist und bleibt stets die Förderung der Agitation. Was darin im abgelaufenen Geschäftsjahre geleistet werden mußte, haben wir geleistet. Wo es nicht an Verhältnissen scheiterte, sind wir allen Wünschen hinsichtlich der Agitation nachgekommen. Das gesprochene, zündende Wort ist ja immer das wirksamste Mittel der Agitation, daneben hat aber doch eine hervorragende Bedeutung für die Agitation: die Presse. (Sehr richtig!) Und da muß ich sagen: Der Zustand unserer Presse ist in vieler Hinsicht nicht befriedigend. (Oho!) Ich bin mir der Tragweite meines Ausspruchs wohl bewußt, er soll auch kein Vorwurf gegen unsere Redakteure sein. Wir wissen, daß sie ihr ganzes Können in den Dienst der Partei stellen. Wenn sie nicht alle Wünsche befriedigten, so lag es nicht an ihrem guten Willen. Hier und da mag es am Können liegen; im allgemeinen aber ist ein Mangel an geeigneten Kräften zu konstatiren. (Schoenlank: Mangel an finanziellen Kräften!) Auch darüber werden wir uns noch zu unterhalten haben; es läßt sich aber nicht leugnen, daß es häufig am richtigen Mann am richtigen Platze fehlt. (Sehr richtig.) Redner wendet sich einigen in der „Frankfurter Volksstimme“ erschienenen Artikeln über die Parteipresse zu und stellt einige darin enthaltene Unrichtigkeiten richtig. Voraussetzung bei allen unseren Kämpfen ist, daß man abwägt, welche Kräfte uns zur Verfügung stehen, um das gesteckte Ziel zu erreichen. Wenn man so verfährt, so ist der Sieg gewiß und die Genossen werden zu neuen Kämpfen ermuthigt.

Andernfalls geht die Schlacht in den meisten Fällen verloren, und die nothwendige Folge davon ist eine Entmuthigung und eine Lähmung der Kräfte auf einige Zeit. Ein schiefes Bild aber wird gegeben, wenn man in einem solchen Artikel, wie in dem der „Frankfurter Volksstimme", die Thatsachen unrichtig darstellt. So wird darauf hingewiesen, daß die Parteileitung die Subventionen nicht richtig vertheilt habe. Die Parteileitung habe, wenn ein sechsmal wöchentlich erscheinendes Blatt sich nicht rentirt habe, den Rath gegeben, das Blatt zu einem dreimal wöchentlich erscheinenden zu machen; der Artikelschreiber wollte die Parteileitung dadurch ad absurdum führen, daß er behauptete, die dreimal wöchentlich erscheinenden Blätter hätten größere Subventionen bekommen als die anderen. Letzteres ist unrichtig.

In diesem Augenblicke ist wieder von allen möglichen Aktionen und Transaktionen in der Presse die Rede. Genossen eines der größten Wahlkreise halten heute die Gründung eines Blattes für nöthig. Es ist uns gelungen, die Genossen zu überzeugen, daß sie mit der Gründung des Blattes noch eine Weile warten könnten. Unsere süddeutschen Genossen haben ebenfalls diesbezügliche Anträge gestellt; zu meiner Genugthuung kann ich konstatiren, daß die leitenden Genossen Badens unseren Gründen zugänglich waren und ihr Lieblingsprojekt so lange vertagen wollen, bis die erforderlichen Vorbedingungen geschaffen sind. Nun zurück zum Artikel der „Frankfurter Volksstimme". Der Vorschlag, den Posten eines Inspektors zu schaffen, der die Parteiorte bereisen und die Parteipresse kontrolliren soll (Ruf: Parteizensor) ist in der Parteileitung schon seit Jahren aufgetaucht, aber aus mannigfachen Gründen abgelehnt worden. Vor allen Dingen macht schon die Personenfrage unlösbare Schwierigkeiten. Die Partei verfügt über sehr wenig Leute, die für einen solchen Posten sich eignen; und wenn der Artikelschreiber höhnisch von dem Berliner „Dreigestirn": Singer, Bamberger und Fischer spricht, so war die Parteileitung froh, wenigstens hier und da die Beihilfe des Dreigespirns in Anspruch nehmen zu können, das doch ohnehin durch seine Berufsthätigkeit voll in Anspruch genommen war.

Es werden dann in dem Artikel noch direkt an die Parteileitung mehrere Fragen gestellt. So wird die Zuwendung an Gießen und Mainz für Redakteurgehälter monirt, die unter dem Rubrum „Agitation" aufgeführt wird. Wir haben stets die Meinung vertreten, daß wenn die Genossen an einem Orte glauben, die Agitation ohne Unterstützung nicht treiben zu können, dann geben wir die Unterstützung für die Agitation, ganz gleich in welcher Form sie erfolgt, und die Presse ist ja oft das einzige Agitationsmittel. So haben z. B. die Erfolge in Gießen, das einen Zuschuß von 80 Mk. statt 75 Mk. monatlich verlangt und erhalten hat, den Beweis erbracht, daß dies Geld nicht besser hätte angelegt werden können und daß die Rubrizirung dieses Zuschusses unter „Agitation" vollauf berechtigt ist. (Sehr richtig!) Daß auch Mainz mit herangezogen ist, wundert mich. Die Vorgänge sind ja bekannt, ich habe keinen Anlaß, sie hier zu erörtern; jedenfalls verdienen die Mainzer Genossen für die Energie, mit der sie trotz der schwierigen Verhältnisse den Wahlkampf geführt haben, die volle Anerkennung der Partei und die Aufwendungen für das Mainzer Organ sind schon deshalb wohl zu rechtfertigen. (Zustimmung.)

Was mich wundert, ist, daß der Artikelschreiber die Zuwendung an die „Wiener Arbeiterzeitung" bemängelt hat. Wenn diesmal keine Gründe für die Zuwendung an die österreichischen Genossen angegeben sind, so einfach deshalb nicht, weil die finanzielle Lage unseres Bruderorgans dieselbe geblieben ist, wie bei der ersten Zuwendung. Die Wiener Parteileitung brachte den unumstößlichen Nachweis, daß das bis dahin wöchentlich erscheinende Organ in ein Tagesorgan umgewandelt werden müsse. Wir haben uns keinen

Augenblick besonnen, aus Gründen der internationalen Solidarität unsere Bruderpartei nach Kräften zu unterstützen (Bravo!) und haben es für gänzlich ausgeschlossen gehalten, daß auch nur ein Genosse sich finden könnte, der hieran Anstoß nehmen würde. (Bravo!)

Diese Artikel in der Parteipresse haben eher zur Verwirrung als zur Klärung und Förderung der Agitation beigetragen.

Eine Artikelserie in der „Sächsischen Arbeiterzeitung" verlangt, daß die Agitation die gegenwärtige aufsteigende wirthschaftliche Konjunktur zur Besserung der Einkommens-Verhältnisse der Arbeiter ausnutze. Gewiß ist auf einzelnen Gebieten des gewerblichen Lebens eine aufsteigende Konjunktur zu verzeichnen, andererseits aber ist die Textilindustrie, die sehr viele Arbeiter beschäftigt, bereits wieder im Niedergang begriffen. Ist es wirklich nöthig, die Alarmtrommel zu rühren, um die aufsteigende Konjunktur für die Agitation, für die Koalitionsfreiheit, den Achtstundentag und ähnliche Forderungen zu rühren? Hat die deutsche Sozialdemokratie es jemals an der Agitation fehlen lassen? Sind wir nicht ununterbrochen thätig in der Agitation für das allgemeine Wahlrecht für alle Körperschaften, für das Koalitionsrecht, den Achtstundentag, wo sich nur irgend Gelegenheit bietet? Die Maifeier-Resolutionen betonen ausdrücklich die Nothwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit und heben hervor, daß der Achtstundentag der Ausgangspunkt für die Maifeier ist. Was verlangt man denn also? Sollen neue Formeln gefunden werden, neue Entdeckungen gemacht werden? Oder soll auf einen dieser Punkte die ganze Agitation konzentrirt werden? Eine Partei wie die unsere, die im Kampf liegt und allen Maßnahmen und Einrichtungen der bürgerlichen Gesellschaft zu folgen und sich anzupassen gezwungen ist, muß ihren Blick auf das Ganze richten und darf ihre Kräfte nicht für einen Punkt erschöpfen.

Das einzige Mittel, die Agitation wirksam zu führen, bleibt nach wie vor die Organisation. (Sehr richtig!) In allen Anträgen, die darauf hinauslaufen, die Agitation zu fördern, wird verlangt, es sollen Agitationstouren der bekannten Redner veranstaltet und Flugblätter herausgegeben werden. Aber wir können auch auf diesem Gebiete über eine natürliche Grenze nicht hinauskommen, die wiederum in den Personen liegt. Und wie zensiren die Genossen nachher die Reden? Da heißt es z. B.: Gegen den Genossen ist nichts einzuwenden, brav, tüchtig, gewissenhaft, für die kleinen Orte, draußen auf dem Lande ein vorzüglicher Redner, für uns in der Stadt nicht genügend! (Große Heiterkeit.) Wir können noch zufrieden sein, wenn wir von der Agitationstour mit der Zensur „gewissenhaft" zurückkommen. Mehr als je ist gerade jetzt die unermüdliche, Glied an Glied sich anreihende Organisation erforderlich. (Sehr richtig!) Freilich die organisatorische Arbeit ist eine mühsame. Genosse Timm hat bei der Leitung des Konfektionsarbeiter-Streiks eigenthümliche Erfahrungen gemacht. Sie kennen ihn ja als einen außerordentlich geschickten und erfolgreichen Organisator — aber von dem großen Zulauf, den diese große Lohnbewegung der Organisation gebracht hat — wieviel ist davon geblieben! (Sehr wahr!) Gerade dieser Streik hat bewiesen, daß, wenn anders als auf die systematische Entwickelung der Arbeiterbewegung Hoffnungen gesetzt werden sollten, das die verfehlteste Spekulation wäre, der sich die Partei hingeben könnte. (Lebhafte Zustimmung.)

Auf grund der bisherigen Taktik müssen wir unsere Agitation weiter führen, und wir werden gut dabei fahren. Wir können nicht die Partei mit Siebenmeilenstiefeln ausstatten, sondern wir müssen uns an den natürlichen Gang der Dinge halten. Einen Fatalismus, der am Ende daraus erwachsen könnte, daß wir sagen: „Die wirthschaftliche Entwickelung wird alles von selbst machen", weisen wir von uns. Dafür bürgt die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Wir werden uns niemals dem blinden Schicksal überlassen,

sondern wir werden versuchen, selber die nöthigen Konsequenzen aus der wirthschaftlichen Entwickelung zu ziehen und im Interesse der Partei zu verwerthen.

Singer macht den Redner darauf aufmerksam, daß die ihm geschäftsordnungsmäßig zustehende Redezeit abgelaufen sei. (Zuruf: Weiter reden!) Da sich kein Widerspruch dagegen erhebt, wird dem Redner gestattet, noch weiter zu reden.

Pfannkuch: Der Kassenbericht zeigt Ihnen eine Ausgabe von 69 000 Mk. für die Parteipresse, 23 000 Mk. mehr als im vorigen. Diese Ziffern beweisen, daß der Presse von der Parteileitung volle Aufmerksamkeit zugewendet ist. Die Aufwendungen für die „Rheinische Zeitung" beruhen auf dem Beschluß des Kölner Parteitages, sie können aber doch nicht auf unabsehbare Zeit in derselben Höhe fortdauern. Die Kölner Genossen haben denn auf unsere Ermahnung hin sich dazu verstanden, andere Agitationseinrichtungen zu treffen, so daß eine Kürzung der Zuschüsse möglich ist und diese hoffentlich in Zukunft ganz werden fortfallen können.

Die Zuwendungen für das Breslauer Organ sind wohl auf die Thatsache zurückzuführen, daß wir unseren letzten Parteitag in Breslau abgehalten haben. Wir überzeugten uns in Breslau, daß für das Breslauer Organ in thatkräftiger Weise gesorgt werden müsse. Wir wollten das Experiment machen, durch eine große Aufwendung das Blatt auf eigene Füße zu stellen. Leider ist das Experiment nicht gelungen. Auch die Breslauer Genossen haben sich davon überzeugt, daß so hohe Aufwendungen auf die Dauer von der Partei für ihr Blatt nicht geleistet werden können. Es soll in anderer Weise versucht werden, das Blatt zu bilanziren.

Die Steigerung der Einnahmen gegen das Vorjahr ist ja ein günstiges Ergebniß für die finanzielle Lage der Partei, stammt jedoch im wesentlichen aus den Ueberschüssen der rentirenden Parteigeschäfte. Die Parteiorte müssen den guten Willen mehr als bisher bethätigen und von ihren Ueberschüssen auch ab und zu eine Postanweisung an die Parteileitung schicken.

Im Bericht ist auf das von der Ethischen Gesellschaft ausgegangene Begnadigungsgesuch unserer im Essener Meineidsprozeß verurtheilten Genossen hingewiesen. Unsere Genossen stellen sich, wie nicht anders zu erwarten, auf den Parteistandpunkt: sie wollen keine Gnade wo sie ihrer Meinung nach zu unrecht verurtheilt sind, sie wollen ihr Recht. (Sehr richtig.) Die Sympathie der deutschen Arbeiterklasse ist eine ungeschwächte, sie betreibt mit allen Mitteln die Bewegung zu gunsten der Wiederaufnahme des Verfahrens, damit unseren verurtheilten Genossen Gerechtigkeit widerfährt. Wir haben ferner auf die vielen Verurtheilungen wegen Majestätsbeleidigung hingewiesen und auf die vielen in letzter Zeit vorgekommenen Begnadigungen von Leuten, denen die Pflege des öffentlichen Sicherheits- und Wohlfahrtsdienstes oblag, und die bei der Ausübung dieser Dienstpflicht sich schwere Verfehlungen gegen strafgesetzliche Bestimmungen zu schulden kommen ließen. Weiter haben Begnadigungen von Leuten stattgefunden, die den sogenannten satisfaktionsfähigen Kreisen angehören und mit den Mordwaffen in der Hand vorgefaßterweise einander das Lebenslicht auszublasen beabsichtigten. Die bürgerliche Presse hat sich ob der über solche Fälle ergangenen Begnadigungen ja in Lamentationen ergangen. Wir stehen solchen Lamentationen selbstverständlich kühl gegenüber, wir erblicken in diesen Begnadigungen ein Moment mehr im Gesammtbild der Erscheinungen am Schluß des Jahrhunderts, welches uns mit frohen Hoffnungen auf die uns bevorstehenden Kämpfe erfüllt. Wir sind der Meinung, daß jede vom Minister in Vorschlag gebrachte Begnadigung mehr als eine von der Parteileitung zu arrangirende Agitationstour aufwiegt (Sehr richtig!), und in diesem Sinne können wir uns über eine jede in diese Kategorie fallende Begnadigung nur freuen. Kampf bleibt die Parole, getreu unserer Tradition,

uns dem Gegner stellen da, wo er sich bietet. Leider haben wir ja die Erfahrung machen müssen, daß die Gegner mehr und mehr dem Kampf auf offenem Felde mit uns aus dem Wege gehen. Da aber, wo sie sich uns stellen, werden wir ihnen zeigen, daß wir unseren Mann wie bisher so auch in Zukunft stellen. Waffen für diesen Kampf werden die Ergebnisse der Berathungen dieses Parteitages unserem Arsenal zuführen. (Lebhafter Beifall.)

Den Bericht über die Kontrolle erstattet

Meister: Der schärfere Köllerwind hat die Thätigkeit der Kontrolleure begrenzt; durch Richterspruch ist das Institut der Kontrolleure aufgelöst. Betreffs der Buchhandlung „Vorwärts" kann ich mittheilen, daß wir sie in voller Ordnung gefunden. Nach Auflösung des Parteivorstandes habe ich mit Frau Zetkin und Genossen Dubber auf Wunsch der Geschäftsleitung dieselbe nochmals revidirt. Wir haben den Beschluß des vorjährigen Parteitages, inwieweit die bei Bading hergestellten Drucksachen billiger hergestellt werden können, ausgeführt. Wir haben zu diesem Behufe bei sieben leistungsfähigen größeren Geschäften, darunter drei bürgerlichen, uns erkundigt und uns die Rechnungen einsenden lassen u. s. w. Wir sind auf grund dieser Ermittelungen zu folgendem Resumee gekommen:

Die von Bading berechneten Preise sind durchaus angemessen und es dürfte nicht möglich sein, die Druckarbeiten billiger herstellen zu lassen.

In betracht muß gezogen werden, daß die Verhältnisse an den verschiedenen Orten auch sehr verschieden gelagert sind und bei Beurtheilung der Berechnung der Herstellungskosten die dieselben begleitenden Umstände, als da sind: höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit und vor allem die die Preise sehr vertheuernde Nachtarbeit, wohl in Rücksicht gezogen werden müssen.

Dagegen ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, durch Verbesserungen im technischen Betriebe die Herstellungskosten eventuell zu ermäßigen und so empfehlen die Kontrolleure der neu zu wählenden Parteileitung, diesen Gesichtspunkt im Auge zu behalten.

Die bürgerlichen Firmen haben uns durchweg höhere Preise berechnet als Bading und zwar stellen sie diese Preise auch nur für Tagarbeit, während die Herstellung des „Vorwärts" leider Nachtarbeit erfordert. Ebenso fehlte bei den bürgerlichen Firmen jede Gewähr, daß sie die Bestimmungen des Buchdruckertarifs innehalten. Auch sonst sind die Einrichtungen bei Bading, hinsichtlich der Arbeitszeit u. s. w., durchaus empfehlenswerth. Wir haben infolge dessen mit bestem Wissen und Gewissen nicht zu einem anderen Vorschlag kommen können, als zu dem Ihnen in dem Resumee unterbreiteten.

Was die weitere Thätigkeit der Kontrolleure, die durch die Auflösung der Organisation unterbrochen wurde, anlangt, so ist nur eine Beschwerde an sie gelangt. Sie ging von einem Harburger Genossen aus, der sich über die Harburger Parteileitung beschwerte. Nach Prüfung der Sache konnten wir dem Harburger Genossen jedoch nicht recht geben, sondern hatten seine Beschwerde zurückzuweisen.

Das ist der Bericht, den ich zu erstatten hatte. Im Anschluß hieran beantrage ich mit den bei der Revision mitwirkenden Genossen die Dechargeertheilung für die in betracht kommenden Parteibeamten.

Vorsitzender **Singer:** Ueber den Bericht der Parteileitung soll nach dem gestrigen Beschluß in einzelnen Abtheilungen berathen werden.

Die erste Gruppe betrifft: „Allgemeines, Agitation und Wahlen". Dazu gehören die Anträge: 29, 35, 36, 37, 38, 39, 53, 54, 57, 58, 59 und folgender von Berlin 4 gestellter Antrag:

Der Parteitag wolle beschließen: vor Ausschreibung der nächsten Reichstagswahl das bestehende Reichstags-Wahlgesetz, mit entsprechenden Erläuterungen versehen, in Broschürenform drucken und während der Wahlagitation besonders in den ländlichen Wahlkreisen vertheilen zu lassen.

Von der Berathung scheiden aus, da sie nicht genügende Unterstützung erhalten, die Anträge 29, 35, 38, 53, 57 und 59.

In der Diskussion über „Agitation" spricht zunächst

Gewehr-Elberfeld: Den Optimismus der Parteileitung hinsichtlich der Agitation kann ich nicht theilen. Mit dem Hinweis auf die Dummheiten der Gegner allein ist es nicht gethan. Die Parteileitung hätte uns sagen sollen, was sie ihrerseits gethan hat. Was ist vor allem auf dem Gebiete der Agrarfrage geschehen, die doch nicht nur von der größten taktischen Bedeutung für die Partei ist, sondern auch die Genossen geistig fördert? Für die Wahlagitation in den einzelnen Kreisen, namentlich in den reaktionären, zurückgebliebenen Theilen mußte die Parteileitung etwas mehr thun; namentlich mußten in solchen Gegenden von Zeit zu Zeit Agitationstouren veranstaltet werden. Dies geschieht jetzt nicht in ausreichendem Maße; so hat z. B. der Genosse Bueb sein uns gegebenes Versprechen, in die Rheinprovinz zu kommen, nicht gehalten. Die Genossen, die an der Spitze stehen, mußten Fühlung mit den Genossen im Lande nehmen, damit sie die Zustände an Ort und Stelle kennen lernen. Dann würden auch die Klagen darüber sich vermindern, daß die Vertrauensleute zu wenig Berichte an die Parteileitung einsenden. Den Antrag auf Herausgabe eines Agitationskalenders bitte ich mit Rücksicht auf die Eigenthümlichkeiten der Provinzen und mit Rücksicht darauf, daß einzelne Landestheile schon selbständig Kalender herausgeben, abzulehnen.

Adler-Halberstadt empfiehlt den Antrag 54. An die Landproletarier muß sich die Agitation wenden und zwar in ihrer Eigenschaft als Proletarier; nur muß mehr als bisher gethan werden. Vor allem handelt es sich um eine planmäßige Agitation unter den Landarbeitern. Besonders wirksam läßt sich die Gesinde-Ordnung verwenden. Gerade die Buntscheckigkeit der Gesinde-Ordnungen giebt interessantes Material. Beständig muß gegen die Gesinde-Ordnung und die übrigen Ausnahmebestimmungen gegen die Landarbeiter protestirt werden. Dadurch werden wir uns die Sympathie der Landarbeiter erwerben, die uns heute noch vielfach fehlt, weil die Landarbeiter glauben, wir thäten nicht genug für sie. Ein weiteres wichtiges Agitationsmittel sind unsere Programmpunkte: Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung. Durch die Annahme des Antrags 54 kann ein Stückchen praktischer Agraragitation getrieben werden. Bei ihren nächsten Interessen müssen wir die Landarbeiter packen. Wenn wir kommen und ihnen sagen: Wir wollen die Gesinde-Ordnung von Deinem Rücken nehmen, wir wollen dafür sorgen, daß, wie es leider oft der Fall ist, nicht mehr der ganze Jahreslohn für Arzt und Apotheker ihm genommen werde, dann versteht er uns, wir haben einen Anknüpfungspunkt, und hat er uns erst einmal den kleinen Finger gegeben, so haben wir bald die ganze Hand.

Eichhorn-Dresden will die Agitation namentlich durch Verbreitung der Parteipresse gefördert wissen. In der jetzigen wahllosen Zeit herrscht bei uns in Sachsen auf dem Lande Unbefriedigung hinsichtlich der Agitation. Hin und wieder kommt ja ein Abgeordneter und macht eine Agitationstour; Liebknecht war da und auch Bebel, nur Grillenberger hat im letzten Augenblick abgesagt. Eine Verbreitung der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" wird frisches Leben hineinbringen.

Trautwein-Quedlinburg empfiehlt die Annahme des Antrages 54. Seit Jahren wird die Nothwendigkeit der Landagitation betont, und trotzdem ist bisher nur wenig in dieser Beziehung geschehen. Durch die Landagitation wird zugleich die Frauenagitation befördert, da es zahlreiche weibliche Landarbeiter giebt. Wenn man die wunden Punkte aufdeckt, so wird man in der Landagitation etwas erreichen.

Weinheber-Hamburg tritt für die Annahme des Antrages 58 ein. Unter den Eisenbahnarbeitern ist eine Bewegung entstanden, die auch bereits zum Zusammenschluß der Leute in Halle, Magdeburg, Leipzig und Hamburg geführt hat. Eine Organisation ist vorhanden, sie muß nur noch weiter ausgebaut werden. Unter den Eisenbahnarbeitern befinden sich recht intelligente Leute. Thun wir jetzt etwas für die Bewegung, so werden wir später unsere Freude daran haben.

Voigt-Berlin begründet den Antrag Berlin 4.: Die ländlichen Arbeiter sollen etwas mehr mit der Kenntniß der Gesetze vertraut gemacht werden. Dagegen sei der Antrag 54 schwer durchführbar.

Groth-Rostock: Nach meiner Meinung umfaßt der Antrag 54 zu viel einzelne Punkte. Wir müssen zunächst versuchen, die Landbevölkerung auf den Weg einer zielbewußten Agitation zu bringen. Hier müßte die Parteileitung mehr als bisher thun, denn gerade auf diesem Gebiete läßt sich mit genügenden Geldmitteln etwas erreichen. So wird es z. B. oft nöthig sein, Genossen an einen bestimmten Ort zu entsenden, um geeignetes Material zu sammeln. Nur dann, wenn die Parteileitung in dem von mir angedeuteten Sinne verfährt, wird der Antrag 54 Erfolg haben. Ich ersuche Sie unter diesem Gesichtspunkte den Antrag anzunehmen.

Schrader-Osnabrück: Die Wünsche, einen bekannten Reichstags-Abgeordneten als Redner zu erhalten, stammen in der Regel aus in der Agitation zurückgebliebenen Gegenden und sind durchaus berechtigt. Es ist das System unserer Gegner, die bekannteren Genossen zu verleumden und nur ihr persönliches Erscheinen kann diese Lügen beseitigen. Es ist besser, wenn die bekannten Genossen in kleinen Orten reden, als daß sie Versammlungen in den großen Städten abhalten. Die Lüge, daß Bebel Rittergutsbesitzer sei (Große Heiterkeit) war in unserer Gegend den Leuten von unseren Gegnern so fest eingeredet worden, daß Molkenbuhr bei seiner Agitationstour überall auf diesen Glauben stieß und ihn nicht beseitigen konnte und wenn er auch mit Engelszungen geredet hätte. — Redner tritt im übrigen für den Antrag 54 ein.

Bueb-Mülhausen vertheidigt sich gegen den von Gewehr erhobenen Vorwurf. Sein Versprechen, nach dem Rheinland zu kommen, habe er wegen Erkältung nicht halten können. Er werde es nunmehr nachholen.

Bär-Crefeld schließt sich der Forderung, daß die bekannteren Abgeordneten ihre Kräfte mehr für die persönliche Agitation im Lande zur Verfügung stellen sollen, an. Wenn Bebel sein Versprechen, nach dem Rheinlande zu kommen, das er vor 7 Jahren gegeben habe, nicht erfüllt habe, so sei es nicht unbescheiden, wenn die rheinischen Genossen es wenigstens jetzt verlangten. Gegenüber der rührigen Agitation der rheinischen Zentrumspartei sei das besonders erforderlich.

Gerlach-Wanzleben: Nicht die zurückgebliebenen Kreise sind es, welche die Paradepferde verlangen, sondern die Industriebezirke, trotzdem dieselben über andere Redekräfte verfügen. Er erwartet, daß der Antrag 54 bezüglich Abschaffung der Gesinde-Ordnung angenommen und eine planmäßige Agitation betrieben wird; ferner, daß seitens des Parteivorstandes eine Statistik der Uebergriffe der Herrschaft gegen das Gesinde zusammengestellt werde.

Stadthagen: Ich empfehle Ihnen zunächst die Annahme des Antrages 36. Es ist namentlich wünschenswerth, daß möglichst bald eine Broschüre erscheint, die in gedrängter Kürze eine Geschichte der Partei giebt. Wir haben ja schon vor einigen Jahren gehört, daß ein solches Werk im Unternehmen war; die Ausführung ist aber bisher unterblieben, da der Vorstand mit zu vielen anderen Fragen beschäftigt war. Was die Anträge 37 und 54 bezüglich der Herausgabe einer Broschüre über die Gesinde-Ordnung betrifft, so ist ja schon auf dem Breslauer Parteitag ein ähnlicher Beschluß

gefaßt worden, den aber der Vorstand nicht ausführen konnte, weil inzwischen die Berathungen über das Bürgerliche Gesetzbuch stattfanden. Der bei dieser Gelegenheit von uns gestellte Antrag auf Aufhebung der Gesinde-Ordnung ist lediglich durch die Freisinnigen gescheitert. Wäre dieser Antrag angenommen worden, so wäre die Broschüre überflüssig geworden. Man kann also dem Vorstand aus der Nichtausführung des Beschlusses keinen Vorwurf machen, zumal da in der Broschüre verschiedene Punkte hätten behandelt werden müssen, die inzwischen durch das Bürgerliche Gesetzbuch erledigt sind. Ich fasse den Antrag so auf, daß in der Broschüre die Ausnahmerechte gegen das Gesinde, z. B. die Beschränkung der Koalitionsfreiheit, das Ausnahmerecht gegenüber der Kranken- und Unfallversicherung behandelt werden sollen. Namentlich mußte darauf hingewiesen werden, daß das ganze Verhältniß des ländlichen Arbeiters nach der Gesinde-Ordnung eine sklavenähnliche Stellung gegenüber der Herrschaft ist. Eine bloße Veröffentlichung der 100 verschiedenen Gesinde-Ordnungen wäre nur Papierverschwendung. In dem von mir angedeuteten Sinne werde ich selbst demnächst eine Broschüre veröffentlichen und hierbei auch auf die Haltung der Freisinnigen bei Berathung unseres Antrages auf Aufhebung der Gesinde-Ordnung eingehen. Die Forderung des Antrages 54, daß die Presse den Gesinde-Ordnungen mehr Beachtung schenken soll, wird heute schon theilweise erfüllt, so z. B. von der „Magdeburger Volksstimme", dem „Hamburger Echo", der „Gleichheit" u. a. Ich wünsche ja auch, daß die Presse in dieser Beziehung mehr als bisher thut, aber mit Beschlüssen ist da nichts zu machen. Ich kann mir nicht denken, daß irgend ein Redakteur solche Artikel ablehnen würde. Von oben herab darf man keine Agitation inszeniren, sondern man muß es dem Einzelnen überlassen, Material zu sammeln und bei Gelegenheit zu verwerthen. Ich bitte Sie deshalb, die Anträge 37 und 54 dem Vorstande zur Berücksichtigung zu überweisen. Die Unentgeltlichkeit der Todtenbestattung und der Heilmittel bitte ich nicht in den Antrag aufzunehmen, denn das ist kein Agitationsstoff.

Zu Antrag 54 wird von Bebel das Amendement gestellt, statt „im Laufe des nächsten Jahres", „bei erster Gelegenheit" zu sagen.

Gilek-Arnstadt wünscht einen billigen Kalender für die Landagitation; er wird besonders dort gute Dienste leisten, wo die mündliche Agitation durch die Behörden unmöglich gemacht wird.

Pfarr-Berlin legt ebenfalls Nachdruck auf Landagitation und tritt für Antrag 54 ein.

Raue-Iserlohn erklärt, das Mandat mitbekommen zu haben, auf jeden Fall einen der ersten Parteigenossen mitzubringen. (Heiterkeit.) In allererster Linie solle er den Bebel mitbringen (Heiterkeit); wenn das nicht ginge, dann wenigstens den Liebknecht (Große Heiterkeit); und wenn auch der nicht kann, dann solle er zum mindesten dafür sorgen, daß Singer oder Auer komme. (Große Heiterkeit.) Viel Nutzen bringen diese großen Redner aber auch nicht; wenn sie weg sind, bleiben die Versammlungen wieder leer. Redner will gleich Stadthagen Antrag 54 dem Vorstande zur Berücksichtigung überweisen.

Müller-Kamenz (sächsische Lausitz): Uns stehen so wenig Lokale zur Verfügung, daß eine Agitationstour von 14 Tagen, wie sie uns empfohlen wurde, sich gar nicht ermöglichen läßt. Dagegen ist es durchaus nothwendig, daß bekannte Genossen hin und wieder eine Versammlung am Sonntag im Kreise abhalten. Geschieht dies nicht, so versumpft das Parteileben in den kleinen Orten leicht, der Opfermuth schwindet, die einzelnen Persönlichkeiten, die immer am Orte sind, leben sich ab. Das Auftreten eines bekannten Genossen aber frischt das Parteileben wieder auf. — Redner spricht sich gegen einen einheitlichen Landagitations-Kalender aus, der die besonderen Verhältnisse der Provinzen, auf die es gerade ankommt, nicht berücksichtigen könne. — Auch

von der Herausgabe eines Flugblattes für die Eisenbahn-Arbeiter verspricht sich Redner nicht viel. — Für die Landagitation ist die Forderung unentgeltlicher ärztlicher Hilfeleistung ohne agitatorischen Werth.

Adler-Halberstadt konstatirt mit Genugthuung, daß der Antrag 54 allseitig Verständniß und Anklang gefunden hat. Man solle eine Probe mit seiner Durchführung machen. Seine einzelnen Punkte seien vorzügliche Agitationsmittel, auch die unentgeltliche Heilhilfe. Redner bittet um Ablehnung der Amendements Stadthagen und Bebel. Ein klarer Beschluß thue noth.

Damit schließt die Diskussion.

Das Schlußwort in Bezug auf den bisher verhandelten Theil hat

Pfannkuch: Mit Ausnahme von Gewehr ist allseitig anerkannt, daß in Bezug auf die Agitation die Parteileitung ihre Schuldigkeit gethan habe. Die Agrarfrage hat erfreulicherweise den diesmaligen Parteitag nur hinsichtlich der Verhältnisse der Landarbeiter und der Gesinde-Ordnung beschäftigt. Der Antrag 54 kann nur mit dem Bebel'schen Amendement angenommen werden; es können im Laufe des nächsten Jahres Verhältnisse eintreten, die die Durchführung der verlangten Agitation unmöglich machen. Was den Berliner Antrag 91 anlangt, so ist eine Erläuterung des Reichstagswahl-Gesetzes mit Reglement nicht erforderlich, da es klar genug ist. Der Antrag auf Herausgabe eines zur Landagitation geeigneten billigen Kalenders erübrigt sich; eins schickt sich nicht für alle, und die Parteileitung hat die Mittel für eine nothwendige Agitation noch nie verweigert. Was das Flugblatt für die Eisenbahn-Arbeiter betrifft, so haben die Hamburger Genossen gewiß nicht die Absicht gehabt, dadurch die Arbeiter der Eisenbahn-Werkstätten zu organisiren, denn das ist eben so schwer wie die Organisation der Arbeiter des Königs Stumm. Wohl aber wird es gelingen, dadurch die Agitation zu fördern, zumal wie ich aus eigener Erfahrung weiß, unter den Eisenbahn-Arbeitern sich ein Stamm bewährter Genossen befindet, die auf ihre Kollegen agitatorisch einwirken können. Deshalb dürfte es sich wohl empfehlen, diesen Antrag dem Vorstand zur Berücksichtigung zu überweisen.

Damit schließt die Debatte.

Persönlich bemerkt

Gewehr, daß er der Parteileitung einen Vorwurf wegen lässiger Agitation nicht habe machen wollen.

Es wird nun zur Abstimmung über die vorliegenden Anträge geschritten.

Singer konstatirt, daß der Parteitag Kenntniß von dem Resumé der Kontrolleure über die Belassung der Druckarbeiten bei Bading genommen hat, und daß damit die Angelegenheit erledigt ist.

Angenommen werden die Anträge 36, 58 und 91; der letztere mit einem Amendement, wonach an Stelle der Worte „mit entsprechenden Erläuterungen versehen" gesagt wird „und Wahlreglement".

Die Anträge 37 und 54, letzterer nach Annahme des Amendements Bebel, werden der neuen Parteileitung zur Berücksichtigung überwiesen.

Antrag 39 wird abgelehnt.

Schluß 1 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Nachmittags 3 Uhr eröffnet **Singer** die Sitzung. Es wird die Debatte über den Theil des Geschäftsberichts eröffnet, der sich auf die Presse bezieht, in Verbindung mit den Anträgen 31, 32, 33, 34, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52 und 74. Weiter der Antrag Schreck-Bielefeld, unterstützt von Hoffmann-Herford, Kiesel-Berlin:

Der Chefredakteur des „Vorwärts“ ist alljährlich auf dem Parteitag zu wählen.

und der Antrag der Berliner Delegirten:

Um den Anforderungen an die Presse, welche die Ausdehnung unserer Partei und die Konkurrenz der gegnerischen Presse steigert, Rechnung zu tragen, beantragen die Unterzeichneten:

der Partei-Ausschuß und die demnächst stattfindende Preßkonferenz wolle die Durchführung nachstehenden Antrages in Erwägung ziehen: Dem „Vorwärts“ ist wöchentlich eine wissenschaftliche Beilage beizugeben, welche u. a. eine Uebersicht über hervorragende wirthschaftliche Vorgänge und eine technische Rundschau enthalten soll; den übrigen Parteiblättern, welche diese Beilage ihren Lesern bieten wollen, mögen annehmbare Bedingungen gemacht werden.

Keine Unterstützung finden die Anträge 32, 33, 41, 46, 48, 92. Der Antrag 50 ist in folgender veränderter Fassung eingebracht:

Der Parteitag möge beschließen, in Erwägung, daß für Karlsruhe und das bayrische Oberland ein täglich erscheinendes Organ immer mehr als unabweisbares Bedürfniß empfunden wird, wird die Parteileitung beauftragt, sich dieserhalb mit den badischen Genossen in Verbindung zu setzen und die etwa noch erforderlichen Zuschüsse zur Gründung eines solchen Organs aus Parteimitteln darlehnsweise zur Verfügung zu stellen.

Als erster Redner ergreift das Wort **Quarck**: Ein paar Worte über das, was Pfannkuch über die Artikel der „Frankfurter Volksstimme“ gesagt hat: Der Verfasser derselben ist der kaufmännische Leiter der „Frankfurter Volksstimme“, Genosse Sydow. In den Artikeln, die ich zu vertreten nicht berufen bin, ist aber doch manches enthalten, was der Diskussion werth ist. Bezüglich der Subvention an Gießen hat Sydow nur bemängelt, daß sie nicht unter „Redaktionssubventionen“ gebucht worden.

Leider bin ich nun genöthigt, da mir jede andere Gelegenheit abgeschnitten ist, auf die Preßkämpfe, die ich in der letzten Zeit mit verschiedenen Parteiblättern geführt habe, einzugehen. Ich habe ganz entschiedene Verwahrung und Beschwerde einzulegen gegen die Polemik in verschiedenen Parteiblättern, die weit alle Grenzen sachlicher Polemik überschreitet. Ich erwähne kurz die Behandlung meines Artikels im „Handelsangestellten“, sodann vor allem die Artikel der „Magdeburger Volksstimme“ gegen mich. Der Verfasser, Genosse Schmidt, hat mir den schlimmsten Vorwurf gemacht, den man einem Genossen machen kann: Ich hätte die Bearbeitung der Fabrikordnungen davon abhängig gemacht, daß ich das nöthige Geld dazu bekäme; ich hätte also die Sache ganz kapitalistisch ausgebeutet. Dieser Vorwurf entbehrt jeder Unterlage. Genosse Schmidt hat sich dann sehr lahm herauszureden versucht, daß ihm die Thatsachen unbekannt gewesen seien; sie seien ihm im Fraktionszimmer anders dargestellt; die Parteileitung habe ihre Hand von mir abgezogen und werde auf dem Parteitage schon die Gründe dafür angeben; er hat es aber nicht für nothwendig gehalten, auch nur den allerelementarsten Ausdruck des Bedauerns hinzuzufügen, während er gegen antisemitische Blätter fortwährend in den schärfsten Ausdrücken, wie z. B. Verleumderblatt, polemisirt. Alles, was in dieser Beziehung gegen mich vorgebracht ist, ist absolut nicht stichhaltig. Ich habe auch nicht die geringsten finanziellen Vorbedingungen gestellt; nur als mir die Arbeiten über den Kopf wuchsen und als ich sah, daß die Sache über meine Kräfte ging, habe ich eine kleine Subvention für einen Mitarbeiter verlangt, der die Excerpte anfertigte; das Geld ist mir eine Zeit lang gewährt und dann nicht mehr bezahlt worden. Ich habe dann meinen Mitarbeiter aus meiner Tasche mit dem, was ich durch Arbeiten für die Parteipresse verdiene, bezahlt, so daß jetzt die Fabrikordnungen im Rohen ausgearbeitet sind.

Und da muß ich mir gefallen lassen, daß ein Genosse schreibt, ich hätte die Bearbeitung der Fabrikordnungen vom Gelde abhängig gemacht.

Was den „Vorwärts“ betrifft, so mache ich ihm keinen Vorwurf daraus, daß er in bezug auf meine Vorschläge anderer Meinung war; daß er aber gleich im ersten Artikel von Frankfurter Pfadfindern sprach, die dazu beitragen würden, daß die ganzen Gewerkschaften in die Luft gesprengt werden, und daß er in diesem Ton fortfuhr, das muß ich vor den Parteitag bringen, da mir eine andere Genugthuung nicht geworden ist. Ich hätte gewünscht, daß der Streit beigelegt worden wäre. Ich habe schon längst vor der Erklärung im „Vorwärts“ in Frankfurter Versammlungen gesagt, wenn es nach meinem Wunsch ginge, so würde die schmutzige Wäsche nicht auf dem Parteitag gewaschen, sondern die Sache wäre vorher aus der Welt geschafft worden. Ich bin kein Freund von solchen Beschwerden, ich habe auch in der Debatte immer meinen Mann gestellt; aber nachdem jetzt die bekannte Besprechung in Berlin stattgefunden hat und der Friede gewissermaßen auf meine Kosten geschlossen ist, bin ich dazu gezwungen. Die Ausfälle gegen mich wurden in der Erklärung mit keinem Worte erwähnt. Was hätte es denn geschadet, wenn in der Erklärung gestanden hätte, man war sich auch darüber einig, daß es nicht nothwendig war, diese persönlichen Angriffe gegen Genossen in der Polemik vorzubringen? Damit wäre die Sache erledigt gewesen.

Selbstverständlich habe ich auf die Artikel im „Vorwärts“ erwidert, aber ich habe niemals gegen die Personen, die gegen mich im „Vorwärts“ aufgetreten sind, auch nur das geringste einzuwenden versucht; das ist eine unwürdige Kampfesweise, die ich verschmäht habe, die aber im „Vorwärts“ nicht vermieden ist. Wie ferner der „Vorwärts“ mit meiner Berichtigung verfahren ist, ist Ihnen bekannt. Es wurde so dargestellt, als ob ich schon schwanger ginge mit der Begründung eines Gewerkschaftsblattes, und diese ganze Sache entpuppte sich später als ein Briefwechsel mit Keßler, den ich gar nicht kenne und dem ich meine Ideen auseinandersetzte, weil er sich an mich gewandt hatte. Ich berichtigte das im „Vorwärts“, der dann einfach schrieb: Durch die Berichtigung des Genossen Quarck wird unsere Darstellung nur bestätigt. Was soll man angesichts einer derartigen Polemik machen! Der „Vorwärts“ hat gegen mich noch zwei fernere Invektiven gerichtet, einmal, indem er schrieb, ich gehöre einer Schicht sozialpolitischer Reformer an, mit denen ich heute noch mehr in Verbindung stehe, als blos persönlich. Mit dem Ausdruck sozialpolitischer Reformer sollte ich heruntergezogen werden als jemand, der nicht ganz auf der Höhe der sozialpolitischen Bewegung steht. Als ich fragte, was eine mehr als persönliche Verbindung mit einer Schicht sozialpolitischer Reformer bedeuten solle, sind nur faule Ausreden gemacht worden, aber irgend eine bündige Antwort, ob damit vielleicht eine finanzielle Verbindung gemeint sei, ist mir nicht geworden. In Nummer 191 des „Vorwärts“ ist dann der schwere Vorwurf gegen mich erhoben worden, der mit der sozialpolitischen Debatte nichts zu thun hat: Ich und meine Freunde machten fortwährend in den Gewerkschafts-Versammlungen falsche Darstellungen über die Stimmung in den politischen Parteien. Das ist doch gewiß einer der schlimmsten Vorwürfe, der einem Parteigenossen gemacht werden kann, daß er Unfrieden zu stiften und zu hetzen sucht. Auch dafür ist ein Beweis nicht erbracht, und der Verfasser hat sich trotz meiner Aufforderung bis heute noch nicht genannt, obgleich der „Vorwärts“ in Aussicht stellte, daß der Mann seine Sache vertreten würde. Infolge dessen ist mir vorgeworfen, ich wollte eine Art von Zeugnißzwang für die Partei einführen; es ist mir unbegreiflich, wie man das aus meinen Worten herauslesen kann. Ich habe nur verlangt, daß ein Genosse, der solche Pfeile abschießt, nach den in der Partei herrschenden Begriffen seine Sache auch persönlich vertritt. Ich habe garnicht verlangt, daß die Redaktion des

„Vorwärts“ mir den Verfasser nennt, sondern ich habe nur von ihm als Genossen gefordert, daß er **persönlich** hervortritt und seine Angriffe vertritt. Das ist doch ein durchaus gerechtes Verlangen. Das sind im großen und ganzen meine Beschwerden. In weiten Parteikreisen ist man mit mir der Meinung, daß das Verhalten des „Vorwärts“ nicht schön war, daß es an das Verhalten der Gegner gegen uns, an ihre Kniffe und Pfiffe erinnert hat. Jedenfalls ist dadurch die sachliche Diskussion verdorben worden, andere Parteiblätter, wie das „Echo“ haben dagegen durchaus sachlich debattirt. Hoffentlich bezeichnet der Parteitag das Verhalten des „Vorwärts“ als ungehörig. (Beifall.)

Bunte-Dortmund: Die Dortmunder Genossen fühlen sich beschwert, daß der Verlag der „Rheinisch-Westf. Arb.-Ztg.“ sich gegen die von den Dortmunder Genossen gewählte Preßkommission nicht entgegenkommend gezeigt hat. Auch einen mit den lokalen Verhältnissen nicht vertrauten Redakteur hat man uns hingeschickt, obwohl die Dortmunder Genossen einen geeigneten Mann vorgeschlagen hatten. Dadurch wird die Preßkommission zur bloßen Dekoration, und der Parteitag muß hier Remedur schaffen.

Gerisch-Hamburg: Unter den Einnahmen ist ein Betrag von 18383 M. verzeichnet, den unser Engels der deutschen Sozialdemokratie vermacht hat; zu der deutschen Sozialdemokratie rechnen wir auch unsere österreichischen Genossen. Um so leichter waren wir bereit, der österreichischen Sozialdemokratie die Hälfte der Erbschaft etwa zuzuweisen. Was nun **Quarck** betrifft, so hat er Recht, wenn er sich gegen Genossen **Schmidt** in Magdeburg wendet. Der Genosse **Quarck** hat beantragt, ihm den Zuschuß für eine bestimmte Zeit zu bewilligen, und die Parteileitung ging darauf ein; hätte Quarck nur ein Wort darüber geschrieben, daß er den Hilfsarbeiter noch weiter brauche, so würde die Parteileitung sicherlich keinen Anstoß genommen haben, ihm den Zuschuß auch weiter zu bewilligen.

Die vom Genossen **Bunte** indirekt gegen mich als Verleger der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung“ erhobenen Vorwürfe haben bereits den diesjährigen westfälischen Parteitag in Witten beschäftigt. Es wurde dort eine Kommission zur Untersuchung der Angelegenheit eingesetzt und diese Kommission hat einstimmig erklärt, daß ich im Interesse der Partei gar nicht anders handeln konnte, wie ich gegenüber den Vorschlägen der Preßkommission gehandelt habe. Dieser Erklärung der Kommission ist der westfälische Parteitag mit allen gegen die Stimmen der Dortmunder Genossen — die aber in der Streitsache Partei waren — beigetreten. Damit ist die Sache für mich erledigt.

Frohme: Ich habe Stellung zu nehmen gegen die „Neue Welt“ bezw. ihren gegenwärtigen Redakteur, Genossen Edgar Steiger. Sie kennen seine Polemik mit Genossen Bérard vom „Hamburger Echo“ hinsichtlich dessen, was Genosse Steiger die „neue Kunst“ nennt. Wenn Genosse Steiger sich herausgenommen hat, mit souveräner Verachtung von dem mangelnden Verständniß der Hamburger Arbeiterschaft zu reden, so kann man mit ihm nicht ernsthaft reden. Wir sind keine Anstandsdusler; aber es ist doch unleugbar, daß die neue Richtung in mancher Beziehung auf Abwege gerathen ist, die Geschmack und Anstand verletzen. Wenn Genosse Steiger behauptet, daß das „Echo“ noch im vierzehnten Jahrhundert lebt, noch hinter den Moralbegriffen der bürgerlichen Gesellschaft zurückbleibt, so will ich ihm nur vorlesen, was ein hervorragender Vertreter des deutschen Naturalismus in der „Hamburger Freien Volksbühne“ über jene Art des Naturalismus sagt, die im Schmutze watet, das sexuell Gemeinste, das psychiatrisch Kränkste schildert. Dabei scheint mir Genosse Steiger eines festen Standpunktes in dieser Frage noch vollständig zu entbehren. In seinen Artikeln finden sich die allerbedenklichsten Widersprüche. Jedenfalls ist es sehr übel von ihm angebracht, vom hohen Paradepferde herab zu sprechen. Die „Neue Welt“ muß so gehalten werden,

wie es den geistigen Bedürfnissen der Leser, vor allem der Leserinnen entspricht. Die Parteigenossen haben Kinder, die auch etwas von der Lektüre der Eltern profitiren sollen. In weiten Parteikreisen ist nun die Meinung verbreitet, daß man sich die „Neue Welt" jetzt immer erst genau ansehen muß, bevor man sie den Kindern giebt. (Zustimmung.) Es ist unbestreitbar, daß die „Neue Welt" unter der Redaktion Steiger's das sexuell Gemeine in den Vordergrund gestellt hat, daß Schilderungen darin waren, die allen Anstandsbegriffen Hohn sprechen. (Sehr richtig!) Es ist die allerhöchste Zeit, daß der Parteitag hiergegen sein Veto einlegt. (Bravo!) Wenn Steiger und seine literarischen Freunde ihren Naturalismus, der sich rühmt, über jeder Partei zu stehen, bethätigen wollen, mögen sie es thun, wo sie wollen, aber außerhalb der „Neuen Welt". Das Blatt gehört der Partei; es erfordert hohe Kosten, die sich auf 48000 M. pro Jahr belaufen werden. Dies Geld darf nicht ein Privilegium, ein Unterstützungsfond für Naturalisten werden. Wir wollen nicht, daß man in unseren Unterhaltungsblättern in den Ton der frömmelnden Moral verfällt; wir sind keine Spießbürger, das weiß jeder, der uns genau kennt, wie weit wir davon entfernt sind. (Heiterkeit!) Aber der Parteitag wird sich ein Verdienst um unsere Presse erwerben, wenn er dafür sorgt, daß die „Neue Welt" nicht ein Probirfeld für die naturalistische Richtung ist. Sie kann sich bethätigen, aber nicht auf Kosten der Partei. Von allen Seiten kommen Beschwerden über die „Neue Welt". Vorläufig begnüge ich mich mit diesen Andeutungen und warte ab, was Genosse Steiger zu sagen hat. Ich bitte ihn aber schon jetzt, nicht in den Ton seiner literarischen Polemik zu verfallen, nicht persönliche Invektiven zu drechseln. (Oho!) Gewiß! Wie hat er den Genossen Bérard angegriffen; wie hat er gehöhnt über die Erziehung der Hamburger Arbeiterschaft! Nur der Genosse Steiger und die „Leipziger Volkszeitung", die erziehen die Leipziger Arbeiter zur wahren Kunst! (Heiterkeit.) Ich beneide die Leipziger Arbeiter nicht um diese ihre Erziehung. (Lebhafte Heiterkeit und Beifall.)

Schöpflin-Frankfurt a. O.: Als Bürstenbinder-Geselle will ich nicht den Anspruch machen, ein besonderer Kunstkenner zu sein. Aber auf mich hat die Haltung der „Neuen Welt" einen abschreckenden Eindruck gemacht. Aehnliche Beilagen haben wir auch sonst noch in unserer Parteipresse. Ich erinnere an die Beilage zum „Proletarier". Redner tritt für die Anträge 34, 45 und den abgeänderten Antrag 50 ein und führt Beschwerde über die Polemik der „Magdeburger Volksstimme" gegen den Genossen Huth in Brandenburg.

Knauff-Reinickendorf befürwortet den Antrag, dem „Vorwärts" eine wöchentliche wissenschaftliche Beilage zu geben und führt Beschwerde über den Nichtabdruck von Mittheilungen von Genossen im „Vorwärts".

Bérard-Hamburg: Nicht wir haben die Preßkampagne wegen der „neuen Kunst" inszenirt, sondern Genosse Steiger hat uns provozirt. Ueber die „Neue Welt" hat Frohme ja schon das Erforderliche gesagt. Der Roman von Hans Land „Der neue Gott" wird von manchen Genossen geradezu als eine Verhöhnung der Sozialdemokraten aufgefaßt. Aber noch viel schlimmer ist die „Mutter Bertha" (Heiterkeit), in die Genosse Steiger sich ganz besonders verliebt hat. (Große Heiterkeit.) So was darf überhaupt nicht vorkommen. Ein so heroischer, muthiger Charakter, wie die Mutter Bertha, verkehrt mit dem Kerl, der ihr unsittliche Anträge macht, ganz anders: die giebt ihm ein paar Ohrfeigen, daß er hintorkelt und dann ist die Sache abgemacht. (Große Heiterkeit. Zuruf: Das ist wahre Realistik!) Am Schluß wird die Sache geradezu lächerlich. In einer früheren Nummer befindet sich ein Artikel zu einem Bilde, der anfängt: Kunst ist nicht Kunst! Wenn man ihn von vorn bis hinten durchliest, weiß man immer noch nicht, was Kunst ist. In Nr. 40 kommt der liebe Herrgott 48 Mal vor und in Nummer 41 noch 32 Mal. (Heiterkeit.) Ein

Hamburger Arbeiter spricht in einem Eingesandt dem „Hamburger Echo" seinen Dank aus für die Artikel gegen die „Neue Welt", aus der nur eine entsetzliche Mittelmäßigkeit spricht, verbunden mit der krankhaften Sucht, den Proletarierinnen die Folgen unserer wirthschaftlichen Misère so kraß wie möglich auszumalen. Das ist die Meinung der überwiegenden Mehrheit, zum mindesten der Hamburger Genossen.

Redner begründet hierauf den Antrag auf Reduzirung der „Neuen Welt" auf acht Seiten. Früher kam das Blatt bei acht Seiten für 11 Mark per Tausend gerade auf die Kosten; jetzt macht jedes Tausend 4 Mark Defizit. Wenn das im nächsten Jahre so weiter geht, so stellt sich ein Defizit von 46—48 000 M. heraus. Ein so großer Aufwand für ein einzelnes Blatt wäre nicht zu verantworten. Da hätten wir nicht nöthig gehabt, den „Sozialdemokrat" eingehen zu lassen, um nun einen neuen Defizitmacher zu schaffen. Ferner ist zur Vermeidung von Unzuträglichkeiten wünschenswerth, daß die Redaktion sich am Druckorte befindet. (Zustimmung.)

Bär-Crefeld schließt sich den Angriffen gegen die „Neue Welt" an. Es sei einfach langweilig, wenn ein Affekt durch mehrere Nummern breitgetreten wird. Die „Neue Welt" sei ein Unterhaltungsblatt für die Arbeiter und nicht blos für Herrn Steiger. Den Antrag 31 bittet Redner anzunehmen; es sei nothwendig, daß nicht nur der „Vorwärts", sondern alle Parteiblätter zu den für die Partei wichtigen Fragen Stellung nehmen.

Stein-Hanau stellt die Nothwendigkeit der Gründung einer Art periodischer Flugschrift zur Aufklärung der Landbevölkerung in der Gegend von Hanau dar, wo man mit einer rein politischen Zeitung nicht auskommen könnte. Die Schrift solle den Bauern unentgeltlich zugestellt werden. Es empfehle sich auch für andere Gegenden ebenso zu verfahren.

Krumm-Wetzlar wünscht, daß die Anträge 34 und 51 der Parteileitung zur Berücksichtigung überwiesen werden; der Antrag 50 sei dagegen sehr bedenklich. Redner rügt den Ton der Polemik des „Vorwärts" gegen Quarck.

Scheidemann-Gießen weist darauf hin, daß die große Mehrzahl der kleinen Parteiblätter nicht nur finanziell schlecht steht, sondern auch infolge der Zersplitterung der Kräfte inhaltlich nichts bietet. Diesem Uebelstande ließe sich durch eine Zentralisirung abhelfen. Die Blätter, die auf der Höhe der Zeit stehen, könne man an den Fingern beider Hände abzählen. Die „Leipziger Volkszeitung" z. B. entspreche dem, was sich Redner unter einer guten Zeitung vorstellt. Man brauche nicht zu fürchten, daß durch das Eingehen einiger Blätter Genossen brotlos werden, da diese sehr wohl den Nachrichtendienst übernehmen könnten. Der Nachrichtendienst in unserer Presse sei schlecht, so bringe z. B. der „Vorwärts" oft Mittheilungen über ausländische politische Ereignisse, die erst bürgerlichen Blättern entnommen sind. Durch Annahme des Antrages 34 ließe sich diesem Uebelstande wohl abhelfen.

Günther-Braunschweig: Wenn ich die lange Liste der Zuschüsse für die Parteipresse aus der Parteikasse lese, dann ergreift mich eine gewisse Wehmuth, daß das Braunschweiger Blatt nicht darunter ist. (Große Heiterkeit.) Ich wünsche ja, daß auch in Zukunft das Blatt keine Zuschüsse nöthig hat. Mögen die Genossen, das sage ich in Bezug auf die Kritik am „Vorwärts" und an anderen Parteiblättern, klug werden und nicht gegen einander hetzen. Redner warnt vor neuen Blattgründungen, vor allem von sechsmal erscheinenden Blättern.

Bruhns-Breslau wendet sich gegen die Ansicht, als habe die „Breslauer Volkswacht" in diesem Jahre einen so hohen Zuschuß erfordert, weil dort der letzte Parteitag stattgefunden habe. Das Blatt habe vielmehr infolge der Verfolgungen, denen es in stets steigendem Maße ausgesetzt sei, große Schulden gemacht. Im letzten Jahre seien allein 53 Preßprozesse gegen die

„Volkswacht" angestrengt, dazu kommen die eigenartigen Verhältnisse in Breslau, wo eine Parteibewegung wie in anderen großen Städten nicht möglich sei. Die Genossen, die von Osten kommen und in Breslau die ersten Grundzüge des Sozialismus in sich aufnehmen, folgen bald dem Zug nach dem Westen, und so sei es nicht möglich, einen genügenden Stamm bewährter Genossen dort großzuziehen. Eine Verbilligung des Organs habe auch nicht die gewünschten Folgen gehabt. Breslau habe nicht etwa, wie man meinen könnte, jetzt noch große Summen zur Verfügung (Heiterkeit). Es sitze vielmehr auf dem Trockenen und werde bald überhaupt auf ein eigenes Organ verzichten müssen, wenn es nicht von der Partei genügend unterstützt würde. (Hört! hört!)

Steiger-Leipzig: Es ist gerade kein erhebendes Gefühl, das erste Mal, wo man auf einem Parteitage als Redner auftritt, von der Anklagebank aus sprechen zu müssen. Frohme und Bérard sprachen von der allgemeinen Mißstimmung über die „Neue Welt". Ich wußte genau, was ich that, als ich sehr langsam, vorsichtig und sacht in die Bahnen moderner Kunst einlenkte. Ich wußte, wie schwer ein solcher Sprung ist, in einer Zeit, wo das ganze bürgerliche Lager noch immer an den Knochen, nicht etwa der wirklich klassischen Literatur, sondern ihrer Nachtreter herumnagte. Wo plötzlich eine neue Kunst geboren wurde, waren die Geburtswehen groß und Ausschreitungen unausbleiblich. Ich habe mich vielmehr gewundert, daß die „Neue Welt" überhaupt noch Abonnenten hat, wo der eigene Verleger die Redaktion seines Blattes in Versammlungen und in der Presse so hinstellt, als wollte sie das ganze Volk vergiften. Da ist es wahrlich ein Wunder, daß ein Arbeiter das Blatt überhaupt noch liest! Aber trotzdem hat mich die ganze Polemik gefreut; sie beweist die wunderbare Stärke unserer Partei. Es fragt sich nur, ob bei einer solchen Agitation etwas herauskommt. Frohme beklagt sich über die Polemik, die ich geführt habe. Wie soll ich polemisiren? Bleibe ich sachlich und nenne ich keine Namen, so heißt es, ich spreche in vornehm erhabenen Ton der Unfehlbarkeit. Werde ich angegriffen und antworte nicht etwa so, wie man in den Wald hineingerufen hat, sondern vielmehr als ganz sanftes Echo — ich meine nicht das „Hamburger Echo" (Heiterkeit) — dann heißt es auf einmal, der Steiger wird persönlich. Gegen mich wurden Ausdrücke gebraucht wie Lektüre für blasirte Wüstlinge. Es wurde gesprochen von überspannten Köpfen, von Narren, von Leuten, welche ihre geistlosen Erzeugnisse in der „Neuen Welt" als Ablagerungsstätte unterbringen wollen. Darauf habe ich höchstens mit den Ausdrücken Philister und Spießbürger geantwortet. Ich frage Sie, welche Ausdrücke am Platze sind, wenn man in dieser Weise angegriffen wird. Frohme tadelt es, daß ich blos meine Artikel zusammengestellt habe und betont demgegenüber, daß die Hamburger die ganze Polemik veröffentlicht hätten. Merkwürdig, die beiden letzten Artikel, in denen ich auf einige Grundfragen, die im Hamburger „Echo" erörtert wurden, antwortete, wurden nicht abgedruckt, sondern es wurde so dargestellt, als ob das Hamburger „Echo" das letzte Wort gesprochen und ich keine Antwort gefunden hätte. Das ist also die Polemik, die Frohme mir als Muster vorhält! Hätte man einen objektiven Bericht beiderseits gebracht, so stände sicher alles darin; so aber habe ich, wie ich in der Vorrede ausdrücklich konstatire, nur meine Meinung veröffentlicht, in der Erwartung, daß die Hamburger sich hier ebenso wehren, wie sie es in der Presse gethan haben.

Bei der ganzen Polemik haben die Hamburger die moderne Richtung und die „Neue Welt" verwechselt. Das sind zwei himmelweit entfernte Dinge; ich habe nie den Standpunkt vertreten, als ob alles, was die Modernen geschrieben hätten, etwa wirklich geistige Nahrung für das Volk wäre. Ich weiß, daß in einer Zeit der Dekadence, der Selbstzersetzung der bürgerlichen Gesellschaft, in diesem Todesringen einer dem Untergange geweihten Gesellschaft

soviel Schmutz aufgewirbelt wird, daß die Phantasien solcher blasirten Wüstlinge nicht vor das arbeitende Volk gehören. Aber es verhält sich gerade umgekehrt, wie Frohme es darstellt. Er behauptet, zuerst hätte man die junge Richtung freudig begrüßt und nachher seien die Ausschreitungen gekommen. Jeder, der die moderne Richtung verfolgt hat, weiß jedoch, daß es hier ebenso gegangen ist, wie bei allen großen literarischen Revolutionen, daß immer die Ausschreitung als natürlicher Gegenschlag gegen die vorherige moralische Versumpfung der Kunst erfolgt ist im Anfang der Bewegung und daß sich daraus nachher eine wirkliche wahre Kunst entwickelte. Man sagt, ich hätte die „Neue Welt" zu einem Tummelplatz für literarische Experimente gemacht. Wo habe ich das gethan? Nirgends. Ich wollte in der „Neuen Welt" das beste bieten, was die lebende Kunst hervorgebracht hat, soweit es uns bei den beschränkten Finanzen möglich war. Dieses Beste ist aber ein neues.

Gerade Wahrheitsmuth ist es, der die neue Kunst auszeichnet. Sie schildert den Tod, das Verderben, sie hängt dem Laster kein moralisches Mäntelchen um. Sie verfährt nicht wie jene seichte Lügenkunst, die das Laster liebenswürdig entschuldigt, sie wischt der Welt die Schminke aus dem Gesicht, nimmt ihr die Larve ab und zeigt überall die Todessymptome der bürgerlichen Gesellschaft. Nun sagen die Genossen: Die neue Kunst erhebt nicht, sie sucht mit Vorliebe häßliche Stoffe auf. Es ist aber eine Erscheinung, die sich in der Kunst vom grauesten Alterthum bis in die neueste Zeit findet, daß die Kunst gerade die furchtbarsten Ereignisse als Gegenstand ihrer Darstellung wählt. Was kann furchtbarer sein, als ein Menschenmord, wo der Mensch das Unnatürlichste thut, nicht neues Leben zu verbreiten, sondern Leben zu vernichten. Warum stellt ihn die Kunst aber dar? Weil bei solchen Thaten die geheimsten Triebfedern in der Menschenbrust sich am deutlichsten zeigen; die Dichter wollen, wenn sie einen Mord schildern, nicht sagen: Gehet hin und bringt einen Menschen um.

Redner geht nun dazu über, einzelne Vorwürfe Bérard's zurückzuweisen. Er nimmt den Roman „Der neue Gott" von Hans Land in Schutz und sieht in ihm nicht eine Verhöhnung der Sozialdemokratie, sondern eine Schilderung der verruchten gesellschaftlichen Verhältnisse, die Tausende ins Verderben führen, um in uns die Entrüstung über solche Verhältnisse zu wecken. Wenn die antike Kunst nicht so detaillirt in der Schilderung des Grausigen war, wie die moderne, so geschah es, weil die Kunstmittel noch nicht da waren, so zarte und nuanzirte Stimmungen hervorzurufen, wie es die neue Kunst vermag. Hier könnten unsere Genossen, die sich auf ihre darwinistische und materialistische Weltanschauung berufen, einmal zeigen, ob sie sie wirklich besitzen. Die Widerspiegelung der kleinsten Regung der Menschenseele basirt auf der großen Rolle der Naturwissenschaften in der Gegenwart. Das Mikroskop hat sozusagen uns eine neue Welt eröffnet, hat uns die moderne Kunst gegeben. Während wir in den früheren Jahrhunderten immer in die Unendlichkeit, in das Himmelszelt mit der Sternenwelt hinaufschauten, senkt man sich jetzt in das Kleinste des Kleinen und entdeckt da ebenso große Wunder, wie in dem unendlich Großen. Die Kunst hat diesem Triebe Folge geleistet; sie versenkt sich auf einmal in die geringste Menschenseele. Ja, die Kunst ist demokratisch geworden, man braucht keine Könige mehr auf der Bühne, man braucht keine Fürsten, keine Barone und Grafen in den Romanen; jetzt ist der Arbeiter oder wer es sei, jeder Mensch ganz losgelöst von seiner sozialen Stellung ein gleich interessantes Objekt. Wir entdecken in ihm ganz dieselben Leidenschaften und verfolgen sie. Allerdings müssen wir da, wenn wir bei den Lichtseiten des Lebens diese feine Analyse machen, auch das Laster ebenso genau schildern; denn sonst würden wir lügen und die Menschen bereits jetzt zu Engeln machen. Ich habe in der Diskussion ganz genau herausgefühlt, daß leider immer der Standpunkt ver-

treten wird, die Kunst sei dazu da, entweder zu belehren oder in dem gewöhnlichen Sinne zu erheben. Das hat Genosse Bérard gethan, als er die viel geschmähte „Mutter Bertha“ gegen mich von den Todten herauf beschwor. In „Mutter Bertha“ sei kein versöhnendes Moment. Man kann die gewaltige, niederschmetternde Tragik nicht ertragen, sondern steht immer noch auf dem Standpunkt — ich kann nicht anders sagen — des Traktätchenlesers, der immer am Schluß einen gebesserten Menschen verlangt. (Lebhafte Rufe: Sehr richtig! Sehr unrichtig!) Sie müssen sich am Ende kriegen! (Lebhafter Beifall und Heiterkeit.) Wie tragisch und erhebend ist der Schluß der Mutter Bertha! Sie thut das höchste, was eine Mutter für ihr Kind thun kann, aber sie ist eben nur eine Kellnerin, sie hat ein uneheliches Kind — ja, ich kann nichts dafür. (Stürmische Heiterkeit.) In diesem Weibe ist die größte Weiblichkeit und der größte Heroismus verkörpert. Als ihr Kind auf dem Todtenbette liegt, als es aufgegeben ist, und da die Nachbarin kommt und ihr von dem Quacksalber erzählt, der es retten würde — ist es da wunderbar, daß sie nach dem Strohhalm greift? Und nun tritt ihr dieser miserable Wüstling entgegen und fordert als Preis für ihr gerettetes Kind ihren Leib, ihre Ehre, und sie opfert es mit dem festen Entschluß, für immer allem Lebensglücke für sich zu entsagen und nur ihrem Kinde zu leben, und als das Kind stirbt, da geht sie mit ihm in den Tod. Das ist eine so gewaltige Seelenthat, so erschütternd, daß ich nicht begreifen kann, wie man darüber zu lachen wagt. (Lebhafte Zustimmung.) Sonst kommen wir auf den Standpunkt, daß wir wieder die vornehmen Herren, die Großen und Mächtigen der Erde brauchen. Ich finde, wenn eine Kellnerin, wenn ein Mädchen aus dem Volke am Schluß für ihr Kind in den Tod geht, so ist das ein Heroismus sondergleichen, der nur Achtung verlangt.

Als ich in die moderne Richtung einlenkte, da wußte ich ganz genau, daß es sich um eine Erziehung des arbeitenden Volkes zur Kunst überhaupt handelt. Die Frage: „moderne Kunst“ spielt darum gar keine Rolle, weil trotz allem und allem ich immer wieder sagen muß: Heute haben wir thatsächlich keine andere Kunst, als die moderne. Die anderen, sie mögen ganz wohlwollende Schriftsteller sein, aber Künstler, die das Leben den Lesern oder Zuhörern im Theater vor Augen stellen, sind sie nicht, sie sind Nachahmer einer vergangenen Kunstperiode. Wie müssen wir nun, sagte ich mir, die Erziehung des Volkes zur Kunst gestalten? Genosse Frohme meint, ich hätte damit die Hamburger Arbeiter beleidigt. Ich frage ihn, wo er das gefunden hat, ich habe nie einen Arbeiter beleidigt. Ich habe in meinen Artikeln ausdrücklich nur mein tiefes Bedauern ausgesprochen, daß die schlechten ökonomischen Verhältnisse den Arbeiter hindern, an den Genüssen der Kultur und deshalb auch an der Kunst theilzunehmen. Erst in zweiter Linie habe ich auch die Frage gestreift, ob es bisher nicht schon möglich gewesen wäre, durch Hinderung der Verbildung in künstlerischer Beziehung das Volk zu bewahren vor einem Rückfall in veraltete Anschauungen, die nirgends mehr in der Welt getheilt werden, vor der Anschauung, die Kunst solle belehren, anstatt daß sie das Lebensbild lebendig vor Augen stellt, damit jeder voraus ablese, was er für sich brauchen kann. Es gab nun zwei Wege: entweder man stellte die ganze moderne Kunst (und ich meine nicht etwa diese geschlechtlichen Probleme, auf denen immer herumgeritten wird, als ob die moderne Kunst das wäre), dem Volke vor Augen. Diese Ohrfeige verträgt es heute noch nicht. Hier gilt es pädagogisch vorzugehen und nach und nach den Arbeiter daran zu gewöhnen, und zwar nicht nur die Frauen, denn die Kunst ist durchaus nicht blos für die Frauen. Wenn ich diesen Einwand höre, kommt es mir fast so vor, als höre ich richtige Bourgeois: Ja, für die Frauen ist es immer noch gut genug! Das heißt das weibliche Geschlecht, das Sie

in der Theorie immer gleichstellen, beleidigen. (Lebhafter Beifall.) Nein, die moderne Kunst wendet sich an den ganzen Menschen, gleichviel ob Weib oder Mann, und wenn man von Kunsterziehung spricht, so fragt es sich blos, an welches Niveau der Arbeiterschaft man anknüpfen soll. Ich meine nicht etwa den besseren oder den weniger besseren Sozialdemokraten, von dem heute schon die Rede war, denn den kenne ich nicht. Ich meine, daß es bei uns ebenso gut wie in allen Gesellschaften eine Reihe von Leuten giebt, die sich für die Kunst interessiren, und eine andere Reihe, die theils durch ihre ökonomische Lage, durch ihre Ueberbürdung mit den alltäglichen Arbeiten oder durch ihre politische Thätigkeit nicht dazu kommen können, sich in der Welt der Kunst umzusehen. Es fragt sich, wie wir diese alle unter einen Hut bringen können. Sollen wir z. B. auf das Bildungsniveau der großen Arbeitermassen in den katholischen Bezirken Bayerns oder des Rheinlands Rücksicht nehmen? Würden wir ein Blatt gründen, das dort Anklang findet, so kämen die Arbeiter der Städte und würden sagen: was für einen Schmarrn bietet Ihr uns da. Wenn wir umgekehrt, so wie ich es versuchte, anknüpfen an die in künstlerischer Hinsicht fortgeschritteneren Elemente, die in den Städten Gelegenheit haben, etwas Schönes zu sehen, so werden natürlich immer wieder Klagen einlaufen. Ja, das Blatt paßt für uns nicht. In unseren Kreisen verstehen die Leute das nicht. Nicht etwa, daß Sie es nicht lesen können im eigentlichen Sinne des Wortes, aber im tieferen Sinne können Sie es nicht lesen. Denn die Kunst, künstlerisch zu lesen, das heißt nachzuempfinden und nachzufühlen, ist eine schwere. Da habe ich mir denn doch gesagt, du machst es, wie es die politischen Agitatoren unserer Partei gemacht haben. Was wäre aus unserer Partei geworden, wenn Lassalle sich bei seinen politischen Reden und in seinen Broschüren an das Auffassungsvermögen der allergrößten Masse gewendet hätte? (Sehr gut!) Er hätte gar nichts erreicht, denn wenn er hätte hinabsteigen müssen auf das damalige tiefe Bildungsniveau, dann hätte er, anstatt die Leute zu bilden, sie festgenagelt auf ihrem damaligen geistigen Tiefstand. Statt dessen trat er ihnen entgegen, ausgerüstet mit der ganzen Wissenschaft seines Jahrhunderts, und suchte in möglichst gemeinverständlicher Form, aber ohne in einen Kalenderstil zu verfallen, ihnen die Wahrheiten des Sozialismus auseinanderzusetzen. Und wir sehen den Erfolg: Es hat Arbeit gekostet, jahrzehntelange Arbeit, aber heute haben wir eine Arbeiterschaft, die ihren Lassalle lesen kann, und an diese Leute habe ich gedacht, als ich mir mein Kunstprogramm ausklügelte. Ich mag hier und da in der Auswahl des Stoffes nicht das richtige getroffen haben, aber wenn man immer nach allen Seiten schauen muß und trotzdem sein Kunstideal festhalten will, so ist es sehr schwer, hier oder da nicht Anstoß zu erregen. Man redet sehr viel von der Mittelstraße, aber man vergißt, daß diejenigen, die sie in diesen Fragen beschritten haben, heruntergerutscht sind. Merkwürdigerweise merkt das „Hamburger Echo“ gar nicht, daß das von Bérard verlesene Eingesandt ihnen zuerst Bravo zuruft und hinterdrein sagt: Im Grunde genommen seid ihr ja auch so häßliche Menschen wie der Steiger. (Heiterkeit.) Ihr habt ja auch so verfluchten Plunder, denn meine Frau hat mir gesagt, das sind ja alles Tüfteleien. Hinter der Frau steht vielleicht eine Schwägerin, künstlerisch noch etwas weniger gebildet und hinter dieser noch eine, die es ganz unbegreiflich findet, daß die „Neue Welt“ nicht Schundromane nach Art der blauen Hefte vom blutigen Knochen bringt. Auf diese Weise gerathen wir auf eine schiefe Ebene, auf der es kein Halt mehr giebt. Ich habe es tief bedauert, daß man mir deshalb bei dem Streben, das Volk, das Jahrhunderte lang von der Kunst ausgeschlossen war, zur Kunst zu erziehen, Verachtung gegen die Arbeiter untergeschoben und Ueberhebung vorgeworfen hat.

Noch einige Worte über die Moralität. Es wurde immer davon

gesprochen, daß die alten Klassiker, die ebensolche Scheusale und Verbrecher darstellen, wie die modernen, nur daß es dort Könige und hier ganz gewöhnliche Menschen sind, eine sittliche Tendenz gehabt haben. Ich traute meinen Ohren nicht, als ich dies Urtheil über die Modernen hörte. Ich will nur auf Gerhard Hauptmann hinweisen, den ich für den größten lebenden deutschen Dichter halte. Wer seinen „Sonnenaufgang“ gelesen hat, in dem der Fluch des Alkoholismus geschildert ist, wer seine „Weber“ gelesen hat, in denen er das Elend des arbeitenden Volkes so drastisch zum Ausdruck bringt, daß der Zuschauer vor Empörung und Entrüstung aufschreit und, wenn anders er ein Menschenherz in der Brust trägt, mit dem Bewußtsein nach Hause geht, daß dieser Zustand, den wir ja heute noch in anderer Weise wahrnehmen, nicht fortdauern kann, wer seinen „Biberpelz“ gelesen hat, in welchem er die Justiz, wie sie da und dort gehandhabt wird, mit blutiger Ironie geißelt (sehr gut), so frage ich, ob das keine höhere Sittlichkeit ist. Freilich giebt es Leute, die immer wollen, daß der Hauptheld der sogenannte Tugendfatzke sei, der aufschreit: Ja liebes Publikum, bring keinen Menschen um! Das ist der alte Standpunkt. Wer den verläßt, dem geht es wie dem denkenden Sozialdemokraten mit der heutigen Welt. Er sieht sie vor sich in ihrer Scheußlichkeit, er sieht vor sich die Noth, das Elend, den Kampf ums Brot, das Unterliegen tausender von Existenzen, das Zugrundegehen. Und vom Künstler verlangt er hernach, daß er jedem solchen Bilde aus dem Wege laufen und ja nicht etwa einen Arbeiter schildern soll, dessen Thaten im Widerspruch mit seiner Theorie stehen. Unsere Arbeiterschaft ist doch wohl geschult und gebildet genug, um zu begreifen, daß die heilige Sache, für die wir alle kämpfen, nicht davon abhängt, ob der eine oder andere ein schwacher Mensch ist mit Gebrechen und Lastern, ob da oder dort ein räudiges Schaf herumläuft. Nein, die große Sache wird durch solche Existenzen immer und wieder bestätigt, und man darf von der Kunst nicht verlangen, daß sie nur Arbeiter „in Frack“ schildert, wie sie zufällig auf einer Rednertribüne auftreten, sondern die Kunst hat auch hier die furchtbare Wahrheit zu vertreten und jeden bis ins Haus zu verfolgen und zu schildern, wie er dort ist.

Die Kunst ist mir das Zweite, für das ich leben und sterben möchte. In erster Linie liegt mir an der großen Befreiung des arbeitenden Volkes aus ökonomischer Noth. In zweiter Linie aber schon jetzt an der Emporhebung des Volkes, damit es theilnehmen kann an den Kulturgenüssen. Denn Sie dürfen nicht vergessen, welchen Zielen wir alle zustreben. Wir wollen, daß das arbeitende Volk die Führung übernimmt auf allen Gebieten des Lebens (sehr richtig!) und das wollen wir nicht durch Vernichtung früherer Kulturen, damit wir nachher aus dem Nichts etwas schaffen, sondern wir wollen alles Gute und Schöne und die ganze Fähigkeit, dieses Gute und Schöne zu genießen, herübernehmen aus den früheren Gesellschaften und hinlegen auf den Tisch des arbeitenden Volkes, damit dies als der große Kulturkämpfer der Gegenwart das Kulturerbe der Gegenwart übernehmen kann und den großen Aufgaben, die ihm bevorstehen, gewachsen sei, damit es nicht im Frohndienst verkümmert, sondern damit wir alle ganze Menschen werden. Dafür kämpfe ich, und in diesem Kampfe bitte ich Sie, mich zu unterstützen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Von Scheuing (Frankfurt a. M.) und Genossen ist noch folgender Antrag eingegangen:

> Der Parteitag spricht dem „Vorwärts“ und dem Abgeordneten Schmidt-Magdeburg seine Mißbilligung darüber aus, daß sie in der Gewerkschaftsdebatte sachlich ungerechtfertigte, persönliche Angriffe gegen den Genossen Quarck gerichtet haben.

Timm-Berlin begründet den Antrag 93, der aus dem Gesichtspunkt gestellt ist, daß der „Vorwärts“ der Ausdehnung unserer Partei und der Konkurrenz der bürgerlichen Blätter wegen seines Inhalts in der angedeuteten Form erweitern muß. Die wirthschaftliche Beilage der „Leipziger Volkszeitung“ hat vielen Beifall gefunden. Der Plan ist nicht undurchführbar und der Partei-Ausschuß soll ihn ernstlich in Erwägung ziehen.

Nun zu Genossen Quarck. Genosse Quarck kennt doch die Parteigeschichte, wer ist nicht schon in der Parteipresse so wie er behandelt worden? (Heiterkeit.) Es ist also überflüssig, daß er mit seinen Beschwerden vor den Parteitag tritt. Ich könnte mich auch über das Frankfurter Blatt, dem Genosse Quarck nahe steht, beschweren. Ein Artikel, den ich ihm als Erwiderung auf einen von Dr. Quarck gegen mich gerichteten schickte, ist nicht aufgenommen, eine Postkarte nicht beantwortet worden. (Hört!) Was nun den Ton in der Parteipresse anlangt, so hätte auch ich Grund zur Klage. Der alte Keßler hat mich in seinem „Bauhandwerker“ angezapft; als ich ihm eine Berichtigung schickte, nahm er sie nicht auf, sondern vermöbelte mich in einer Briefkastennotiz aufs neue. (Heiterkeit.) Nun, ich beruhigte mich, ich dachte, na, dem alten Keßler macht das wohl Freude. (Große Heiterkeit.) Wenn hier und da im Parteileben ein scharfes Wort fällt, so liegt kein Anlaß vor, den Parteitag in Bewegung zu setzen, daß er seine Mißbilligung darüber ausspricht. Genosse Quarck braucht nicht anders behandelt zu werden, als jeder andere Sterbliche. (Sehr richtig!) Würden wir als Arbeiter dem Parteitag mit solchen Beschwerden kommen, wir würden einfach ausgelacht werden. (Lebhafte Zustimmung.) Die „Vorwärts“-Artikel über den Quarck'schen Vorschlag sind durchaus sachlich gehalten. (Zustimmung und Widerspruch.) Unsachlich war nur der Vorwurf, daß Genosse Quarck noch mit bürgerlichen Sozialreformern in Verbindung steht. Ich habe aber an dieser Stelle, die der „Vorwärts“ ja auch später richtig stellte, nichts anderes gelesen, als daß damit ausgesprochen werden sollte: Der Quarck ist noch nicht fertig (Große Heiterkeit) als Sozialdemokrat. Daß er hinterher noch eine Extrabescheinigung vom Parteitag verlangt, halte ich für höchst überflüssig. (Beifall.) Wir haben dem „Vorwärts“ immer vorgeworfen, daß er zu neu auftauchenden Fragen im Parteileben nicht Stellung nimmt. Hier geschah es, und wir Berliner waren sehr erfreut darüber. In der Debatte wurde dem Genossen Quarck nichts Unanständiges weiter gesagt. (Quarck: Doch!) Das muß sich jeder gefallen lassen, der mit neuen Vorschlägen (Rufe: Mit alten!) hervortritt. Quarck macht es in der Polemik ja auch nicht besser. Auf dem Kongreß der Handelsangestellten in Berlin hat er sich sehr spitzig und ironisch über die Berliner Parteigenossenschaft geäußert. Berlin thut seine Schuldigkeit in vollem Umfange, das zeigen die Lohnbewegungen dieses Jahres, sowie der Kassenbericht der Parteileitung und die Agitation in der Provinz Brandenburg. Quarck's ironische Bemerkungen haben uns auch gekränkt, und wenn es überhaupt bei uns Mode werden sollte, daß der Parteitag einzelne Ausdrücke zensirt, dann muß er in erster Linie eine ganze Parteigenossenschaft gegen derartige Angriffe in Schutz nehmen. (Beifall.) Aber ich wünsche nicht, daß es Mode wird und bitte Sie deshalb, alle Anträge, die auf einen Tadel des „Vorwärts“ in dieser Hinsicht hinauslaufen, abzulehnen. So wichtig ist doch Quarck's Person nicht, daß für ihn etwas ganz besonderes gebraten werden muß. (Lebhafter Beifall.)

Schmidt-Berlin III: Anlaß zu unserem Antrag (31) hat die Gewerkschaftsfrage und die bayerische Frage gegeben. Wenn man nun dagegen einwenden will, daß der „Vorwärts“ als Zentralorgan in Streitfragen der Partei neutral sein müsse, so müssen wir dagegen einfach einwenden, daß der „Vorwärts“ auch das Lokalorgan der Berliner Parteigenossen ist und daher als solches Stellung nehmen muß.

Robert Schmidt-Berlin V: Genosse Knauff beklagte sich über den „Vorwärts“ wegen Nichtaufnahme einer Notiz; sie hätte, gering eingeschätzt, dem verantwortlichen Redakteur sechs Monate wegen Polizeibeleidigung eingebracht. Das schien uns die Sache nicht werth. Wir sind ja wohl auch nicht nach Gotha gereist, um uns zu sagen, was der „Vorwärts“ aufgenommen hat und was nicht.

Nun zu der Angelegenheit Quarck. Er hat in richtiger Erkenntniß der Situation, in der er sich befindet, die sachliche Polemik aufgegeben und sich über den Ton beschwert, in dem gegen ihn geschrieben worden ist. Diese sentimentale Taktik mag ganz geschickt sein. Sachlich ist sein Standpunkt in der Gewerkschaftsfrage nicht zu halten; da wendet er sich nun an das Mitleid der Parteigenossen. Der Ton in unserem Parteileben ist, das gestehe ich, oft sehr derb. Ich bedauere diesen Ton aber nicht. Wir erziehen keine Salonsozialisten, wir sprechen keine Salonsprache, wir haben die Sprache des Arbeiters. Wie viele haben sich nicht schon beklagt, daß Bebel oder Auer sie schlecht behandelt haben. Hatten sie in der Sache Unrecht bekommen, dann stimmen sie ein lautes Wehgeschrei über den Ton an. (Sehr richtig.) Dasselbe Spiel sehen wir auch heute. Wie verhält sich nun die Sache? Der erste Artikel in der Quarck'schen Angelegenheit erschien am 24. Juli im „Vorwärts“. Er war in absolut sachlicher Form gehalten. (Widerspruch und Zustimmung.) Daß Quarck ein Pfadfinder genannt wird, ist doch keine Beleidigung. Es war nur nicht richtig, denn wirklich neues boten die Quarck'schen Vorschläge nicht. In der Erwiderung Quarck's kamen aber genug persönliche Angriffe vor und als solche darf ich wohl bezeichnen, wenn er sagt, der „Vorwärts“-Kritiker unterschiebe ihm etwas, wenn er die Loyalität der Kritik bezweifelt? Und da verlangt nun Quarck, daß sich der „Vorwärts“ in Abwehr berechtigter Forderungen nicht seiner Haut wehren soll. Auf dem Zentralorgan darf doch nicht jeder Genosse Holz hacken!

Wir haben aber auch alle Veranlassung, uns die Person Quarck's anzusehen. Sein Auftreten in der Gewerkschaftsbewegung muß uns doch sehr mißtrauisch machen. (Sehr richtig!) Noch in den Jahren 1891/92 greift der Mann in der unpolitischen „Kaufmännischen Presse“ die Sozialdemokratie an. In der von ihm redigirten „Kaufmännischen Presse“ vom 27. August 1892 war zu lesen:

„Sozialdemokratische Lockrufe“. Wie wir bereits in der jüngsten Nummer unseres Blattes berichtet, soll am 11. September ein Kongreß sozialdemokratischer Handlungsgehilfen in Berlin abgehalten werden. Um Theilnehmer für denselben zu gewinnen, wird jetzt in allen deutschen Landen die Werbetrommel gerührt. So fand auch am 23. dieses Monats in unserer Stadt eine sozialdemokratische Versammlung statt, zu welcher durch 10 000 Flugblätter und Annoncen die hiesigen Handlungsgehilfen eingeladen waren; trotz alledem betheiligten sich nur ca. 100 von den 16 000 Handlungsgehilfen Frankfurts. Die Tagesordnung lautete: „Verkürzung der Arbeitszeit im Handelsgewerbe“, Referent war auch hier Herr Julius Türk aus Berlin; und am Schluß heißt es — ich will das weitere nicht verlesen —: diese Vereine (die Vereine unter der Führung Quarck sind gemeint) sowie ihre Verbände haben thatsächlich bereits Erfolge erzielt, welche der Sozialdemokratie, die sich erst seit einigen Jahren, und zwar unberufenerweise der Handlungsgehilfen annimmt, fast gänzlich mangeln. (Hört! hört!)

Der Parteigenosse Quarck wird uns allerdings sagen: Das ist im Jahre 1892 geschehen. Ich bin jetzt zu einer anderen Anschauung gekommen! Gut, das erkenne ich an. Aber ich weise darauf hin, wie sonderbar es doch berührt, daß der Parteigenosse, der 1892 diesen Standpunkt hervorkehrte, der bis Ende 1893 in der „Frankfurter Zeitung“ war, 1894 als sozialdemokra-

tischer Delegirter erscheint, Mitglied der Agrarkommission wird (Heiterkeit) und anfangs 1895 ist er schon Reichstags-Kandidat für Wiesbaden. (Heiterkeit.) Ja, Parteigenossen, ist das möglich für einen Arbeiter? (Lebhafter Beifall.) Es ist aber ein Zug bei unseren Parteigenossen, daß sie alles in die Partei aufnehmen, jeden mit offenen Armen empfangen, der nichts anderes in die Partei mitbringt, als vielleicht eine verkrachte bürgerliche Existenz und den Titel „Doktor"! (Lebhafter Beifall.) Damit muß es aufhören. (Lebhafter Beifall.) Ich bin nicht der Mann, der eine Rede hält für die schwielige Faust. Mir ist jeder Akademiker genehm und als Genosse gleich, der ehrlich mitarbeitet und sich als zuverlässig erweist; aber eine Zeit der Probe muß er durchmachen, daß man Vertrauen in seine Zuverlässigkeit gewinnt. (Sehr richtig!) Nachdem Quarck in seiner bürgerlichen Existenz Fiasko gemacht hatte, war er, wenn er nur eine gewisse Bescheidenheit und journalistisches Anstandsgefühl besessen hätte, gezwungen, ganz ruhig die Gewerkschaftsbewegung den Weg gehen zu lassen, den sie von ihren alten Führern gewiesen erhalten hat. Die unpolitische kaufmännische Bewegung, die Quarck bisher protegirt hat, hat allerdings ganz falsch angenommen, daß er neue Wege wandeln würde. Daß dem so ist, konnte auch nur erklärlich erscheinen aus seinen Artikeln im „Vorwärts", wo es an einer Stelle heißt:

„Meine Vorschläge bezwecken also, durch lebhafte und einheitliche Erörterung der Wirthschaftsgesetzgebung bei der gewerkschaftlichen Agitation den Drang zur politischen Partei und des Bewußtseins daran, daß es doch schließlich immer sie ist, welche das letzte und entscheidende Wort spricht, zu wecken und zu stärken, während heute bei dem umgrenzten Gebiete, auf dem sich die Gewerkschaftsbewegung ganz nach dem Wunsch meines Kritikers stellenweise bewegt, alle Instinkte manchmal beinahe einzuschlafen und verloren zu gehen drohen.

Wo in der deutschen Gewerkschaftsbewegung gehen diese Instinkte verloren? In der Gewerkschaftsbewegung, die sich den Sozialdemokraten angeschlossen hat, sind diese Instinkte vorhanden. Der Hang zur politischen Partei soll erweckt werden durch unpolitische Sozialpolitik! Parteigenossen! Meiner Ueberzeugung nach, wenn wir Sozialpolitik treiben, muß sie Parteipolitik sein. Eine Sozialpolitik, wie sie Quarck empfiehlt, Sozialpolitik ohne Parteipolitik, ist eben jene Politik bürgerlicher Reformer, deren Schicht er zum theil heute noch angehört, und da hat der „Vorwärts" ganz recht mit der Betonung, daß er in seinen ganzen Anschauungen auf sozialistischem Gebiete eine enge Verbindung mit der bürgerlichen Sozialreform noch heute bethätigt; und der diese Stellung eingenommen hat, der zu guterletzt den Drang zur politischen Partei unter den Kaufleuten so stark entwickelt hat, daß sie ihn hinausgeworfen haben, der Mann kann uns nicht für die Gewerkschaftsbewegung als Leiter und Vorbild dienen. Wenn aber Quarck mit der bescheidenen Stellung als Preßkommissionsmitglied in Frankfurt nicht zufrieden war und die Gründung eines Zentral-Gewerkschaftsbureaus und eines Zentral-Gewerkschaftsblattes forderte, dann mußte er das von vornherein sagen, dann hätte sich alles vereinfacht, dann hätte es geheißen: für Quarck muß eine Stellung in der Partei geschaffen werden! Das haben wir durchschaut, und ich bedaure nur, daß der „Vorwärts" viel zu wenig gerade auf seine bisherige Thätigkeit in der Gewerkschaftsbewegung zu sprechen kam. (Sehr richtig.) Jeder andere Parteigenosse, der diesen Standpunkt eingenommen hätte, wäre in der Partei unmöglich geworden. Wie verhält es sich denn mit der Thätigkeit des Parteigenossen Quarck im sogenannten Hamburger Verband? Er ist ein Ergebniß des unpolitischen Gewerkschaftslebens, ein Harmonieverein. Quarck sagt allerdings, wir wollen in diesen Verein eindringen und die Leute zu uns herüberziehen. Mit welchem Erfolg er das gethan hat, haben wir gesehen: als er

in Frankfurt herausflog und ganze 24 Mann mit herüberbrachte. Das ist das Fazit seiner Thätigkeit. Und nun kam er mit seinen neuen Plänen.

Auf dem Mainzer Verbandstage vom vorigen Jahre trat Quarck ebenfalls auf. In der Nummer der „Kaufmännischen Presse“ vom 22. Juni 1895 wird in einem Artikel „Nachklänge zum Mainzer Verbandstage“ erwähnt, daß die Sozialdemokratie schon jetzt Versuche macht, unter den Handlungsgehilfen Anhänger zu werben, und zwar nicht ganz ohne Erfolg. Dies haben die Verhandlungen des Verbandstages bewiesen. Darob große Entrüstung bei Herrn Quarck, denn er bemerkt dazu:

„Wenn Fabrikanten in Rheinland-Westfalen eine Berufsversammlung abhalten, so wird jeder Redner sorgsam verzeichnet. Bei Handlungsgehilfen glaubt die „Kölnische Zeitung“ so etwas nicht nöthig zu haben, desto ausführlicher macht sie hinterher den Versuch, einzelne Delegirte, die auch ihr Theil zur Durchsetzung „berechtigter Forderungen“ beigetragen haben, auf parteipolitischem Gebiete zu verdächtigen. Auf dem Mainzer Verbandstag ist von parteipolitischen Dingen überhaupt keine Rede gewesen, und wir stehen nicht an, aus diesem Anlaß nachträglich noch auch unseren Gegnern bei den Verhaudlungen gern das Zeugniß auszustellen, daß sie in Mainz jene Anzapfungen, die den Münchener Verhandlungen ein so häßliches Gepräge gaben, wenigstens öffentlich unterlassen haben. Es ist deshalb unerfindlich, wie die „Kölnische Zeitung“ nachträglich zu solchen Verdächtigungen kommt. Jedenfalls ist es immer sehr unvorsichtig gerade vom Standpunkt unserer Gegner, ein entschiedenes Auftreten für die Handlungsgehilfen sofort als sozialdemokratisch zu bezeichnen.“

Zum Schluß wird dann die Behauptung, daß die „Kaufmännische Presse“ eine sozialdemokratische Agitationsschrift sei, als eine Erfindung bezeichnet und für eine freche nichtsnutzige Verleumdung erklärt. (Hört, hört!) Also der Parteigenosse Quarck, der die Redaktion der „Kaufmännischen Presse“ inne hat, eines unpolitischen Gewerkschaftsblattes, erklärt es für eine freche nichtsnutzige Verleumdung, daß er den Versuch mache, unter den Handlungsgehilfen Anhänger für die Sozialdemokratie zu werben. Das ist der Parteigenosse, der als Kandidat für Wiesbaden bei den nächsten Wahlen kandidiren soll. Wenn Sie sich über Stegmüller entrüsten, dann ist es ungerecht, wenn Sie die Stellungnahme dieses Mannes so schonend behandeln. Jeder andere Parteigenosse wäre nach einem solchen Auftreten von der Partei kalt gestellt worden.

Dann hat sich Quarck darüber beschwert, daß der Artikelschreiber im „Vorwärts“ sich nicht gemeldet hat. Er ist hier; ihn zu nennen, habe ich keine Veranlassung, die Redaktion übernimmt die Verantwortung. Welche Meinung vertritt aber Quarck überhaupt in der Gewerkschaftsbewegung? Er sagt, sie werde überhaupt unpolitisch geleitet. In gewissem Sinne mag das richtig sein, insofern als die Presse, soweit sie Gewerkschaftspresse ist, nicht gegen die Grundanschauungen der Partei verstößt, aber im Gegensatz dazu steht die Haltung seines Organs „Die kaufmännische Presse“. — In der „Hilfe“ vom 13. September d. J. heißt es: Im Interesse der Gewerkschaften, im Interesse der deutschen Arbeiterbewegung begrüßen wir eine Trennung von der Sozialdemokratie mit großer Freude. Hat etwa die englische Arbeiterschaft Nachtheile davon, daß sie sich von der Sozialdemokratie nicht ins Schlepptau nehmen läßt, oder ist sie im englischen Parlament weniger einflußreich? Die Wahlen und das Bestehen der bürgerlichen Parteien hingen in England doch zum größten Theil von der Stellung der Trades Unions ab. Gewerkschaftsbewegung, das heißt Verbesserung der wirthschaftlichen Lage unter der heutigen Gesellschaftsordnung und Marx' Theorien können sich eben nie und nimmer vereinen, die beiden Richtungen müssen früher oder später auseinandergelangen.

Die Forderungen Quarck's sind geeignet, diese Trennung anzubahnen. Nun, Parteigenossen, bis dahin hat es noch lange Wege, bis Quarck eine derartige Trennung mit Erfolg anbahnt. Nicht ganz unrichtig ist es aber, daß Quarck derartige Wege wandelt. Dieser Weg wird von der Gewerkschaftsbewegung nicht beschritten, denn ich bin der Ueberzeugung, die Gewerkschaftsbewegung entweder ist sozialdemokratisch oder sie ist nicht. Es wird außerhalb der Verbände bei der Erörterung politischer Fragen immer und immer wieder darauf hingewiesen, daß es die Partei ist, die stets für diese Dinge eintritt. Ich sehe, daß die Parteigenossen nicht wünschen, daß noch länger über diese Dinge gesprochen wird. Ich weiß ja auch, daß sachlich in der Partei absolut keine Meinungsverschiedenheiten herrschen, aber es ist uns wiederholt vorgeworfen, daß wir eine Erklärung von Quarck nicht aufgenommen haben. Warum? An einer Stelle, die sich gegen den „Handels-Angestellten" richtet, es ist das auch charakteristisch für den Ton, den Quarck gegen uns angeschlagen hat, ist die Rede von den „krankhaften Neigungen und Anlagen des Redakteurs 2c." Das verstößt gegen journalistischen Anstand und der „Vorwärts" mußte es zurückweisen. (Lebhafter Beifall.)

Damit schließt die heutige Sitzung.

Singer verliest Begrüßungstelegramme und ein Schreiben unseres alten Genossen Leßner in London, der sein Bedauern ausspricht, an dem Parteitage diesmal nicht theilnehmen zu können.

Die morgige Sitzung wird versuchsweise von 9 bis 1 und von 2 bis 6 dauern.

Schluß 7 Uhr.

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 13. Oktober. — Vormittagssitzung.

$9^1/_4$ Uhr. Den Vorsitz führt Singer. Bei Eröffnung der Sitzung heißt Singer den Delegirten der österreichischen Bruderpartei, Genossen Schumeier, willkommen: Wir freuen uns um so mehr über seine Gegenwart, als wir wissen, daß die österreichischen Genossen, namentlich diejenigen, die durch das Vertrauen der Genossen mit der Führung der Geschäfte der Partei betraut sind, jetzt in einer Thätigkeit begriffen sind, die zu unterbrechen, um hierherzukommen, ihnen zu schwer ist. Die österreichischen Genossen befinden sich in der Vorbereitung der Reichsrathswahlen. Wir hoffen und wünschen, daß die Erfolge bei denselben der tapferen, energischen Agitation der österreichischen Sozialdemokratie, ihren Anstrengungen und ihrer unermüdlichen Thätigkeit entsprechen werden. Und wir sind sicher, daß, wenn die österreichische Sozialdemokratie in den Reichsrath eintritt, die große Sache, der wir gemeinsam dienen, erheblich gefördert wird.

Schumeier: Im Namen der Parteileitung der österreichischen Sozialdemokratie entbiete ich dem Parteitage Gruß und Handschlag. Wenn unsere Vertretung am heutigen Parteitage so klein ist, wie auf keinem der früheren, so liegt das an der schwierigen Lage, in der wir uns gegenwärtig befinden. Wir in Oesterreich haben einen weit schwereren Stand, als Ihr. Unser Bürgerthum steht so tief, es bekämpft uns seit Jahren mit so schmutzigen Mitteln, daß wir ihnen nicht mit gleichen Waffen dienen können. Wenn ich Ihnen sage, daß Dr. Lueger, der Vizebürgermeister unserer Reichshauptstadt, wo doch die Intelligenz zusammen sein sollte, als Theilnehmer angemeldet war zu dem Antifreimaurer-Kongreß, der des Teufels Unterschrift prüfen wollte und auch geprüft hat (Heiterkeit), so werden Sie begreifen, wie tief unser Bürgerthum steht. Wir müssen es ruhig mit ansehen, daß aus den österreichischen Kron-

ländern russische Provinzen gemacht werden; ich weise nur auf die Zustände in Galizien hin. Wenn Sie ferner bedenken, daß bei uns die Ueberwacher von Versammlungen verbieten, Bier zu trinken (Ruf: Bei uns auch! Heiterkeit), so können Sie sich ein Bild von den österreichischen Verhältnissen machen. Ich kann nicht alle Dummheiten unserer Bezirkshauptleute aufzählen, die weit dümmer sind, als anderswo. (Heiterkeit.) Wenn erst Mitglieder unserer Partei ins österreichische Parlament einziehen, so wird auch rücksichtslos gegen diese vorgegangen werden, die tagtäglich das Gesetz mit Füßen treten. Wir sind jetzt in der Arbeit zu den Reichsrathswahlen begriffen, und im Frühjahr wird es sich entscheiden. Ich bin überzeugt, daß Ihr an unseren Erfolgen ein ebenso lebhaftes Interesse nehmt, wie wir stets an den Eurigen. Je stärker die Sozialdemokratie in Oesterreich ist, desto besser steht es auch in Deutschland und umgekehrt. An Muth und Thatkraft hat es uns noch nie gefehlt, wohl aber an Geld (Heiterkeit), und wenn uns nirgends mehr eine Quelle offen stand, so haben wir es gemacht wie Moses, nur daß dieser an den Felsen klopfte, während wir immer kräftig bei Euch anklopfen. (Heiterkeit.) Wir gehen nicht gern betteln, denn das ist kein angenehmes Geschäft, aber wir Oesterreicher san grade Kerls, ich rede frei von der Leber weg und ich sage Euch offen: Wir werden wieder klopfen kommen. (Große Heiterkeit). Für die „Wiener Arbeiterzeitung" werden wir nicht mehr klopfen, wohl aber für den Parteifonds, damit es uns gelingt, zum Frühjahr ein Dutzend Genossen ins Parlament zu schicken. (Beifall.) Bei uns sind fast nur die großen Städte roth, auf dem Lande ist's schwarz, und wir werden mit der klerikalen Partei hart zu kämpfen haben. Ich bitte Sie also, uns nicht zu vergessen, wenn der Ruf an Sie ergehen sollte. Sobald erst Oesterreich einmal in die Reihe der Kulturländer eingerückt ist, wird auch bei uns die Bettelei ein Ende haben. (Heiterkeit.) Ihr lacht darüber, aber das, was wir heute durchmachen, habt Ihr vor 25 Jahren auch durchgemacht, nur mit dem Unterschied, daß Ihr nirgends habt anklopfen können. Ich sehe nicht ein, warum wir die Unterstützung einer so mächtigen Bruderpartei verschmähen sollen, und wenn ich mit meiner Begrüßung das Angenehme verbinde und Euch die Ueberzeugung beibringe, daß das Geld, was Ihr nach Oesterreich schickt, in würdige Hände kommt, so habe ich meinen Zweck vollständig erreicht. (Große Heiterkeit.) Ich bin zu Euch, aber nicht blos des Wahlbeitrages wegen geschickt, sondern um von Euch zu lernen. Die Sozialdemokratie Deutschlands hat uns gelehrt, wie man Sozialistengesetze überwindet, sie wird uns auch lehren können, wie man Bezirke erobert und den Gegnern das Heft aus den Händen reißt. Ich wünsche Euch zu Euren Berathungen den besten Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

Eine Reihe von Begrüßungsschreiben sind eingelaufen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird der Bericht der **Mandatsprüfungs-Kommission** entgegengenommen, den

Antrick-Berlin erstattet. Hiernach sind 185 Delegirte erschienen. Gegen das Mandat des Genossen Götze-Meerane ist ein Protest eingelaufen. Die Kommission beantragt über den Protest zur Tagesordnung überzugehen, da die in ihm enthaltenen Gründe der Wahrheit nicht entsprechen. Ein zweiter Protest richtet sich gegen das Mandat der Genossin Heinrich-Sagan. Die Kommission beantragt gleichfalls Uebergang zur Tagesordnung über diesen Protest. Bei dieser Gelegenheit möchte die Kommission noch ein ernstes Wort an die Genossen im Lande richten. Es hat sich nach und nach das Protestmachen gegen Parteitagsmandate als grober Unfug ausgebildet. Aller Stank und Zank, selbst wenn er vor 5, 10 Jahren in den einzelnen Partei-Orten vorgekommen ist, wird in Gestalt von Protesten vor den Parteitag gebracht. Wir müssen demgegenüber die Genossen auf die §§ 1 und 2 unseres Organisationsstatuts hinweisen, worin ausdrücklich steht, daß über die Parteizugehörigkeit

die Genossen des einzelnen Ortes entscheiden. Es geht nicht an, daß der Parteitag beständig damit belästigt wird, einzelne längst abgethane Streitigkeiten zu untersuchen. (Zustimmung.)

Der Antrag der Mandatsprüfungs-Kommission, sämmtliche Mandate für giltig zu erklären und über die beiden Proteste zur Tagesordnung überzugehen, wird debattelos angenommen.

Singer: Es ist auch ein Delegirter unserer holländischen Bruderpartei, Genosse Vliegen, anwesend. Wir wissen die schweren Kämpfe, in denen unsere Genossen in Holland stehen, vollauf zu würdigen, und freuen uns, daß sie trotzdem einen ihrer ältesten und tapfersten Genossen hierher geschickt haben. Ich heiße ihn willkommen und hoffe, daß er aus unseren Verhandlungen die Ueberzeugung mitnehmen wird, daß wir bereit und gewillt sind, die Thätigkeit, welche unsere Genossen in Holland entwickeln, mit Aufmerksamkeit und Dank zu verfolgen. Wir sind der sicheren Ueberzeugung, daß es ihnen gelingen wird, die Interessen der Sozialdemokratie in erfolgreicher Weise zu vertreten und die Sozialdemokratie zu reinigen von den Elementen, die bewußt oder unbewußt die Interessen der bürgerlichen Gesellschaft vertreten, indem sie die Thätigkeit der Sozialdemokratie stören und verhindern. (Lebhafter Beifall.)

Vliegen: Der Vorstand der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands hat mich hierher gesandt, um Sie zu beglückwünschen wegen Ihres steten Vordringens in Ihrem Kampfe und Ihnen die Versicherung unserer brüderlichen Solidarität zu bieten. (Beifall.) Vor 3 Jahren ist der frühere sozialdemokratische Bund in Holland mit Sack und Pack zum Anarchismus übergegangen. Sie wissen aus Erfahrung, wie es die Thätigkeit der Partei stört, wenn eine Minderheit zum Anarchismus übergeht; wenn es aber die große Mehrheit ist, mit der ganzen Organisation, der ganzen Presse, dann können Sie sich denken, daß das eine noch viel größere Verwirrung geben muß, und das ist bei uns der Fall gewesen. Die alte Partei ist durch ihren Uebergang zum Anarchismus zerstückelt und zerbröckelt und zerfallen; sie hat nichts mehr zu bedeuten. Während noch vor drei Jahren fast in jedem Dorf im ganzen Lande eine Abtheilung der Partei vorhanden war, z. B. im Norden der Provinz Groningen 27 Abtheilungen, existiren dort jetzt nur noch 3 oder 4. So soll es überall gehen, wo der Todeshauch des Anarchismus über die proletarische Bewegung hingeht. Wir sind zwar nur eine kleine, junge Partei, aber wir sind gefestigt und wissen, was wir wollen. Wir wissen, daß wir nicht durch große Worte, durch Barrikadenreden der Sache der Sozialdemokratie dienen, sondern durch Erziehung und Organisation des Proletariats. (Beifall.) Wir begrüßen Sie nicht als eine kräftige Schwesterpartei, sondern als ein jüngerer, schwacher Bruder, der von Ihnen lernen will und Ihre Stütze braucht. Wir wollen aus Ihren Erfolgen lernen für die schweren Kämpfe, in die wir für die kommenden Wahlen im Frühjahr zum ersten Male unter dem neuen Wahlrecht eintreten. Unser Zeichen ist die Internationalität; der Kapitalismus rückt uns zusammen, er schmiedet die Bande, die sich um uns schlingen. Ich schließe mit der Versicherung und Hoffnung, daß unsere Begrüßung Ihnen Freude gemacht hat und daß dieser Ihr Parteitag zur Stärkung der Partei, zur Stärkung der internationalen Sozialdemokratie beitragen möge. (Lebhafter Beifall.)

Nunmehr wird in die Tagesordnung eingetreten. Die Verhandlung über den Punkt „Presse" wird fortgesetzt.

Frohme: Genosse Steiger hat die Redezeit um das fünffache überschritten, hat sich aber aus seiner Position eines Angeklagten nicht herausbringen können. Er hat eine hübsche Rede über die Bedeutung der Kunst und der Erziehung zur Kunst gehalten, es aber weislich unterlassen, auf die Vorwürfe einzugehen, die wir ihm gemacht haben. Er hat uns vorgeworfen, wir

hätten bei der Vorlegung des Materials an den Parteitag seine beiden letzten Artikel nicht mit vorgelegt. Sie waren aber noch gar nicht erschienen, als wir das Material zur rechtzeitigen Fertigstellung drucken lassen mußten. Mit meinen Begriffen von Ehrlichkeit in der Kritik verträgt sich ein derartiges Verhalten nicht. (Oho!) Er suchte es so darzustellen, als ob die Mißstimmung gegen die „Neue Welt“ eine Mache der Hamburger Redaktion sei. Die Mißstimmung herrscht aber in ganz Deutschland, in den weitesten Kreisen. Auf das, worauf es ankommt, ist Steiger gestern nicht mit einem Wort eingegangen. In der „Mutter Bertha“ wird geschildert, wie Mutter Bertha mit einem Begleiter geht. Sie bleibt plötzlich stehen: „Ach, Herr Fritz, ... ich . . . . ach . . .“ „Was, Fräulein?“ sagte er, der sie nicht verstand. „Ich möchte mal' . . . ach, verstehen Sie mich doch!“ . . . „Ach so . . . pardon! . . .“ „Sie müssen entschuldigen . . . ja, ja . . . Verzeihen Sie . . . Bitte, bitte . . .“ Eine blutrothe Verlegenheit durchschoß sein Gesicht. Dann sagte er: „Ist es Ihnen vielleicht recht, wenn wir irgendwo eintreten?“ — „Ja doch, aber blos ein bischen schnell!“ (Heiterkeit.) — Und nun bleibt es der freundlichen Leserin überlassen, Mutter Bertha in das intime Gemach zu begleiten und die geheimsten Regungen ihrer Seele zu belauschen. (Große Heiterkeit.)

Wenn die naturalistische Kunst glaubt, es rechtfertigen zn können, derartige absolute, stinkende Schweinereien in Romanen bieten zu dürfen (Beifall und Unruhe), dann hört einfach alles auf. Auf alles das ist Genosse Steiger mit keinem Wort eingegangen. Es ist uns garnicht eingefallen, gegen die Freiheit der Kunst, gegen die naturalistische Kunst an sich uns zu wenden, so lange sie sich in den Grenzen des Anstandes hält. Ich weiß ja, es giebt eine Menschensorte, die es schon als ein Verbrechen ansieht, wenn man das Wort Moral und Anstand nur in den Mund nimmt. Es wird mir doch Niemand glauben machen, daß eine Kunstrichtung, die sich als eine Erscheinung des Uebergangs-Zeitalters, eines tollen menschlichen Karnevals selbst giebt, die echte, wahre Kunst genannt werden könne. Genosse Steiger hat auch gestern wieder von sozialdemokratischen Traktätchen gesprochen. Alles, was nicht seiner Meinung entspricht, pflegt er einfach als Traktätchen zu bezeichnen, aber die uns Hamburgern gemachten Vorwürfe sind nicht begründet. Es ist sehr leicht, ein Phrasenragout anzurichten, wie es Steiger gethan hat. Darüber darf man sich doch nicht täuschen, daß es leichter ist, hier eine Rede über die Bedeutung der Kunst zu halten, als auf die Streitpunkte einzugehen. Wir haben nicht gegen Windmühlen gekämpft, sondern Auswüchse, die thatsächlich vorhanden sind, auszurotten versucht. Wenn Steiger von der Erziehung des Volkes zur Kunst spricht, so betritt er ein Gebiet, auf dem er leicht straucheln kann, denn von der Erziehung des Volkes zur Kunst in dem abstrakten Sinne, wie es Steiger meint, kann keine Rede sein. Ohne die feste Grundlage einer materiellen Existenz redet man vergebens von der Erziehung des Volkes zur Kunst. Der Behauptung in dieser Allgemeinheit kann höchstens ein Mensch beipflichten, der nicht weiter denkt, als seine Nase reicht. Emporhebung des Volkes! Ja, hat die Sozialdemokratie nicht jeher daran gearbeitet! Entkräftet hat Steiger unsere Angriffe nicht. Was er über die Bedeutung der Kunst sagte, unterschreibe ich Wort für Wort. Aber das ist garnicht der Streitpunkt. Und es ist sehr wenig ehrlich von ihm, daß er es so hinstellt, als seien wir Vandalen, die gegen die Kunst wüthen, während wir nur die Auswüchse des Naturalismus bekämpfen. (Beifall.)

Schreck-Bielefeld: Der „Vorwärts“ steht an Aktualität weit hinter der „Leipziger Volkszeitung“ und der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ zurück. Was die „Neue Welt“ betrifft, so vermissen wir Arbeiter populäre Unterhaltungslektüre in ihr. Der Zweck der „Neuen Welt“ soll sein, erzieherisch in sittlicher Beziehung zu wirken. Aber Genosse Frohme geht in seiner Kritik viel zu weit.

Wenn er die von ihm verlesene Stelle aus der „Mutter Bertha“ schon als „stinkende Schweinerei“ bezeichnet, dann soll er lieber in ein Kloster gehen. (Große Heiterkeit.) Steiger hat selber zugegeben, daß ihm Fehler bei der Auswahl des Stoffes passirt sind. Hoffentlich läßt er in der „Neuen Welt“ nun auch den sittlichen Idealismus zum Wort kommen, der uns in unserem schweren Kampf aufrichtet.

Weinheber-Hamburg: Der Antrag des zweiten Hamburger Kreises über die „Neue Welt“ ist schon vorher in einer Vertrauensmänner-Versammlung berathen worden. Die „Neue Welt“ soll ein Unterhaltungsblatt, ein Familienblatt sein, das auch agitatorisch wirkt. Es darf aber nicht einer einseitigen literarischen Richtung dienen. Wir wollen die Frauen gewinnen. Das ist der „Neuen Welt“ unter der Redaktion Steiger's nicht gelungen. Dafür sind die 48 000 Mk., die darauf gelegt werden, denn doch zu schade. Dem Volke muß die Kost gegeben werden, die es verdauen kann. Täglich laufen Beschwerden über die „Neue Welt“ ein. Ein Wandel muß geschaffen werden. Und wenn Genosse Steiger Besserung verspricht, dann sind wir Hamburger ja zufrieden. Die Auswahl des Stoffes muß eine gediegenere werden. Dazu sollte unser Antrag die Anregung geben. Wenn Sie die Reduktion des Umfanges der „Neuen Welt“ von 12 auf 8 Seiten nicht wollen, so werden wir uns auch damit zufrieden geben. Wir machten den Vorschlag nur, um das Defizit zu vermindern. Der Wunsch, daß der Redakteur des Blattes in Hamburg wohnt, beruht auf rein geschäftlichen Gründen und enthält keine persönliche Spitze.

Steiger: Den gegen mich von dem Genossen Frohme erhobenen Vorwurf der unehrlichen Kampfesweise muß ich entschieden zurückweisen, denn ich bin nicht aus eigenem Antriebe hierher gekommen, um für meine Ideen Propaganda zu machen, sondern auf ausdrückliche Aufforderung des Partei-Ausschusses. Ich stimme dem Genossen Frohme darin bei, daß die Erziehung des Volkes zur Kunst ohne die Grundlage einer materiellen Existenz ein Unding sei und daß unsere heutigen ökonomischen Verhältnisse nicht besonders dazu geeignet sind; aber ich will es trotzdem versuchen, diese Schwierigkeiten zu überwinden. Bedenken Sie doch, daß gerade die größten Kunstepochen die Zeiten sind, wo eine alte Welt zu grunde geht! Wenn Frohme an der von ihm verlesenen Stelle aus „Mutter Bertha“ Anstoß nimmt, so hat er keinen Sinn für Komik. Die Komik liegt eben darin, daß der Mensch in dem Augenblick, wo er in den schönsten Gefühlen schwelgt, plötzlich durch die einfachsten natürlichen Bedürfnisse aus allen Himmeln gerissen werden kann. Daß ich mich in dem Inhalt manchmal vergriffen habe, gebe ich zu, und was an mir liegt, den Inhalt der „Neuen Welt“ zu verbessern, werde ich thun; unterstützen Sie mich in diesem Streben, so gut Sie können!

Molkenbuhr: Da Steiger in seiner Broschüre nur seine eigenen Artikel veröffentlicht und dadurch ein schiefes Bild gegeben hat, so war es nöthig, die verschiedenen Artikel gegenüberzustellen. Steiger wird es mir glauben, daß die Abdrücke unserer Broschüre bereits unterwegs waren, als sein vierter Aufsatz in der „Leipziger Volkszeitung“ erschien, und daß er überhaupt einen derartigen Verdacht erhob, ist schon ein Beweis für die eigenthümlichen Mittel, mit denen er kämpft. In dem Artikel „Die Erziehung des Volkes zur Kunst“ behauptet Steiger, daß die Kunst im sozialdemokratischen Lager ganz falsch behandelt ist, daß das arbeitende Volk bisher keine Gelegenheit hatte, sich mit der Kunst zu beschäftigen. Wenn Steiger so etwas behauptet, so zeigt er nur, daß er nicht weiß, wie es im arbeitenden Volke aussieht. Wo sind denn die großen billigen Klassikerauflagen geblieben, wer besucht die Gallerien in großen Städten, wer stellt das Hauptkontingent zu den billigen Klassikeraufführungen? Doch Leute aus der Arbeiterklasse, die sich schon vorher mit der Kunst beschäftigt haben. Es ist eine Ueberhebung, wenn Steiger meint, daß bis zur Uebernahme der

Redaktion durch ihn nichts geschehen ist. Die „Neue Welt“ hat doch vorher schon annähernd 20 Jahre bestanden, und auch in verschiedenen Feuilletons unserer Parteiblätter sind schon vorher bedeutende Erzeugnisse unserer modernen Literatur veröffentlicht worden; ich weise nur auf Zola's Germinal hin. Die Abonnentenzunahme ist doch kein Beweis, denn man kann die „Neue Welt“ nicht abbestellen, ohne gleichzeitig sein Parteiorgan abzubestellen. Darin liegt ja gerade das eigenthümliche, daß für 200 000 Menschen ein Blatt herausgegeben wird, von dem der Redakteur weiß, daß für seinen Inhalt nur eine ganz geringe Jüngerschaar vorhanden ist. Und deshalb ist es um so gewissenloser, daß Steiger trotzdem Woche für Woche einen Stoff bringt, für den sich die Mehrheit der Leser nicht interessirt. So massenhafte Klagen sind noch über keine Zeitschrift erhoben worden.

Genosse Steiger preist die moderne Kunst. Meint er damit etwa den „Neuen Gott“ von Hans Land? Einen unglücklicheren Griff konnte er garnicht machen. Steiger preist die Modernen, er vergißt aber, daß die Stimmung den Leser oft daran hindert, das Kunstwerk wirklich zu genießen. Die Schilderung der Leiden eines Krüppels mag für einen Gesunden ein Kunstgenuß sein, nicht aber für den Krüppel, der dadurch noch mehr an seine Leiden erinnert wird. Der Arbeiter, der mit Noth zu kämpfen hat, der in Zeiten der Arbeitslosigkeit schon zu einer gewissen Mißstimmung geneigt ist, kommt nicht zum Genuß der Kunst, wenn immer und immer nur die Noth in den allerkrassesten Farben geschildert wird, im Gegentheil, es wird dadurch eine Art Selbstmordstimmung bei ihm hervorgerufen. (Sehr richtig!)

Ich will offen anerkennen, daß Steiger in der Auswahl der Illustrationen einen glücklicheren Griff gethan hat, als seine Vorgänger, aber es macht einen eigenthümlichen Eindruck, wenn ein Nachfolger sich soweit über seinen Vorgänger überhebt. Wir sind nicht aus Animosität gegen Steiger aufgetreten, sondern weil wir es für unberechtigt halten, daß man nur eine bestimmte Richtung pflegen will. Das ist ungeschickt und ruft Opposition hervor. Auch in Nürnberg sind, wie Grillenberger neulich unter der Hand mitgetheilt hat, $^{9}/_{10}$ der Leser mit dem Inhalt der „Neuen Welt“ nicht einverstanden. Das weiß Steiger genau, und deshalb ist es um so verwerflicher, so zu handeln. Die „Neue Welt“ muß so gestaltet werden, daß das arbeitende Volk davon Nutzen hat. Auch in der Auswahl der populär-wissenschaftlichen Artikel könnte Steiger vorsichtiger sein und belehrender wirken, damit die „Neue Welt“ ihren Zweck erfüllt. Er hat einige arge Schmarren gebracht. Für literarische Experimente ist das arbeitende Volk am allerwenigsten zu haben. (Lebhafter Beifall.)

Schoenlank: Genosse Molkenbuhr hat soeben dem Genossen Steiger — sicherlich nicht in böser Absicht, sondern nur, weil er den Ausführungen Steiger's nicht volle Aufmerksamkeit geschenkt hat — unterstellt, er hätte behauptet, erst mit seinem Eintritt in die Redaktion der „Neuen Welt“ habe die Erziehung des Volkes zur Kunst begonnen. Steiger hat nur betont, und das müssen wir ohne weiteres alle zugeben, daß die Kunst in unserer Presse stiefmütterlich behandelt wird. Wenn Molkenbuhr behauptete, daß die Schilderung des Elends auf die Arbeiter niederdrückend wirke, so ist das doch im Grunde dieselbe Auffassung, wie sie die Spießbürger von der Kunst haben; er verlangt sozialdemokratische Marlittiaden, das arbeitende Volk aber verlangt Wahrheit und nichts als die Wahrheit. Wenn Molkenbuhr recht hat, dann hätte auch Goethe die Leiden des jungen Werther nicht schreiben dürfen, weil einige junge Narren durch die Lektüre zum Selbstmord veranlaßt wurden. Was die von Frohme verlesene Stelle aus der „Mutter Bertha“ betrifft, so meine ich auch, der gute Steiger hätte hier ein bischen retouchiren sollen. (Sehr richtig.) Aber wir sollten doch nicht so überaus empfindlich sein: naturalia non sunt turpia (natürliche Dinge sind nicht schändlich, nicht zu verwerfen.) In Brüssel steht

das herrliche Kunstwerk, das „Manneken Piß". (Große Heiterkeit.) Vor 80 Jahren wollte eine verspießerte Stadtverwaltung es in den Archiven verschließen. Genosse Frohme scheint ähnliches zu wollen. Er schlägt dieselbe Saite an, wie die Klerikalen Münchens gegen den sogenannten Buberlbrunnen angeschlagen haben. Die Feigenblatt-Politik taugt uns weder in der Politik noch in der Literatur. (Beifall.) Die „Leipziger Volkszeitung" hat seinerzeit das Meisterwerk Claude Tillier's, den „Onkel Benjamin" abgedruckt. In dem humoristischen Roman führt der Dichter mit Schneidigkeit und Glanz, Humor und Witz den Kampf der aufstrebenden Bourgeoisie gegen den verrotteten Feudalismus. Der Held des Romans ist ein herrlicher Mensch, aber, was Genosse Bérard gewiß sehr bedauern wird, auch ein bischen Weinschlauch. (Heiterkeit.) Der Höhepunkt des Romans ist nun, wie Onkel Benjamin von dem Marquis gezwungen wird, ihn auf die Stelle seines Körpers zu küssen, wo man nur zu sitzen pflegt (Heiterkeit) und wie er dann in gleicher Weise Revanche nimmt. Kein Leipziger Arbeiter, keine Leipziger Arbeiterfrau hat daran Anstoß genommen. Ich würde mich keinen Augenblick bedenken, diesen Roman meinem Kinde in die Hand zu geben. (Beifall.)

Das Hohelied von der Kunst, das Frohme anstimmt, ist eben nichts anderes als das Hohelied von der ewigen Wahrheit der bürgerlichen Gesellschaft. Nein, Genosse Frohme, es giebt keine andere Kunst mehr als die moderne Kunst. Genosse Frohme hat den Steiger hingestellt als einen Verbrecher, der die Seele des Volks vergiftet. Er stand hier oben auf der Tribüne, wie vor vielen Jahren ein Mann im römischen Senat, der eine Anklage donnerte gegen Catilina und ausrief: Wie lange wirst Du noch unsere Geduld mißbrauchen! Aber mein lieber Frohme: der Parteitag ist kein römischer Senat, Steiger ist kein Catilina, und Du bist kein Cicero. (Stürmische Heiterkeit und Händeklatschen.)

Frohme und Bérard haben gestern einen Artikel eines mir nicht bekannten Kunstkenners verlesen, der sich in ihrem Sinne aussprach. Gut, ich gebe zu, es giebt verschiedene Geschmäcker! Ich theile Ihnen ebenfalls eine Stelle aus einem Briefe an mich mit, von einem Parteigenossen, den wir alle aufs höchste schätzen und dem niemand bestreiten kann, daß er ein vorzüglicher Sachkenner ist, vor dem sich auch die Autorität des Genossen Bérard beugen wird (Heiterkeit), aus dem Juli, als noch nicht der Sturm wegen der „Neuen Welt" durch den Parteiblätterwald brauste, als durch das „Hamburger Echo" und die „Leipziger Volkszeitung" noch nicht das geringste Säuseln ging. (Heiterkeit.) Da heißt es: Wer gezwungen ist, sich dem Auffassungsvermögen des großen Publikums anzupassen, dem geht in kurzer Zeit der Witz aus. Darüber wird Steiger sehr bald ein bitteres Lied singen. Aber Steiger macht seine Sache gut; er soll sich nur nicht verblüffen lassen. Steiger wird sich nicht verblüffen lassen; lassen Sie sich auch nicht verblüffen, und entscheiden Sie so, wie es der Sache der Sozialdemokratie und den Fortschritten auf dem Gebiete der Kunst entspricht. (Lebhafter Beifall.)

Stadthagen: Frohme's Ausführungen habe ich nichts hinzuzufügen. Wenn Schoenlank von dem Kuß auf eine bestimmte Stelle gesprochen hat, so übersieht er, daß das dort nicht so anschaulich geschildert wird, wie es unsere Naturalisten thun würden, die die herausgesteckte Zunge und alles andere deutlich schildern würden. (Heiterkeit.)

Ich empfehle Ihnen die Anträge zur Annahme, die eine Verbesserung des Inhalts unserer Presse verlangen. Die Leiter des „Vorwärts" sollten in geschäftlicher Hinsicht bedenken, daß es sich um eine Waare handelt, die sie auszugeben haben. Es ist eine Schande, daß das Brunnenvergiftungs-Blatt, der „Berliner Lokal-Anzeiger", in Berlin 180000 Abonnenten hat, der „Vorwärts" nur 46000. Es muß der „Vorwärts" seinen Lesern dasselbe und

mehr bieten, wie die bürgerlichen Blätter. Der „Vorwärts" bietet nicht ein Spiegelbild aller literarischen, wissenschaftlichen, wirthschaftlichen, politischen und nichtpolitischen Erscheinungen; er ist in dieser Beziehung weit hinter unseren Ansprüchen zurückgeblieben. Die Redaktion muß vermehrt werden. Um den „Vorwärts" zu dem Agitationsmittel zu machen, das er sein sollte, ist es nöthig, daß charaktervolle und literarisch fähige Mitarbeiter, die auch Selbstdisziplin zu üben verstehen, in größerer Zahl Liebknecht zur Seite stehen. Es dürfen nicht die Widersprüche vorkommen, die sich jetzt fast in jeder Nummer des „Vorwärts" finden, wo auf der ersten Seite das Gegentheil von dem steht, wie auf der dritten. Unser verehrter alter Liebknecht ist unmöglich im stande, wo er fortwährend herausgerissen wird, wo er allerorten von den Genossen gerufen wird und deshalb häufig von Berlin fort muß, jederzeit die mechanische geschäftliche Thätigkeit in der Hand zu haben, so daß alles aus einem Guß kommt. Er muß sich eine journalistische Hilfskraft nehmen, die ihn in dieser geschäftlichen Redaktionsthätigkeit, selbstverständlich unter seiner Oberleitung, unterstützt. Dem „Vorwärts" liegt ja ein weit größeres Arbeitsgebiet vor, wie der bürgerlichen, wie der Provinzpresse. Als politisches Blatt entspricht er durchaus allen Anforderungen. Es ist nicht wahr, daß andere Partei-Zeitungen ihn überflügelt haben. So vorzüglich auch die „Leipziger Volkszeitung", die „Sächsische Arbeiterzeitung" und die anderen Blätter in journalistisch-technischer Beziehung auch sind, so steht der „Vorwärts" doch meterhoch über ihnen als politisches und als Arbeiter-Blatt. Aber im übrigen muß sein Inhalt besser werden. Ich möchte unseren verehrten Liebknecht bitten, davon auszugehen, daß man von dem Arbeiter nicht verlangen kann, neben dem „Vorwärts" noch ein anderes Blatt zu lesen. Der „Vorwärts" muß alles bieten und alle Blätter ersetzen können. Ich hoffe, daß es dieser Anregung nur bedürfen wird und daß es möglich sein wird, Inhalt und Auflage des „Vorwärts" zu vermehren.

Was die Quarck-Seite anlangt (Heiterkeit), so bitte ich dringend um Ablehnung des Antrags, der ein Mißbilligungsvotum für die Redaktionen des „Vorwärts" und der „Magdeburger Volksstimme" verlangt. (Beifall.) Ich bedauere sehr, daß Genosse Schmidt gestern weit über das Ziel hinausgegangen ist. (Sehr richtig!) Wodurch aber fühlt sich Quarck beleidigt? Daß von den Frankfurter Pfadfindern ganz allgemein die Rede ist? Ja, ist denn Quarck eine hysterische Jungfrau? Und die Ausführungen über den „sozialpolitischen Reformer" enthalten doch nur ein sachliches Urtheil, ob und inwieweit die Eierschalen seiner Vergangenheit Quarck noch anhaften. Es ist ja nur verlangt worden, daß diese Art gewerkschaftspolitischen Strebens nicht die Hauptsache sein darf. Das soll die Redaktion nicht sagen dürfen? Deswegen ein Mißbilligungsvotum? Das wäre die ärgste Reaktion, die größte Ungerechtigkeit, eine Knebelung der Preßfreiheit! (Widerspruch und lebhafte Zustimmung.)

Ich hätte es nicht für nothwendig gehalten, den Quark so breitzutreten. (Heiterkeit.) Was mich empört hat an der Sache, das war nur das Verhalten einiger Redakteure des Blattes, die es für nothwendig hielten, in eigener Sache jene bekannte Erklärung zu erlassen. Diese Sache ist ja aber inzwischen erledigt. Der Parteitag hat sich nicht mehr damit zu befassen. Aber daß Quarck verlangt, daß nicht ihm, sondern den Redaktionen des „Vorwärts" und der „Volksstimme" ein Mißtrauensvotum ertheilt werde, das verstehe ich nicht. (Beifall.)

Agster-Stuttgart spricht zu dem badischen Antrag 50 und bittet darum, diese Frage nicht vom allgemeinen Gesichtspunkte aus zu betrachten, sondern die speziellen Verhältnisse ins Auge zu fassen. Im badischen Oberland erscheint nur dreimal wöchentlich ein Organ. Das kann absolut für die Genossen, die namentlich die parlamentarischen Verhandlungen verfolgen wollen, nicht

genügen. Dazu kommt, daß dieses Blatt nicht in der badischen Kapitale erscheint, sondern draußen in einem kleinen Orte. Da ist es nicht wunderbar, daß es nicht die Verbreitung hat, die es haben sollte und haben würde, wenn es täglich erscheinen würde. Allerdings hat es jetzt nur 4500 Abonnenten; bei täglichem Erscheinen würde es aber eben einen größeren Abonnentenstand haben und sich rentiren. Jetzt wird es vielfach durch auswärtige Blätter ersetzt, die doch hinsichtlich der lokalen Fragen in keiner Weise genügen können. Ich bitte Sie also, nehmen Sie Rücksicht auf die badische Bewegung und denken Sie nicht lediglich daran, daß jede Neugründung eines Blattes ein gewagtes Experiment ist. Wir verlangen ja nicht, daß die Mittel gänzlich aus der Parteikasse entnommen werden sollen, sondern wir sammeln in Baden einen Preßfonds und wünschen nur einen Darlehnszuschuß.

Antrick-Berlin: Die äußere Ausstattung der „Neuen Welt" ist bedeutend besser geworden. Wenn Genosse Steiger erklärt, in Zukunft etwas vorsichtiger in der Auswahl des Stoffes zu sein, so können wir uns wohl damit zufrieden geben. Weit wichtiger als diese Angelegenheit ist unsere Stellung zum „Vorwärts". Mit dem Redakteur muß ein ernstes Wort gesprochen werden. Wieviel hat der „Vorwärts" nicht in den letzten Jahren gesündigt. Zu den brennenden Parteifragen nimmt er entweder gar keine Stellung, oder er schwankt in seiner Haltung hin und her, wie bei dem Streit der sächsischen Genossen über die Taktik gegen die Wahlrechtsverschlechterung. — In der äußeren Politik des „Vorwärts" sieht es noch viel schlimmer aus. Hier werden uns geradezu ungeheuerliche Dinge geboten. Vor allem fehlt jede klare Darstellung der Thatsachen. Dazu kommen beständige Widersprüche. Die Darstellung der englischen Verhältnisse, wie sie der englische Korrespondent des „Vorwärts" giebt, ist ganz verschieden von der Darstellung, die die Redaktion des „Vorwärts" denselben Vorgängen giebt. Ebenso ist es mit der Darstellung der Vorgänge in Italien. Am schlimmsten aber ist das, was der „Vorwärts" über Frankreich schreibt. Da veröffentlicht er Sieges-Bulletins über die Wahlerfolge der französischen Genossen bei den Gemeinderaths- und Parlamentswahlen. Wenn man sich nun jetzt das Verhalten dieser angeblichen Genossen bei den jüngsten Vorgängen in Paris ansieht, bekommt man eine ganz andere Ansicht. Am 25. August brachte der „Vorwärts" es fertig, zu behaupten, die französische Regierung empfände ein Grauen vor dem Besuch des Zaren. Von Chauvinismus sei keine Rede, von ein paar Irrsinnigen oder Solchen, die ins Irrenhaus gehören, abgesehen, gebe es keine Chauvinisten. Wenn diese Behauptung wahr wäre, dann müßten die Irrenhäuser in Frankreich bedeutend erweitert werden und es würden wenige Franzosen draußen bleiben. (Heiterkeit.) Vier Wochen später hat der „Vorwärts" wieder das gerade Gegentheil geschrieben. Da bringt er einen Artikel, vermuthlich von demselben Verfasser: „Die neue Kosackenrepublik", der das Gegentheil von dem sagt, was am 25. August behauptet wurde. Das schädigt das Ansehen des „Vorwärts" und der Partei. Das sind nur zwei Nummern. Ich könnte Ihnen noch mannigfache Belege für meine Behauptung bringen. Wenn solche Dinge sich im „Vorwärts" abspielen, dann ist es endlich an der Zeit, daß die Partei sich wie ein Mann gegen diese Zustände erhebt, die der Würde der Partei nicht entsprechen. Acht, auch zehn Tage später, als sie datirt sind, erscheinen die auswärtigen Korrespondenzen im „Vorwärts". Häufig genug haben sie dann an Aktualität verloren. Für jede Zeitung ist eine möglichst schnelle, ausgiebige Berichterstattung von größter Wichtigkeit. Auch hier muß Wandel geschaffen werden. Von einem Zentralorgan verlange ich, daß es an der Spitze der Partei steht und ihr Direktiven giebt. Genosse Stadthagen hat die Kalamität schon angedeutet und auf unseren allverehrten Genossen Liebknecht bezug genommen. Auch ich bin der Ueberzeugung, daß Liebknecht, der als Journalist, Abgeordneter und

Agitator Menschenmögliches leistet, trotz seiner großen Arbeitskraft die Aufgaben, die die Chefredaktion des „Vorwärts“ stellt, nicht vollkommen erfüllen kann. Ein Mann muß mit der Direktion des Blattes betraut werden, der seine ganze Zeit dem Blatte widmen kann. Der „Vorwärts“ muß anders werden. Unsere Genossen können nicht 3, 4 Blätter daneben halten, um sich über die thatsächlichen Vorgänge in der Politik zu unterrichten. Wenn wir die Massen irreführen, so kann das gefährliche Konsequenzen haben. Wir haben alle Ursache, das Volk über die thatsächlichen wirthschaftlichen und sozialen Verhältnisse aufzuklären. (Beifall.)

Kolb-Karlsruhe betont die Nothwendigkeit, die Preßverhältnisse Badens besser zu gestalten. Die Abonnentenzahl geht in vielen Städten zurück, namentlich in der Umgegend von Karlsruhe. Um den Angriffen der nationalliberalen Presse entgegenzutreten, müsse ein Parteiblatt geschaffen werden, das auf der Höhe der Zeit steht; schaffe man ein täglich erscheinendes Blatt, so würden bei der nächsten badischen Landtagswahl neue Siege erfochten, sonst sei an Erfolge nicht mehr zu denken. In dem Antrage sei ja nur davon die Rede, daß der Partei-Ausschuß die badischen Genossen eventuell unterstützt, wenn die eigenen Mittel nicht ausreichen. Das Geld werde, wenn möglich, auf Heller und Pfennig zurückerstattet werden.

Liebknecht: Vor 20 Jahren wurden bereits hier in Gotha zum großen Theil dieselben Vorwürfe gegen das Zentralorgan erhoben wie heute — nur daß es damals nicht „Vorwärts“ hieß — und gerade weil sie so häufig vorgebracht werden, macht ein großer Theil der Ausstellungen einen sehr geringen Eindruck auf mich. Wir müssen uns doch darüber klar werden, daß für gewisse Beschwerden, die regelmäßig wiederkehren, tiefere Gründe vorliegen müssen, die es verhindert haben, daß das Ideal von einer Presse, wie es den Parteigenossen vorschwebt, sich bisher im „Vorwärts“ verwirklicht hat. Wollte ich irgend ein anderes Parteiblatt mit demselben Maßstabe messen, der an den „Vorwärts“ gelegt ist, so würde kein Blatt besser fahren. Das weiß jeder vernünftige und gerechte Genosse. Aber das Zentralorgan wird einfach als eine Domäne betrachtet, die man ohne weiteres schlecht machen kann, ohne das Gute hervorzuheben. Ich bedaure es, daß der Punkt „Presse“ nicht als besonderer Punkt auf die Tagesordnung des Parteitages mit einem Referenten und Korreferenten gesetzt ist. Dann hätte ich Zeit gehabt, die Fragen nach allen Richtungen hin eingehend zu behandeln und die maßgebenden Grundsätze klarzulegen, was ich jetzt nicht kann. Es sollte mir leid thun, wenn der Parteitag nicht einen Beschluß faßte, für das nächste Jahr ein Referat und Korreferat darüber entgegenzunehmen.

Ich habe die Stellung eines Chefredakteurs niemals so aufgefaßt, wie es gewöhnlich in Deutschland der Fall ist. Man versteht darunter einen Mann, der die ganze Zusammenstellung besorgt, das ganze Material durch seine Hand gehen läßt und für alle Einzelheiten verantwortlich ist. Ich habe nicht die Zeit dazu, von Morgens bis Abends in der Redaktion zu sein, und ich würde mein Amt nicht nur niemals übernommen, sondern meine Freunde würden es mir auch garnicht angeboten haben, wenn das von mir verlangt wäre. In Frankreich versteht man unter Chefredakteur einen Mann, der in politischen und sonstigen Dingen die Maschinerie der Redaktion leitet. Clémenceau, der jetzige Chefredakteur der „Justice“, schreibt dafür Leitartikel, und im übrigen wird das Blatt von Leuten in seinem Geiste redigirt. Wenn uns die Einrichtung der Redaktion in diesem Sinne noch nicht gelungen ist, so liegt das daran, daß wir eine hierfür geeignete Persönlichkeit noch nicht gefunden haben. Unsere Presse dezentralisirt sich immer mehr, und das ist gut. Wenn von einem der Vorredner auf die Nothwendigkeit der Zentralisation hingewiesen ist, so halte ich demgegenüber eine Zentralisation für das größte Unglück für die Partei. Die Partei hat eine große Presse, die sie immer mehr zu entwickeln

sucht, und was an Talenten in der Partei da ist, übernimmt eine selbständige Stellung. Hierzu kommt noch ein anderes Moment. Der „Vorwärts“ befindet sich in einer ganz eigenthümlichen Lage, er ist zugleich Zentralorgan und Lokalblatt, und das hat große Schwierigkeiten im Gefolge. Die Berliner Lokalangelegenheiten einerseits und die Parteinachrichten andererseits, die der „Vorwärts“ als Zentralorgan möglichst vollständig bringen muß, nehmen einen sehr großen Raum ein. Es ist davon gesprochen, daß manche Artikel so lange liegen bleiben, aber der Raum des „Vorwärts“ ist zu beschränkt. Uns steht nicht so viel Platz zu Gebote, wie etwa der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“, es macht uns schon eine große Mühe, das hineinzubringen, was unbedingt hineinkommen muß. — Es ist ferner gesagt worden, der „Vorwärts“ soll aus einem Guß hergestellt sein: Ja, das sollte er sein, aber er ist es nicht, weil verschiedene Strömungen darin zur Geltung kommen. Man wirft dem „Vorwärts“ vor, daß er oft keine Meinung hat und nicht zu allen Fragen Stellung nimmt, aber in diesem Punkt gerade zeigt sich der Unterschied zwischen einem Zentral- und einem Lokalblatt. Wäre ich Redakteur eines Lokalblattes, so wäre ich sicher der erste, der zu jeder Frage entschieden Stellung nimmt. Das Zentralblatt hingegen gehört der ganzen Partei, und wenn in der Partei verschiedene Strömungen herrschen, so halte ich als Chefredakteur des Zentralorgans mich nicht für berechtigt, meine Meinung als die leitende Meinung hinzustellen. Ich habe es stets für meine Pflicht gehalten, den verschiedenen Strömungen Rechnung zu tragen und abweichende Meinungen nicht vom Redaktionsstuhl herab zu verdammen oder gar zu exkommuniziren. Solche Differenzen innerhalb der Partei gab es z. B. in der Agrarfrage und in der bayerischen Landtagsfrage. Hätte ich damals Stellung genommen, so hätte ich damit einen Theil der Genossen, denen ich das gleiche Recht der Meinung zuerkenne wie mir selbst, verletzt und, wie die Dinge liegen, sogar beleidigt. Ich habe nicht das Gefühl der Unfehlbarkeit, ich glaube ja in manchen Dingen ebenso gut wie ein anderer in der Partei richtig urtheilen zu können, aber ich halte mich doch nicht im stande, immer das Richtige zu finden. Ich war z. B. bei der Agrarfrage, wo die Geister sehr heftig aufeinander platzten, nicht in der Lage, zu sagen, was das absolut Richtige war, und ich würde eine Partei verachten, wenn sie sich eine solche Bevormundung oder Schulmeisterei gefallen ließe. Kurz die Redaktion des Zentralblattes kann als Redaktion zu derartigen Fragen nicht Stellung nehmen.

Wir haben nun das Abkommen getroffen, daß die Redaktion nach der Majorität Stellung nimmt. Dann kann aber die Minderheit kommen und das Gegentheil sagen, und das wäre einfach Unsinn. (Sehr richtig!) Es könnte dann in dem Artikel eines Redakteurs das Gegentheil von dem zu stehen, was im redaktionellen Leitartikel in derselben Nummer enthalten ist. Man mache sich dies nur klar und man sieht, mit welchen Schwierigkeiten wir im Zentral-Organ zu kämpfen haben. Bei den Provinz-Parteiblättern weiß jeder sofort: das hat der Schoenlank oder Parvus, oder wie er sonst heißt, geschrieben oder schreiben lassen. Aber im Zentral-Organ halte ich mich nicht für berechtigt, so zu verfahren. Ich bin zu jedem Abkommen bereit, nur darf die Minderheit nicht vergewaltigt werden. Das Zentral-Organ darf nicht der große Nürnberger Trichter sein, der die Weisheit den Genossen eintrichtert. Gerade dadurch, daß wir nach allen Richtungen hin selbständiges Denken gefördert, selbständige Organe geschaffen und die Arbeiter geistig gebildet haben, sind wir den Gegnern im Kampfe überlegen.

Es ist mir vorgeworfen, daß ich bei der Frage der sächsischen Landtags-Wahlen nicht mehr eingegriffen habe. Ich bin ja oft diktatorischer Gelüste bezichtigt worden, aber ich habe doch so viel demokratisches Gefühl, daß ich den Genossen in einem Lande, wo die Sozialdemokratie so entwickelt ist, wie in

Sachsen, nicht von Berlin aus Direktiven geben will, wofür sie sich auch bestens bedankt hätten. Das Verlangen, von oben herab alles zu diktiren, kann nur jemand aufstellen, der wirklich nicht fähig ist, den Geist der Partei zu erfassen und die Dinge vollständig zu überschauen. Muß ich denn, wenn ich eine andere Meinung habe, gleich den Gegner für einen Esel oder Parteiverräther halten und mit Knüppeln auf ihn losgehen? (Heiterkeit und Beifall.) Nein, das darf nicht sein. Ich habe da, wo es galt, die Partei zusammenzuhalten, stets zu vermitteln gesucht. Ich habe die Parteikämpfe in Frankreich und England gesehen und die Erfahrung gemacht, daß dort die Partei vielfach in ihrer Entwickelung gestört worden ist, weil Intoleranz herrschte und der Versuch zu vermitteln und versöhnen unterblieb.

Wenn ich nicht alles so durchführen konnte, wie ich's wollte, so liegt es daran, daß es an ausreichenden Kräften fehlt. Bei einem so großen Blatt, wie der „Vorwärts", bei dem das, was man nicht sieht, eine größere Arbeit verursacht als was man sieht — ich denke an die ungeheure Fluth von Einsendungen — ist unser Amt ein sehr schwieriges. Wenn man nur die ungeheure Korrespondenz, die der „Vorwärts" führt, betrachtet, und wenn man die Schwierigkeit der Aufgabe mit den zur Verfügung stehenden Kräften vergleicht, so wird man uns nicht Mangel an Arbeitslust oder Arbeitskraft vorwerfen können. Ich werde übrigens demnächst in einer für das ganze Zeitungswesen beabsichtigten Konferenz gründliche Vorschläge machen, um den Konflikt zwischen Zentral- und Lokalorgan zu beseitigen.

Genosse Antrick wirft dem „Vorwärts" vor, daß sich im politischen Theil häufig Widersprüche finden. Wenn man aber die beiden Notizen, die er anführt, richtig auffaßt und nicht chauvinistisches Geschrei mit ernstlichem Streben nach Krieg identifizirt, so findet man keinen Widerspruch in den beiden Artikeln, die von mir selbst geschrieben sind. Allerdings hatte die französische Regierung große Angst vor dem Besuche des Zaren. Sie wußte nicht, was seitens einiger exaltirter Leute geschehen könnte, und es bestand ferner eine große Besorgniß, bei Deutschland Anstoß zu erregen. Mit größter Aengstlichkeit wurde während des Pariser Zarenrummels jede Demonstration vermieden, die kriegerisch aussehen konnte. Der französischen Regierung fiel eine Zentnerlast vom Herzen, als der Zar wieder fort war. Das widerspricht nicht der Thatsache, daß die französische Bourgeois-Republik sich Rußland in die Arme geworfen hat. — Wir sollen falsch über die Bewegung im Auslande berichten! Hierbei ist dem Genossen Antrick der Schnitzer unterlaufen, daß er annimmt, der Pariser Gemeinderath besteht aus Sozialisten. (Zuruf von Antrick: Ist mir nicht eingefallen.) Aber das ist doch Ihre Voraussetzung. Niemand hat vom Pariser Gemeinderath ein anderes Vorgehen erwartet. Und glauben Sie, daß ich es lobe, wenn unsere Genossen, die freilich sehr schwach vertreten sind, nicht mit Energie protestirt haben, wie die sozialistischen Gemeinderäthe von Lille und Bourdeaux?

Der Widerspruch zwischen den Korrespondenten des Auslandes und den redaktionellen Notizen rührt daher, daß ich auch andere Meinung aufkommen lasse. Ich halte die Leser des „Vorwärts" nicht für so dumm, daß sie nicht aus verschiedenen Anschauungen das richtige herausfinden können. Ich glaube, daß meine Toleranz nur Lob und nicht Tadel verdient.

Die wissenschaftliche Beilage, die gewünscht wird, ist bisher aus Mangel an Raum und aus dem Grunde nicht zu stande gekommen, weil Konrad Schmidt, den wir dafür in Aussicht genommen hatten, zu dieser Arbeit keine Zeit hatte. Er hat sich aber jetzt bereit erklärt, je nachdem es beschlossen wird, einmal wöchentlich oder zweimal monatlich eine derartige Uebersicht zu geben, und ich kenne keinen Mann in der Partei, der dazu befähigter wäre.

Was die Polemik mit Quarck betrifft, so müssen wir einen Unterschied

machen zwischen einer Polemik mit Gegnern und mit Genossen. Ich bin dagegen, daß die Polemik mit Genossen persönlich betrieben wird. (Lebhafte Zustimmung.) Ist das aber der Fall, dann muß die Person, die den Angriff unternimmt, sich auch nennen. (Sehr richtig.) Und wenn sie sich genannt hat, dann ist es mir vollständig gleichgiltig, wer die Polemik führt. Vorausgesetzt, daß in dem Streit nicht etwas absolut Unanständiges vorkommt, oder etwas, was gegen die Parteidisziplin verstößt, läßt sich vom Standpunkt unbeschränkter Meinungsfreiheit der Polemik keine Grenze setzen. (Sehr richtig!) Man darf aber niemals versuchen, einem Genossen die Partei-Ehre abzuschneiden. (Beifall.) Das sind meine Grundsätze, die wohl von jedem gebilligt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Ich habe es bedauert, daß gestern mein Kollege und Freund Schmidt Dinge gegen Quarck geäußert hat, die besser nicht gesagt wären. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn man einen Mann wie Quarck hinstellt als einen Menschen, der noch kein richtiger Genosse ist, sondern erst „fertig werden muß", so bedaure ich das. Und ich muß entschieden dagegen protestiren, daß von ihm als von einer „verkrachten bürgerlichen Existenz" gesprochen worden ist. (Bravo.) Gewiß, verkrachte bürgerliche Existenzen haben wir bei uns und solche Existenzen drängen sich an uns heran. Diesen Ausdruck kann man aber nicht auf Quarck anwenden. Der Mann hat sich durchaus normal nach vorwärts, aus der bürgerlichen Demokratie zum Sozialismus entwickelt. Daß er mit seinen früheren Anschauungen gebrochen hat und zu uns gekommen ist, das ist doch wahrhaftig kein Vorwurf. Quarck ist aus einer Partei herausgegangen, die ihm eine bessere Stellung hätte geben können, als wir. (Sehr richtig.) Wir klagen über Mangel an Talenten und dabei wird jeder niedergeknüttelt, der aus bürgerlichen Kreisen zu uns kommt. (Lebhafte Zustimmung). Können wir denn warten, bis aus der Arbeiterklasse Redakteure herauswachsen? Die ehrliche Gesinnung ist eine selbstverständliche Voraussetzung, aber damit allein redigirt man doch keine Zeitung. Ich gebe zu, daß wir die schlechtesten Versammlungsberichterstatter haben; es kommt daher, weil wir nicht auf die Fähigkeit sehen können, sondern auch auf die Genossen Rücksicht nehmen müssen. Noch einmal, ich, der ich Quarck von allen hier Anwesenden vielleicht am besten kenne, protestire dagegen, daß man den Mann so beschimpft. (Beifall.)

Nun komme ich auf die „Neue Welt". Es hat mich im Ganzen sehr gefreut, daß wir zum ersten Mal eine Preßdebatte gehabt haben, in der man versucht hat, einen höheren Flug zu nehmen; es ist einmal ernst und würdig von der Kunst gesprochen worden. Theoretisch bin ich mit den gestrigen Ausführungen Steiger's durchaus einverstanden, aber das, woraus man ihm einen Vorwurf macht, wird von seinen Ausführungen gar nicht getroffen. Ueber die allgemeinen Grundsätze der naturalistischen Kunst, das heißt darüber, daß die Kunst natürlich sein, die Natur zur Grundlage, zum Ausgangspunkt und zum Ziel haben muß, sind wir alle einig, wir finden sie schon ausgesprochen bei dem Idealisten Schiller, von Goethe, Lessing, ja schon bei Aristoteles. Der Fehler in der „Neuen Welt" ist der, daß Steiger glaubt, es sei jetzt eine neue Kunst, eine fertige Kunst entdeckt worden, und das sei die Richtung des „jüngsten Deutschland". Darin kann ich Steiger allerdings nicht folgen; diese Richtung ist weder neu, noch fertig; sie ist im Gegentheil recht unreif und unfertig. Es ist richtig: naturalia non sunt turpia; aber es giebt Dinge, die man in anständiger Gesellschaft nicht sagt und thut. (Sehr richtig!) Wenn Jemand das natürliche Bedürfniß, das die Bertha gehabt hat, hier in diesem Saale verrichten würde, dann würde jeder sagen, das ist zwar natürlich, aber äußerst unanständig (große Heiterkeit); und ob ich das in diesem Saale oder vor einem Leserkreis von 240 000 Familien thue, so ist das gar kein Unterschied. (Sehr richtig! Steiger ruft: Nur bis an die Thüre!) Der richtige,

„jüngste“ oder „grüne“ Naturalist thut eine große That, wenn er ein derartiges natürliches Bedürfniß gewissermaßen der übrigen Menschheit zum Trotz, nur um seine eigene Hypermenschlichkeit zu offenbaren und zu bethätigen, direkt vor den anderen und ihnen ins Gesicht verrichtet! (Große Heiterkeit.) Das, dieser Kultus des unverhüllt Animalischen, die thierischen Funktionen des Menschen ist das, wogegen die Arbeiter protestirt haben.

Nun komme ich noch auf ein Moment, das von größter Bedeutung für das Proletariat ist. Das jüngste Deutschland hat als Produkt der Decadence d. h. der Fäulniß der kapitalistischen Gesellschaft eine gewisse prickelnde Lust, alle sexuellen Dinge auszumalen. Schon in der Fäulniß des alten Römerreichs hatten wir dieselbe Erscheinung. Und hier sage ich: — ich bin wahrhaftig nicht prüde, in meiner Gegenwart kann man sehr vieles sagen; aber wenn vor heranwachsenden Kindern — die „Neue Welt“ soll ja Familienblatt sein — diese geschlechtlichen Dinge behandelt werden, wie wirkt denn diese Erregung der Lüsternheit auf die Kinder! Das Proletariat wird heute schon so zu Grunde gerichtet durch soziale und ökonomische Verhältnisse; sollen wir noch dazu beitragen, Körper und Geist der Kinder des Proletariats zu ruiniren? Wenn die Arbeiter von diesem Gesichtspunkte aus sich widersetzen, dann haben sie vollkommen recht. Es ist der Trieb der Selbsterhaltung. Steiger wird das auch anerkennen — ich drücke mich drastisch aus, das Thema bringt es ja mit sich: Die Schweinerei gehört nicht in die „Neue Welt“ hinein!

Ich habe mit Jemand, der vielleicht den bekanntesten Namen in unserer modernen sozialistischen und realistischen Romanliteratur hat, in diesem Sinne eine briefliche Polemik gehabt, und mein Widerpart mußte mir schließlich zugeben, daß das, was ich unter gebildeten Leuten nicht sage und nicht thue, auch nicht gesagt und geschildert werden darf in Zeitungen, Unterhaltungsblättern u.s.w. Ich bin mit der Ansicht Steiger's in Bezug auf die Bedeutung des jüngsten Deutschland auch nicht einverstanden. Ich glaube z. B. nicht, daß Hauptmann der große Mann ist, als welchen er ihn hingestellt hat; es ist sehr viel Plattes, Geschmackloses und Häßliches in seinen Schriften, und vor Allem ist nichts Revolutionäres darin, nein, Spießbürgerlich-reaktionäres zum größten Theil. (Beifall und Widerspruch.) Und die Griechen, die doch auch etwas von Kunst verstanden und große Realisten waren, ließen alle grausigen und anstößigen Sachen, statt sie darzustellen und auszumalen, hinter der Bühne verrichten. In der „Kunst der Poesie“ des Horaz wird das ausdrücklich gelehrt. Der größte aller Realisten, das war ein gewisser Homer (Heiterkeit); ihn wird Steiger als Autorität ja auch vielleicht anerkennen, obgleich das jüngste Deutschland keine anderen Autoritäten kennt, als seine eigenen Wichtigkeiten und Nichtigkeiten. (Heiterkeit.) Im Homer, in der Ilias, kommt eine wunderschöne Stelle vor, welche ich Freund Steiger bitte stets zu lesen, ehe er an seine Redaktionsarbeit geht. Als die Götter sich streiteten um das Geschick von Troja, als schließlich die Juno entschlossen ist, die Trojaner zu vernichten, sucht sie den anders denkenden Jupiter für sich zu gewinnen, und es gelingt ihr auch durch realistische Frauenkünste — aber der große Realist Homer läßt eine Wolke um beide verbreiten; und diese Wolke empfehle ich Freund Steiger. (Stürmische Heiterkeit.) Und zum Schluß erinnere ich ihn und andere Apostel des jüngsten Deutschland noch an ein Sprichwort, das ja lateinisch ist und das ich deshalb zitiren kann: cacatum non est pictum! (Stürmische Heiterkeit und Händeklatschen.)

Fischer (Berlin): Die eben vom Genossen Liebknecht präzisirte Haltung zur „Vorwärtsfrage“ ist nicht einladend, dieses Thema fortzusetzen. Wenn der Mann, der an der Spitze des „Vorwärts“ steht, gegenüber den Vorwürfen, die gegen das Blatt erhoben werden, nichts anderes zu sagen weiß, als daß

er sie seit 25 Jahren höre, und daß sie auf ihn keinen Eindruck machen, so ist es eigentlich überflüssig, darüber zu diskutiren. Ich ziehe freilich den entgegengesetzten Schluß; ich meine: weil seit 25 Jahren die Vorwürfe immer wieder erhoben werden, deshalb muß etwas Richtiges an ihnen sein. (Sehr richtig! Liebknecht: Habe ich auch gesagt!) Nun will Liebknecht die Chefredaktionsstelle nach französischem Muster eingerichtet wissen; wenn er heute aber die Chefredakteurstelle trotzdem beansprucht, dann darf er nicht das halbe Jahr auf der Redaktion fehlen. Liebknecht konstruirt nun einen Gegensatz zwischen Zentralorgan und Lokalorgan, und erklärt es daraus, daß er absolut außer Stande sei, den „Vorwärts“ den Beruf erfüllen zu lassen, ein unterrichtendes und aktuelles Organ zu sein. Gewiß, der Stoff ist sehr ausgedehnt; das Blatt erscheint aber auch 2, 3 und 4 Bogen stark; und nicht das Ueberwuchern des lokalen Theiles hat die Veranlassung zu den Klagen gegeben, sondern hauptsächlich der politische Theil, der Mangel dessen, was nicht drin steht. Wenn der „Vorwärts“ seine Aufgabe deshalb nicht erfüllen könnte, weil er zugleich Lokalblatt ist, wenn er anderseits deshalb keine Stellung zu den die Partei bewegenden Fragen soll nehmen dürfen, weil er Zentralorgan ist, so schaffe man doch dadurch Remedur, daß man den Charakter des Zentralorgans vom „Vorwärts“ trennt und den Berliner Genossen über das Lokalblatt denselben Einfluß und dieselben Rechte einräumt, die die Genossen des letzten Provinzblattes haben. Liebknecht sagt uns freilich, es sei die Aufgabe des Zentralorgans, überhaupt nicht Stellung zu nehmen. Er steht aber, glaube ich, damit einzig in der Partei da. Deshalb hat man ja ein Zentralorgan geschaffen, deshalb hat man ja einen Mann von Liebknecht's Bedeutung zum Chefredakteur gemacht, daß er Stellung, daß er die Führung übernimmt; sonst brauchte man kein Zentralorgan, dann wäre ja die ganze Aufgabe des Zentralorgans, alles gemüthlich zu registriren — dafür braucht man denn auch kein solches Budget! (Beifall.)

Aber die jahrelangen Erfahrungen brachten mich zu der Befürchtung, daß daran nichts geändert werden wird, der „Vorwärts“ wird nach wie vor nichts sein, als ein Bild der journalistischen und politischen Zerfahrenheit, das Organ leerer raisonnirender Redensarten. (Widerspruch.) Wir dürfen nicht empfindlich sein, wir müssen Jedem die Freiheit des Urtheils überlassen, sonst kommen wir zur Waschlapperei! (Sehr richtig!) Meine Vorwürfe gegen den „Vorwärts“ entspringen nicht einem Vorwurfe gegen Liebknecht's guten Willen. Es giebt in der ganzen Partei keinen Genossen, und ich wäre der letzte, der Liebknecht Mangel an Arbeitslust und Arbeitskraft vorwerfen würde! Der Fehler liegt in der Individualität Liebknecht's. Wir haben ihn auf einen Posten gestellt, der sich mit seiner Individualität nicht verträgt. Er kann den Posten nicht ausfüllen (sehr richtig! und lebhafter Widerspruch); und seine Arbeitskraft ist für die Partei viel zu kostbar, als daß man sie in diese mechanische Zieh- und Pflügarbeit hineinspannt! Was soll es nur heißen, wenn der Chefredakteur uns heute und seit Jahren immer wieder sagt: ich könnte über das Blatt noch viel mehr klagen, meine Mitarbeiter taugen nichts, unsere Berichterstatter sind die schlechtesten in ganz Berlin! Nein, nicht der Mangel an Leuten, an Intelligenzen ist es, der ihm fehlt — die Sache ist anders, neben Liebknecht können die geistigen Kräfte der Mitarbeiter sich nicht entfalten, sich nicht auswachsen, sie haben keinen Spielraum; an Material fehlt es nicht, selbständigen Existenzen ist es aber überhaupt nicht möglich, neben Liebknecht zu arbeiten (Beifall und Widerspruch). Ich verweise nur auf Schoenlank; wie vorzüglich ist die „Leipziger Volkszeitung“, die „Sächsische Arbeiterzeitung“ redigirt, wie fällt dagegen die Art ab, mit welcher der „Vorwärts“ Fragen wie die sächsische, die bayerische, die Agrar-, die Gewerkschaftsfrage behandelt! Der „Vorwärts“ hat nie den Muth der eigenen Meinung bekundet. Berlepsch ist gegangen, der Kriegsminister ist gestürzt — der „Vor-

wärts" schreibt keine Zeile! Diese Dinge sind ja vielleicht nebensächlich, aber ein führendes politisches Blatt muß doch dazu Stellung nehmen. (Beifall.)

Was nun die „Neue Welt" angeht, so lasse ich die Frage Kunst, Moral, Idealismus, Naturalismus ꝛc. unberührt, solche Fragen werden nicht durch Abstimmungen auf Parteitagen gelöst; wir sind kein Moral- und kein Kunst-Konzil. Aber die Art und Weise, wie Bérard auf die „Neue Welt" loshaut, kann man nicht billigen. (Lebhafter Beifall.) Auch ich halte die Wahl des Romans von Hans Land „Der neue Gott" für einen Mißgriff; ich mache daraus keinen großen Vorwurf, wir in Berlin sind durch den Feuilletontheil des „Vorwärts" zum Verzeihen und zur Resignation erzogen worden. (Heiterkeit und Beifall.) Welches sind denn die Vorwürfe Bérard's? Die Sozialdemokratie werde verhöhnt! (Das ist nicht mal wahr, die Sozialdemokratie soll darin sogar verherrlicht werden.) Ein Spitzel wurde verhauen! Mutter Bertha hat zu viel Geld verschwendet an Blumen zur Schmückung des Sarges ihres Kindes! Und schließlich hat er zusammengezählt, wie oft der Name Gottes eitel genannt wurde! Mit einer solchen Auffassung kommt man zur langweiligen Sonntagsnachmittagspredigt! Richtig aber ist es, in den weitesten Arbeiterkreisen ist ein gewisses Mißbehagen gegen die „Neue Welt" vorhanden, und Steiger thut gut, das zu berücksichtigen und zu ändern. Es handelt sich hier nicht um eine Moralfrage, nicht um ein Kunstprogramm, sondern darum, daß Steiger viel zu wenig beachtet hat, daß die „Neue Welt" auch ein Familienblatt ist, das jeder seinen heranwachsenden Kindern in die Hand geben will. (Sehr richtig!) Ich bin gewiß kein Moralfex, aber auch ich sah mich schon gezwungen, die „Neue Welt" meinen Kindern wegzuräumen. Gewiß — naturalia non sont turpia, aber man läßt sich doch nicht im Kloset photographiren. (Stürmische Heiterkeit.) Es sind nur Kleinigkeiten, die aber das Mißbehagen der Genossen hervorgerufen haben. Mehr als nothwendig wird das sexuelle Problem behandelt, und zwar nicht das psychologische Geheimniß, sondern der einfache mechanische Vorgang (sehr wahr!), und dagegen bäumt sich der gesunde Sinn der Arbeiter mit Recht auf. Die Kußszene, die Schoenlank aus Claude Tillier's Roman „Onkel Benjamin" anführte, ist ein ganz prächtiges Beispiel; wenn von einem sog. „Modernen" das dargestellt wäre, so bin ich überzeugt, daß der Schriftsteller nicht die Situation, sondern den schmutzigen Körpertheil geschildert hätte. (Heiterkeit.) Das ist der große Unterschied zwischen Meister und Pfuscher. Das muß Steiger beseitigen, dann wird das Mißbehagen verschwinden. Wenn man Steiger diese Vorwürfe macht, so muß man aber auch offen zugestehen, daß anderseits die „Neue Welt" an geistigem Gehalt, an Vielseitigkeit weitaus besser geworden ist. (Lebhafter Beifall.) Aus diesem Grunde muß auch der Antrag abgelehnt werden, sie wieder auf 8 Seiten zu reduziren, denn damit kann man kein gutes Blatt machen. Ebenso lehnen Sie den Altonaer Antrag ab, der „Neuen Welt" den Charakter einer Beilage zu nehmen, sie zu einem selbständigen Unterhaltungsblatt zu machen. Wie wollen Sie bei den heutigen Verhältnissen mit den bürgerlichen belletristischen Journalen und Revuen konkurriren? Wenn Sie das beschließen, müssen Sie auch gleich ein Anlagekapital von 200—300,000 Mk. zur Verfügung stellen. (Beifall.)

Eichhorn-Dresden: Meine Beschwerde richtet sich gegen den Neuen Weltkalender; er ist bedeutend schlechter geworden. (Widerspruch.) Die Verbilligung des Kalenders ist auf Kosten der Kolporteure erfolgt, und das finden die Genossen nicht schön. Die „Neue Zeit" ist vertheuert worden; sie arbeitet mit einem bedeutenden Defizit. Es wird deshalb schon davon geredet, die „Neue Zeit" wieder in eine Monatsschrift zu verwandeln. Dem Genossen Dietz ist nicht zuzumuthen, das Defizit auf die Dauer zu tragen. Ich möchte der Parteileitung deshalb empfehlen, sich näher zu überlegen, wie der „Neuen Zeit" zu Hilfe zu kommen ist. Die „Neue Zeit" hat leider nur 4000 Abon-

nenten; die Partei muß das lebhafteste Interesse für die Existenz ihres wissenschaftlichen Organs haben. Vielleicht empfiehlt es sich, die „Neue Zeit" in direkte Parteiregie zu nehmen. Redner empfiehlt weiter eine Wochenausgabe des „Vorwärts" als Ersatz für den „Sozialdemokrat" und bringt einen diesbezüglichen Antrag ein.

Raue-Iserlohn: Die „Neue Welt" kann auch den Kindern ruhig in die Hand gegeben werden. Kinder lesen etwas Anstößiges garnicht heraus, sie verstehen es garnicht. Wenn Frohme so überaus empfindlich ist, soll er doch beantragen, daß die Figuren auf der Lustgartenbrücke in Berlin Badehosen bekommen. (Heiterkeit.) Einzelne Beschwerden gegen die „Neue Welt" sind gewiß berechtigt, aber deshalb braucht der Parteitag noch keine Scheiterhaufen zu erbauen und Steiger und die „Neue Welt" da hinauf zu setzen. Redner tritt für den Antrag 34 ein, der dahin abgeändert werden könne, daß nach jeder Verabschiedung einer Gesetzesvorlage im „Vorwärts" deren Text in einer besonderen parlamentarischen Beilage beigegeben wird.

Folgender Antrag ist eingegangen:

„Der Parteitag möge beschließen, eine Wochen-Ausgabe des „Vorwärts" herauszugeben."

Der Antrag findet jedoch nicht die nöthige Unterstützung.

Nunmehr tritt die Mittagspause ein.

Nachmittags-Sitzung.

Singer eröffnet um 2 Uhr die Sitzung.

In der wiedereröffneten Diskussion nimmt **Schmidt**-Magdeburg unter lebhaftem Beifall die Notiz in der „Volksstimme" gegen Quarck als unbegründet zurück. Was hat mich aber zur Abfassung jener Notiz veranlaßt? Quarck hat schon oft experimentirt, aber seine Experimente niemals zum Abschluß gebracht. Es ist meine Ueberzeugung, daß er durch seine Projekte die alte Polemik zwischen Gewerkschafts- und politischer Bewegung wieder angefacht hat. In manchen Orten sind Genossen, die einen Unterschied zwischen Gewerkschafts- und politischer Bewegung nicht kennen, als Gegner der Gewerkschafts-Bewegung gekennzeichnet worden. Das hat mich, der ich ein temperamentvolles Gemüth habe (Große Heiterkeit), empört und da kann es schon vorkommen, daß einmal einem die Feder ausrutscht. Das passirt auch anderen. (Heiterkeit und lebhafter Beifall). Zu meiner Ansicht, daß Quarck seine Arbeit aus Geldrücksichten nicht vollendet hat, bin ich durch einen Ausspruch von ihm in der ersten Sitzung der Agrarkommission veranlaßt worden. Leider ist es damals nicht zu einer Aufklärung des Mißverständnisses gekommen. Ich mußte damals annehmen, daß Quarck meinte, daß er nicht entsprechend pekuniär für die Arbeit entlohnt sei (Quarck ruft: sehr nobel!) Nobel ist es gewiß, aus seinem Herzen keine Mördergrube zu machen. (Lebhafter Beifall.) Quarck ist zweifellos ein Mann, der über die ganze Taktik der Partei in äußerster Unklarheit sich befindet. (Sehr richtig!) Im „Vorwärts" war die Kommission für Arbeiterstatistik scharf angegriffen worden, in einem anderen Artikel wurde sie in Schutz genommen. Es stellte sich heraus, daß der Verfasser dieser beiden Artikel sich auf die eine und dieselbe Person des Genossen Quarck verdichtet. (Heiterkeit und hört! hört! — Quarck ruft: unwahr!) Dann widerlegen Sie mich. Wie ist die Haltung Quarck's in seiner „Kaufmännischen Presse"! Die antisemitische Partei stellte er als eine Volkspartei neben der sozialdemokratischen Partei hin. In einem anderen Artikel konstatirt er mit großer Freude die Verleihung des Kronenordens an jemand! Welche Mätzchen macht er gegenüber den Thüringer Genossen. Von sozialdemokratischem Thüringer Gruß hat er da geredet! Das alles zeigt doch, daß er die Bewegung offenbar gar nicht so ernst nimmt.

(Lebhafter Beifall.) Ich habe diese Aussprache auf dem Parteitage lebhaft gewünscht, denn sie ist sehr dienlich; einmal wird sie Veranlassung, daß in der Presse – und damit bin ich einbegriffen — anständiger geschrieben wird (große Heiterkeit), und sodann wird sie hoffentlich auch Quarck belehren, daß er etwas sachlicher aufzutreten und sich den Anschauungen und der Taktik der Partei etwas mehr anzupassen hat. (Beifall.) Damit verlasse ich den Quarck und komme auf den „Vorwärts".

Ich hatte nicht beabsichtigt hierzu zu sprechen. Nachdem die Frage durch Liebknecht und Fischer aufgerollt, will auch ich mich hierzu äußern. Die Ausführungen Fischer's unterschreibe ich. Wir wollen die Kraft Liebknecht's nicht missen, aber wo er jetzt steht, kann er sie nicht völlig entfalten. Er ist gebunden und das Band muß ihm genommen werden. Liebknecht ist nicht der Mann, der von früh bis abends auf dem Sessel sitzt. Er gehört draußen hinaus in die Agitation und in das Parlament. Da nützt er der Partei ganz anders. Suchen Sie ihn in den Berichten über die Parlamentsverhandlungen. Sie finden ihn nur bei der Etatsberathung und da hat er keine Zeit gehabt, den Etat zu studiren. (Sehr wahr!) Nun haben wir den Vorschlag gemacht — wir wollten es im Fraktionskreise besprochen wissen —, es solle Liebknecht unter Belassung eines Jahresgehalts die Mitarbeiterschaft am „Vorwärts" gesichert sein und wir sollen uns dann bestreben, einen Mann zu finden, der den „Vorwärts" nach dem Muster der „Leipziger Volkszeitung" gestaltet, nach Eintheilung, Ausstattung und Eingehen auf die unentbehrlichsten Fragen. (Beifall und Widerspruch.) Jetzt schöpfen die Genossen aus der „Leipziger Volkszeitung" ihre Nahrung. (Widerspruch.) Aus Fischer's Worten klang ja heraus: So lange Liebknecht an dieser Stelle ist, ändert sich am „Vorwärts" nichts; ist es nicht so? (Lebhafte Zustimmung.) Dann ziehen Sie auch die Konsequenzen daraus. Bezüglich der „Neuen Welt" bitte ich Sie dringend, an ihr nichts zu ändern, weder nach Inhalt noch nach der Seitenzahl. Wir in Magdeburg sind mit ihr zufrieden. Die besprochenen Mängel wird Steiger ja abstellen. (Beifall.)

Bebel: Ich hatte nicht die Absicht, zur „Vorwärts"-Frage zu sprechen. Ich bedauere lebhaft, daß diese Verhältnisse hier besprochen werden. Ich würde auch trotzdem darauf nicht eingegangen sein, wenn Liebknecht selbst nicht auch Dinge mitgetheilt hätte, von denen ich annahm, daß sie vorläufig im internen Kreise bleiben sollten, und wenn nicht die Erörterung von ihm in einer Weise geführt wäre, die mich zwingt, im Namen derjenigen, die damals den Verhandlungen beiwohnten, eine kurze Erklärung abzugeben, weil unser Schweigen zu auffällig wäre.

Liebknecht hat den Beschluß, daß, wenn in solchen Fällen, wo künftig eine Stellungnahme des „Vorwärts" in Fragen, die die gesammte Partei bewegen, nothwendig sein sollte, innerhalb der Redaktion Meinungsverschiedenheiten bestehen, die Mehrheit der Redaktion entscheiden solle, welche Stellung einzunehmen sei, einen einfachen Unsinn genannt, obgleich der Beschluß mit seiner Zustimmung einstimmig gefaßt worden ist. (Hört! hört!) Wir alle wußten, daß jener Beschluß nicht das Ei des Kolumbus ist, er war nur ein Ausweg, um aus einer langjährigen Nothlage herauszukommen, wir hatten uns in einer großen Masse von Konferenzen, in unerquicklichen Verhandlungen mit der Sache beschäftigt; wir haben Liebknecht nicht überzeugt, Liebknecht hat uns nicht überzeugt. Wir stehen uns noch heute gegenüber, wie bereits seit Jahren, und es ist ein Verhältniß, das für uns alle, für ihn zweifellos ebenso wie für uns, so geworden ist, daß wir froh sind, wenn wir überhaupt nicht über diese Dinge zu sprechen haben. Ob es gelingen wird, in der Preßkonferenz, wie er angedeutet hat, einen gemeinsamen Boden zu finden, weiß ich nicht. Ich bin nicht gewillt, dieses für mich unerquickliche Thema weiter zu erörtern.

Dann muß ich noch auf eine zweite Bemerkung von ihm kommen. Als er neulich bei den Angriffen auf die „Sächsische Arbeiterzeitung“ erklärte, er habe bei der Auseinandersetzung zwischen Vollmar und mir vor zwei Jahren keine Stellung nehmen wollen, weil es zu einer Spaltung der Partei geführt haben würde, habe ich nicht geantwortet, so nahe es auch mir gelegen hätte. Ich habe mich privatim mit ihm auseinandergesetzt. Nachdem er aber heute wieder erklärte, daß diese seine Nichtparteinahme — die beiläufig bemerkt, doch eine Parteinahme war — stattgefunden habe, um die Partei aufrecht zu erhalten, muß ich erklären: Das hat weder Liebknecht noch irgend ein anderer Genosse in der Partei nothwendig gehabt.

Parteigenossen! Ich habe die felsenfeste Ueberzeugung, daß es keinen Mann in der Partei giebt, er möge noch so mächtig und angesehen sein, ob er Liebknecht, ob er Singer, ob er Auer, ob er Vollmar oder Bebel heißt, der im Stande wäre, die Partei auseinanderzureißen. (Stürmischer Beifall.) Derjenige, der sich beikommen ließe, den Versuch zu machen, der wäre der erste, der aus der Partei herausfliegt. (Anhaltender Beifall.) Die Partei ist so in sich gefestigt, es ist bis auf den letzten Mann in unseren Reihen das Bewußtsein von der Nothwendigkeit treuen Zusammenhaltens ein so bedeutendes, so für nothwendig erkannt, daß da niemand auch nur denken kann, einen anderen Geist in die Partei hineinzubringen. (Lebhafter Beifall.) Ich setze hinzu: daran denkt auch Niemand. Damit verlasse ich dieses Thema.

Ich bitte Sie zunächst den Antrag 84, den Scheidemann befürwortete, als unausführbar und den Antrag 74, weil er etwas Selbstverständliches enthält, abzulehnen. Ferner ebenfalls abzulehnen den Antrag Scheuing, der auf eine Ehren- und Rechtfertigungserklärung für Quarck hinausläuft. Ich habe dem ganzen Streit in der Presse zur gewerkschaftlichen Bewegung fern gestanden. Quarck kann mir keine Animosität gegen ihn vorwerfen. Er war im vorigen Jahre mit mir zusammen in der Agrarkommission, wo ich an seiner Seite die Schläge mit bekommen habe. (Heiterkeit.) Sie haben ihn deshalb vielleicht weniger geschmerzt, weil getheilter Schmerz halber Schmerz ist. Hier aber muß ich erklären, daß er gar keinen Grund zu solchen Rekriminationen hat, wie er sie gemacht hat. Wenn wir solche Erörterungen auf dem Parteitage machen wollen, können wir die ganze Woche damit zubringen und würden nicht fertig werden. (Sehr wahr!) Ich habe die Artikel mit großer Sorgfalt mehrmals gelesen und muß erklären, daß der erste Artikel, den die Redaktion des „Vorwärts“ einleitet mit den Worten: „Man schreibt uns“, Quarck nicht die mindeste Veranlassung hat geben können, sich verletzt zu fühlen. Wenn einer dazu Grund gegeben hat, war es Niemand anders als Quarck selbst. (Sehr wahr!) Aber wie steht es mit dem Antrage? Wissen die 20 Delegirten, was sie unterschrieben haben? Nicht nur eine persönliche Ehrenerklärung wird da für Quarck verlangt, sondern zugleich die Erwartung ausgesprochen, daß seiner sachlichen Stellungnahme in der Gewerkschaftsbewegung die Zustimmung ertheilt wird! Der Parteitag thut am besten, wenn er den hier gestellten Antrag einfach ablehnt.

Was die Erörterungen über die „Neue Welt“ betrifft, so ist der unter Punkt 3 im Antrag 44 ausgesprochene Wunsch, daß die Redaktion sich am Druckort des Blattes befinden soll, durchaus berechtigt und erklärlich. Es wundert mich aber, daß Genosse Bérard diesen Antrag veranlaßt hat, denn er weiß ganz genau, daß von den vier Redakteuren, die die „Neue Welt“ in den letzten fünf Jahren gehabt hat, drei nicht geneigt waren, nach Hamburg zu gehen und daß der eine, den wir mit Mühe und Noth nach Hamburg gebracht haben, es nicht als das größte Unglück seines Lebens betrachtete, daß er wieder nach Berlin kam. Bei einem politischen Blatt muß der Redakteur am Orte wohnen, bei einem Unterhaltungsblatt wie die „Neue Welt“ ist es vielleicht

wünschenswerth, aber nicht nothwendig. Genosse Steiger ist auch nicht geneigt, nach Hamburg zu gehen und seine Beziehungen zu Leipzig aufzugeben, sondern er würde es dann vorziehen, die Redaktion niederzulegen. In eine ähnliche Lage würden wir auch mit anderen Genossen kommen. Lehnen wir deshalb diesen Punkt ab. Es wird weiter beantragt, den Umfang des Blattes auf acht Seiten zu reduziren. Bedenken Sie aber, wie lebhaft früher darüber Klage geführt wurde, daß das Blatt nur acht Seiten hat und deshalb zu wenig bot. (Sehr richtig.) Daß das Defizit sehr groß ist, ist richtig, aber als wir im Vorjahre Steiger zur Annahme der Redaktion bewogen und den Umfang auf zwölf Seiten erweiterten und auch Bérard und Bading als Sachverständige zuzogen, damit wir ein vergrößertes und gutes Unterhaltungsblatt bekommen, hat man uns ein Defizit von mindestens 25 000 Mk. sofort herausgerechnet. Wir haben uns aber gesagt, das schadet nichts, wird das Blatt gut, so ist es das Defizit werth. Wenn das Defizit jetzt etwa 48 000 Mk. beträgt, so kommt das daher, daß wir nicht an den Abonnentenzuwachs dachten, denn von den 40 000 neuen Abonnenten, die wir fanden, kostet jedes neue Tausend 4 Mk. Das Defizit ist aber zum Theil nur ein rechnerisches (Sehr richtig!), denn die 7 bis 8000 Mk. Profite der Druckerei fließen ja wieder in dieselbe Kasse zurück, und um diese Summe reduzirt sich das Defizit. Da aber nach meiner Meinung das Defizit nicht mehr als 25 bis 30 000 Mk. betragen darf, habe ich folgenden Antrag gestellt:

> Der Parteitag wolle den Antrag 44 ablehnen und beschließen, die Parteileitung zu beauftragen, zu untersuchen, durch welche Maßnahmen das Defizit der „Neuen Welt“ auf ungefähr 25 000 Mk. herabgebracht werden kann.

Ich habe mich in den letzten Wochen mehrfach mit Sachverständigen unterhalten und glaube, daß es möglich ist, dem Antrage gerecht zu werden, sei es, daß wir das Format des Blattes vergrößern, sei es, daß wir die besseren technischen Einrichtungen uns nutzbar machen. (Sehr richtig.) In bürgerlichen Unternehmungen sind heute Illustrations-Rotationsmaschinen in Thätigkeit, die zwar eine enorme Summe kosten, die uns aber in wenigen Jahren das Defizit vom Halse schaffen. Nehmen Sie meinen Antrag an, damit die neue Parteileitung der Frage näher treten kann! Ueber den Inhalt und die Haltung der Redaktion der „Neuen Welt“ brauche ich nur wenig zu sagen. Ich erkläre rund heraus, daß ich die „Neue Welt“ unter der Redaktion Steiger's ihrem Inhalt und ihrer Haltung nach für eine bedeutende Verbesserung halte. (Sehr richtig.) Freilich hätte Steiger gut daran gethan, mit größerer Energie seinen Rothstift zu benutzen. Ich will hier nicht auf die „Mutter Bertha“, auf dieses arme Weib zurückkommen. Wenn sie nicht gestorben wäre, so wäre sie heute sicher todt geredet worden. (Heiterkeit.) Aber gewisse Stellen konnten ganz gut ohne Gefahr für den übrigen Inhalt gestrichen werden. Die Debatte hat für Steiger das eine Gute gehabt, daß er jetzt weiß, woran er ist, daß er das hier Gehörte sich zu Herzen nehmen und in Zukunft uns ein Blatt liefern wird, mit dem die Partei mehr als bisher zufrieden sein kann. Darin, daß das Blatt wesentlich besser geworden ist, stimmt auch Genosse Ruegg, der Redakteur der „Züricher Post“, mit mir überein, der doch gewiß eine urtheilsfähige Person ist. Andererseits habe ich am allerwenigsten, und mit mir die gesammte Parteileitung verkannt, daß Steiger mit seinen neuen Ideen einen schweren Stand in der Partei haben wird. Ich habe ihm das oft gesagt und ihm einigemale den Rath gegeben, nicht zu stürmisch vorzugehen, sondern daran zu denken, daß wir in der Partei Elemente haben, die politisch und ökonomisch auf dem radikalsten Standpunkte stehen, daß es aber bei uns auch Leute giebt, die in Bezug auf Literatur und Kunst

durchaus konservativ sind (sehr richtig), die durch das Fernhalten von jedem geistigen Genuß an Genüsse gewöhnt sind, die himmelweit von dem Ideal Steiger's entfernt sind.

Es wird darauf hingewiesen, daß auch Kinder die „Neue Welt“ zu lesen bekommen; ja, wenn die „Neue Welt“ vorzugsweise für Kinder redigirt werden soll (Widerspruch), so gründe man doch ein Kinder-Unterhaltungsblatt. Auch ich freue mich, wenn die Kinder eine gute Lektüre haben, aber, seien Sie sich doch darüber klar, daß wir uns auch auf dem Gebiete der Kunst und Literatur heute in einer großen umstürzlerischen Bewegung befinden, in einer Bewegung, wo das Neue mit dem Alten kämpft. Eine Partei, wie die unserige, die reformirend in alle Gebiete eingreift, kann doch nicht auf dem Gebiet der Kunst und Literatur einen Standpunkt vertreten, der nach und nach als ein veralteter angesehen wird. (Sehr wahr!) Die meisten von uns, ich selbst nicht ausgenommen, sind infolge ihrer Thätigkeit garnicht in der Lage, sich um die Entwickelung auf künstlerischem und literarischem Gebiete zu kümmern. Ich habe Illustrationen in der „Neuen Welt“ gefunden, die zweifelsohne bei Vielen Anstoß finden, über die ich mich aber herzlich gefreut habe. Liebknecht hat auf Homer hingewiesen und auf die Schilderung der bekannten Liebesscene zwischen Juno und Jupiter. Nun die Schilderung jener Scene durch Homer ist doch etwas realistischer als Liebknecht sie hier dargestellt hat. (Sehr richtig.) Andererseits sollen wir uns doch daran erinnern, daß unsere Bourgeois-Söhne auf Gymnasien den Aristophanes, den Lucian, den Ovid u. s. w. zu lesen bekommen, in deren Werken sich Stellen finden, an die die anstößigen Stellen der „Neuen Welt“ nicht entfernt heranreichen, in deren Werken sich in Bezug auf das geschlechtliche und sexuelle Leben Schilderungen finden, die weit das übertreffen, was man sonst in Deutschland zu sagen oder zu drucken wagt. Diese Literatur wird anstandslos unter den Gymnasiasten verbreitet, aber für den Arbeiter soll das sittlich gefährlich sein. Wir haben gar nicht nöthig, auf das Alterthum zurückzugehen. Auch bei Heine finden sich Stellen, die man Kindern nicht anstandslos in die Hände giebt. (Sehr richtig!) Eine ganze Reihe von Familienvätern sehen sich auch erst den Inhalt des „Süddeutschen Postillon“ und des „Wahren Jacob“ genau an, bevor sie die Blätter ihren Kindern in die Hand geben. Ich fasse meine Ausführungen dahin zusammen, daß wir, da eine Aenderung nothwendig ist und Steiger sich bereit erklärt hat, sein Bestes einzusetzen, über die ganze Streitfrage am besten hinwegkommen, wenn Sie den von mir formulirten Antrag möglichst einstimmig annehmen. (Beifall.)

Der inzwischen eingereichte Antrag Bebel wird, da er die nöthige Unterstützung findet, mit zur Debatte gestellt.

Auer: Zunächst ein paar Bemerkungen über den „Vorwärts“. Ich hätte mich nicht geäußert, wenn nicht Liebknecht mit einer gewissen Nonchalance erklärt hätte, er höre die Klagen über die Presse schon seit 25 Jahren und mache sich nicht viel daraus. Daß die Klagen seit 25 Jahren gehen, und im internen Kreise noch heftiger wie draußen, das stimmt, aber eine Diskussion über diesen Gegenstand, wie diesmal haben wir doch noch nie gehabt, und das zeigt mir, daß ein Krug doch so lange zum Brunnen gegangen ist, bis er zu zerbrechen droht. Nicht Liebknecht soll anders werden, das will keiner von uns, aber keiner kann alles leisten und sei er noch so leistungsfähig. Liebknecht muß auf die Freundesworte hören und dem Wunsche des Parteitages Rechnung tragen. Dann werden die fünfundzwanzigjährigen Klagen auf einmal verstummen.

Nun zu der Angelegenheit des Genossen Quarck. Ich habe eine Erklärung abzugeben: Der Verfasser der ersten Artikel im „Vorwärts“ in dieser Angelegenheit ist bisher nicht genannt worden, man hat ihm deswegen in der

Presse und hier sogar Feigheit und ähnliche Dinge vorgeworfen. Ich kann Ihnen jetzt den Verfasser dieser Artikel vorstellen: Ich bin es gewesen. (Heiterkeit. Rufe: Wußten wir schon.) Sie wußten es also und auch Genosse Quarck war von Anfang an darüber unterrichtet. (Quarck: Keine Spur!) Ja offiziell wußten Sie nichts. (Große Heiterkeit.) Aber inoffiziell war es Ihnen kein Geheimniß, daß ich der Verfasser war. Trotzdem hat sich Genosse Quarck hingestellt und hat gerufen: Heraus mit dem Buschklepper, der es wagt, mich, den Dr. Maximus Quarck, anzugreifen. (Stürmische Heiterkeit.) Nun, ich kann dem Genossen Quarck versichern, daß ich keine Angst vor ihm empfinde: Vor Ihnen fürchte ich mich noch lange nicht. Sie aber wollten die Angelegenheit auf das persönliche Gebiet schleppen, nachdem Sie in sachlicher Hinsicht in der Partei nur auf Ablehnung stießen, deshalb Ihr immer wiederkehrendes Verlangen, daß ich mich als Verfasser der Artikel bekennen sollte. Sie wollten, daß der ganze Quark des Streites mit den Gewerkschaften durch die Nennung meines Namens wieder aufgerührt würde. (Rufe: oh! sehr richtig!) Ich aber wollte eine rein sachliche Diskussion haben. Und ich bin sofort aus ihr ausgeschieden, sobald das persönliche Moment hineinkam. In meinem ersten Artikel war nichts Persönliches enthalten. Wie sehr es Quarck darum zu thun war, einen persönlichen Streit vom Zaune zu brechen, geht schon daraus hervor, daß er sich sogar in seiner Erwiderung über die Ueberschrift meines Artikels „Ein neues Gewerkschafts-Programm" aufregte. Das Wort war bis dahin unbeanstandet von ihm durch die Parteipresse gegangen. Er unterstellt mir in seiner Antwort: „Ich debattire nicht loyal." Ich rege mich über den Vorwurf nicht auf, vermisse aber durchaus den Nachweis, daß der Vorwurf mit Recht erhoben wird. Zugeben muß ich nur, daß ich in meinem zweiten Artikel auch schärfere Töne anschlug. Persönliche Spitzen gegen Quarck aber waren nicht darin, dagegen hat Quarck uns direkt vorgeworfen, wir leisteten Jedem Widerstand, der versuche, der gewerkschaftlichen Thätigkeit erweiterte Gebiete zu erschließen. Gegen eine solche durchaus unbegründete Unterstellung habe ich das volle Recht, mich zu wehren. Was kann man der Leitung der politischen Partei schlimmeres vorwerfen, als Quarck gethan hat, nämlich daß sie die Gewerkschaften durch ihre Politik entweder ins konservative oder ins anarchistische Lager treibt. Das mußte ich zurückweisen, und da ruft Quarck, er werde verfolgt und verlangt Genugthuung. Ich bin persönlich längst bereit, ihm Genugthuung zu gewähren. Nur für den ersten und zweiten Artikel komme ich auf. Was nachher geschehen ist, ist ohne mein Zuthun geschehen, aber auch dazu muß ich sagen, daß Quarck hier wieder seiner alten Neigung gefolgt ist und in der Polemik die Dinge anders dargestellt hat, als sie thatsächlich liegen. In dem Redaktionsartikel steht nicht, daß Quarck zu einer Schicht bürgerlicher Sozialpolitiker gehört, sondern daß er aus dieser Schicht hervorgegangen ist. Das ist doch ein großer Unterschied. Genosse Quarck ist furchtbar empfindlich und ich muß gestehen, nichts ist mir langweiliger und abgeschmackter als ein weinerlicher Gegner. (Heiterkeit und Beifall.) Ich brauche einen Kerl, der sich tüchtig mit mir herumschlägt, dann stelle ich meinen Mann. (Heiterkeit und Beifall.) Genugthuung will ich Genossen Quarck gerne geben. Ich schlage deshalb ein Schiedsgericht vor und verzichte meinerseits darauf, die Hälfte der Schiedsrichter zu ernennen. Quarck soll sie alle stellen. Ich bin überzeugt, daß sie mir trotzdem recht geben werden. (Beifall.)

Im weiteren erklärt sich Redner gegen den Antrag aus Iserlohn (34), weil er nicht durchführbar ist, weil der Nürnberger Trichter fehlt, mit dem den Genossen das Verlangte eingetrichtert werden soll. — Der Antrag 45 ist überflüssig. Wenn es nothwendig ist, Berichte über Parlamentsverhandlungen zusammen zu stellen und zum Selbstkostenpreise abzugeben, geschieht es schon heute.

Der Antrag der Karlsruher Genossen, daß die Partei die Verpflichtung der Erhaltung eines täglichen Parteiblattes in Karlsruhe übernehmen soll, muß abgelehnt werden. Denn was für Karlsruhe recht wäre, müßte für ein Dutzend anderer Städte billig sein. Nicht die Bedürfnißfrage muß in den Vordergrund gestellt werden, sondern die Geldfrage. Die Partei lebt in den letzten Jahren in der Hauptsache von den Ueberschüssen des „Vorwärts" und des „Echo" und den Parteibeiträgen der Genossen der großen Städte. Den Berlinern wäre es auch lieber, wenn sie zehn Pfennige monatlich für das Blatt weniger zu zahlen hätten. (Sehr richtig.) Aber aus diesen zehn Pfennigen setzt sich der ganze Ueberschuß zusammen. Aehnlich liegt es in Hamburg. Den badischen Genossen aber sage ich zum Schluß: Die Süddeutschen sollten sich doch nicht von den Preußen ein Blatt zahlen lassen! (Große Heiterkeit und Beifall.)

Dr. Quarck: Meine Beschwerde von gestern hat ja theilweise Erfolg gehabt. Was ich vorgebracht habe, geschah nicht aus der Lust am persönlichen Zank, sondern aus sachlichen Gründen und im Partei-Interesse. Witzchen, die sich auf meinen Namen beziehen, sind Zeugnisse großer Geistesarmuth. Im Interesse der Genossen, die solche Witze lieben, sollte man wünschen, daß auf den Parteitagen viele Genossen mit dem Namen Ochsenkopf erscheinen, damit sich ihr Witz an solchen Namen üben kann. Timm hat gesagt, ein Arbeiter würde ausgelacht werden, wenn er mit solchen Beschwerden wie ich vor den Parteitag tritt. Ich glaube das nicht. Ich meine, daß mit solchen Aeußerungen ein bischen Demagogenthum hier getrieben wird. Ich nehme für mich selbstverständlich kein anderes Recht, als es für den Arbeiter auch gilt, in Anspruch. Auch die Zweifel an meiner Erklärung, daß Genosse Sydow die Frankfurter Artikel verfaßt hat, finde ich charakteristisch. Man sucht niemanden hinterm Busch, hinter den man nicht selbst gesteckt hat.

Nun zu Auer. Er hat sich als das unschuldige Lämmlein hingestellt, das kein Wässerchen trüben kann. Ich soll den persönlichen Ton hineingetragen haben, aber weder er noch gestern Genosse Schmidt haben aus meinen Artikeln persönliche Stellen trotz allen Suchens mittheilen können. In Wahrheit liegt die Sache so, daß der „Vorwärts" zuerst gar keine Notiz von meinen Vorschlägen nahm und dann Auer gegen dieselben polemisiren ließ, ohne daß die Leser meine Vorschläge hätten kennen lernen können. Ich habe mich auch nicht aufgeregt, wie Genosse Auer meint, sondern lediglich festgestellt, daß mir mehr als persönliche Beziehungen zu bürgerlichen Reformen vorgeworfen wurden. Den Beweis dafür ist mir Auer schuldig geblieben. Er hat erklärt, daß die Beschuldigung nicht von ihm stamme. Diese Feststellung genügt mir. Ich habe ferner festgestellt, daß mir vorgeworfen wurde, ich verbreite fortgesetzt falsche Darstellungen über das Verhältniß der politischen Partei zu den Gewerkschaften. Hier hat Auer den Nachweis durch ein Zitat versucht, hat es aber gerade an der Stelle abgebrochen, wo ich ausdrücklich sage, daß ich die besten Absichten bei ihm voraussetze.

Genosse Schmidt in Magdeburg hat seinen Vorwurf des Geldes zurückgenommen. Das genügt mir und ich danke ihm dafür. In der Agrarkommission habe ich bezüglich der Sache nichts anderes mitgetheilt als in der Berichtigung an Schmidt in Magdeburg in der dortigen „Volksstimme". Es ist unwahr, daß ich im „Vorwärts" und im „Sozialpolitischen Zentralblatt" die Thätigkeit der Reichskommission für Arbeiterstatistik verschieden beurtheilt habe. Schmidt soll die Artikel anführen, er kann es aber nicht. Der Sozialpolitiker, auf den er sich berief, hat mir brieflich mitgetheilt, daß er die ihm zugeschriebene Aeußerung über die Sache niemals gethan habe, und mich ersucht, den Mann an ihn zu weisen, der den Klatsch verbreitet hat. Ich thue dies hiermit. Die Gewerkschaftsfrage an und für sich ist ja wohl erledigt, ich will nur noch Bebel gegenüber bemerken, daß ich auf diesem Standpunkt schon länger

stehe, daß ich der süddeutsche Mitarbeiter war, der schon nach dem Kölner Parteitag mit ihm über die Frage polemisirt hat. Ich bin immer offen mit meiner Meinung hervorgetreten und habe mich mit Bebel friedlich auseinandergesetzt. Damals ist es nicht zu einem Krawall gekommen.

Was die Handlungsgehilfen-Frage betrifft, so arbeiten die Berliner Genossen gegen mich mit Schimpfworten, die aller Beschreibung spotten. Obgleich die ganze Angelegenheit bereits in der Agrarkommission ihre Erledigung gefunden hat, scheuen sich die Berliner Genossen nicht, die Sache nochmals anzuschneiden, um mir wieder eins anzuhängen. Genosse Schmidt hat gestern einen Artikel von mir aus der „Kaufmännischen Presse" verlesen, er hat aber — ein Beweis für die Loyalität, mit der er kämpft — verschwiegen, daß ich in der nächsten Nummer erklärt habe, daß der Artikel gegen meinen Willen, während ich verreist war, hineingekommen ist (hört! hört!) und daß ich die Sozialdemokratie niemals angegriffen, sondern mich auf rein gewerkschaftlichem Boden bewegt habe. Das verschweigen die Berliner Genossen, obgleich sie es ganz genau wissen. Was ist das für eine Art der Polemik. Wenn sich die kaufmännische Presse gegen die Bezeichnung als sozialdemokratisches Organ gewehrt hat, so hat sie damit nichts anderes gethan, als was alle unsere gewerkschaftlichen Blätter im gleichen Falle auch gethan haben. Ich habe mich in der gewerkschaftlichen Bewegung der Kaufleute seit 8 Jahren mühsam durchgekämpft, ich habe in den alten kaufmännischen Vereinen gewirkt, solange ich konnte. Als die Leute sahen, daß ich dort die Gemüther revolutionirte — denn zu diesem Zweck war ich da — sagten sie einfach: Wir wollen den Verein, bei dem Du bist, nicht mehr im Bunde haben. Das war es ja, was ich wollte, denn heute sind die kaufmännischen Vereine vor eine Reihe von Agitationsaufgaben gestellt, die sie nicht mehr zurückweisen können. Jetzt haben wir in Frankfurt a. M. einen Verein, der auf dem Boden des Klassenkampfes steht Das wäre nicht möglich, wenn nicht die Kämpfe vorher stattgefunden hätten. Der Handlungsgehilfenkongreß steht mit seinem Beschluß, daß die Handlungsgehilfenvereine politisch sein müßten, ganz vereinzelt da. Die Vereine in Hamburg, Frankfurt, Stuttgart, Nürnberg, Fürth, München und Chemnitz sind im Gegentheil darüber einig, daß auf gewerkschaftlichem Boden gekämpft werden muß.

Singer: Ich habe dem Redner einen sehr weiten Spielraum gelassen zur Erörterung der gegen ihn gerichteten persönlichen Angriffe. Ich kann aber nicht zugeben, daß er in diesem Augenblicke die Diskussion über die Handelsangestellten in Berlin und die sonstigen kaufmännischen Vereine führt. Das gehört nicht hierher.

Quarck: Die Gewerkschaftskommission in Berlin habe ich beim Handlungsgehilfen-Kongreß in Berlin nur darauf hingewiesen, daß sie die Vorarbeiten für den Gewerkschaftskongreß abgelehnt habe und daß man deshalb in Berlin uns Frankfurtern nicht Mangel an Solidarität vorwerfen solle.

Zum Schluß die verkrachten Existenzen. Ich muß diese Aeußerung einfach als eine Ungezogenheit gegen Genossen bezeichnen, die sich selbst richtet. Ich bin aus der bürgerlichen Klasse zur Sozialdemokratie gegangen, weil mich die Logik der Thatsachen dazu zwang, und nicht weil ich dort keine Stellung gehabt hätte. Ich konnte sie lohnender haben als bei der Sozialdemokratie, habe aber trotzdem niemals nach einer Parteistellung verlangt und fühle mich als unabhängiger Schriftsteller, indem ich meine Pflicht für die Partei thue, außerordentlich wohl.

Ein Redner hat gesagt, ich würde aus der Debatte gelernt haben. Ich denke, umgekehrt trifft es ebenfalls zu, und man wird von jetzt ab persönliche Stänkereien unterlassen, die den Genossen im Lande nur ein schlechtes Beispiel geben können. Den Schiedsgerichtsvorschlag Auers nehme ich an; auch ich verzichte auf Vorschläge und wünsche, daß der Parteitag die Schiedsrichter ernenne.

Singer theilt mit, daß der Antrag Scheuing in Sachen Quarck zurückgezogen ist.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt, um Liebknecht noch zum Wort zu lassen.

Bunte wiederholt seine Vorwürfe in der Dortmunder Preß-Angelegenheit gegenüber der Parteileitung. Die Dortmunder protestiren gegen ihre Behandlung als unmündige Kinder, sie lassen sich nicht an der Nase herumführen.

Liebknecht: Ehe ich auf den „Vorwärts" eingehe, habe ich im Auftrag der Hamburger Genossen zu erklären, daß sie den Zweck ihrer Anträge durch den Verlauf der Debatte für vollständig erreicht halten. Es ist ihnen nicht eingefallen, in Bezug auf die Kunst einen spießbürgerlichen, mit unseren freiheitlichen Ideen im Widerspruch stehenden Standpunkt einnehmen, oder gar einer Zensur das Wort reden zu wollen, sondern sie haben sich nur gegen das gewendet, was Steiger selbst als Auswüchse anerkannt hat. Sie ziehen also ihre Anträge zurück.

Sodann habe ich zunächst sachlich einiges zu berichtigen. Es ist gesagt worden, ich hätte erklärt, daß ich alle Vorwürfe in den Wind schlüge; das habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt, daß ich mich an solche Angriffe so gewöhnt habe, daß sie mir, namentlich so weit sie stereotypisch sind, nicht wehe thun; und ich habe ausdrücklich die Hoffnung hinzugefügt, daß es in den bevorstehenden Preßkonferenzen — auf dem Parteitage ist das nicht möglich — gelingen werde, eine Vereinbarung oder Regelung zu erzielen, welche die Ursache der Uebelstände beseitigt.

Dann ist von Fischer erklärt worden, ich sei sechs Monate im Jahre abwesend. Ich bin in diesem Jahre länger abwesend gewesen als in einem anderen Jahr, und das war im ganzen 11 Wochen, also nicht ein Vierteljahr, und das war die Folge meiner Agitations-Reise nach England, die ich im Frühjahr unternehmen mußte, weil ich wegen meiner Verurtheilung in Breslau glaubte, zur Zeit des Londoner Internationalen Kongresses würde ich im Gefängniß sein. Auf diese Weise habe ich 5 Wochen allerdings verloren. Ich glaubte aber, daß sie der Partei sehr nützlich gewesen sind. (Beifall.) Die übrige Zeit habe ich auf dem Kongresse zugebracht auf Verlangen der Partei und meine Ferienwochen benutzt, um $1^1/_2$ Dutzend Volksversammlungen abzuhalten und wohlgemerkt, dabei habe ich noch regelmäßig für den „Vorwärts" gearbeitet. Zu meiner Erholung habe ich nur 3 bis 4 Tage gehabt, die ich hier in Gotha verlebte. Diesen ganz unberechtigten Angriff muß ich entschieden zurückweisen.

Ferner ist es gewissermaßen als eine Art Vertrauensbruch bezeichnet worden, daß ich jenes Beschlusses einer in Berlin abgehaltenen Redaktions- und Parteileitungs-Konferenz erwähnte. Da aber ein Antrag in gleicher Richtung hier vorlag, war die Erwähnung des Beschlusses selbstverständlich — und zum Verschweigen gar kein Grund. Ja, wir haben eine Einigung in dieser Richtung getroffen. Wenn ich gegen diese Art und Weise der redaktionellen Stellungnahme mich hierbei ausgesprochen habe, und man das in Widerspruch damit brachte, daß ich in der Berliner Konferenz dafür gestimmt habe, so muß ich bemerken: ich habe dafür gestimmt, nachdem festgestellt worden, der Minorität müßte man selbstverständlich gerecht werden. Die Sache kommt ja dann vollständig auf meinen früheren Standpunkt hinaus. Ob im Fall einer Meinungsverschiedenheit die Mehrheit sich Redaktion nennt und die Minderheit Stellung gegen die „Redaktion" nimmt, oder ob die Mitglieder der Mehrheit individuell hervortreten wie die der Minderheit, das ist im Wesen ganz einerlei, mindestens aber meines Erachtens viel besser in der Form. Des Weiteren ist gesagt worden, ich hätte eine Individualität, gegenüber welcher ein anderer nicht aufkommen kann. Es ist doch merkwürdig, daß diese Individualität in mir erst entdeckt ist, seitdem ich in Berlin bin. Ich bin 25 Jahre in Leipzig gewesen.

Dort ist aber in mir eine despotische Natur, ein diktatorischer Geist von Niemand entdeckt worden. Durch mich ist Niemand aus dem „Vorwärts“ hinausgebissen worden. Ich habe mich im Gegentheil stets bemüht, Kräfte heranzuziehen und jeder Persönlichkeit den freiesten Spielraum zu lassen. Wer mich kennt, wird zugeben, daß diese unerquicklichen Dinge nicht in meiner Persönlichkeit liegen, sondern daß es sich um ein Verhältniß und um Verhältnisse handelt, die abzuändern ich allein nicht in der Lage bin. Es liegt nicht in meiner Macht, Konflikte, die aus dem Charakter des „Vorwärts“ als offizielles Partei-Organ und gleichzeitig als Berliner Lokalorgan entstehen müssen, zu vermeiden. Wäre ich Redakteur eines Lokalblattes wie der „Leipziger Volkszeitung“, so wäre ich in der Wahl meiner Mitarbeiter vollkommen frei und die Einheitlichkeit der Redaktion ergäbe sich von selbst. Hätte ich dies Recht, ja Parteigenossen, dann würde ich sehr bald Ordnung gemacht haben. Aber ich bin nicht der freie Herr. Ich werfe auf Niemand die Schuld. Sie liegt einfach in den jetzigen Verhältnissen. Jedenfalls aber liegt sie nicht in meiner Person. Ich bin bereit zu jeder Konzession. Ich bin bereit, alles zu thun, was diese Reibungen unmöglich macht. Aber in den jetzigen Verhältnissen wird es nicht möglich sein. Es sind aber andere Arrangements zu treffen und darüber werden wir später das Nähere verhandeln. In gewisser Beziehung bin ich allerdings, zwar nicht diktatorisch aber hartköpfig. Ich opfere nicht meine Ueberzeugungen. Ich bin in manchen Fragen anderer Ansicht als andere, und da gebe ich allerdings nicht nach. Und ich meine, die Partei hat, als sie mir diese Stelle gab, auch erwartet, daß ich mir die nothwendige Unabhängigkeit wahren werde. Ich würde es für ein großes Unglück halten, wenn der „Vorwärts“ ein sozialdemokratisches Reptilblatt wäre. Ich habe seiner Zeit ein offiziöses Regierungsblatt verlassen, ich würde auch keinen Augenblick in einem offiziösen Partei-Regierungsblatt verbleiben. Denn ich kann blos da sein, wo ich vollständig meiner Ueberzeugung folgen kann. Genosse Schmidt-Magdeburg sagt, ich solle fortgehen, und will so gnädig sein, mich auf mein Altentheil zu setzen. (Heiterkeit.) Ja, so alt fühle ich mich noch nicht und ich glaube immer noch so gut wie Einer arbeiten zu können. (Lebhafter Beifall.) Geben Sie mir Arbeit, welche es auch sei. Sorgen Sie nur, daß ich sie freudigen Herzens erledigen kann, und ich werde sie gern thun. (Beifall.) Finde ich Jemanden, der meine Stelle besser ausfüllen kann, findet sich eine jüngere Kraft, so werde ich nicht im Wege stehen, und hätte ich eine bessere Kraft gefunden, sie wäre längst an meiner Stelle und ich würde ohne Nachtheil für meine Familienverhältnisse einen anderen Wirkungskreis, selbstverständlich auch im Dienste der Partei, gesucht haben. (Beifall.)

Dann hat Schmidt gemeint, auch meine parlamentarische Thätigkeit tauge nichts. Ich studirte nicht den Etat. Nun, Genosse Schmidt ist in diesem Saal und außerhalb desselben der letzte, dem ich ein kompetentes Urtheil in solchen Dingen zutraue. (Lebhafte Zustimmung.) Durch diese Aeußerung beweist er nur seine persönliche Animosität. Er hat es nicht vergessen, daß ich nach dem Breslauer Parteitag nicht in die von ihm geforderte Hetze gegen die bayerische Landtagsfraktion einstimmen wollte, sondern ihm seinen Unteroffizierston verwies. Und gut war es, daß man die bayerischen Genossen nicht so behandelt hat, wie Schmidt es verlangte.

Und da komme ich zu einem anderen Punkte, von dem Bebel gesprochen hat. Er tadelt es, daß ich in einer Polemik, in die ich verwickelt wurde, gesagt habe, „wenn der „Vorwärts“ nach dem Frankfurter Parteitag in der Agrarfrage scharfe Stellung genommen hätte, so wäre eine Spaltung möglich gewesen.“ Eine Spaltung in dem Sinne, daß die deutsche Sozialdemokratie nicht mehr als Ganzes zusammen steht, halte auch ich selbstverständlich für undenkbar. Aber die Dinge hatten sich damals so zugespitzt, daß eine Anzahl

der einflußreichsten und hervorragendsten Genossen in Bayern aufs Aeußerste gereizt waren und daß eine vorübergehende Spaltung wahrscheinlich, ja gewiß gewesen wäre. (Zustimmung.) Doch das sind Ansichtssachen. Jedenfalls weiß ich, aus jener Zeit besteht noch heute hier und dort eine derartige Animosität, daß manche Genossen das alte freundschaftliche Verhältniß, das zwischen Genossen bestehen sollte, nicht wieder haben aufnehmen wollen. (Sehr wahr.) Und sicher ist, ich habe Niemand und kein Prinzip durch meine Haltung verletzt und der Partei genützt. Aber ich habe nicht „Stellung genommen". Ja „Stellung nehmen". Wie? Welche? Denken Sie doch nur an die Agrarfrage: der Frankfurter Parteitag nimmt eine Resolution an, die ich für schwächlich, für falsch gehalten habe. Ich hätte also gegen den Frankfurter Parteitag vorgehen müssen. Nun kommt ein Jahr später der Breslauer Parteitag und faßt eine umgekehrte Resolution, die ich ebensowenig billigen konnte wie vorher die Frankfurter. Soll ich auch gegen diese Stellung nehmen? Da hätte sich also der „Vorwärts" zweimal über den Parteitag, über das höchste Forum der Partei, stellen müssen! Wäre das der Partei zuträglich gewesen? An Belehrung der Leser hat der „Vorwärts" es nicht fehlen lassen. Ist denn die Diskussion nicht geführt worden? Haben wir nicht alle Gründe Für und Wider, alles was die Partei in der Agrarfrage geleistet hat, im „Vorwärts" zum Ausdruck gebracht?

Derjenige, der von den Parteigenossen annimmt, daß sie ein denkendes Volk sind, der ihnen in Streitfragen die verschiedenen Meinungen vorlegt und die Kritik überläßt, hat doch wahrhaftig eine bessere Meinung von ihnen als derjenige, der sagt, ein Individuum, heiße es nun Liebknecht, Bebel oder Auer, hat ihnen von oben herab seine Meinung zu diktiren. (Sehr wahr.)

Meine individuelle Stellungnahme bin ich jeden Augenblick bereit, der Partei vorzulegen, diese aber zur Sache des Partei-Organs zu machen, zu sagen, das allein ist gut und richtig, das geht nicht. Dann ist noch gesagt worden, der „Vorwärts" führe die Partei nicht, er überlasse das den Lokalblättern. Ich habe mir gedacht, daß es das höchste Prinzip einer demokratischen Regierung sei, daß sie mit dem Volke geht, daß sie die Strömungen im Volke kennen lernt und ihnen folgt. Dem entgegengesetzt ist der monarchistisch-zäsaristische Standpunkt, daß die Meinung und Richtung von oben diktirt wird. Unsere Organisation ist demokratisch, und da ist es nöthig, daß die Richtung aus der Masse heraus kommt. Wenn ich in meinem politischen Leben einen Gedanken konsequent und zäh durchgeführt habe, so ist es der, zu verhindern, daß ein Leithammelthum in der Partei aufkommt (lebhafter Beifall), denn das ist das Verderben jeder Partei. Und seltsamer Weise ist es mir wiederholt als Schwäche ausgelegt worden, daß ich in dieser Lebensfrage der Partei fest geblieben bin! Den Mann will ich sehen, der sich hinstellt und sagt: Ich habe in dieser oder jener Streitfrage die allein richtige Meinung. Sie sehen, daß ich hier nicht nach flüchtiger Laune, sondern von höheren Gesichtspunkten aus und nach Prinzip gehandelt habe.

Ich wiederhole: meine Person wird niemals ein Hinderniß sein. Es ist vorhin ein böses Wort gefallen: „indem man dem Liebknecht die Leitung des „Vorwärts" gab, hat die Partei einen Fehler gemacht; an dem leidet sie jetzt." Ich bin nicht verheirathet mit dem „Vorwärts". Ich bin jeden Augenblick bereit, zurückzutreten, ich verschlimmere meine Lage dadurch nicht.

Ob es aber ein Fehler war, daß der „Vorwärts" so unabhängig und demokratisch geleitet wurde, wie ich es versuchte, statt ihn zu einem Parteivorstandsorgan zu machen, das möchte ich doch sehr bezweifeln.

Eins steht fest: ich habe mich stets bemüht, meine Schuldigkeit im Interesse der Partei zu thun (Beifall). So lange ich auf dem Posten stehe, werde ich meine Schuldigkeit thun im Interesse der Partei. (Lebhafter Beifall.)

Ich verweise nicht auf meine Vergangenheit, das fällt mir nicht ein. Ich habe schon vor 8 oder 9 Jahren in einer Volksversammlung zu Mannheim gesagt: Wenn ich merke, daß ich den Kampfaufgaben nicht mehr gewachsen bin, dann trete ich zurück. Denn länger in einer Bewegung im Vorkampfe zu sein, als die Kräfte reichen, das ist thöricht. Mir braucht man keinen Stoß zu geben, um mich von meinem Platze zu entfernen. Glauben Sie, daß ich mich nicht auch manchmal nach Ruhe gesehnt habe? Aber ich fühle mich zum Glück noch stark genug für den Kampf und ich habe noch keinen gefunden, der es besser machen würde als ich. Und nun schließe ich mit der Hoffnung, daß die Besprechungen auf diesem Parteitage, verbunden mit den Berathungen der bevorstehenden Preß-Konferenz, dazu führen werden, den „Vorwärts" so zu gestalten, daß den unerquicklichen Verhältnissen ein Ende gemacht wird. (Lebhafter Beifall, Händeklatschen.)

Ein erneuerter Antrag auf Schluß der Debatte wird nunmehr mit großer Mehrheit angenommen.

Schleicher-Mülhausen stellt fest, daß er, obgleich seit gestern gemeldet, nicht zu Wort gekommen sei.

In persönlicher Bemerkung erklärt **Timm**-Berlin, daß die Bezeichnung des „Saalfelder Volksblattes" als eines „Winkelblättchens" ihm in der Eile entfahren sei und er diesen Ausdruck zurücknehme.

Schmidt-Magdeburg erklärt, daß er einen persönlichen Vorwurf Liebknecht nicht habe machen wollen, er habe nur die Anschauung vieler Parteigenossen zum Ausdruck gebracht, daß Liebknecht an der Spitze des „Vorwärts" nicht auf dem richtigen Platze sei.

Auer erklärt, er sei jeden Augenblick bereit, für jede Zeile, die im Verlaufe der Polemik in der Sache Quarck im „Vorwärts" gestanden habe, ausdrücklich die Verantwortung zu übernehmen, wenn Quarck es wünschen sollte.

Antrick: Selbstverständlich weiß ich, daß der Pariser Gemeinderath in seiner Majorität nicht aus Sozialdemokraten besteht; wenn Liebknecht heute von nur zwei sozialistischen Gemeinderäthen spricht, so steht auch das in Widerspruch zu den Vorwärtsberichten, aus denen ich mindestens ein Dutzend Siegesberichte nachweisen könnte.

In seinem Schlußworte zu dem Punkt „Presse" giebt

Pfannkuch die Erklärung ab, daß die Anträge 42 bis 44 von den Hamburgern zurückgezogen seien, da die Absicht, ihre Wünsche bezüglich der „Neuen Welt" in Gegenwart ihres Redakteurs zur Sprache zu bringen, erfüllt sei. Die Verhandlung hat gezeigt, daß Genosse Steiger guten Rathschlägen ja auch zugänglich ist. Die Zukunft wird lehren, ob die „Neue Welt" weiteren Anlaß zu Klagen geben wird. Die erforderliche Klärung hinsichtlich der Verhältnisse im „Vorwärts" ist ja nunmehr erfolgt.

In der Abstimmung werden die Anträge 34, 45, 49, 50, 51, 74 abgelehnt.

Zur Annahme gelangen die Anträge 31, 47, 52, der Antrag Berlin IV betr. der wissenschaftlichen Beilage zum „Vorwärts" und der Antrag Bebel:

> Der Parteitag wolle beschließen, die Parteileitung zu beauftragen, zu untersuchen, durch welche Maßnahmen das Defizit der „Neuen Welt" auf ungefähr 25 000 Mark herabgebracht werden kann.

Es erfolgt nunmehr die Diskussion zu dem Kassenbericht.

Dazu liegt der Antrag Bremerhaven vor:

> Der Parteitag wolle beschließen, daß der finanzielle Ausfall, der durch die Verbilligung des Neuen Welt-Kalenders entstanden, nicht wie bisher von den Kolporteuren, sondern von der Verlags-Buchhandlung getragen wird.

Grenz: Vor zwei Jahren wollten die Leipziger Genossen aus ihrer Parteizeitung „Der Wähler" ein größeres Organ schaffen. Das kostete natürlich

Geld. In Berlin war der Parteivorstand bis an den Hals zugeknöpft und gab keinen Groschen. Für Leipzig wäre es am wenigsten gefährlich gewesen, einmal ein paar Tausend Mark zu geben. Vom „Wähler" war noch ein Restbestand von 8000 Mark da. Es mußten also Darlehen aufgenommen werden: 18 000 Mark, davon 8000 von privater Seite und 10 000 von Gewerkschaften. 2500 Mark sind schon zurückgezahlt, 3000 Mark kamen durch Geschenke als Preßfonds zusammen und das Leipziger Agitationscomitée der Partei gab 5000 Mark. Da trat aber das ganz Unerwartete ein, daß das neue Blatt einen kolossalen Aufschwung nahm. Der Abonnentenstand des „Wähler" verdoppelte sich und das erforderte natürlich wieder eine Vergrößerung des Geschäfts und neue Mittel. Wieder mußte geborgt werden. Das Agitationscomité gab 4000 Mark und in diesem Jahre noch 2700 Mark. Nun außerhalb Berlins giebt es ja auch noch Leute, die verstehen, ein Unternehmen zu leiten. In der kurzen Zeit von zwei Jahren ist es den Leitern des Leipziger Geschäfts schon gelungen, zirka 33 000 Mark ab- oder zurückzuzahlen. Mit überwiegender Majorität ist von den Leipziger Genossen ein Antrag, 1000 Mark an die Partei abzuführen, abgelehnt worden, weil es unmittelbar vor dem Parteitag zu auffällig erscheinen würde. Nach dem Parteitag wird ein solcher Antrag Annahme finden. (Beifall.)

Kiesel-Berlin: Wir sind der Meinung, daß die einzelnen Städte mit ihren Parteibeiträgen nicht so im Rückstande bleiben dürfen, wie es in den letzten Jahren geschehen ist. Berlin hat 36 000 Mark, Hamburg 25 000 M. abgeliefert. Auch in den großen Städten ist es nicht so leicht, solche Summen zusammenzubringen. Aber wir thun unsere Schuldigkeit. Er erklärt sich gegen den Antrag Bremerhaven.

Martikke-Hamburg: Als Vertreter eines schleswig-holsteinischen Kreises muß ich erklären, weshalb diese Genossen ihre Pflicht, Geld an die Parteikasse zu schicken, in gröblicher Weise vernachlässigen, wie der Parteibericht sich ausdrückt. Alles Geld muß nach dem Vororte, in diesem Falle an die Agitationskommission in Neumünster geschickt werden.

Albrecht-Halle: Wenn Halle nur mit 5 Mark im Kassenbericht figurirt, so liegt das an den Kosten der Nachwahl, die über 4000 Mark betragen haben. Wir haben auch unser Partei-Organ seit sieben Jahren ohne Unterstützung gehalten. Auch hatten wir im letzten Jahre viel Prozeßkosten. Auch dieser Redner wendet sich gegen den Antrag Bremerhaven.

Bérard ersucht gleichfalls, diesen Antrag abzulehnen, weil dadurch dem Hamburger Geschäft ein großes Defizit entstehen würde. Die Kolporteure haben durchaus keinen großen Schaden. Ihr Verdienst beträgt noch immer 41 pCt. Der Kalender ist durchaus nicht schlechter geworden. In diesem Jahre ist die Nachfrage außerordentlich groß. Ende September war die erste Auflage bereits vergriffen.

Schmalfeld-Bremerhaven: Ich habe selber Bedenken gegen den Antrag, den ich zu vertreten habe. Wir können aber doch wohl wie früher fünfzig Pfennige für den Kalender nehmen. Er ist sehr gut. Das würde auch im Interesse der Partei-Buchhandlungen und Partei-Kolporteure liegen. Wenn Bremerhaven und Umgegend in dem verflossenen Jahre weniger als sonst in die Parteikasse gesteuert haben, so liegt das daran, daß wir die „Norddeutsche Volksstimme" in Geestemünde, die bisher in Privatbesitz war, in Parteiregie genommen haben. Das erforderte immerhin 8—9000 Mk.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Im Schlußwort bemerkt **Gerisch**: Genosse Grenz hat der Parteileitung vorgeworfen, daß sie nicht ein paar tausend Mark für Leipzig geopfert hat. Wir haben aber aus den Ziffern, die er anführte, gesehen, daß es sich um einige Zehntausende gehandelt hat. Wir hatten allen Grund, dies Verlangen

zurückzuweisen, denn was wir Leipzig bewilligt hätten, hätten wir auch anderen Städten nicht abschlagen können. Was die weiteren Vorwürfe anlangt, so habe ich nur erklärt, daß man sich auf Leipzig nicht berufen kann, weil dort die Verhältnisse anders liegen und weil die Leipziger Genossen bei der Fülle dessen, was ihr Organ bietet, sich vielleicht überlegen müßten, ob nicht eine Erhöhung des Abonnementspreises angebracht wäre. Daraus ist dann in dem Bericht über den westfälischen Parteitag die Deutung entstanden, es sei zweifelhaft, ob das Leipziger Blatt prosperirt. Zum Schluß bitte ich nun noch, daß die Parteigenossen unsere zarten Winke beherzigen und die Ueberschüsse an uns abführen mögen, damit es nicht nöthig ist, sie im nächsten Jahre wieder an ihre Pflicht zu erinnern.

Die Abstimmung ergiebt die Ablehnung des Antrages Bremerhaven.

Der Antrag Meister, dem aufgelösten Parteivorstand und dem an seine Stelle getretenen Ausschuß Decharge zu ertheilen, wird mit großer Mehrheit angenommen.

Schluß 6 Uhr.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 14. Oktober. — Vormittagssitzung.

$9^1/_4$ Uhr. Den Vorsitz führt Bock.

Nach Verlesung einiger Begrüßungsschreiben wird in die Tagesordnung eingetreten.

Verhandelt wird Punkt 3: **Berichterstattung über die parlamentarische Thätigkeit.**

Mit zur Verhandlung gestellt werden die Anträge 68, 69, 70, 71 72; ferner ein Antrag der Genossen aus Jena-Neustadt, von 20 Delegirten unterstützt:

> Unsere Fraktion möge im Reichstag beantragen: Es soll alljährlich im Januar eine Arbeitslosenstatistik durch die Reichsregierung aufgenommen werden,

sowie Antrag von Krüger und Schultze-Königsberg, von 20 Delegirten unterstützt:

> Der Parteitag wolle beschließen, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, einen Gesetzentwurf einzubringen, nach welchem, um Hitzschlägen, wie sie in diesem Jahre sich ereigneten, vorzubeugen, die Arbeit einzustellen ist, wenn die Temperatur einen bestimmten Wärmegrad erreicht hat. Ausgeschlossen hiervon kann die Hausindustrie werden, weil die Heimarbeiter von der Hitze nicht so schwer betroffen werden als die auf Bauten, Plätzen und in Fabriken beschäftigten Personen.

Antrag 29 findet nicht genügende Unterstützung.

Berichterstatter **Max Schippel** verzichtet auf das Referat. Ein ausführlicher Bericht liegt gedruckt vor. Diejenigen Gegenstände, über die sich etwas sagen ließe, sind zu Punkt 4 verwiesen. Der Referent behält sich vor, wenn es nöthig wird, in die Debatte einzugreifen.

Die Diskussion wird eröffnet.

Schmidt-Magdeburg: Ich muß mich gegen die Auffassung des Hamburger „Echo" verwahren, daß unser, freilich nicht genügend unterstützter Antrag 29 ein Mißtrauensvotum gegen die Fraktion bedeutet. Wir wollen damit lediglich die Kosten verringern.

Groth-Rostock: Ich bin beauftragt, den Berichterstatter um Auskunft darüber zu ersuchen, warum in der bekannten Impf-Debatte im Reichstag ein Theil der Fraktion dafür und ein Theil dagegen gestimmt hat. Fürchten Sie

nicht, daß ich hier eine längere Pockenrede halte (Heiterkeit), ich soll nur Aufklärung darüber schaffen, wie sich die Fraktion zu solchen Anträgen verhält, die mit unserem Parteiprogramm nichts zu thun haben. Wir wollen wissen, ob da jeder Abgeordnete abstimmen kann wie er will, oder ob vorher die Fraktion sich darüber schlüssig wird, damit eine zwiespältige Abstimmung unserer Genossen nicht im Lande auf Mißverständnisse stößt, wie dies bei der bekannten Dampfersubventions-Frage vor zehn Jahren der Fall gewesen ist.

Baudert-Apolda spricht für den Antrag 69 der Genossen in Sangerhausen und erweitert ihn dahin: Die Reichstagsfraktion zu beauftragen, bei Berathung der Alters- und Invaliditätsnovelle zu beantragen, daß die der Parteileitung diesbezüglich mitgetheilten Mißstände des Gesetzes in Wegfall kommen. Die Genossen aus Apolda würden der Reichstagsfraktion das erforderliche Material zustellen. Die ganze Textilindustrie ist daran interessirt.

Frohme: Schmidt gegenüber bestreite ich, daß das Hamburger „Echo" den Magdeburger Antrag mißverständlich aufgefaßt hat. Es ist davon die Rede, daß die Wahl der Abgeordneten ein Protest gegen die staatliche und gesellschaftliche Ordnung sei. Demgegenüber erkläre ich ausdrücklich, daß die Abgeordneten unserer Partei ihre Stellung nicht nur als diesen Protest aufzufassen haben, sondern auch der Nothwendigkeit der positiven Mitwirkung im Volksinteresse nach Kräften zu genügen haben. Ich bestreite, daß die Fraktion nicht in jeder Beziehung, auch in der Agitation, ihre volle Schuldigkeit gethan habe.

Ebert-Bremen: Ich habe die Fraktion auf einen Punkt der Unfallversicherung hinzuweisen, auf den sie bei der kommenden Reform der Versicherungs-Gesetzgebung ihr Augenmerk lenken soll. Das bestehende Unfallversicherungs-Gesetz stellte die Seeleute thatsächlich unter einen Ausnahmezustand. Während für alle anderen Arbeiter die Grundlage für die Rente berechnet wird nach dem ortsüblichen Tagelohn, setzt der Reichskanzler diese Grundlage für die Seeleute durch Verfügung fest. Hierbei kommen die Seeleute nun zu kurz. So ist der Monatsverdienst für einen Oberheizer auf 50 Mk. monatlich festgesetzt, während er thatsächlich im Durchschnitt 70 Mk. verdient. Nur 9 Monate werden berechnet, während für alle anderen Arbeiter 300 Arbeitstage für die Berechnung jährlich gelten. Für Kost und Logis werden monatlich nur 18 Mk. berechnet, ein Betrag, der viel zu niedrig gegriffen ist. So wird für die Heizer ein Jahresverdienst von 612 Mk. als Grundlage für die Rentenberechnung angenommen und die Vollrente beträgt demnach nur etwa 400 Mk. Bei den Steuermännern liegt es ähnlich. Als monatlicher Durchschnittsverdienst ist ein Betrag von 90 Mk. festgesetzt, während die Heuer in Wirklichkeit 180 bis 400 Mk. monatlich beträgt. So beträgt die Vollrente für einen Steuermann nur 625 Mk. jährlich. Das sind Mißstände und Ungerechtigkeiten, worauf die öffentliche Aufmerksamkeit gelenkt werden und die abzustellen die Fraktion sich bemühen muß.

Molkenbuhr (Hamburg): Die Forderung des Antrags Nr. 69 unserer Genossen in Sangerhausen: Herabsetzung der Altersgrenze bei der Altersrente auf 60 Jahre, ist freilich populär und auch viel bei der Agitation verwendet worden, thatsächlich aber würden wir damit vielleicht Niemandem einen größeren Gefallen thun als den ostpreußischen Junkern. Es ist ja bei dem Mißverhältniß zwischen Beiträgen und Leistungen leicht erklärlich, daß man in weiten Kreisen das Bestreben hat, die Leistungen der Alters- und Invaliditäts-Versicherung zu erweitern. Das Gesetz ist aufgebaut auf dem System des Kapitaldeckungsverfahrens, so daß, wenn das Gesetz jetzt aufgehoben würde, die gegenwärtigen Rentner die Rente bis an ihr Lebensende beziehen würden. Man hat sich aber insofern verrechnet, als man einen größeren Zugang vorausgesetzt und einen geringeren Abgang angenommen hat, als thatsächlich der

Fall ist. Es hat eine Kapitalansammlung auf Kosten der Arbeiter stattgefunden. Heute befinden sich die Rentner namentlich in den Provinzen, wo viel ländliche Arbeiter sind. So bekam z. B. Ostpreußen im Jahre des Bestehens des Gesetzes 19 140 Rentner, während Berlin, das etwa $^3/_4$ so viel Arbeiter wie Ostpreußen hat, nur 2900 Rentner hatte. Im Landkreis Oldenburg kommen auf je 1000 Einwohner 15 Rentner, in Altona nur 1,5. Bei einer Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre würde das Verhältniß dasselbe bleiben und es würde doch wieder nur eine Besteuerung der gesammten Arbeiter zu Gunsten des platten Landes oder in letzter Linie zu Gunsten der Gutsbesitzer eintreten, da man kein Mittel hat, den Arbeitgeber zu verhindern, daß er die Renten vom Lohn abzieht. (Sehr richtig!) Nach der Gewerbezählung von 1882 gab es 334 207 über 70 Jahre alte Erwerbsthätige und 1 194 354 im Alter von 60—70 Jahren. Man kann annehmen, daß auf je 1000 Erwerbsthätige 646 Versicherte kommen. Durch die Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre und Verbesserung der Uebergangsbestimmungen würde die Zahl der Altersrentner auf rund 987 000 steigen. Die zur Auszahlung dieser Renten erforderliche Summe würde bald die Höhe erreichen, daß die 90 Millionen Mark Beiträge, welche gegenwärtig erhoben werden, ganz für Altersrenten aufgebraucht und kein Pfennig für Invalidenrente übrig bleiben. Will man wirklich reformiren, so soll man nicht die Altersgrenze als Maßstab nehmen, sondern den Rückgang der Erwerbsfähigkeit. Dann wird die Vertheilung der Rente auf industrielle und landwirthschaftliche Arbeiter eine gleichmäßige sein.

In den Motiven zu dem Gesetze war angenommen, daß am Schluß des dritten Jahres 191 000 Empfänger von Invalidenrenten vorhanden sein werden, während de facto nur 71 700 da waren, also 120 000 weniger, als vorausgesetzt war. Die Erlangung der Invalidenrente ist mit soviel Schwierigkeiten verknüpft, daß die Leute sie erst dann erhalten, wenn sie längst der Armenpflege zur Last gefallen sind. Den Arbeiter vor der Armenkasse zu schützen, muß Aufgabe des Gesetzes sein, und deshalb muß die Rente bewilligt werden, sobald die Krankenunterstützung aufhört. Es muß ferner insofern eine Reform der gesammten Versicherungsgesetze angestrebt werden, als alle die Leute, welche auf Grund des Alters- und Invaliditätsgesetzes versicherungspflichtig sind, auch gleichzeitig der Krankenversicherungspflicht unterworfen werden. Ferner muß den Krankenkassen zur Pflicht gemacht werden, mindestens für 26 Wochen Krankengeld zu zahlen. Dann muß sofort die Invalidenrente in einer solchen Höhe eintreten, daß der Betreffende davon leben kann. Dann werden die Arbeiter wirklich einen Nutzen von dem Gesetz haben. Legt man hingegen das Hauptgewicht auf die Herabsetzung der Altersgrenze, so wird selbstverständlich die Invalidenrente schwerer bewilligt werden, denn die Berechtigung zum Bezug der Altersrente kann man Niemandem bestreiten; man braucht nur seinen Taufschein vorzuzeigen. Ich bitte Sie deshalb, den Theil des Antrages 69, der eine Herabsetzung der Altersgrenze bezweckt, abzulehnen und getrennt über die beiden Theile des Antrages abzustimmen. Wir müssen verhüten, daß die Versicherungsgesetze Gesetze zur Unterstützung nothleidender Junker werden! (Lebhafter Beifall.)

Zum Antrag Jena-Neustadt (Arbeitslosen-Statistik) ist ein Amendement Eichhorn eingegangen:

„Ferner soll die Reichstags-Fraktion einen motivirten Antrag behufs Veranstaltung einer Reichsenquete über Arbeitszeit und Arbeitslohn einbringen."

Bebel: Daß der Magdeburger Antrag nur mit finanziellen Gründen motivirt wird, habe ich vorher zum ersten Male von Schmidt gehört. Es wäre mir interessant gewesen zu wissen, wo und in welchen Fragen die bisherige Fraktionsthätigkeit im Parlament sich auf Dinge erstreckt hat, die

nicht mit den Interessen des Proletariats in Beziehung sind; das ist doch der Sinn des Antrags, nicht die Kostenersparniß.

Die Antwort auf seine Frage wegen der Stellung der Fraktion zur Impffrage hat sich Genosse Groth selbst gegeben. Es muß scharf unterschieden werden zwischen politischen und wirthschaftlichen Fragen, die einen parteiprogrammatischen Charakter haben, und solchen Fragen, die in keiner Weise etwas damit zu thun haben. Die Impffrage ist eine solche neutrale Frage. Ich bestreite auf das Entschiedenste, daß das Verhalten der Fraktion in dieser Frage irgend welches Aufsehen gemacht habe; da müßten unsere Gegner uns gegenüber noch viel dümmer sein, als sie es schon sind. (Sehr wahr!)

Ich freue mich aufrichtig, daß Molkenbuhr, gestützt auf das offizielle Beweismaterial, endlich einmal der durchaus falschen Taktik entgegengetreten ist, die in bezug auf das Alters- nnd Invaliditätsgesetz in der Agitation von einem Theil unserer Genossen, weil sie die Verhältnisse nicht kannten, befolgt worden ist. Wir müssen den Hauptnachdruck darauf legen, daß der Bezug der Invalidenrente bedeutend erleichtert und ihr Betrag bedeutend erhöht wird. (Sehr richtig!) In der Fraktion ist der Beschluß hinsichtlich der Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre nur mit sehr kleiner Mehrheit gefaßt worden. Wir werden immer wieder diese Frage erörtern müssen, weil wir bei einer so fundamentalen Aenderung des Gesetzes nicht außer Acht lassen dürfen, wie die Mehrausgaben aufgebracht werden; es dürfte sehr leicht darauf hinauskommen, daß auch die Beiträge der Arbeiter erhöht werden. Es ist leicht gesagt: erhöhen wir den Reichszuschuß! Er wird aber auf dem Wege der indirekten Steuern aufgebracht; geben wir uns doch keinen Illusionen hin: gegenüber der jetzigen Reichstagsmajorität werden wir eine Reichs-Einkommensteuer nicht durchsetzen. Schon jetzt schwebt das Projekt der Biersteuer über dem Reichstag. Daher müssen wir nach allen Richtungen hin die Sache uns genau ansehen, um von der Veränderung des Gesetzes möglichst viel Vortheil für die Arbeiter herauszuschlagen. Ich bitte nicht nur den ersten Theil des Antrags 69, sondern den ganzen Antrag abzulehnen. Ich bin im Augenblick außer Stande zu übersehen, welchen finanziellen Effekt die Zahlung der erhöhten Invalidenrente bei Verminderung der Erwerbsfähigkeit um 25 pCt. haben wird. Ich ersuche Sie, den Antrag 69 als Material der Fraktion für die Berathung der Alters- und Invaliditätsnovelle zu überweisen; es ist wichtig, daß von allerwärts uns sachgemäßes Material für die Aenderung des Unfallversicherungs-Gesetzes zugestellt wird.

Krüger-Königsberg tritt für seinen Antrag ein. Gerade in Königsberg sind im letzten Jahre viele Todesfälle durch Hitzschlag vorgekommen. 37 Personen, meistens Arbeiter, die auf Plätzen und Bauten beschäftigt waren, sind der Hitze zum Opfer gefallen. Aehnliches ist in Pillau und Memel geschehen. Redner bittet den Antrag der Fraktion zur Berücksichtigung zu überweisen.

Lehmann-Dortmund: Der Königsberger Antrag ist nicht annehmbar, besonders nachdem wir die Begründung gehört haben. Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, einen solchen Gesetzentwurf auszuarbeiten. Ein Beispiel aus der Montanindustrie: Die Hochöfen können bei Hitze nicht ausgeblasen werden.

Thiele-Halle: Ich möchte die Fraktion auf die großen Ungerechtigkeiten hinweisen, die bei der Kürzung der Unfallrente vorkommen. Die Kürzung erfolgt rein mechanisch. Leider fehlt jede Statistik, aber es wird nur wenige Fälle geben, wo die ursprüngliche Rente nicht nach Verlauf eines Jahres gekürzt wird. Besonders arg sind die Zustände in den Knappschaftskassen, gegen die ein Vorstoß am Platze wäre. Am meisten leiden die ländlichen Arbeiter unter dem jetzigen Unfallversicherungs-Gesetz. Ihre Rente ist minimal und reicht nicht aus. Wenn eine Aufforderung an die Parteipresse ergeht, Material

hierüber zu sammeln, so könnte sehr reichhaltiger Stoff zusammengebracht werden. Die Fraktion muß mehr als bisher ihre Aufmerksamkeit auf die Rentenkürzung legen.

Schwarz-Lübeck richtet die Aufforderung an die Fraktion, den Staatssekretär für die Marine bei der Budgetberathung zu fragen, ob es gebräuchlich werden soll, daß auf Schiffen, die sich in höchster Gefahr befinden, das Flaggenlied angestimmt und Hochs ausgebracht werden sollen. Da in Deutschland alles nachgeäfft wird, soll es mich nicht wundern, wenn sich auch auf Kauffahrteischiffen ähnliche Szenen wie beim Untergange des Iltis ereignen. Wir können gewärtig sein, daß ein Kapitän eines Handelsschiffes, das in höchster Noth ist, vielleicht mit Kognak geröthetem Gesicht den Befehl giebt, das Flaggenlied zu singen, und das Schiff mit Mann und Maus zu grunde gehen läßt. (Sehr richtig.) Als ich den Bericht über den Untergang des Iltis las, glaubte ich zuerst, die nationalliberale Presse habe wieder einmal, wie sie es immer thut, die patriotische Saite in Schwingung gesetzt, um das ungeheure Elend zu verstecken. (Sehr gut!) Dann aber kam die offizielle Bestätigung. Ich kann nur sagen, daß die Nachricht in Seemannskreisen Kopfschütteln erregte. Wenn sich ein Schiff in höchster Noth befindet, dann heißt es alle Kräfte zur Rettung anzustrengen, dann heißt es für das eigene Leben zu arbeiten und nicht zu singen. (Sehr gut!) Ich habe zwei schwere Schiffsbrüche mit durchgemacht, aus denen ich nur mein nacktes Leben rettete. Hätten wir gesungen, statt alles daran zu setzen, um uns zu retten, so stände ich heute nicht hier. (Bewegung.) Der Kapitän des „Iltis“ ist für sein Verhalten gelobt worden, während es Tadel verdient. (Sehr richtig!)

Redner unterstützt die Anregung Eberts-Bremen und ergänzt sie. Er weist auf den Mangel an freien Hilfskassen für Seeleute hin und hebt hervor, daß die Krankheiten der Seeleute meist dann auftreten, wenn sie abgemustert sind. An Bord wird alles mit Glaubersalz kurirt. (Heiterkeit.) Sein Beruf wirft den Seemann bald hierin, bald dorthin; er hat wenig Gelegenheit, sich einer Hilfskasse anzuschließen. Ein viel schwererer Uebelstand aber ist der, daß die Angehörigen fremder Nationen, die unter deutscher Flagge dienen, von jeder Unfallentschädigung ausgeschlossen sind. Der Seemannsstand ist international, zwischen Vorder- und Hintersteven eines deutschen Schiffes stehen Engländer, Amerikaner, Franzosen. Es ist eine Ungerechtigkeit, sie von der Entschädigung auszuschließen, wenn sie die Rente nicht in Deutschland verzehren. Es ist ja von einer kommenden Reform der Seemanns-Unfallversicherung die Rede. Viel Hoffnung auf Reichstag und Regierung habe ich nicht. Die Seeleute müssen ihre Sache selbst in die Hand nehmen und ich habe die Ueberzeugung, daß es nicht lange dauern wird, bis die Seeleute in unseren Reihen stehen. (Beifall.) Die Dampfschifffahrt mit ihren Reihenfahrten macht die Seeleute ansässig; damit ist die Möglichkeit ihrer Organisation erst gegeben. (Beifall.)

Sachse-Zwickau: Ich halte es für nothwendig, daß bei der nächsten Unfallversicherungs-Novelle unsere Fraktion im Reichstage dahin strebt, daß die Invaliditätsrente für jugendliche Arbeiter erhöht wird. Wenn heute ein jugendlicher Arbeiter im Beruf verunglückt, so bekommt er höchstens den ortsüblichen Tagelohn und ist seinen älteren Kollegen gegenüber im Nachtheil, die gewiß auch nicht zuviel bekommen. Ein anderer Uebelstand ist die Arztfrage. Es besteht eine direkte Furcht der Aerzte vor den Berufsgenossenschaften, von denen sie abhängig sind. Der Unfallsrentner erhält infolgedessen kein Zeugniß, auf grund dessen er eine Erhöhung seiner Rente durchsetzen kann. Vielleicht läßt sich in das Gesetz eine Bestimmung aufnehmen, wonach die Bezirksärzte einen Unfallrentner auf sein Verlangen untersuchen müssen.

Quarck: Die Uebelstände rühren zum großen Theil von der Zersplitterung der Organisation der Versicherung her; Kranken-, Unfall- und In-

validitätsversicherung sind auf drei verschiedene Karren geladen. Eine Zentralisation der Versicherung würde den Versicherten kolossale Vortheile bringen. Dahin muß die Fraktion bei der Berathung der Novelle einen Vorstoß machen. Die Denkschrift zur Vorlage betr. die Abänderung des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes macht bezüglich der Zentralisation der Arbeiterversicherung die windige Ausflucht, daß die land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter nicht in der Krankenversicherung seien, wohl aber in der Altersversicherung, und daß deshalb keine Vereinigung möglich sei. Das ist eine Ausrede im Interesse der Agrarier. Die Fraktion soll darauf damit antworten, daß sie den Antrag stellt, die land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter in die Krankenversicherung aufzunehmen. Wenn die Invaliditätsversicherung den Krankenkassen zugewiesen wird, wo wir die Selbstverwaltung in der Hand haben, dann werden wir auch den Hebel an dem Unternehmerkartell der Berufsgenossenschaften ansetzen können. Die Fraktion sollte deshalb weiter beantragen, daß mindestens einstweilen überall die Erhebung der Altersversicherungsbeiträge durch die Krankenkasse gegen entsprechendes Entgelt allgemein gesetzlich eingeführt würde. Dann werden wir viel mehr für die Arbeiter ausrichten, als wenn wir mit an einzelnen Stellen mit Anträgen zur Aerztefrage u. s. w. an dem Gesetze herumbusseln. (Beifall.) Von großer Wichtigkeit ist auch eine Vermehrung der Stellen zur Unterrichtung der Arbeiter in den Versicherungsangelegenheiten, wie das Nürnberger Sekretariat. (Beifall.)

Pogarell-Dresden befürwortet das Amendement Eichhorn zum Antrag auf Erhebung einer Enquete über Arbeitslohn und Arbeitszeit.

Schultze-Königsberg ersucht um Annahme des Antrages betreffend Einstellung der Arbeit bei großer Sonnenhitze. Wenn man sagt, daß in vielen Betrieben trotz großer Hitze gearbeitet werden muß, so muß man auch nachweisen, daß die Hitze am Glühofen ebenso verheerend wirkt, wie die Sonnenhitze. Dieser Nachweis ist bisher nicht erbracht. Gegen die außerordentliche Hitze dieses Sommers in Ostpreußen ist seitens der Behörden und der Unternehmer nichts geschehen. Die Zahl der an Hitzschlag Erkrankten ist eine überaus große. Wir sollen nicht warten, bis das Kind in den Brunnen gefallen ist, sondern rechtzeitig Maßregeln treffen, um die schlimmen Folgen zu verhüten.

Stadthagen: So sehr ich mich darüber freue, daß einzelne kleine Vorschläge zur Verbesserung der Versicherungsgesetze gemacht werden, und daß das Vorgehen der Abgeordneten auf diesem Gebiet gebilligt wird, so will ich doch hervorheben, daß man sich in einem großen Irrthum befindet, wenn man etwa annimmt, daß die Unfallversicherung eine Versicherung des Arbeiters ist, sie ist nichts weiter als eine Versicherung der Arbeitgeber gegen das große Risiko. Der Arbeitgeber müßte für jeden Unfall, gleichviel ob eine Verschuldung des Arbeiters vorliegt oder nicht, haften. Dahin hätten wir nach wie vor zu streben und ferner dahin, daß für den Fall der Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers Genossenschaften oder größere Verbände einzutreten haben. Es ist bereits darauf hingewiesen, wie schlecht der jugendliche Arbeiter daran ist. Gewiß, es besteht in der Unfallgesetzgebung eine starke Brutalität gegenüber dem jugendlichen Arbeiter, und auch eine solche Bevorzugung des Großbetriebes gegenüber dem Handwerk. Wenn heute ein jugendlicher Arbeiter verunglückt, so wird die Rente während seines ganzen Lebens nach dem Verdienst berechnet, den er zur Zeit des Unfalls hatte; dies würde im günstigsten Falle höchstens 10 bis 20 Mk. monatlich ausmachen. Da das Unfallgesetz lediglich vom Standpunkt des Unternehmers ausgeht, ist die Ungeheuerlichkeit begreiflich, wonach der Arbeitgeber das Recht hat, die Aufnahme des Arbeiters in ein Krankenhaus zu veranlassen, wonach er dem Arbeiter einen Arzt aufdrängen darf, zu dem dieser kein Vertrauen hat, und der ein erhebliches Interesse daran hat, den Kranken gesund zu schreiben. Der Arbeitgeber darf

ferner den Arbeitnehmer, falls die häusliche Pflege nicht ausreicht, Heilanstalten oder besser gesagt, Quälanstalten überweisen. Das zeigt alles — und die Reihe der Bestimmungen läßt sich leicht vermehren — daß die Unfallversicherung zu Ungunsten der Arbeiters, zu Gunsten des Unternehmers ist. Dadurch, daß sie durch der Sache gewachsene Leute vertreten sind, haben die Berufsgenossenschaften einen großen Vortheil erlangt und ich freue mich, daß auch in Berlin bei den Arbeitern, die einem Schiedsgericht als Beisitzer angehören, allmälig der Gedanke sich Bahn bricht, daß mehr als bisher sachverständiger Rath den Arbeitern zu theil werden muß. Ich freue mich, daß dieselben Gedanken, die in größerer Breite von unseren Genossen im Reichstage vorgebracht worden, auch hier ausgesprochen sind, und ich richte an die Genossen den Appell, jetzt, wo die Novelle vorliegt, in Versammlungen und Vereinen immer und immer wieder die Schäden, die Nachtheile und die Ungerechtigkeit dieses Gesetzes zu betonen und mit Material aufzuwarten. Auch die Presse sollte systematischer und weniger widerspruchsvoll sich die Rechtsprechung ansehen. Wer dies Gebiet kennt, der ist manchmal erschrocken, wie selbst in der Presse unserer Partei etwas als ganz neue Entscheidung hingestellt wird, das schon zehn Jahre oder länger besteht. Es wird wesentlich auch Sache der Gewerkschaften sein, in dieser Beziehung Material zu sammeln nnd der Reichstags-Fraktion zu unterbreiten.

Bömelburg-Hamburg: Die Frage der Unfallversicherung ist jetzt besonders aktuell wegen der im Reichstage in der kommenden Session zu erwartenden Novelle. Dem Unwesen in dem Verhältniß der Unternehmer zur Unfallversicherung muß in Presse und Versammlungen viel ernsthafter zu Leibe gegangen werden, als es bis jetzt geschieht. Dem Verhalten der Vertrauensärzte der Berufsgenossenschaften muß gesteuert werden. Von 1889 bis 1894 kamen in den gewerkschaftlichen Berufsgenossenschaften nicht weniger als 188 428 entschädigungspflichtige Unfälle vor. Darauf entfielen im Jahre 1889 Unfälle mit dauernder und völliger Erwerbsunfähigkeit 2337. Während nun vom Jahre 1889 an die Zahl der Unfälle überhaupt außerordentlich gestiegen ist, ist die Zahl der Unfälle mit dauernder und völliger Erwerbsunfähigkeit ganz ungeheuerlich zurückgegangen, bis zum Jahre 1894 auf 855! (Hört! hört!) Bald wird die Zeit kommen, wo die Vertrauensärzte überhaupt keinen Fall von dauernder und völliger Erwerbsunfähigkeit mehr werden gelten lassen. So konstatirt man bei einem Krüppel, dem ein Bein amputirt werden mußte, nach 6 Monaten theilweise Erwerbsfähigkeit. Es ist wirklich schon bald so, daß nur der für völlig erwerbsunfähig erklärt wird, dem beide Beine, beide Arme abgeschnitten sind — und auch der Kopf. (Heiterkeit.) Hier und ebenso in der Frage der Unfallverhütung muß in Presse, Versammlungen und im Parlament viel schärfer auf Beseitigung des Unwesens gedrungen werden.

Den Königsberger Antrag bitte ich abzulehnen. Wir sollen doch nicht die Fraktion mit solchen Anträgen beladen, die noch viele Jahre keine Aussicht auf Erfüllung haben. (Beifall.)

Damit schließt die Diskussion.

In seinem Schlußwort hebt **Schippel** hervor, daß die Bedeutung der Debatte in der Aussprache der Genossen darüber liegt, welche Punkte sie in der Thätigkeit der Reichstagsfraktion besonders berücksichtigt zu sehen wünschen. Dagegen empfiehlt es sich nicht, durch Annahme fest formulirter Anträge die Bewegungsfreiheit der Fraktion einzuschränken. (Zustimmung.) Der Antrag der Magdeburger Genossen (29) ist nicht genügend unterstützt und damit erledigt worden. Bebel hat bereits darauf hingewiesen, daß die Partei niemals eine rein protestlerische Auffassung der Thätigkeit der Fraktion gehabt hat. Genosse Schmidt-Magdeburg hat übrigens selber gesagt, daß er den Antrag für unglücklich formulirt hält.

Was den Antrag zur Impffrage betrifft, so wundere ich mich nur, daß Genosse Groth die Antwort auf die Frage, die er heute hier gab, nicht schon auf dem Mecklenburger Parteitage gegeben hat. Die Impffrage ist eine hygienische Frage, keine Frage der Klassenbewegung des Proletariats. (Sehr richtig.) Ein vorgeschrittener Arbeiter kann ein Impfgegner, ein zurückgebliebener Konservativer ein Impffreund sein und umgekehrt. Mit der Frage der Dampfersubvention lassen sich die verschiedenen Meinungen, die in der Impffrage in der Fraktion herrschen, nicht vergleichen. In der Impffrage können wir dem Einzelnen vollständige Freiheit lassen. (Zustimmung.)

Was den Antrag 69 betrifft, so ist sein erster Theil seitens der Fraktion selbst zu einem Gesetzentwurf formulirt worden. Molkenbuhr hat sehr gute Gründe gegen die Herabsetzung der Altersgrenze angeführt, wenn ich auch nicht zugebe, daß seine Zahlen so viel beweisen, wie er glaubt. Den ersten Theil des Antrages 69 bitte ich also abzulehnen; der zweite Theil kann, wie das Amendement Bebel's will, der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen werden, wenn ich auch nicht glaube, daß viel dabei herauskommt. Berührt hat die Debatte noch die Versicherung der Textilarbeiter und der Seeleute. Bestimmte Anträge liegen hier nicht vor, die Anregungen wird die Fraktion zweifellos beachten.

Den Jena-Neustädter Antrag bitte ich abzulehnen. Gewiß wäre eine Arbeitslosen-Statistik im Januar sehr interessant, aber viel können wir damit nicht anfangen. Die Gegner werden sagen, daß die Saisongewerbe im Januar immer stillstehen und das Bild der Arbeitslosigkeit deshalb nicht zutreffend ist. Im Auge werden wir die Anregung behalten, aber bestimmte Direktiven sind besser zu vermeiden.

Der Antrag Königsberg ist abzulehnen. Der § 120a der Gewerbe-Ordnung verbietet schon jetzt, was der Antrag treffen will, soweit sich die Dinge überhaupt voraussehen lassen. Ein allgemeines Gesetz läßt sich überhaupt nicht formuliren, wonach bei gewisser Temperatur die Arbeit eingestellt werden muß. Hätten wir zum Beispiel ein solches Gesetz, so hätte der Parteitag zum Beispiel gestern Nachmittag die Arbeit einstellen müssen. (Heiterkeit und Beifall.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag 69 abgelehnt, dagegen das Amendement Bebel's angenommen.

Auch der Antrag Jena-Neustadt wird abgelehnt, aber dem Amendement Eichhorn zugestimmt.

Antrag Königsberg wird gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Punkt 4 „Arbeiterschutz" wird auf Wunsch des Referenten **Wurm**, der die Nacht hindurch gefahren und ermüdet ist, auf den Nachmittag verschoben und zunächst die Punkte 5 und 6 erledigt.

Punkt 5 ist die **Maifeier.** Zur Debatte stehen die Anträge 64—67.

Der Berichterstatter **Gerisch** beantragt folgende Resolution:

„In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893 und London 1896 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weltfest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der Verbrüderung und dem Weltfrieden. Als würdigste Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten, und überall da, wo die Möglichkeit zur Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen.

Im vorigen Jahre wiesen wir in unserem Aufruf zur Maifeier auf die aufsteigende Konjunktur hin und forderten auf, sie für die Maifeier auszu-

nutzen. Das ist auch zweifellos geschehen; die Maifeier ist das letzte Mal in viel stärkerem Umfange begangen worden. Weiter zu gehen halten wir diesmal nicht für möglich. Wir haben, entsprechend dem Antrage der Wandsbecker Genossen, unsere Resolution diesmal nur insofern verschärft, als es den Parteigenossen zur Pflicht gemacht werden soll, wo es möglich ist, die Maifeier zu begehen. Die Anträge 66 und 67 decken sich ziemlich mit der Resolution. Der Antrag 65 ist ein alter Bekannter; die Niederbarnimer müssen schlechte Erfahrungen mit den Referenten gemacht haben. (Heiterkeit.) Lehnen Sie diesen Antrag ab, sintemalen ja alle Parteiangestellten ohnehin kein Honorar für ihre Vorträge erhalten. Man kann froh sein, wenn man am 1. Mai überhaupt genügend Referenten bekommt; es kommt doch auf die Vermögenslage derselben an. Ich bitte Sie, der Resolution des Parteiausschusses zuzustimmen und dahin zu wirken, daß auch im kommenden Jahre die Maifeier in großartigem Maßstabe begangen wird. (Beifall.)

Der Antrag 65 (Unentgeltlichkeit der Maireferate) findet nicht genügende Unterstützung.

Die Debatte wird eröffnet.

Brand-Frankfurt a. M. befürwortet die Frankfurter Resolution 64. Die Zentralorganisation wird nicht in eine Zwangslage gebracht werden, da als die Voraussetzung der Arbeitsruhe die Möglichkeit dazu betont werden soll.

Brinkmann-Kassel fordert aus den Kasseler Erfahrungen heraus, daß mit aller Energie auf die Arbeitgeber ein Hochdruck seitens der gesammten Arbeiterschaft ausgeübt werden soll, um die Arbeiter, die die Maifeier begehen, gegen Maßregelungen zu schützen.

Ebert-Bremen legt den Nachdruck auf die Worte in der Frankfurter und der Wandsbecker Resolution, daß die Arbeitsruhe „mehr als bisher“ erfolgen soll. Die Resolution des Parteiausschusses enthält diese Worte nicht.

Elbert-Frankfurt a. M. hält für die Hauptsache die ausdrückliche Verpflichtung für die Arbeiter zur Maifeier, wo es möglich ist, und empfiehlt demnach die Resolution Gerisch.

Metzner-Berlin stimmt dem Vorredner zu. Die Aufnahme der Worte „mehr als bisher“ würde gerade die schlimmen Folgen hervorrufen, die wir durch unsere Beschlüsse auf den früheren Kongressen haben verhüten wollen. In Berlin glaubte eine gut organisirte Gewerkschaft auch durch Kempf die Maifeier erzwingen zu können, und was war die Folge? Noch heute befindet sie sich zum größten Theile im Ausstand; und diejenigen, die es nicht mehr sind, haben bis zu einem gewissen Grade kapituliren müssen. Durch scharfe Beschlüsse durchbrechen Sie den Ring der Unternehmer nicht. Die Genossen, die die scharfe Resolution beantragen, sollen zunächst für eine umfassendere Organisation sorgen. (Lebhafter Beifall.)

Schumeier-Wien: Den Genossen in Oesterreich wird derjenige Beschluß am besten gefallen, der da fordert, daß die Maifeier durch allgemeine Arbeitsruhe begangen wird. Bei uns liegen die Verhältnisse anders als in Deutschland, wo die Partei ihre Stärke bei den Wahlen zeigen kann. Wir werden ja im nächsten Jahre auch den Versuch machen, natürlich brauchen wir dazu Geld. (Heiterkeit.) Es kann uns kosten, was es will, der erste Mai wird bei uns durch allgemeine Arbeitsruhe gefeiert. Wenn auch die bedauerlichen Vorgänge im Vorjahre, wo es im Prater zu einer förmlichen Schlacht gekommen ist, die bürgerliche Presse zu dem Jubelruf verleitet haben, daß es mit der Maifeier in Wien vorüber ist, so erkläre ich doch hier in Deutschland: Wir werden in Wien an der Maifeier nach wie vor festhalten. Allerdings werden wir darauf sehen, daß solche Unfälle in Zukunft verhütet werden. Die Maßregelungen schaden uns nicht. Ebenso wie Taaffe — es ist dies vielleicht sein einziges Verdienst — dadurch, daß er in einer einzigen Nacht 300 Genossen

ausgewiesen hat, 300 Agitatoren schuf, ebenso werden auch diejenigen, die infolge der Maifeier gemaßregelt werden, um so energischer für die Partei agitiren, und wir haben den Vortheil davon. Hoffentlich erleben wir es noch, daß auch in Deutschland am 1. Mai jede Arbeit ruht!

Müller-Camenz hat die Erfahrung gemacht, daß in seiner Provinz das Unternehmerthum der Feier des 1. Mai nichts entgegengesetzt hat. (Zuruf: Das ist aber eine Seltenheit!) Ja, das gebe ich zu, aber wenn mit der Feier des 1. Mai keine weiteren Forderungen verbunden werden, so wird das Unternehmerthum mehr und mehr sich damit einverstanden erklären. Wir müssen die Forderung des Achtstundentages mehr in den Vordergrund stellen und für eine vollständige Durchführung der Arbeitsruhe eintreten, wenn es auch harte Kämpfe erfordert.

Bömelburg-Hamburg: Es kommt wenig darauf an, welche von den beiden Resolutionen angenommen wird. Viel wichtiger ist die Frage, wer sich an der Feier des 1. Mai durch Ruhenlassen der Arbeit betheiligt. In der Hauptsache sind es kleine Geschäftsleute und Handwerker. Die Organisationen der Arbeiter sind noch nicht stark genug, um einen Einfluß auf die Verkürzung der Arbeitszeit durch Arbeitseinstellung am 1. Mai auszuüben. Verstärkung der Organisation, das ist die Losung, die überall am 1. Mai erhoben werden muß. Agitatoren werden durch Maßregelungen, soweit sie Familienväter betreffen, nicht geschaffen, im Gegentheil, gemaßregelte Familienväter gehen für die Agitation verloren. (Sehr richtig!) Den Arbeiterorganisationen muß selber die Entscheidung darüber überlassen bleiben, ob sie stark genug sind, die Arbeitsruhe durchzuführen. (Sehr richtig.) Wer verlangt, daß die Arbeitsruhe grundsätzlich am 1. Mai durchgeführt wird, legt der Partei damit die Verpflichtung auf, für die Opfer der Arbeitseinstellung zu sorgen. Kann die Partei eine solche Verpflichtung übernehmen? Unsere paar Kröten würden bald zu Ende sein. (Beifall.)

Ein Schlußantrag wird, nachdem Hildebrandt-Stuttgart dafür, Voigt-Berlin dagegen gesprochen, angenommen.

In seinem Schlußwort stimmt **Gerisch** den Ausführungen Bömelburg's zu: Wenn wir die Arbeitsruhe am 1. Mai durchführen, dann haftet die Partei auch ökonomisch für alle Folgen. Nun klang die heutige wie die gestrige Rede Schumeier's immer in einen Refrain aus, der auch lebhaft an die Schreiben des Kandidaten Jobstes an seine lieben Eltern erinnerte: „Vergeßt nur die zwölf Dukaten nicht!“ (Große Heiterkeit.) Wenn aber unsere Parteikasse leer wird durch die Folgen der Maifeier, dann haben wir auch diese zwölf Dukaten nicht. (Heiterkeit und Beifall.)

Bei der Abstimmung wird Antrag 64 mit großer Majorität abgelehnt; die Resolution Gerisch dagegen mit großer Mehrheit angenommen.

Mit der Annahme dieser Resolution sind alle übrigen Anträge erledigt.

Der nächste Punkt ist die **Berichterstattung über den Internationalen Kongreß in London.**

Dazu liegt nur der Antrag 77 vor.

Berichterstatter **Bebel**: Parteigenossen! Ich habe keine Veranlassung genommen, Ihnen eine Resolution vorzulegen, und ich weiß auch nicht, ob der Antrag 77 zu empfehlen ist. Es handelt sich auf diesem Parteitage weit weniger um eine Stellungnahme zu den Beschlüssen des Londoner Kongresses, als darum, Ihnen in allgemeinen Zügen ein Bild zu entwerfen von seiner Bedeutung und der Wirkung, die er auf die Gestaltung der englischen Arbeiterbewegung haben kann.

1893 haben wir es in Zürich mit der größten Genugthuung begrüßt, als die Trades-Unions, die die weitaus große Mehrheit der englischen organisirten Arbeitermassen umfassen, und in denen der Sozialismus und die auf inter-

nationale Verbrüderung gerichteten Bestrebungen bisher vergleichsweise sehr wenig Boden gefunden hatten, ihre Zurückhaltung aufgaben und uns einluden, den nächsten Kongreß in England abzuhalten. Um den englischen Gewerkschaften entgegenzukommen, erklärten wir uns auch bereit, die Einladung zum Kongreß dahin abzuändern, daß es hieß: Internationaler Sozialisten- und Gewerkschaftskongreß. Wir freuten uns darüber aus dem Gesichtspunkte, weil es für uns von großer Wichtigkeit war, uns durch eigenen Augenschein zu überzeugen, wie die Dinge in England liegen. Wenn die Vertreter der englischen Trades-Unions und vermuthlich auch die Mehrheit der Arbeiter, die hinter ihnen stehen, mit dem Verlaufe des Kongresses nicht zufrieden waren, ja sogar mit einer gewissen Mißstimmung den Kongreß verließen, so waren daran Verhältnisse schuld, die außerhalb der Macht unserer Delegirten lagen. Der englische Trades-Unionismus hat noch keinen Anschluß an den Sozialismus genommen, er schreitet zunächst noch langsam in dieser Richtung vor. Andererseits sind im Laufe der letzten Jahrzehnte in England sozialistische Organisationen entstanden, die sich allerdings nicht entfernt mit der Anhängerzahl der Trades-Unions messen können. Neben den Trades-Unions, die ihre Stellungnahme zu den großen politischen Fragen immer von Fall zu Fall bemessen, sind aber im Laufe der Jahre Organisationen auf direkt sozialistischem Boden entstanden, so die Sozialdemokratische Föderation und die Sozialistische Liga. Letztere hat dadurch, daß ein großer Theil ihrer Mitglieder sich dem Anarchismus zuwandte, der ja überall da, wo er einen gewissen Einfluß auf Arbeiterorganisationen erlangt, zersetzend wirkt, sehr an Bedeutung verloren und besteht heute nur noch als Schatten. Es besteht in England ferner die Unabhängige Arbeiterpartei, die aus der Mitte der Trades-Unions hervorgegangen ist, deren gesammte Führer mehr oder weniger eine Rolle in der englischen Trades-Unions-Bewegung spielen und die infolgedessen weit mehr als die Sozialdemokratische Föderation Einfluß auf die Trades-Unions im Sinne des Sozialismus gewinnen dürfte. Auf dem Kongreß war noch eine dritte Organisation vertreten, die auf sozialistischem Boden steht, aber doch in der grundsätzlichen Auffassung wesentlich von dem Sozialismus der übrigen englischen und der kontinentalen Sozialisten abweicht, die Fabian Society, eine Organisation, wie sie nur unter den ganz eigenartigen englischen Verhältnissen möglich ist. Diese Gesellschaft, die jetzt vielleicht 900 Mitglieder zählt, rekrutirt sich ausschließlich aus Angehörigen der höheren Klassen. Sie leitet ihren Namen her von dem römischen Heerführer Fabius Cunctator und vertritt die Ansicht, daß man langsam vorgehen müsse und den richtigen Moment abzuwarten, dann aber mit aller Macht vorzugehen habe. Den Klassenkampfs-Standpunkt hält sie für falsch und glaubt, daß nur durch das Zusammenwirken der verschiedensten Klassen der Gesellschaft die Ziele des Sozialismus sich verwirklichen lassen. Die Entwickelung der Verhältnisse in England wird lehren, daß das eine falsche Hoffnung ist. Es ist nicht zu leugnen, daß sich die Haltung der englischen Bourgeoisie gegenüber den Arbeitern vortheilhaft von der Haltung der deutschen Bourgeoisie oder der irgend eines anderen Landes auszeichnet. Während wir jahrzehntelang die ausgedehntesten Kämpfe zu bestehen hatten, um nur die kleinsten gesetzlichen Reformen durchzusetzen, ist die englische Bourgeoisie in weit höherem Maße geneigt, den Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen, sobald sie einsieht, daß sie auf die Dauer diesen Wünschen keinen Widerstand mehr leisten kann. Daher kommt es, daß die englischen Arbeiter auf Grund der Erfahrungen in ihren gewerkschaftlichen und politischen Kämpfen mehr als die Arbeiter eines anderen Landes zu der Anschauung neigen, es sei überflüssig, eine spezielle politische Partei zu bilden, es genüge, bei den Wahlen ihr Gewicht dafür in die Wagschale zu werfen, daß bürgerliche Vertreter ins Parlament kommen, die das durchsetzen, was sie für nothwendig halten. Dieses

Verhältniß der verschiedenen Klassen in England zu einander ist allerdings das Produkt einer Jahrhunderte langen Entwickelung, die grundverschieden ist von der auf dem Kontinent. England war durch Jahrhunderte das führende Land in der Kulturwelt in Bezug auf Handel und Verkehr, es war bis vor Kurzem der größte industrielle Staat der Welt, und die englische Bourgeoisie war in Folge dessen in der Lage, mit ganz anderen materiellen Machtmitteln rechnen und deshalb ihren Arbeitern viel mehr entgegenkommen zu können, als irgend eine Bourgeoisie des Kontinents. Und was sie konnte, das that sie auch. Das hat wesentlich dazu beigetragen, der Gewerkschaftsbewegung in England diesen eigenthümlichen Geist zu geben, der es mit sich brachte, ihre Kämpfe anders zu führen, als es auf dem europäischen Kontinent der Fall ist. Im letzten Jahrzehnt haben sich aber diese Verhältnisse sehr geändert. England sind mächtige Konkurrenten auf allen Gebieten des Weltmarktes erwachsen, und namentlich hat die Entwickelung der nordamerikanischen und der deutschen Industrie dazu beigetragen, daß die Vorrechtsstellung Englands auf verschiedenen Gebieten des Weltmarktes zurückgedrängt worden ist. Die bedeutendsten Staatsmänner und die einflußreichsten Industriellen Englands bemühen sich gegenwärtig, nach geeigneten Vorschlägen zu suchen, um die Vorherrschaft Englands aufrecht zu erhalten und die unbequeme Konkurrenz Amerikas und Deutschlands wieder zurückzudrängen. Das ist allerdings unmöglich, denn auch der Weltmarkt hat seine Begrenzung. Wenn selbst im Laufe der nächsten Jahre die europäischen Industrieprodukte Aussicht haben, in viel höherem Maße als gegenwärtig auf dem asiatischen Markte, speziell in China zur Geltung zu kommen, so darf man nicht vergessen, daß, wenn einmal dieses kolossale Absatzgebiet eröffnet wird, mittlerweile auch die Konkurrenzfähigkeit Rußlands so gewachsen ist, daß die erwarteten Wirkungen ausbleiben müssen. Schließlich droht China sogar mit seiner großen, geschickten und bedürfnißlosen Bevölkerung und seinem kolossalen Bodenreichthum ein sehr gefährlicher Konkurrent für die europäische und amerikanische Industrie zu werden. Europäisches Kapital selber wird die Entwickelung des Industrialismus in China fördern. In kleinerem Umfange sehen wir diese Entwickelung sich in Japan bereits vollziehen. Die englische Industrie und der englische Handel haben also keine Aussicht, künftig ihre Position auf dem Weltmarkte wesentlich zu verbessern; im Gegentheil, sie wird immer mehr bedroht neuerdings auch durch die Konkurrenz Indiens. Der internationale Konkurrenzkampf wird trotz aller Erweiterungen des Weltmarktes immer schwieriger. Die Zeit läßt sich also absehen, wo die englische Industrie und mit ihr auch der englische Arbeiter aus der bevorrechtigten sozialen Position gedrängt werden, die sie jetzt dem Festlande gegenüber einnehmen. Dieser Einsicht verschließen sich die englischen Arbeiter nicht.

Wenn sich also bis jetzt noch kein Anschluß der englischen Trades-Unionisten an den Sozialismus vollzogen hat, so ist dagegen bereits die Erkenntniß von der Nothwendigkeit vorhanden, mit den Arbeitern der ganzen Kulturwelt gemeinsame Sache gegen den Kapitalismus zu machen. Dieses Bestreben ist bereits so stark geworden, daß z. B. die englische Bergarbeiter-Gewerkschaft es durchgesetzt hat, einen internationalen Kongreß der Bergarbeiter alle Jahre stattfinden zu lassen, was sogar nach der Ansicht unserer deutschen Bergarbeiter des guten ein bischen zu viel ist. (Sehr richtig!)

Kurz, die Exklusivität und souveräne Geringschätzung der Trades-Unions gegen die kontinentalen Arbeiter ist mehr und mehr geschwunden. Damit ist der erste Schritt gethan, um der kapitalistischen Gesellschaft in der ganzen Welt die Axt an die Wurzel zu legen. (Lebhafte Zustimmung.) Der Gang der Entwickelung wird sein, daß auch die englische Arbeiterklasse in absehbarer Zeit zum Sozialismus übergeht, wenn auch Niemand im Stande ist, zu sagen, bis wann sich das in England vollziehen wird. Diese Ideenentwickelung nach Mög-

lichkeit zu fördern, war eine unserer Hauptaufgaben auf dem Kongresse zu London. Leider muß ich da aussprechen, daß wir bei denen, auf die wir bei der Ausführung dieser Pläne in England am meisten rechnen mußten, am wenigsten Unterstützung gefunden haben. Was geschah? Zunächst entstand eine gewisse Rivalität zwischen der Independent Labour Party und der Social-democratic Federation auf der einen Seite, diesen kleinen Organisationen, und den Trades-Unions andererseits. Ihre Kleinheit und Schwäche gegenüber den Trades-Unions suchten erstere durch eine so große Zahl von Delegirten auszugleichen, daß sie die letzteren überstimmen konnten; sie gingen alsdann in der Weise vor, daß sie dieselben majorisirten und sie nur in verhältnißmäßig schwacher Zahl in die Komité's wählten. Sie erzeugten dadurch eine Mißstimmung, die eine unangenehme Wirkung auf den Verlauf des Kongresses ausüben mußte. Ja, die Sozialdemokratische Föderation stellte schließlich sogar einen Antrag, dessen Annahme den Ausschluß der englischen Trade-Unions von den künftigen internationalen Kongressen zur Folge gehabt haben würde. Wenn man in den Kreisen der Genossen nicht besser einsieht, wie man den Trades-Unions gegenüber sich zu verhalten hat, dann werden wir allerdings noch länger darauf warten müssen, daß diese von sozialistischem Geiste erfüllt werden. Daß dieser Geist trotzdem zunimmt, kann Niemand leugnen. Ich erinnere an die Resolution, die der Kongreß in Norwich annahm, der eine Verwandlung der gesammten Produktionsmittel, des Grund und Bodens, der Bergwerke u. s. w. in Gemeineigenthum verlangte. Auf dem Kongreß in Edinburg verhinderte man durch die Mittel der Geschäftsordnung eine nochmalige Abstimmung über die Norwicher Resolution und verhütete so die Mißstimmung, die eingetreten wäre, falls der Edinburger Kongreß anders entschied wie sein Vorgänger.

Die Logik der Thatsachen wird im Laufe der nächsten Jahre die Trades-Unions mit sozialistischem Geiste durchdringen. Dagegen glaube ich nicht, daß die Trades-Unions eines Tages zu einer rein sozialistischen Organisation werden, was sie, soweit die politische Bewegungsfreiheit in Frage kommt, in keinem Lande so leicht können, wie gerade in England. Noch einmal will ich es aussprechen: Die gewerkschaftliche Organisation ist eine absolute Nothwendigkeit für die Arbeiterbewegung! Ueber das Maaß der Aufgaben, die der Gewerkschaftsbewegung zufallen, mag man streiten, es kann aber keinem Zweifel unterliegen, daß wir die Gewerkschaften mit allen Mitteln auszubauen haben, daß jeder Arbeiter die Verpflichtung hat, einer bestimmten Gewerkschafts-Organisation beizutreten. (Beifall.) Niemals aber wird es einer rein gewerkschaftlichen Organisation möglich sein, die politischen Aufgaben zu erfüllen, die für die Arbeiterklasse zu erfüllen sind. Die Tageskämpfe nehmen die Gewerkschaften über alle Maßen in Anspruch, die gewerkschaftlichen Führer sind mit Arbeiten so überlastet, daß sie ihre Kraft nicht im nothwendigen Umfange den allgemeinen politischen Aufgaben zuwenden können. Die politische Thätigkeit der Sozialdemokratie erfordert aber eine fortgesetzte Aufklärungsarbeit auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Zur Erfüllung dieser Aufgabe reicht auch die Gewerkschaftspresse nicht hin. Die Grenzlinie zwischen der Thätigkeit der Partei und der der Gewerkschaften ergiebt sich also von selbst.

Ich glaube also nicht, daß einstmals die englischen Gewerkschaften sich als politische Partei konstituiren werden, wohl aber meine ich, daß sie bald so von sozialistischem Geiste durchtränkt sein werden, daß sie auf eine politische Organisation der Arbeiterklasse hinarbeiten und so eine Macht werden, die im Stande ist, die Staatsgewalt zu erobern, die sich, wenn einmal erst die englischen Arbeiter das nöthige Maß von Einsicht erlangt haben, in keinem Lande so leicht von der Arbeiterklasse erobern läßt, wie gerade in England. Den heftigen Auslassungen einiger englischer Gewerkschaftler auf dem letzten Trades-Unions-Kongreß über den internationalen Kongreß lege ich keine große Bedeutung bei.

Bedauerlich ist nur, daß John Burns, den ich meinen Freund nannte, für die englische Arbeiterbewegung verloren ist. Seine Stellung ist eine unmögliche geworden. Sogar sein Erscheinen auf dem internationalen Kongreß war eine Unmöglichkeit geworden. Seinen Gegensatz zum Sozialismus und seinen Führern in England hat er dadurch zum Ausdruck gebracht, daß er, nachdem der Kongreß geschlossen war, in der ungezogensten Weise über seine Beschlüsse hergezogen ist. Große Hoffnungen waren auf Burns gesetzt worden. Er ist ein glänzender Redner, ein geborener Organisator und im Besitze einer großen Energie. Mehr wie jeder andere schien er der berufene Führer einer sozialistischen Partei Englands zu sein. Das ist nun vorbei. Er hat freilich immer noch den Glauben, daß erst alle anderen sozialistischen Führer abwirthschaften müssen, um dann ihr Erbe anzutreten. Ich glaube, er wird sich täuschen, seine Stunde wird nicht mehr kommen.

Ein weiteres wichtiges Moment auf dem Kongreß war der dreitägige Zank mit den Anarchisten. Selbstverständlich konnte man nichts gegen die Anwesenheit solcher Männer von anarchistischer Anschauung einwenden, die sich als Mitglieder einer Gewerkschaft das Vertrauen ihrer Kollegen und Arbeitsgenossen erworben hatten und als deren Vertreter erschienen. Darüber waren wir alle einig. Daneben aber erschienen auf dem Kongreß Vertreter rein anarchistischer Organisationen, namentlich 5 Deutsche, unter ihnen der bekannte Landauer, der sich, entsprechend der durchaus harmlosen, ungefährlichen Wendung, die der Anarchismus neuerdings bei uns genommen hat, sogar zum Vertreter einer Konsum-Genossenschaft aufgeschwungen hatte. (Heiterkeit.) Wir machten den Herren in unserer Sektion bald klar, daß wir Vertreter von Konsum-Genossenschaften nicht annehmen könnten und daß nach dem bekannten Beschluß von Zürich Anarchisten als Vertreter rein anarchistischer Gruppen ein für alle Mal ausgeschlossen seien. Es ist fast unbegreiflich, wie der Kongreß drei Tage seiner kostbaren Zeit mit diesen Debatten verbringen konnte, nachdem in Zürich nach zweitägiger Debatte die von Adler, Bernstein und mir eingebrachte Resolution mit an Einstimmigkeit grenzender Mehrheit angenommen worden war, und darauf die Anarchisten, darunter Landauer, Werner und Genossen den Kongreß verlassen hatten. Es gehörte also ein großes Maß von Unverfrorenheit dazu, dennoch nach London zu kommen und alle Mittel zu versuchen, um Zutritt zu erhalten. Freilich, wer den Anarchismus kennt, wundert sich nicht darüber. In allen Ländern sind die Anarchisten nur noch eine kümmerliche Sekte, mit denen sich eine Debatte nicht mehr verlohnt, und klammerten sie sich krampfhaft an uns, um überhaupt auf einem wirklichen Arbeiterkongreß erscheinen zu können. Will ich mit Jemand gemeinsam berathen, so muß ich mich auf einen gemeinsamen Boden mit ihm stellen können und die Gewißheit haben, daß ich ihn überzeugen oder belehren kann. (Sehr richtig.) Das kann man aber bei den Anarchisten nicht voraussetzen. Nachdem sie in Deutschland die blödsinnige Agitation für die Propaganda der That aufgegeben haben, sind sie sogar auf Herrn v. Egidy herabgekommen (Heiterkeit), ein Beweis, was für Konfusionarii die Herren sind. Es wäre schmählichste Zeitvergeudung gewesen, wenn wir uns mit den Anarchisten in Debatten eingelassen hätten, die schließlich doch nur in Skandal ausgeartet wären. Im Verlaufe der dreitägigen Debatte verließen sogar die Engländer ihren sogenannten Gerechtigkeitsstandpunkt, den sie Anfangs eingenommen hatten, weil sie der Ansicht waren, man müsse jede Ansicht zum Ausdruck kommen lassen, und so kam es, daß die Zulassungsbedingungen für den nächsten internationalen Kongreß unter Zustimmung des gesammten Kongresses mit Ausnahme eines kleinen Theils der Franzosen angenommen wurde, wodurch die Anarchisten ausgeschlossen sind.

Allerdings war durch diese Verhandlungen, verbunden mit den Skandalszenen, die aus ihnen resultirten, die kostbarste Zeit für die Erledigung der

eigentlichen Tagesordnung des Kongresses verloren gegangen. Nur durch die ruhigen und sachlichen Verhandlungen in den Sektionen, wo wir ohne Anarchisten arbeiteten, wurde es möglich, die Beschlüsse zu formuliren, die später der Kongreß annahm.

Freilich ist die eine oder andere Resolution derart ausgefallen, daß wir Deutsche nicht für sie stimmen konnten; ich erinnere an die Erziehungsresolution, wo man sich viel zu sehr von radikalen Phrasen beherrschen ließ.

Das ist in der Hauptsache das Bild, das ich Ihnen von dem Londoner Kongreß zu geben habe. Ich erinnere schließlich noch daran, daß beschlossen ist, den nächsten internationalen Arbeiter- und Gewerkschaftskongreß 1899 in einer deutschen Stadt stattfinden zu lassen. Wir haben uns alle Schwierigkeiten, die der Abhaltung eines internationalen Kongresses in dem polizeilich regierten Deutschland entgegenstehen, nach allen Seiten gründlich überlegt. Es kommt hinzu, daß unter den Männern, die für internationale Kongresse nun einmal unentbehrlich sind, eine Anzahl sich befindet, die, besonders aus Preußen, ausgewiesen sind. Es mußten also auch die geographischen Schwierigkeiten der Reise nach dem Kongreßorte innerhalb Deutschlands berücksichtigt werden. (Heiterkeit.) Es ist uns aber möglich geworden, nicht nur einen, sondern mehrere deutsche Staaten zu finden, in die hineinzukommen für jene Kongreßtheilnehmer möglich ist. Selbstverständlich ist die Voraussetzung, daß 1899 nicht ein besonders östlicher Wind weht und von gewisser Seite nicht ein Druck auf die betreffenden Staaten und Städteverwaltungen ausgeübt wird und so uns die Sache unmöglich macht. Ich glaube aber, man wird sich gegenüber der gesammten internationalen Welt ein wenig schämen. (Rufe: Na! Na! Heiterkeit.) — Sie sehen, daß ich trotz aller bösen Erfahrungen ein unverbesserlicher Optimist bin. (Große Heiterkeit.) Ich persönlich bin auch noch insofern an der Abhaltung eines Kongresses in Deutschland besonders interessirt, als es mir, wie Sie wissen, nicht möglich sein würde, an einem Kongreß in Frankreich theilzunehmen. (Heiterkeit.) Aber das sind Nebensachen. Ob der einzelne dabei sein kann oder nicht, spielt keine Rolle. Jedenfalls bin ich davon überzeugt, daß alle Genossen freudig bereit sein werden, auch unter Aufwendung großer materieller Opfer, die die deutsche Partei ja leichter wie jede andere bringen kann, dem nächsten Kongreß eine würdige Stätte zu bereiten und alles zu thun, damit seine Verhandlungen einen Verlauf nehmen, mit dem wir und unsere ausländischen Genossen, als unsere Gäste, zufrieden sein können. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Die Mittagpause tritt ein.

Nachmittags-Sitzung.

Um $2^1/_2$ Uhr eröffnet **Bock** die Sitzung mit der Mittheilung eines Telegramms aus Großsteinheim, wonach wir bei der Wahlmänner-Abstimmung im Offenbacher Landkreise mit 28 gegen 19 Stimmen gesiegt haben. Nachdem der lebhafte Beifall sich gelegt hat, wird die Debatte über Punkt 6 (Internationaler Kongreß) eröffnet.

Liebknecht: Nur einigen Mißverständnissen, die die Rede des Referenten hervorrufen könnte, möchte ich vorbeugen. Es ist nicht ganz richtig, daß die Independent Labour Party engere Beziehungen zu den Gewerkschaften hat als die sozialdemokratische Föderation. Gerade die letztere verpflichtet ihre Mitglieder, in den Gewerkschaften sich zu bethätigen. Prinzipielle Differenzpunkte zwischen den beiden Richtungen giebt es überhaupt nicht. Nur Traditionen und persönliche Dinge verhindern vorläufig noch die Einigung. Auch der Behauptung, daß den Trades-Unions bei der Vertretung in den Kommissionen Unrecht geschehen sei, kann ich nicht beipflichten. Ich habe mich auf das

genaueste erkundigt und bin über die Berathungen und Beschlüsse des vorbereitenden Komités eingehend unterrichtet. Dort wurde beschlossen, daß ein Trades-Unionist den Kongreß eröffnen sollte. Ebenso war ihnen der richtige Prozentsatz der Vertretung in den Kommissionen gegeben. Richtig ist, daß unter einzelnen Gewerkschaftsführern Mißstimmung über den Kongreß entstanden war und daß sie sich an den Wahlen nicht betheiligten. Es war ferner ausgemacht worden, daß die Frage der Zulassung der Anarchisten gleich in der ersten Sitzung abgemacht werden sollte, es wäre auch alles nach Wunsch gegangen, wenn nicht der Vorsitzende gerade vor der entscheidenden Abstimmung sich durch das Dazwischenschreien einiger Krakehler auf den Tribünen hätte irritiren und zur Aufhebung der Sitzung hätte bestimmen lassen; am nächsten Tage erhielt der Streit frische Nahrung dadurch, daß unsere französischen Genossen, die nicht für genügende Vertretung gesorgt hatten, sich in ihrer Sektion durch eine handvoll von Anarchisten mit Scheinmandaten hatten überstimmen lassen. Was Bebel in Bezug auf John Burns gesagt hat, ist leider richtig. Es ist unter den dortigen Genossen kein Zweifel, daß er sich vollständig an die bürgerlichen Parteien angeschlossen hat und für uns verloren ist. Der Artikel, den er an das verkommenste der französischen Bourgeoisblätter über den Kongreß geschrieben hat, beweist, daß er nicht mehr zu uns gehört. Schon vor dem Kongreß hatte er sich aber bereits direkt gegen den Sozialismus und die sozialistische Partei erklärt. Mir gegenüber hat einer der Führer unserer englischen Genossen der Hoffnung Ausdruck gegeben, es werde möglich sein, eine Verständigung der sozialdemokratischen Föderation mit der Independent Labour Party anzubahnen und später eine vollkommene Verschmelzung. — Bebel hat vollkommen recht, die Trades-Unions, die größte Arbeiter-Organisation der Welt, sind auf dem Wege in das sozialistische Lager. Während des Kongresses und nachher hat die bürgerliche Presse versucht, die Trades-Unionisten gegen den Kongreß aufzuhetzen, aber es ist ihnen nicht gelungen. Der Kongreß wirkte nur auf einige Führer verstimmend, auf die Masse der Trades-Unionisten wirkte die Sachlichkeit der Debatten der drei letzten Tage nur günstig.

Noch ein Wort über den Anarchismus. Bebel hat ja schon darauf hingewiesen, daß die Anarchisten, die so außerordentlich radikal thun, in Wirklichkeit politisch wie ökonomisch ganz rückständig sind. So ist in Frankreich Brousse, dem wir niemals weit genug gingen, auf die Gewerkschaften gekommen; und in Deutschland sind die Anarchisten jetzt zu den Schulze-Delitzsch'schen Genossenschaften heruntergestiegen. Ein Beweis dafür, daß der Anarchismus seinen Ursprung in der bürgerlichen Gesellschaft hat, denn das Programm des heutigen Anarchismus ist das, welches vor etlichen 30 Jahren von Schulze-Delitzsch aufgestellt wurde. Im Ganzen können wir mit dem Verlauf des Kongresses zufrieden sein. Es besteht kein Zweifel, daß die beiden sozialistischen Parteien in England sich allmälig zu einer sozialistischen Arbeiterpartei vereinigen werden und daß die Trades-Unionisten durch die Logik der Thatsachen unwiderstehlich in das Lager der Sozialdemokratie getrieben werden.

Grenz-Leipzig: Ich bin von einigen Genossen hier ironisch als Anarchist begrüßt worden, ohne jeden Grund. Anarchistische Anwandlungen habe ich durchaus nicht, wie ich im vorhinein versichern will. Das Recht der freien Meinungsäußerung ist gestern hier wiederholt proklamirt. Von diesem Recht der freien Meinungsäußerung will ich nun auch Gebrauch machen. Ich bin nicht damit einverstanden, daß man die Anarchisten von dem Internationalen Kongresse ausgeschlossen hat. (Unruhe.) Bebel hat die Anarchisten als eine Handvoll Krakehler bezeichnet. Wenn das der Fall, hätte ich auch nichts dagegen, wenn sie ausgeschlossen wurden. Aber der Genosse aus Holland hat uns gesagt, daß es dort einigen Führern gelungen ist, einen großen Theil der

organisirten Arbeiter Hollands ins anarchistische Lager zu führen. Nicht auf die sogenannten Führer kommt es mir an, sondern auf ihren Anhang. Und da ist doch wohl ein gemeinsamer Boden vorhanden. Das Proletariat theile ich in zwei Theile. (Lachen.) Der eine will die bestehenden Verhältnisse reformiren, der andere ihre Grundlage sofort beseitigen. Der Anhang der Anarchisten, das sind Arbeiter, die da meinen, es müßte ein bischen schärfer gehen, es geht zu langsam. Mit diesen haben wir doch den gemeinsamen Boden, daß wir gegen die kapitalistische Gesellschaft kämpfen. Ich hätte es nicht für gefährlich gehalten, wenn die Anarchisten zum Kongreß zugelassen worden wären. Bindende Beschlüsse kann ein internationaler Kongreß ja doch nicht fassen. Wir debattiren ja im Reichstag auch mit Gegnern. Die drei Tage, die über die Frage ihrer Zulassung debattirt worden ist, hätten besser dazu verwendet werden sollen, ihnen die richtige Meinung vom Sozialismus beizubringen. (Lachen.) Redner erklärt, daß er sich der Abstimmung in dieser Sache enthalten werde. Die Majorität der Leipziger Genossen sei mit dem Ausschluß der Anarchisten einverstanden gewesen. Er sei anderer Meinung und Schoenlank habe in der Leipziger Parteiversammlung sogar die Frage aufgeworfen, ob ein Mann mit einer solchen Ansicht einen Vertrauensposten in der Partei erhalten könne. Trotzdem sei er von den Leipzigern delegirt worden.

Schoenlank: Weder ich noch irgend einer von Ihnen wird dem Genossen Grenz das Recht bestreiten, eine eigene Meinung zu äußern. Aber der Parteitag ist nicht der Ort, sich über die Privatansichten des Vorredners zu unterhalten, nachdem die allein kompetente Stelle, eine Leipziger Volksversammlung, am 27. August mit erdrückender Mehrheit in einer Resolution die Beschlüsse des Kongresses gebilligt und das Verhalten der Anarchisten getadelt hat. Damit ist für uns die Sache erledigt.

Hildenbrand-Stuttgart: Wenn ich auch nur einen Augenblick die Absicht hatte, die Ausführungen des Genossen Grenz zu unterstützen, so hat mich eine Volksversammlung in Stuttgart, in der der Ober-Anarchist Landauer sprach, gründlich davon kurirt. Landauer erklärte: daß es sich für ihn nicht darum handelt, sich auf internationalen Kongressen mit den Sozialdemokraten auseinanderzusetzen, sondern Agitation für den Anarchismus zu betreiben. Da wir aber ernstere Dinge zu thun haben, so ist es nur zu billigen, daß der Kongreß die Anarchisten ausgeschlossen hat.

Vliegen-Holland: Da wo das allgemeine Wahlrecht besteht, werden die Arbeiter von selbst vom Anarchismus zurückgehalten. Aus diesem Grunde konnte z. B. die niederländische Arbeiterbewegung nicht den Charakter annehmen wie die belgische, und nur dadurch haben bei uns die Anarchisten größeren Einfluß erlangt. Unzufriedenheit treibt, wenn man kein Mittel zur Abhilfe kennt, die Leute dem Anarchismus in die Arme. So hat die mißlungene Landarbeiterbewegung bei uns auch zum Stärkerwerden des Anarchismus beigetragen. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß auch bei uns der Anarchismus bald verschwindet und daß man in drei Jahren nichts mehr davon weiß. Was den Vergleich mit der Bourgeoisie betrifft, mit der wir in den Parlamenten verhandeln, so darf man nicht vergessen, daß wir dort mit ihnen nicht paktiren, sondern sie bekämpfen. Im übrigen stehen uns die Anarchisten so fern wie die Bourgeoisie. Fragen Sie einen Stumm oder einen anderen von diesen altmodischen Reaktionären über den Arbeiterschutz und sie werden dieselbe Antwort bekommen wie von den Anarchisten.

Schöpflin: Die Anarchisten bei uns in der Lausitz haben offen erklärt, nach London zu gehen, um dort für sich Propaganda zu machen. Wir haben mit diesen Burschen nur eine große Portion Scherereien. Wenn wir uns auch mit ihnen einlassen wollten, so ist es ja garnicht möglich, mit ihnen

wirklich zusammen zu arbeiten, ihnen allen fehlt etwas im Oberstübchen. Durch alle mögliche Lektüre sind sie verdreht geworden, bis endlich die allgemeine Explosion in ihrem Kopfe kam. (Heiterkeit.)

Liebknecht: Der Delegirte aus Leipzig hat den Grundsatz aufgestellt, man müsse mit den Anarchisten diskutiren, wie im Reichstag mit den anderen Parteien. Die internationalen Kongresse sind aber Parlamente, nicht für die Vertreter aller Parteien, sondern nur für die Vertreter des im Klassenkampf stehenden Proletariats aller Länder — sie sind dazu da, die Grundlagen für die Verwirklichung der Forderungen des Proletariats aufzubauen. Unsere Kongresse sollen keine Schwatzkränzchen sein, in denen mit Krethi und Plethi über Fragen, die für uns längst abgethan sind, leeres Stroh gedroschen wird. In einer so ernsten Angelegenheit lassen wir uns durch eine Handvoll Schreier, die, so weit sie wissen was sie wollen, unsere Feinde sind, nicht stören. Wo über Arbeiterinteressen, Arbeiterschutz und dergleichen wirklich zu reden in London Gelegenheit war, haben sie geschwiegen. Sie haben den Kongreß nur benutzen wollen als Piedestal, von dem aus sie gesehen werden wollten, da man sie wegen ihrer Kleinheit sonst nicht sieht. In die Gewerkschaften drängen sie sich jetzt mit Vorliebe, nach einem offenbaren Plan. Dem muß man einen Riegel vorschieben, denn sind erst einige dieser Burschen in einer gewerkschaftlichen Organisation, dann ist es schwer, sie wieder herauszubekommen. (Sehr wahr.) Wir müssen das Recht der freien Meinung respektiren, sagt Grenz. Gewiß! Wer hindert sie denn, ihre eigenen Kongresse abzuhalten. (Sehr richtig!) Das können sie aber nicht, weil sie nichts anderes machen können, als Skandal. (Beifall.)

Leutert-Apolda weist die Ansichten von Grenz zurück. Der Anarchismus ist die verkörperte Selbsthilfe Schulze-Delitzsch's, die ins Faustrecht ausgeartet ist. Ein Vertrauensvotum für den internationalen Kongreß hält Redner aber für überflüssig. Daß die Anarchisten ausgeschlossen bleiben, hält er dagegen für selbstverständlich.

Vier Schlußanträge liegen vor.

Timm für den Schluß: Die Anarchisten sind nicht soviel werth, daß wir uns mit diesen Stänkerfritzen lange aufhalten. (Heiterkeit.)

Der Schluß wird angenommen.

Beyer-Leipzig stellt fest, daß die Leipziger Genossen geschlossen den Ausschluß der Anarchisten billigen.

Das Schlußwort hat **Bebel:** Liebknecht hat mich zum Theil mißverstanden. Ich habe nicht gesagt, daß die Independent Labour Party den Gewerkschaften näher stehe, als die *sozialdemokratische Förderation*, sondern daß der größte Theil ihrer Anhänger aus den Gewerkschaften selbst hervorgegangen ist. Ich bin noch jetzt der Meinung, daß, wenn man von Seiten des Bureaus in London richtig vorgegangen wäre, es *unmöglich* gewesen wäre, der Anarchisten wegen drei Tage zuzubringen. Nur der Züricher Beschluß konnte maßgebend sein, sonst würde der nächste Kongreß wieder das Recht haben, entgegen dem Londoner Beschluß die Anarchisten zuzulassen. (Sehr richtig.) Daß Grenz kein Anarchist ist, davon bin ich überzeugt. Er hat aber eine ganz schiefe Anschauung von den Anarchisten. Für uns ist die Verbesserung der materiellen Lage des Proletariats auf dem Boden der jetzigen Gesellschaft nur dazu da, um unseren Kampfboden so günstig wie möglich zu schaffen. (Beifall.) Die Anarchisten können gar keinen Kongreß abhalten, denn was wollen sie berathen; es giebt nicht zwei Anarchisten auf der Welt, die dieselben Anschauungen haben. (Heiterkeit und Beifall.) Daß Grenz sich der Abstimmung enthalten will, ist sehr klug von ihm, er wäre sonst der *einzige*, der gegen die Resolution gestimmt hätte, und man blamirt sich nicht gern. (Heiterkeit.)

Die **Resolution der Parteigenossen des Kreises Delitzsch-Bitterfeld**:

„Der Kreistag des Delitzsch-Bitterfelder Wahlkreises, welcher am 13. September in Delitzsch stattfand, stellt hiermit der deutschen Delegation des internationalen Kongresses in London ein Vertrauensvotum aus für die von derselben eingebrachte Resolution, welche die fernere Theilnahme der Anarchisten an sozialistischen Kongressen unmöglich macht"

wird **einstimmig** angenommen. Damit ist Punkt 6 erledigt. Punkt 4 (**Arbeiterschutz**) und 7 (**Frauenagitation**) werden auf Wunsch der Referenten vertagt. Es kommt zur Verhandlung Punkt 8 der Tagesordnung: **Organisation.**

Zu diesem Punkte liegt folgende **Resolution** vor:

„Nachdem durch Maßnahmen des Berliner Polizeipräsidiums, welche durch richterliche Entscheidung in erster Instanz bestätigt worden sind, die im Organisationsstatut der sozialdemokratischen Partei vorgesehene Parteileitung (Vorstand und Kontrolleure) als ein politischer Verein erklärt worden ist, welcher angeblich gegen die Bestimmungen des § 8 des preußischen Vereinsgesetzes verstoßen habe, und die Schließung dieses Vereins ausgesprochen worden ist, protestirt der Parteitag gegen die durch diese Maßnahme bekundete Ausnahmebehandlung unserer Partei. Der Parteitag konstatirt, daß sämmtliche bürgerliche Parteien in Bezug auf ihre Organisation und speziell ihre Parteileitung Einrichtungen haben, welche, wenn sie nach dem Maaßstabe gemessen würden, welcher gegen unsere Parteiorganisation anzulegen beliebt wurde, in viel weitgehender Weise gegen die bestehenden Gesetze verstoßen, als dies bei unserer Organisation der Fall ist. In Erwägung des Umstandes, daß die erstrichterliche Entscheidung gegen unsere Parteiorganisation noch beim Reichsgericht als letzter Instanz anhängig ist, beschließt der Parteitag, bis auf Weiteres von einer Aenderung der Parteiorganisation abzusehen. Der Parteitag billigt die durch die Fraktion aus Anlaß der polizeilichen vorläufigen Schließung des „Vereins Parteivorstand" getroffenen provisorischen Maßnahmen, die Einsetzung eines geschäftsführenden Ausschusses mit dem Sitze in Hamburg und die Leitung der politischen Angelegenheiten der Partei durch die Reichstags-Fraktion, und beschließt, dieses uns aufgezwungene Provisorium bis zur endgiltigen richterlichen Entscheidung resp. bis zu dem nächsten Parteitag aufrecht zu erhalten. Zur Ausführung der Kontrolle über die Handhabung der Parteigeschäfte und als eventuelle Beschwerde-Instanz setzt der Parteitag eine Kontrollkommission ein, welche aus sieben Personen bestehen soll und ebenso wie die Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses auf dem Parteitag zu wählen ist."

Berichterstatter **Auer**: Durch die bekannten polizeilichen Maßnahmen sind wir gezwungen worden, die Organisationsfrage auf die Tagesordnung zu setzen. Wir waren mit der Organisation, die wir uns in Halle gegeben haben, vollständig zufrieden und hätten durchaus keine Ursache, Aenderungen im Organisationsstatut vorzunehmen, wenn wir nicht durch die bekannten Vorgänge dazu genöthigt wären. Wir müssen freilich darauf Rücksicht nehmen, daß die erstrichterliche Entscheidung, wonach die gesammte Parteileitung aufgelöst ist, noch beim Reichsgericht als letzter Instanz anhängig ist und daß wir noch nicht wissen, wie die endgiltige Entscheidung ausfallen wird.

In Bezug auf die Organisation hat sich im Laufe der Jahre innerhalb unserer Partei eine mächtige Wandlung vollzogen; die ursprüngliche Organisation beruhte auf dem Gedanken eines einzigen großen Vereins mit einer über ganz Deutschland verbreiteten Mitgliedschaft. Deshalb war z. B. der Zutritt zu den Generalversammlungen des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins abhängig von der Beitragsleistung der Vereinskasse des betreffenden Ortes. Wollten wir auch heute noch so verfahren und Delegirte aus Orten,

die der Parteikasse gegenüber ihre Pflicht nicht erfüllt haben, nicht zulassen, so würde ich manchen hier sehen, der nicht da ist. (Heiterkeit und Zustimmung.) Natürlich können wir heute nicht zu der alten Organisation zurückgreifen, wir sind heute eine große Partei geworden, die zwar noch bestimmte Zentralaufgaben, ein Zentralorgan, eine Zentralkasse hat, die aber doch über den Rahmen eines Vereins weit hinaus gewachsen ist. Eine Reihe von Aufgaben, die früher von der Zentralstelle aus besorgt wurden, sind jetzt auf die Provinzial-Parteileitungen übergegangen, die infolge dessen auch einen Theil der Beitragsleistungen bekommen. Ein gewisses Maaß von Dezentralisation ist ja nothwendig, aber wir sollen darüber nicht vergessen, daß wir auch gemeinsame Aufgaben haben, zu denen gemeinsame Mittel nothwendig sind. Es handelt sich viel weniger darum, daß diese Mittel in noch reichlicherem Maaße aufgebracht werden, sondern daß bei ihrer Aufbringung ein möglichst großer Kreis von Parteigenossen interessirt ist.

Im letzten Jahre haben nur 251 Orte Deutschlands Beiträge an die Zentralkasse geleistet, während vor Erlaß des Sozialistengesetzes viel mehr Orte an der Aufbringung von Geldern betheiligt waren. Und doch wird niemand bestreiten können, daß heute die Partei eine viel größere Ausbreitung gewonnen hat! Aber das Interesse, an der Aufbringung der allgemeinen Partei-Unkosten durch einen Beitrag betheiligt zu sein, ist im Rückzug begriffen. (Sehr richtig!) Nicht darauf kommt es an, eine möglichst hohe Summe aus den einzelnen Orten herauszuschlagen, obgleich ich denen, die diese hohen Summen eingesandt haben, gewiß keinen Vorwurf machen will. (Heiterkeit.) Im Gegentheil, ich bitte Sie, den alten guten Gewohnheiten auch ferner treu zu bleiben. Ich weiß sehr wohl, daß einzelne Provinzen, z. B. Schleswig-Holstein, eine Provinzial-Organisation haben, die die Beiträge gemeinsam einschickt. Wir wollen diese Organisationen nicht auflösen, wohl aber müssen wir auf die Nothwendigkeit hinweisen, neben den Leistungen für die Provinzialzwecke auch Leistungen für die allgemeinen Parteizwecke nicht zu vernachlässigen. Die Genossen dürfen ihren Gesichtskreis nicht einengen, sie müssen sich erinnern, daß es auch noch eine über ganz Deutschland verbreitete sozialdemokratische Partei giebt. In früheren Jahren wäre mir erwidert worden: Aber lieber Auer, spare Deine Worte, das wissen wir ja alles selbst. Heute hingegen ist es nöthig, darauf hinzuweisen. Ich habe verglichen, was früher und was jetzt aus den einzelnen Orten eingegangen ist.

Die Heimath liegt einem ja immer am nächsten (Heiterkeit), ich spreche deshalb zunächst von Bayern. In Frankfurt ist es seinerzeit zwischen uns und einzelnen bayerischen Genossen zu scharfen Auseinandersetzungen gekommen, es wurde darauf hingewiesen, daß sich ein gewisser Partikularismus geltend macht, der die Partei schädigt. Im letzten Jahre haben 15 bayerische Orte Beiträge geleistet, und das ist sehr viel für ein Land, wo der agrarische Charakter so stark ausgeprägt ist und die großen Industriezentren fehlen, besonders wenn man die rigorose Anwendung des bayerischen Vereinsgesetzes berücksichtigt. Es kommt bei allen diesen Dingen viel weniger darauf an, ob der Beitrag hoch oder niedrig ist, als darauf, daß die Genossen in den einzelnen Orten sich überhaupt erinnern, daß sie diese Pflicht haben. Es hat das Gefühl dafür nachgelassen, daß wir eine Organisation sind, die auf Leistung und Gegenleistung beruht. Das zeigt auch die Unregelmäßigkeit der Beitragsleistungen. Von den 251 Orten haben nur neun mehr als sechsmal im Jahr Beiträge geleistet; und München ist darunter ohne seine Schuld nur dadurch, daß dort ein stiller Genosse zufällig wohnt, der mit erfreulicher Pünktlichkeit fünf Mark monatlich einsendet. (Heiterkeit.)

Ich appellire an die alten Lassalleaner, die mustergiltig in der Organisation waren, ob es nicht an der Zeit ist, auf die alten Traditionen wieder

zurückzukommen. (Sehr richtig.) **Württemberg** hat ja seine eigene Organisation und macht Ansprüche an die Zentralkasse nur in äußerst seltenen Fällen; aber das kann es nicht von der Pflicht entbinden, sich gelegentlich doch der Zentralkasse zu erinnern. Der Ueberfluß, den die Württemberger an uns abführen, ist zu gering. Er betrug im Vorjahre nur 310 Mk. Wir müssen neben den Zuschuß-Provinzen auch Ueberschuß-Provinzen haben. Die **badischen** Genossen haben uns 404 Mk. geschickt (Zuruf!) — ja auch nicht viel — aber sie haben versprochen, ihre Sache in Zukunft besser zu machen, wenn wir ihnen vorerst einen größeren Pump geben. (Heiterkeit.) Am schlimmsten ist es mit **Hessen**, das doch eine außerordentlich starke sozialdemokratische Bewegung hat. Das Land hat eine starke Industriebevölkerung und wie sehr dieselbe mit uns sympathisirt, das zeigt die soeben verlesene Siegesdepesche — ich glaube, es liegt noch eine zweite vor aus Mainz. Aus ganz Hessen sind im ganzen 50 Mk. an die Zentralkasse abgeführt worden, das ist entschieden zu wenig. Diese Beispiele genügen. Ich will aber nicht unterlassen, zu konstatiren, daß es in einer ganzen Anzahl norddeutscher Provinzen um nichts besser steht und wir es also mit einem weit verbreiteten Uebel zu thun haben; also ich ersuche Sie dringend, meinen Appell zu beherzigen.

Wenn wir das bleiben wollen, was wir sind, die große sozialdemokratische Partei, die politische Vertretung der Arbeiterschaft Deutschlands, dann dürfen wir in bezug auf die zentralistische Gesinnung nicht mehr weiter zurückgehen.

Nun zum andern Theil meiner Aufgabe.

Parteigenossen! Sie wissen aus dem Bericht der Parteileitung bereits, daß uns die **Auflösung** nicht unvorbereitet getroffen hat, wenn uns auch keine Mittheilung auf unterirdischem Wege gekommen ist. Wir kannten unsern Köller, wir kannten den Einfluß Stumm's und deshalb rechneten wir auf einen Schlag gegen unsere Organisation nach Schluß der Reichstags-Session. Ich kann offen erklären; wir waren auf ganz andre Schläge gefaßt, auf Tragisches, nicht aber auf etwas, das zwar nicht Komik ist, aber doch auch nichts Ernstes. Tragisch hat die ganze Geschichte nur für Herrn von Köller geendet, der seinen Ministersitz dabei einbüßte. (Heiterkeit.) Die Schritte, die wir thaten, sind Ihnen bekannt. Die politische Leitung der Partei wurde, wie es in der Praxis schon immer war, der Fraktion übertragen, die geschäftliche Führung einem geschäftsführenden Ausschuß übertragen, dessen Sitz nach Hamburg verlegt wurde. Das war ein Provisorium. Wir wollten nicht erst einen außerordentlichen Parteitag einberufen, weil er unter den gegebenen Verhältnissen doch nichts thun konnte. Die polizeiliche Schließung war noch nicht gerichtlich bestätigt und wir müssen als vorsichtige Leute ja selbst jetzt noch auf das Wunder rechnen, daß das Reichsgericht einen guten Tag hat und das Berliner Urtheil umstößt. (Heiterkeit.) Wir wollten auch Herrn v. Köller nicht die Freude bereiten, durch Einberufung eines außerordentlichen Parteitags eine Maßnahme zu treffen, die er dahin auslegen konnte, als sei ihm ein kräftiger Schlag gegen uns gelungen. Die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages wurde überdies von keiner Seite in der Partei verlangt. Jetzt tritt die Frage an uns heran, was nun thun? Unsere provisorischen Einrichtungen haben nach jeder Hinsicht ihren Zweck voll erfüllt. Wir sind deshalb nicht in der Situation, etwas thun zu müssen, wo wir das Feld noch nicht übersehen können. Das Reichsgericht hat noch nicht gesprochen, deshalb ist es auch noch nicht angebracht, wesentliche und einschneidende Aenderungen in der Organisation vorzunehmen und eine definitive Entscheidung zu treffen. Die Bestimmung, daß politische Vereine nicht miteinander in Verbindung treten dürfen, ist von allen Parteien preisgegeben und auch die Regierungen konnten sich des Eindruckes nicht verschließen daß diese Bestimmung weiterhin unhaltbar sei. Der Reichskanzler

Fürst Hohenlohe hat selber im Reichstag erklärt, daß sämmtliche Regierungen sich dahin verständigt haben, bei der ersten Gelegenheit diese Bestimmung aufzuheben. Sie wollen aber dabei ein politisches Geschäft machen, sie wollen die reaktionären Bestimmungen ihrer diversen Vereinsrechte beibehalten, ja womöglich noch verschärfen. Wir werden vielleicht einen hohen Preis für die Beseitigung des Verbindungsverbotes bezahlen müssen (sehr richtig). Wir wissen nicht, welche neuen Hindernisse man uns in den Weg legen wird. Da wäre es ja thöricht von uns, das Provisorium, das sich bewährt hat, jetzt schon aufzugeben. Ich ersuche Sie, der Resolution, die wir Ihnen vorschlagen, zuzustimmen. Ich glaube, daß Sie dadurch im Interesse der Partei handeln.

Was die Anträge zur Organisation anlangt, so ersuche ich Sie, den Antrag 24, den die Niederbarnimer wieder gestellt haben, den Parteitag zwischen Weihnachten und Neujahr abzuhalten, abzulehnen. Denken Sie nur, wenn wir in diesem Jahre den Parteitag zwischen Weihnachten und Neujahr abgehalten und in dieser Jahreszeit diesen Weg hier heraus hätten machen müssen, ich sage nichts mehr. (Heiterkeit.) Dieser Antrag entspringt dem Wunsche, auch solchen Genossen Gelegenheit zu geben, nach den Parteitagen sich delegiren zu lassen, welche durch ihr Arbeitsverhältniß daran verhindert sind, zu einer anderen Zeit als der der Inventuraufnahme das Mandat zu übernehmen. Aber darauf können wir nicht Rücksicht nehmen. Es ist auch nicht richtig, jedes Jahr nur neue Delegirte zu wählen. Wir brauchen Genossen, die bereits Erfahrung mitbringen, das Relaissystem bei der Delegirtenwahl kann unsere Arbeiten nicht fördern. Auch den Antrag aus Berlin und Hamburg, die Kontrolleure möglichst aus den Genossen der Umgegend des Ortes, wo der Parteivorstand seinen Sitz hat, zu wählen, bitte ich abzulehnen. Die Kontrolleure sind die Instanz des beleidigten Parteigewissens. Daher dürfen keine stetigen persönlichen Beziehungen zwischen Kontrolleuren und Parteileitung bestehen. Auch die anderen Anträge lehnen Sie ab; wir wollen doch jetzt an der Organisation nichts ändern. (Beifall.)

Die Diskussion wird eröffnet.

Mit zur Debatte steht nur die Resolution Auer, da die Anträge 26, 27 und 28 nicht genügend unterstützt werden und Antrag München, nur alle zwei Jahre den Parteitag abzuhalten, zurückgezogen wird.

Schmitt-München: Die Aeußerung des Berichterstatters über die Beiträge der Münchener kann den Eindruck erwecken, als wenn wir auf der Bärenhaut liegen und hinter dem Maßkrug sitzen. (Heiterkeit.) Das ist nicht der Fall, wir konnten in diesem Jahre nicht mehr zahlen, weil München und Nürnberg die Kosten der Agitation für ganz Oberbayern zu bestreiten haben und gezwungen waren, aus eigenen Mitteln die „Münchener Post" zu vergrößern. Auch die beiden großen Münchener Ausstände in diesem Jahre erforderten große Kosten, wir haben das Geld, das an die Parteikasse abgeführt werden sollte, hierfür verwenden müssen. Das alles wußte Genosse Auer, er hatte es also nicht nöthig, die Münchener hier vor dem Parteitag anzuzapfen.

Schleicher-Metz verweist auf die verschiedenen Wahlkämpfe und Ausstände in Elsaß-Lothringen, die es verhindert hätten, Beiträge an die Zentralkasse abzuführen. Dafür sei die Parteibewegung, zum Theil ohne Unterstützung der Parteikasse, in Elsaß-Lothringen ordentlich vorwärts gekommen, trotz der schwierigen Verhältnisse unterm Diktaturparagraphen und den Ausnahmegesetzen. Den Köller brauchen die Elsaß-Lothringer nicht. (Heiterkeit.) Die erleben dort mehr als Köller. Die sozialdemokratischen Stimmen dort kommen von der französischen Bevölkerung.

Trautewein: Der Kassenbericht und das Referat Auer's stellen es so dar, als ob die Opferwilligkeit der Partei im Niedergang begriffen sei. Die gegnerische Presse fällt da natürlich über uns her: Ich bin aber der entgegen-

gesetzten Meinung: Nicht erlahmt ist die Opferwilligkeit der Genossen im Lande, sondern sie hat zugenommen. Nur wird jetzt das Geld zum Theil für die Gewerkschaftsbewegung gezahlt. Vor der Opferwilligkeit der Berliner und Hamburger alle Achtung! — Aber die sind auch reicher. Dort sind Referenten am Ort, dort sind die Versammlungen groß und die Unkosten geringer. Bei uns wird viel Geld in der Landagitation verpulvert. Ein wunder Punkt sind die persönlichen Differenzen an manchen Orten, die können allerdings die Opferwilligkeit der Genossen lähmen.

Koenen-Hamburg: Genosse Martikke hat gestern gesagt, daß es den Genossen in Schleswig-Holstein nach ihrem Organisationsstatut verboten sei, Gelder an die Zentralkasse abzuführen, so lange die Partei in der Provinz noch Geld braucht. Darin liegt ein Vorwurf gegen Altona und Ottensen, die beide Gelder an die Parteikasse gezahlt, also das Organisationsstatut übertreten haben. Schmitt entschuldigt München, das nur deshalb keine Gelder geschickt hat, weil dort die Verhältnisse schlecht sind und ein harter Kampf mit den Gegnern geführt werden muß. Aber wo haben wir denn nicht mit Gegnern zu thun? Bei uns in Hamburg ist es doch auch nicht besser, und doch bringen wir große Summen auf. Von den Elsaß-Lothringern erwarten wir allerdings noch keine Gelder. Wir sind froh, wenn sie uns nichts kosten, und wir wären dem Genossen Schleicher dankbar, wenn er dies bewirken könnte. Ich stelle an die Opferwilligkeit der Genossen noch größere Ansprüche als Auer. Ich bin nicht einmal mit der Opferwilligkeit der Hamburger zufrieden. Die süddeutschen Genossen, die nach Hamburg kamen, haben sich dort oft noch von den Parteiarbeiten zurückgezogen, anstatt die Partei zu unterstützen. Wenn ferner Genosse Trautewein darauf hinweist, daß man jetzt für alles mögliche andere zu zahlen habe und daher nicht für die Partei soviel übrig habe, so ist das eine Konzession an den Indifferentismus.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird, nachdem Hülle-Erfurt dafür, Voigt-Berlin dagegen gesprochen haben, abgelehnt.

Scherm-Nürnberg: Die Darstellung des Genossen Auer bezüglich der Beitragsleistung an die Parteikasse gegen uns aus Süddeutschland war eine durchaus einseitige. Er hat zwar den bayerischen Parteigenossen großes Lob gespendet, allein dieses Lob war mit Spitzen durchsetzt, die verletzend für uns wirken mußten. (Sehr richtig.) Wenn er objektiv gewesen wäre, hätte er Stichproben auch aus Nord- und Mitteldeutschland machen müssen; auch da giebt es verschiedene Qualitäten in der Leistung der Beiträge. (Sehr wahr.) Ich muß den Vorwurf des Partikularismus, den er uns machte, entschieden zurückweisen. (Beifall.) Sie wissen doch, daß wir 1894 in München den Anfang einer selbständigen Organisation in Bayern gemacht haben und daß wir gerade auf dem damaligen Parteitage darauf hinwiesen, daß die Parteigenossen sich ihrer Pflichten gegen die Zentralparteikasse besser als früher befleißigen möchten. Es hat also nicht der Anregung Auer's in Frankfurt bedurft, uns zu veranlassen, unser Zusammengehörigkeitsgefühl mit der Gesammtpartei auch finanziell zu beseitigen. Wenn das Zusammengehörigkeitsgefühl mit der ganzen Partei bei uns nicht ein so starkes wäre, dann hätten die unschönen Angriffe Auer's gegen uns auf dem Frankfurter Parteitage sehr leicht bewirken können, daß wir in Zukunft überhaupt kein Geld mehr schicken. (Unruhe.) Wir in Nürnberg haben immer regelmäßig unsere Beiträge abgeführt. Die 400 Mk. im September sind nur zu spät abgeschickt worden, sie waren noch für das Rechnungsjahr 1895/96 bestimmt; ich erkäre das ausdrücklich. Es sind also somit von uns in Nürnberg 1200 Mk. für das verflossene Jahr bezahlt. (Beifall.)

Martikke bestreitet Koenen das Recht, zu den schleswig-holsteiner Angelegenheiten Stellung zu nehmen. Das Organisationsstatut unserer Provinz

verbietet uns, Gelder abzuführen, solange wir selbst noch welche brauchen. Den Ausführungen Auer's in Bezug auf die Dezentralisation stimme ich bei, es müssen Vorschläge gemacht werden, wie diesem Uebelstande abgeholfen werden kann. So lange das aber nicht der Fall ist, müssen wir uns nach unserem Organisationsstatut richten. Koenen hat schon wiederholt darüber Lärm geschlagen. Wir haben seinem Drängen nachgegeben und werden versuchen, in anderer Weise das Gefühl der Zusammengehörigkeit zu fördern und unser Organisationsstatut zu ändern. Vielleicht empfiehlt es sich, daß auch andere Orte so vorgehen und nur ihre Gelder an die Parteileitung abführen.

Bock macht darauf aufmerksam, daß die in Aussicht genommene Sitzungszeit abgelaufen ist und läßt darüber abstimmen, ob diese Punkte der Tagesordnung heute noch erledigt werden sollen.

Die Versammlung entscheidet sich dafür, noch weiter zu tagen.

Weinheber-Hamburg wendet sich gegen die Behauptung **Martikke's**, daß nach dem Organisationsstatut Schleswig-Holsteins alle überschüssigen Gelder nach Neumünster geschickt werden müssen. Das steht garnicht darin.

Ein Schlußantrag, den Hoffmann-Bielefeld begründet, **Fischer** bekämpft, wird mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Lesche-Altona: Ich habe hier zu erklären, daß die von Martikke-Hamburg aufgestellte Behauptung: „In der Provinz Schleswig-Holstein müsse jeder Wahlkreis sein Geld an den Vorort Neumünster schicken", nicht in dem Organisationsplan enthalten ist. Die selbstverständliche Thatsache der Beitragsleistung an Neumünster ergiebt sich aus der Organisation von selbst, schließt aber keinesfalls aus, daß neben diesen Leistungen auch Geld nach Berlin geschickt werden kann.

Bock: Das ist nicht persönlich. (Heiterkeit.)

Zur Geschäftsordnung beschwert sich **Posselt**-Niederbarnim darüber, daß die Unterstützungsfrage für die gestellten Anträge erst nach dem Referat Auer's gestellt worden sei, so daß Auer sie bereits abfällig kritisiren konnte und so dazu beigetragen habe, daß sie jetzt ohne weiteres in die Versenkung verschwänden. (Heiterkeit.) Das rufe Unzufriedenheit unter den Genossen hervor.

Im Schlußwort bemerkt **Auer**: Ich habe niemals die Forderung gestellt, keine neuen Delegirten auf den Parteitag zu entsenden. Gegen derartige Unterstellungen muß ich mich verwahren. Ebenso habe ich Niemandem einen Vorwurf wegen mangelnder Opferwilligkeit gemacht. Im Gegentheil, die Opferwilligkeit steigert sich progressiv. Ich habe nur von der Organisation und dem Gefühl der Zusammengehörigkeit gesprochen und den Gedanken der Zentralisation zum Ausdruck gebracht. Man sollte doch nicht offenkundige Thatsachen ins Gegentheil verkehren, um auf einen Gegner loszuschlagen, den man sich nur supponirt. Für einen Gegner, den man sich selbst zurecht macht, kann ich keine Verantwortung übernehmen. (Sehr wahr!) Es ist auch nicht richtig, daß die Beiträge jetzt weniger reichlich fließen müssen als früher, weil jetzt die Gewerkschaftsbewegung Geld erfordere. Eine Gewerkschaftsbewegung hat es vor dem Sozialistengesetz im Verhältniß gegeben wie jetzt. Ich behaupte sogar, daß je stärker die Gewerkschaftsorganisationen sind, desto reichlicher auch die Mittel für die Parteiorganisation fließen werden. (Zustimmung.)

Dann noch ein Wort an den Genossen Scherm! Daß ich nur einige Beispiele aus Süddeutschland angeführt habe, und nicht auch aus Norddeutschland — wie es meine Absicht war — lag daran, daß ich heute plötzlich ganz unvorbereitet das Referat übernehmen mußte und meine Notizen nicht hier hatte. Ich gebe ausdrücklich zu, daß ganz dieselben Verhältnisse wie in Süddeutschland auch für ganze Provinzen und Länder Norddeutschlands zutreffen. Es ist also ganz falsch, von Spitzen gegen Süddeutschland zu reden. Ich weiß

ja, daß das zu Scherms Verhältniß mir gegenüber gehört. Ich will es ihm auch nicht aus dem Herzen reißen, es würde ihm sonst ein Stück fehlen. (Heiterkeit.) Ich liebe meine Landsleute gerade so wie sie sind. (Große Heiterkeit.) Daß mein Appell auf dem Frankfurter Parteitag nicht die Ursache gewesen ist, daß die Bayern mehr gezahlt haben, davon nehme ich Notiz; da habe ich mich eben geirrt. Ich begnüge mich mit der Thatsache, daß mehr Geld geschickt ist, ich stehe auf dem bekannten Standpunkt: Wenn es nur kommt; wo es herkommt und wie, das ist mir gleich. (Große Heiterkeit.) Ich habe die Empfindung, daß es sehr angemessen war, gegen den Provinzialismus ins Feld zu ziehen, der die Partei zu überwuchern droht. (Sehr gut!) Mein Parteigewissen zwang mich, so zu reden, wie ich geredet habe, ohne daß ich Sottisen und Bosheiten gegen irgend Jemanden bringen wollte. Martikke irrt sich in Bezug auf das schleswig-holsteinische Organisationsstatut in der That; ich will nur konstatiren, daß 13 Orte der Provinz im abgelaufenen Jahre 5166,80 Mk. an die Parteikasse abgesandt haben, — damit will ich schließen und Sie nur bitten, meine Resolution anzunehmen. (Beifall.)

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Bock theilt unter lebhaftem Beifall ein Telegramm mit, wonach die Genossen Dr. David und Haas mit 118 Stimmen in den hessischen Landtag gewählt sind.

Da morgen Abend ein Festkommers zu Ehren der Delegirten stattfindet, wird von 9 bis 3 Uhr mit einer halbstündigen Pause getagt werden.

Begrüßungstelegramme sind eingegangen von dem Deutschen Leseklub in Paris, von französischen Genossen aus Lille und von der Ungarländischen sozialdemokratischen Partei.

Schluß gegen $^1/_2$7 Uhr.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 15. Oktober.

9$^1/_4$ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Von der Vertretung der sozialistischen Arbeiterpartei Russisch-Polens ist ein Begrüßungsschreiben eingetroffen.

Die Mandatsprüfungs-Kommission wird mit der Prüfung von Beschwerden beauftragt, die seitens der Genossen Kießling und Pistorius aus Braunschweig und der Frau Gubela aus Berlin an den Parteitag gerichtet sind.

Auf der Tagesordnung steht die Berichterstattung über den **Arbeiterschutz.** Diese Materie berühren die Anträge: 55, 56, 70, 71, 72, 78, 78, 79, 80 und 81.

Berichterstatter **Wurm:** Mit dem Fall des Sozialistengesetzes trat eine Wandlung in der Behandlung des Arbeiterschutzes ein. Während wir auf den Parteitagen 1890 und 1891 noch das minder große Vergnügen hatten, uns mit denen herumzustreiten, die Anbahnung von Reformen für einen Unsinn erklärten, ist dieser Standpunkt heute schon längst überwunden. Die Partei blieb unerschüttert ihren alten Grundsätzen getreu. Wir müssen alle Mittel benutzen, um die Arbeiterklasse gegen die Unterdrückung durch den Kapitalismus zu schützen und sie widerstandsfähig für den Kampf zu machen. Das ist aber nur möglich, wenn wir auf allen Gebieten Schritt für Schritt Terrain zu erobern und die politisch und wirthschaftlich Rechtlosen zu schützen suchen. Dieser Schutz ist es, der als Arbeiterschutz unsere Thätigkeit in erster Linie in Anspruch nimmt. Unsere Bewegung in Deutschland ist nach zwei Seiten thätig, nach der politischen und nach der gewerkschaftlichen, und so lange diese beiden Organisationen bestehen, sind von jeher einzelne Mitglieder der Gewerkschaftsbewegung mit Vertretern der politischen Bewegung in Differenzen gerathen

über das Gebiet, auf dem sie thätig zu sein haben. Stets hören wir von Seiten der Gewerkschaftler, daß die Politiker sich zu wenig um sie kümmern, und die Politiker klagen darüber, daß die Gewerkschaftler sie nicht genügend unterstützen. Wer aber vorurtheilslos ist, der muß zugeben, daß es keinen politisch thätigen Genossen giebt, der nicht die Gewerkschaftsbewegung nach Kräften fördert, wohl aber ist oft das Umgekehrte der Fall. (Sehr richtig!) Es giebt Gewerkschafter, die mit ihrer Betheiligung an der politischen Bewegung sehr viel zu wünschen übrig lassen. Uns Politikern wird eine Grenze gezogen durch die Gesetzgebung und durch die Art der gewerkschaftlichen Organisation selbst. Während die politische Partei den Kampf zu generalisiren hat, ihn gegen das Unternehmerthum in seiner Gesammtheit führt, ist die Thätigkeit der Gewerkschaften eine örtliche und berufliche. Daraus ergiebt sich auch die Unmöglichkeit, den gewerkschaftlichen Kampf gegen das Unternehmerthum in seiner Gesammtheit gleichzeitig und gleichartig zu richten. Eine Reihe von Anträgen geht aber darauf hinaus.

Es sind zunächst aus Frankfurt und Dresden Vorschläge gemacht worden. Die Frankfurter Vorschläge boten, wie später allgemein anerkannt wurde, nichts Neues, und so weit das der Fall war, waren sie undurchführbar. (Vereinzelter Widerspruch.) Es scheint hier noch jemand zu sein, der nicht zugeben will, daß ein Rückzug angetreten ist. Mit Statistiken über die Lohnlage beschäftigen sich ja die Gewerkschaften schon lange, das ist ja etwas ganz Selbstverständliches; der Ohorufer scheint da nicht mit der Geschichte und Thätigkeit der Gewerkschaftsbewegung vertraut zu sein. Wenn in den Frankfurter Vorschlägen (Zwischenrufe: Arbeiterschutz! Alles schon erledigt!) — bisher ist nur das Persönliche erledigt — wenn da vorgeschlagen wird, die Gewerkschaften sollen Vorschläge für gesetzlichen Arbeiterschutz machen, so ist, abgesehen von vereinspolitischen Bedenken, die leicht auftreten können, die Gefahr einer Pfuscherei vorhanden.

Die Vorschläge von Dresden, die Genosse Parvus zuerst in einer Broschüre aussprach, haben viel mehr Verlockendes, sind viel interessanter als die Frankfurter. Bei ruhiger Ueberlegung sehen wir aber doch bald, daß auch sie in den Fehler verfallen, zu generalisiren, allgemeine Vorschriften geben zu wollen. In dem ersten Theil der Anträge, zu denen sich die Parvus'schen Vorschläge verdichtet haben, wird auf die steigende Konjunktur, auf den wirthschaftlichen Aufschwung in der Kulturwelt, auf das Eintreten der asiatischen Staaten in die Wirthschaftsbewegung als eminenter Faktor hingewiesen und damit motivirt, es sei die Zeit gekommen, mit größerem Nachdruck als bisher für eine Besserung der Misère des arbeitenden Volkes einzutreten und eine umfassende Agitation für den Achtstundentag nunmehr zu beginnen. Wo aber haben bis jetzt die Gewerkschaften Gewehr bei Fuß, wo haben sie stillgestanden, wenn sich eine steigende Konjunktur bemerkbar machte? Im Gegentheil, man mußte ihnen oft eher den Vorwurf machen, daß sie zu hastig vorgegangen sind. (Sehr richtig!) Die Hauptwirksamkeit der Gewerkschaften besteht nicht in den Lohnkämpfen, die sie führen, um die Unternehmer zu Konzessionen zu zwingen, sondern in ihrem bloßen einfachen Vorhandensein, durch das das Unternehmerthum gehindert wird, die Lage der Arbeiterschaft noch weiter herunter zu drücken. Wenn man einer Bewegung neue Bahnen weisen will, muß man die alten kennen, und wenn man der Reichstagsfraktion Vorschriften machen will, muß man die Thätigkeit der Fraktion genau verfolgt haben. Schon im November 1895 haben wir im Reichstag den Antrag eingebracht, der sich mit dem Arbeiterschutz befaßt und den Achtstundentag verlangt. Es heißt also offene Thüren einrennen, wenn man von uns jetzt erst die Einbringung eines Gesetzentwurfes fordert. Denn darauf wird man sich wohl nicht steifen wollen, daß gerade **wir** den **Gesetzentwurf** einbringen. Für die Ausarbeitung der Einzelheiten

eines Gesetzentwurfes, dessen Grundgedanken durch unseren Antrag gegeben sind, ist die Regierung da. Wir brauchen auch nicht für die Staatswerkstätten den Achtstundenstag besonders zu verlangen, wenn wir seine allgemeine Einführung fordern. Es heißt den Parlamentarismus überschätzen, wenn man sich von der Einbringung eines ausgearbeiteten Gesetzentwurfes mehr verspricht, als von Anregungen bei der Etatsberathung. Bei der Etatsberathung aber haben wir beständig darauf hingewiesen, wie wenig die Staatsbetriebe Musterbetriebe sind. Wir haben in der Etatsberathung mit größtem Nachdruck die Regierungen, im Reichstag und in den Landtagen, wo wir eine Vertretung haben, auf ihr Versprechen hingewiesen, daß die Staatsbetriebe Musteranstalten sein sollen. Genau dasselbe gilt von der planmäßigen Propaganda in öffentlichen Versammlungen und in der Presse für den Achtstundentag, von dem energischen Eintreten für die gewerkschaftliche Propaganda in Staats- und Gemeindebetrieben. Also alle diese Forderungen der Vorschläge von Parvus rennen offene Thüren ein.

Wenn dann Parvus weiter verlangt, daß wir im Falle der Reichstags-Auflösung die Losung des achtstündigen Normal-Arbeitstages ausgeben sollen, so heißt das doch die werbende Kraft eines solchen Antrages weit überschätzen. Die Masse der Bevölkerung, die für die Reichstags-Wahlen ausschlaggebend ist, hat vorläufig noch wichtigere Forderungen.

Glauben Sie wirklich, daß wir die Landbevölkerung gewinnen, wenn wir die Forderung des Achtstundentages zur Losung bei den Wahlen machten? Selbstredend haben wir in den Wahlversammlungen stets unser Programm aufgestellt und keine unserer Forderungen verschwiegen, wenn wir auch die aktuellen Fragen, z. B. die Gefahren des Militarismus in den Vordergrund stellten. Daß bei allen Streiks, bei allen Kämpfen die Reduktion der Arbeitszeit zunächst anzustreben ist, ist selbstverständlich.

Die übrigen Anträge, die zum Parteitag eingelaufen sind, betreffen eine Reihe von Punkten, die ebenfalls längst von uns im Reichstage behandelt wurden.

Die Forderungen des Antrages 56 verwirklichen wir, soweit wir können. Wir agitiren, organisiren, klären auf, aber wir haben mit dem Widerstand des Kapitalismus zu rechnen. Die Beseitigung der elenden Zustände in der Hausindustrie liegt schließlich doch selbst in den Händen der kapitalistischen Entwickelung. Schon sehen wir in einzelnen Industrien, wie das Großkapital selber es ist, das der übergroßen Ausbeutung in der Hausindustrie entgegentritt. Unsere Aufgabe ist es, Material zu sammeln, das die scheußlichen Zustände in der Hausindustrie aufdeckt. Wir verlangen daher die Ausdehnung der Fabrikinspektion auf die Hausindustrie, die Ausdehnung des Arbeiterschutzes auf die Hausindustrie, weil sie das sicherste Mittel ist, das Schwitzsystem zu beseitigen.

Dem Antrag 70 aus Krefeld, der jede Kündigung in Arbeitsverhältnissen ausschließen will, muß ich ablehnend gegenüber stehen. Wir müssen berücksichtigen, daß der Arbeiter der wirthschaftlich Schwächere ist, daß er den größeren Schaden hat, wenn er plötzlich aus der Arbeit auf die Straße gesetzt wird. In der Praxis hat der Arbeiter schon jetzt in den meisten Fällen die Möglichkeit, wenn er die Arbeit niederlegen will, es zu thun.

Dem Antrag 71 betreffend die Arbeitszeit jugendlicher Arbeiter in Ziegeleien wird die Reichstagsfraktion Folge geben. Wir werden den schädlichen Einfluß der verlängerten Arbeitszeit dieser Klasse von Arbeitern zur Sprache bringen, wie wir ihn in der Presse, speziell im „Vorwärts", bereits zur Sprache gebracht haben, und ich hoffe, daß der Bundesrath die Verordnung vom 1. Januar 1894 nicht erneuert, zumal da auch in Beamtenkreisen die Meinung verbreitet ist, daß die verlängerte Arbeitszeit auf die jugendlichen Ziegeleiarbeiter schädlich wirkt.

Die Resolution 73 gehört zu denen, die auf grund der Vorschläge von **Parvus** entstanden sind. Der darin verlangte ständige Ausschuß der Fraktion

für Arbeiterschutzgesetzgebung ist in der allein möglichen Form bereits vorhanden. Bereits jetzt tritt in der Fraktion eine Theilung der Arbeit ein. Sobald wir unsere Thätigkeit beginnen, vertheilen wir den Arbeitsstoff unter uns und wählen, wenn es nöthig wird, Unterabtheilungen. Haben wir juristische Angelegenheiten vor uns, so wenden wir uns an unsere Juristen; beschäftigen wir uns mit Arbeiterschutzfragen, so wählen wir eine Unterkommission, die das Material sammelt und die Arbeit vorbereitet. Das wird auch in Zukunft geschehen. Wenn die Resolution aber verlangt, daß der ständige Ausschuß seine Thätigkeit auch außerhalb der Fraktion entfaltet, daß er eine besondere Aktion für den Achtstundentag u. s. w. inszenirt, daß er rednerische Kräfte für diese Agitation wirbt, so traut dies Verlangen dem gewünschten Ausschuß geradezu Zauberkraft zu. Woher soll er mehr rednerische Kräfte nehmen, als schon jetzt in der Agitation thätig sind. Mehr als jetzt geschieht, kann der ständige Ausschuß auch nicht leisten. Wo ist der Beweis, daß wir nicht unsere Schuldigkeit bisher gethan haben? Wir können viel eher von uns sagen, daß wir mit Arbeit überhäuft sind, als daß wir auf der Bärenhaut liegen. Wenn man dann weiter vom Ausschuß verlangt, Flugblätter, Broschüren abzufassen, das ganze Material über Arbeitszeit, Lohn, Hausindustrie und die sonstigen Arbeiterverhältnisse in Deutschland und im Auslande zu beachten und die periodische amtliche Statistik zu verfolgen, so weist man ihm die Thätigkeit eines Arbeitersekretariats zu, wie es in der Schweiz besteht. Wenn der Ausschuß sich als Arbeitersekretariat konstituiren wollte, wie sollte er die Kräfte zentralisiren, wie sollte er da noch agitiren können? Anfänge werden ja auch schon bei uns gemacht, z. B. in Nürnberg; aber dergleichen läßt sich nicht künstlich aufpfropfen, das kann sich nur organisch entwickeln, wo die Kräfte und Bedingungen vorhanden sind. Was Gutes in dem Antrag, ist eine Theilung der Arbeit in der Fraktion, das haben wir jetzt schon. Aber das andere, eine Thätigkeit auch außerhalb der Fraktion, ist undurchführbar.

Zum Antrag 78 betr. den Achtuhr-Ladenschluß, beantragen wir folgende Resolution:

„Der gesetzliche Achtuhr-Ladenschluß, wie ihn die Reichskommission für Arbeiterstatistik vorschlug, ist nur ein durchaus ungenügendes Verbot der Nachtarbeit und entspricht keineswegs den berechtigten Ansprüchen der im Handelsgewerbe beschäftigten Personen. Da aber deren kapitalistische Gegnerschaft dieses bischen Arbeiterschutz verweigert, weil angeblich durch ihn die Interessen der kaufenden, besonders der arbeitenden Bevölkerung benachtheiligt würden, erklärt der Parteitag, daß die Arbeiter für die Forderung der im Handelsgewerbe beschäftigten Personen eintreten, die Einführung des gesetzlichen Achtuhr-Ladenschlusses als keine Schädigung ihrer Interessen betrachten und selbstverständlich für den Schutz jeder Arbeiterkategorie eintreten."

Der gesetzliche Achtuhr-Ladenschluß, der jetzt dem Bundesrath vorgelegt ist, ist ein ganz ungenügender Schutz und enthält für alle die, die nicht als Kommis beschäftigt sind, eine große Schädigung, da für diese Leute Ausnahmebestimmungen zugelassen sind. Diese Verfügung ist nichts weiter, als eine Verwässerung des Arbeiterschutzes, und nur eine ganz geringe Abschlagszahlung. Dabei bringen die Kapitalisten noch das Demagogenkunststück fertig, sich in den Mantel der Arbeiterfreundlichkeit zu hüllen und zu sagen, es liege nicht im Interesse der Arbeiter, wenn die Läden um 8 Uhr geschlossen werden. Kein einziger Arbeiter, gleichviel in welchem Beruf er thätig ist, erblickt in dem frühzeitigen Ladenschluß eine Schädigung seiner Interessen. Wir können darauf hinweisen, daß in Württemberg der Achtuhr-Ladenschluß schon existirt, daß eine Anzahl von Konsumvereinen ihn eingeführt haben und die Arbeiter überall damit zufrieden sind. Selbstverständlich bringt das hier und da Rücksichtslosigkeit, in der Uebergangszeit Unbequemlichkeiten und Schädigungen mit

sich. Wir treten aber für die gemeinsamen Interessen der Arbeiter im Arbeitskittel und der Arbeiter im schwarzen Rock ein. Das Verhalten der Prinzipale, die auch die bescheidensten Forderungen verweigern, wird hoffentlich die Handlungsgehilfen von ihrem Kastendünkel, in dem sie sich zum großen Theil jetzt noch befinden, befreien und sie lehren, daß sie nur ohne Kompromisse, ohne Versöhnlichkeit und Rechnungsträgerei gegenüber dem Unternehmerthum ihre Lage bessern können und zwar durch eine straffe Organisation, durch die sie sich auf denselben Boden stellen, wie die andere Arbeiterschaft. Die sozialdemokratischen organisirten Handlungsgehilfen haben die Vorschläge der Reichskommission für Arbeiterstatistik zurückgewiesen und weitergehende Forderungen gestellt.

Für den Antrag 80 scheint Niemand die Vertretung übernehmen zu wollen. Ich glaube, Sie werden ihn ohne Weiteres ablehnen. Wir sollen nach diesem Antrage zur besseren Wehrfähigkeit eine Organisation schaffen, in der die direkten Geldunterstützungen möglichst in Wegfall kommen und statt deren produktive Arbeit als Unterstützung tritt. Sollen das etwa Produktivgenossenschaften sein? Oder Arbeiterkolonien (Heiterkeit und Sehr gut!), in denen wir den gemaßregelten Genossen Unterkunft schaffen? Oder sollen die Genossen dem Arbeiter, der sich eine neue Existenz als Händler, als Handwerker schafft, durch Bezug der Waaren unterstützen? Letzteres hat noch am meisten für sich; denn es ist Thatsache, daß es an solcher Unterstützung durch die Genossen noch vielfach mangelt. Die Frage der Produktivgenossenschaften noch zu erörtern, ist auf diesem Parteitage nicht nöthig. Unter der jetzigen kapitalistischen Ordnung können die Produktivgenossenschaften kein Kampfmittel für die Arbeiterbefreiung, kein programmatisches Kampfmittel für unsere Forderungen sein. (Beifall.)

Der Antrag 81 betreffend Einsetzung einer Kommission zur Sammlung von Material ist zu allgemein. Das Material wird von unserer Presse gesammelt, und wem es ernstlich darum zu thun ist, dem steht das Material zur Verfügung. Wenn sich Jemand der Mühe unterzieht, das Material zu sichten, wird er genügend Stoff für die Agitation besitzen. Den Standpunkt, den wir stets vertreten haben, habe ich Ausdruck gegeben in folgender Resolution:

> „Der Parteitag erklärt: Die Agitation für den gesetzlichen Arbeiterschutz war und ist eine der wichtigsten Aufgaben der sozialdemokratischen Partei, wie sie dies bereits in ihrem Programm und in den Resolutionen der nationalen und internationalen Kongresse wiederholt ausgesprochen hat. Auch fernerhin wird sie ihre Kraft einsetzen, um durch die politische wie durch die gewerkschaftliche Agitation den gesetzlichen Achtstundentag zu erkämpfen und das Arbeiterrecht zu einem Bollwerk gegen kapitalistische Ausbeutung zu gestalten."

Ich bitte Sie, diese Resolution anzunehmen. Wir wissen, daß wir die Zukunft nur erreichen können, wenn wir in der Gegenwart kämpfen. Wir müssen unsere wirthschaftliche Lage und unsere politische Macht stärken. Das kann aber nur erreicht werden, wenn wir bei jeder Gelegenheit auf dem Posten sind und überall unsere Forderungen vertreten. Dazu gehört der Arbeiterschutz, für den wir eingetreten sind, und für den wir auch ferner agitiren werden, so wie bisher. (Lebhafter Beifall.)

Zu der Resolution beginnend: „Der gesetzliche Acht-Uhr-Ladenschluß" (S. 146) liegen zwei Amendements vor. Das erste von **Adler**-Halberstadt verlangt, an das Ende des ersten Satzes hinter „Personen" folgende Worte einzuschalten: „auf Verkürzung der Arbeitszeit".

Von demselben Antragsteller rührt das zweite Amendement her:

Am Schluß der Resolution wird folgender Satz hinzugefügt:

„Deshalb erwartet der Parteitag von der Fraktion bei **jeder** geeigneten Gelegenheit energisches Eintreten für die Herbeiführung des gesetzlichen Acht-Uhr-Ladenschlusses als eines Schrittes zur weiteren Verkürzung der Arbeitszeit."

Außerdem beantragen Molkenbuhr und Genossen:

„Der Parteitag wolle unter Annahme der beiden vom Referenten eingebrachten Resolutionen sämmtliche zu diesem Punkte gestellten Anträge für erledigt erklären."

Eine Anzahl Genossen beantragen:

„Die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion wird beauftragt, dem Reichstag einen Antrag auf obligatorische Einführung der Gewerbegerichte vorzulegen."

Singer: Diesen Antrag werden die Genossen wohl zurückziehen, wenn sie hören, daß die Fraktion einen Antrag auf obligatorische Einführung der Gewerbegerichte bereits eingebracht hat. Da kein Widerspruch erfolgt, erkläre ich den Antrag für erledigt. Die übrigen Anträge und Amendements stehen mit zur Debatte.

Die Diskussion wird eröffnet.

Adler-Halberstadt: Im Antrag 72 finde ich eine alte Liebe von mir (Heiterkeit), die Beseitigung der Gesinde-Ordnung. Da diese Forderung aber mit anderen verknüpft ist, die meiner Ansicht nach abgelehnt werden, beantrage ich gesonderte Abstimmung. Nun zu meinen Amendements.

Das Ideal des Achtuhr-Ladenschlusses ist der Achtstundentag. (Widerspruch.) Gerade die Handelsangestellten gehören zu den geplagtesten aller Arbeiter. Wie verkürzt man nun ihre Arbeitszeit? Ihre Organisationen sind zu schwach, um eine Verkürzung der Arbeitszeit durchzusetzen. Der einzige Weg zu dieser Verkürzung ist der Achtuhr-Ladenschluß. Das ist eine ungeheuer bescheidene Forderung, und doch hat sie augenblicklich wenig Aussicht auf Verwirklichung, nachdem Berlepsch gegangen ist. Sein Nachfolger wird wohl mehr auf die Stimme der Unternehmer, als auf die schwache Stimme der Kommis und Hausdiener hören. Mit um so größerem Nachdruck muß diese Forderung von uns erhoben werden. Erstens kürzt der Achtuhr-Ladenschluß ein klein wenig die Arbeitszeit. Zweitens verringert er die Schaar der Unbeschäftigten im Handel, weil durch ihn die Einkaufszeit in den Geschäften zusammengedrängt wird und die Prinzipale die Intensivität der Angestellten nicht steigern, sondern mehr Kräfte einstellen müssen. Drittens ist der Achtuhr-Ladenschluß ein Hemmniß für die Lehrlings- und Laufjungen-Ausbeutung. Aber er liegt auch im Interesse der allgemeinen Arbeiterbewegung. Noch schließen viele Fabriken um 8 Uhr oder noch später. Sind die Geschäfte um 8 Uhr geschlossen, so empfinden die noch indifferenten Arbeiter den Schaden ihrer langen Arbeitszeit besonders empfindlich. Ein Keil treibt den andern. Ferner wird der Achtuhr-Ladenschluß einen früheren Schluß der Arbeitszeit am Sonnabend oder wenigstens die Freitag-Lohnzahlung herbeiführen. Mit der Achtuhr-Ladenschluß-Liga, mit dem Arm in Arm gehen der vorgeschrittenen Elemente der Handelsgehilfen mit reaktionären Handelsgehilfen bin ich nicht einverstanden. Dies Kuddelmuddel müssen wir verdonnern.

Die Resolution Wurm's entspricht meinen Anforderungen nicht. Sie geht mir nicht weit genug, ich will, daß der Parteitag auch ein bestimmtes Vertrauen zu der wirklichen Vertretung der Arbeiter ausspricht, und deshalb sage ich in meinem zweiten Amendement, daß der Parteitag von der Fraktion bei jeder geeigneten Gelegenheit energisches Eintreten für die Herbeiführung des gesetzlichen Achtuhr-Ladenschlusses als eines Schrittes zur weiteren Verkürzung der Arbeitszeit verlangt. Ich weiß sehr wohl, daß der Achtuhr-Laden-

schluß so bald nicht Gesetz wird, und wenn er Gesetz wird, dann ist auch noch nicht viel erreicht. Der Vortheil liegt darin, daß wir die Handlungsgehilfen, wenn wir sie erst für den Achtuhr-Ladenschluß gewonnen haben, auch noch weiter bringen, und — (Glocke des Präsidenten) — ich bin gerade fertig. (Große Heiterkeit.)

Leutert-Apolda: Die Anträge werden, auch wenn sie abgelehnt werden, doch der Reichstagsfraktion gegenüber der Kapitalistenklasse einen starken Rückhalt geben. Sie legen Zeugniß ab für das Verlangen der großen Massen des Volkes. Zahlen beweisen, daher müssen immer und immer Erhebungen über Arbeitszeit, Arbeitslohn, Arbeitslosigkeit angestellt werden — nicht nur gelegentlich und theilweise, wie bei der Zählung vom 2. Dezember 1895, sondern so, daß der kapitalistischen Klasse ein Spiegelbild der Verhältnisse vorgehalten wird. In der Textil-Industrie ist die aufsteigende Konjunktur nicht vorhanden. Die Entwickelung und die Verhältnisse zu beleuchten, muß unsere Aufgabe sein; aber wir dürfen nicht solche Forderungen stellen, wie in dem unerhörten Antrage 80 mit seinen unklaren Forderungen von der Produktivität. Wer solchen Antrag stellt, müßte doch erst etwas länger in der Bewegung stehen und vor allem sie etwas mehr begriffen haben.

Eichhorn-Dresden: Die aufsteigende Konjunktur besteht, wenn auch einige Genossen sie jetzt leugnen wollen, und die Gewerkschaften müssen sie sich zu nutze machen. Bisher haben sie ihre Kämpfe doch zum theil in sehr planloser Weise geführt, und das wollen wir ändern. Der Berliner Gewerkschaftskongreß hat seine Aufgabe nicht erfüllt. Hinsichtlich der Frankfurter Vorschläge stimme ich Wurm zu; aber die Parvus'schen Vorschläge, denen wir Dresdener Genossen uns angeschlossen haben, habe ich zu vertreten. Die Agitation für den Achtstundentag wird bis jetzt eigentlich nur bei der Maifeier betrieben, sonst aber im ganzen Jahre geschieht dafür sehr wenig. Wir wollen eine umfassende, planmäßige Agitation, wenn ich auch den Punkt aus unserem Antrage preisgeben will, der den Achtstundentag zum Stichwort bei Reichstags-Auflösungen machen will. Mit spezialisirten Vorschlägen, wie Einführung des Achtstundentages in Staatsbetrieben, kann man doch sehr viel erreichen. Wenn ich die Nothwendigkeit der Zweitheilung zwischen politischer und gewerkschaftlicher Bewegung mit dem Genossen Wurm auch anerkenne, so meine ich doch, daß die Gewerkschaften bestimmte Direktiven für Lohnkämpfe nach gewissen Richtungen hin beschließen; bisher wurden bei einzelnen Streiks die Kräfte vielfach auf Einzelheiten zersplittert und die Hauptsache aus dem Auge gelassen. Wir wollen ferner einen Ausschuß aus der Fraktion gebildet haben, nicht um neues zu schaffen, sondern die bisherige Thätigkeit auszubauen, damit mehr geschieht als bisher. Das wird aber durch die Resolution, die Wurm vorschlägt, in keiner Weise erreicht. Ich muß sagen, mich hat ebenso wenig wie sein Referat die Resolution befriedigt. (Sehr wahr.) Ich hatte erwartet, sie würde wenigstens viele Worte enthalten und garnichts sagen; statt dessen enthält sie aber wenig Worte und sagt erst recht nichts. (Heiterkeit.)

Stadthagen: Ich bitte Sie, das Amendement Adler, in welchem gefordert wird, daß der Parteitag den Achtuhr-Ladenschluß für eine Verkürzung der Arbeitszeit erklärt, abzulehnen. Was ist denn an dem Vorschlag der Reichskommission so Großes dran? Die Läden sollen nur von 5 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends offen gehalten werden dürfen, es sollen die Handelsangestellten nur eine halbe Stunde nach 8 Uhr beschäftigt werden dürfen. Die Maximalarbeitszeit würde also $15^1/_2$ Stunden betragen, und das nennt Genosse Adler eine Verkürzung der Arbeitszeit! Die jetzige Arbeitszeit beträgt nach den Erhebungen der Kommission im Durchschnitt weniger als 15 Stunden, die Zusammenstellungen der Kommission lege ich hier nieder und stelle sie zur Verfügung. Dazu kommt, daß die, die als Packer verwendet werden, zu den

Arbeiten herangezogen werden dürfen, die vor Eröffnung oder nach Schluß vorgenommen werden müssen, um den regelmäßigen Betrieb des Geschäfts zu ermöglichen. Jedoch soll die ununterbrochene Ruhe mindestens neun Stunden betragen. Wollen Sie wirklich, daß ein sozialdemokratischer Parteitag erklärt, daß er in diesem Vorschlag eine Verkürzung der Arbeitszeit erblickt? Was in der Resolution Wurm vorgeschlagen ist, ist genügend. Die Handelsangestellten können nicht mehr verlangen, als daß die alberne Behauptung der Gegner des Achtuhr-Ladenschlusses, die Arbeiterwelt sei dagegen, in energischer Weise zurückgewiesen wird. Aber wir müssen uns vor einer Ueberschätzung hüten, es giebt in Deutschland Orte, wo der Siebenuhr-Ladenschluß besteht; es giebt außerhalb Deutschlands viel weiter gehende Gesetze, und da sollen wir die 15 stündige Arbeitszeit als eine Verkürzung mit Freuden begrüßen! Was die Ausführungen des Genossen Eichhorn betrifft, so halte auch ich eine kräftige Agitation für den Achtstundentag für wünschenswerth, aber wir können auch nicht darüber abstimmen, ob ein geschäftlicher Aufschwung besteht oder nicht. Ich persönlich bin der Ansicht, daß auf vielen Gebieten ein geschäftlicher Aufschwung besteht, nicht aber auf allen, z. B. nicht auf dem Gebiet der Textil-Industrie. Wir können also den in der Textil-Industrie beschäftigten Arbeitern nicht zurufen: Jetzt ist ein Aufschwung da, nun mal los und für den Achtstundentag eingetreten! Ich vertraue, daß die einzelnen Gewerkschaften und Branche-Organisationen die Augen auch ohne Beschluß offen halten und sehen in der Parvus'schen Anregung einen schätzenswerthen Antrieb hierzu. Die Einsetzung eines Ausschusses zur Sammlung von Material halte ich für überflüssig, ich fürchte daraus auch Konfusionen zwischen ihm und anderen Organen der Partei.

Eine ganz außerordentliche Gelegenheit, für den Arbeiterschutz als solchen zu agitiren, bietet uns die Berathung des Bürgerlichen Gesetzbuches. Da ist der Arbeitsvertrag nicht einheitlich geregelt, und die Kommission hat eine Resolution angenommen, daß eine einheitliche Regelung stattfinden soll. Hier ist der Punkt, wo die Parteipresse und die einzelnen Genossen mitwirken können, denn diese Frage ist aktuell. Wir müssen uns doch darüber klar sein, daß wir die Forderungen unseres Programms nicht so nebenher aufgestellt haben, sondern aus der Erkenntniß der wirthschaftlichen Zustände heraus. Das Charakteristische unserer heutigen kapitalistischen Produktionsweise ist ja, daß der Arbeiter seine Arbeitskraft als Waare für einen fremden Betrieb verkauft. Von diesem Grundsatz, den wir alle unterschreiben müssen, müssen wir bei der Betrachtung von Arbeitsverträgen, Arbeitsrecht und Arbeitsschutz ausgehen. Wenn ich Verkäufer meiner Arbeit bin, so muß ich persönlich frei sein, der Arbeiter darf nicht persönlich gebunden sein; beim Arbeitgeber hingegen ist das nicht nöthig, weil ja dessen persönliche Freiheit dadurch nicht beeinträchtigt wird. Aus dem wirthschaftlichen Bedürfniß folgt nur, daß der Arbeitnehmer jeden Augenblick den Vertrag lösen kann, und nicht, daß die Kündigungsfrist überhaupt aufzuheben ist. In der Konkurrenzklausel, im Schwitzsystem und in vielem anderen liegt eine Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit. Der Arbeiter muß rechtlich frei sein, er muß also auch gesichertes Koalitionsrecht haben, wenn er seine Arbeitskraft verkaufen soll. Wir haben, abgesehen von diesen Erfordernissen, auch damit zu rechnen, daß der rechtlich Freie thatsächlich noch nicht frei ist, und deshalb verlangen wir schon vom heutigen Staat, daß er bestimmte Festsetzungen macht, die durch freie Vereinbarungen nicht verhindert werden dürfen. Dazu gehört vor allen Dingen die gesetzliche Reduzirung der Arbeitszeit auf ein vernünftiges Maß. Kleine Ansätze zur Besserung liegen ja in der Gewerbe-Ordnung, ich weise nur hin auf die gleichmäßige Kündigungsfrist, auf die Bestimmungen über Lohnzahlungen, auf das Verbot der Nachtarbeit für Frauen und jugendliche Arbeiter, auf die bundesräthlichen Bestimmungen über den Maximal-Arbeitstag. Wir haben im Bürgerlichen Gesetzbuch manche weiter-

gehenden Bestimmungen, wir haben z. B. durchgesetzt, daß die Werkstätten und Läden nicht gesundheitsschädlich sein dürfen. Es ist unmöglich, hier auf alle Einzelheiten einzugehen, am besten werden wir vielleicht dem Wunsche weiter Kreise gerecht, wenn wir diesen Punkt auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages setzen und vielleicht einen diesbezüglichen Gesetzentwurf hier debattiren. Das wäre aktuell. Die Frage, ob in einer ganz bestimmten Weise die Agitation in die Wege geleitet werden kann, können wir hier nur anregen. Das ist geschehen. Ein Beschluß darüber ist unnöthig, weil er doch nicht ausgeführt werden kann. (Beifall.)

Baudert-Apolda: Alle Genossen haben den Wunsch, durch Arbeiterschutz ihre Lage zu verbessern, leider sind sie aber nicht eifrig genug, Gesetzesübertretungen der Kapitalisten der Parteipresse und der Fraktion mitzutheilen. Dadurch kann manches erreicht werden. Von einer Verbesserung der Konjunktur habe ich nichts bemerkt. Redner polemisirt gegen einen Fabrikinspektor, der in seinem Berichte behauptet, das Verlangen nach weiblichen Fabrikinspektoren sei ihm nirgends entgegengetreten und die Arbeiter führten die meisten Unfälle durch Unachtsamkeit selber herbei.

Bömelburg-Hamburg: Wollte man das Interesse an dieser Frage nach den leerstehenden Stühlen und der großen Unaufmerksamkeit der Genossen beurtheilen, so muß man sagen: hervorragend ist es nicht. Zum Theil mag dies am Referate liegen, dem die höheren Gesichtspunkte fehlten. Parvus hat recht. Der Agitation für den Achtstunden-Tag fehlte bisher der einheitliche Charakter. Auf die Gesetzgebung ist auf Jahre hinaus nicht zu rechnen. Im besten Falle entschließt man sich, im Laufe der Jahre den elf- oder zwölfstündigen Normal-Arbeitstag einzuführen; die Gewerkschaften sind schon heute viel weiter und die Gesetzgebung hinkt ihnen nach. Nur auf die Gewerkschaften können wir bei der Verkürzung der Arbeitszeit rechnen, deshalb muß eine allgemeine einheitliche Agitation für die Verkürzung der Arbeitszeit und dazu eine kräftige Propaganda für die Gewerkschaften eingeleitet werden, damit sie diese Aufgabe erfüllen können. (Zustimmung.)

Noch auf zwei andere Fragen des Arbeiterschutzes möchte ich die Aufmerksamkeit der Parteigenossen lenken. Ich meine die Unfallverhütung und die Gewerbe-Inspektion. Mit der Unfallverhütung ist es wahrhaft traurig bestellt. Die Zahlen des Reichs-Versicherungsamtes enthüllen ein haarsträubendes Bild. Ich wundere mich, daß dieses ausgezeichnete Agitationsmittel von unseren Rednern nicht mehr benutzt wird. (Lebhafte Zustimmung.) Statt dessen beschäftigt man sich fortwährend mit alten, abgethanen Dingen. Ich habe eine Zusammenstellung der Unfälle in den Jahren 1888 bis 1894 vor mir. Hiernach sind in dieser Zeit bei 64 gewerblichen Berufsgenossenschaften 1 110 442 Unfälle und bei den landwirthschaftlichen 277 019 Unfälle, zusammen also 1 387 461 angemeldet worden. (Hört! hört!) Die wirkliche Ziffer ist dabei noch viel höher, nach meiner Schätzung um mindestens 35 pCt. Von diesen Unfällen haben nicht weniger als 36 046 zum Tode des verunglückten Arbeiters geführt. (Hört! Hört!) Wenn wir früher an den Straßen Krüppel sitzen sahen, ohne Beine, ohne Arme, so konnte man annehmen, daß es Kriegsinvaliden waren; von denen aber, die wir heute sehen, können wir mit Gewißheit annehmen, daß es Opfer der kapitalistischen Produktion sind. (Lebhafte Zustimmung.) Und dabei kann man bei der Taktik der Berufsgenossenschaften sagen, es wäre für viele von ihnen besser gewesen, wenn auch sie gleich jenen 36 000 bei dem Unfall sofort ihr Leben verloren hätten. Von der Gesammtzahl der Unfälle in den sieben Jahren führten nach den Angaben der Berufsgenossenschaften 14 895 zu dauernder und völliger Erwerbsunfähigkeit, 174678 zu dauernder und theilweiser Erwerbsunfähigkeit und 84 455 zu vorübergehender Erwerbsunfähigkeit der Verletzten. (Hört! hört!) 22662 Wittwen mit 45929

Kindern waren zu unterstützen. (Hört! hört!) Und diese Unterstützung ist absolut unzulänglich. Das allerbitterste Elend verkörpert sich in diesen Zahlen. (Sehr wahr!) Und diese Zahlen sollten in der Agitation verwandt werden. Nun haben die Berufsgenossenschaften ja Unfallverhütungs-Vorschriften erlassen. Aber werden sie befolgt? Wir haben konstatirt, daß sich im Baugewerbe 75 pCt. der Unternehmer um diese Vorschriften nicht kümmert. Selbst Vertrauensleute der Berufsgenossenschaften haben die Vorschriften nicht durch Aushang den Arbeitern zur Kenntniß gebracht. (Hört! hört!) Weshalb kümmern sich die Berufsgenossenschaften nicht um die Befolgung ihrer Vorschriften, die doch in ihrem Interesse liegt? Einfach deshalb nicht, weil dann die intensive Ausbeutung der Arbeitskraft in einem so uneingeschränkten Maße nicht möglich ist. Eine recht energische Agitation zur Beseitigung dieser Mißstände muß entfaltet werden.

Voraussichtlich hat sich der Reichstag in nächster Zeit mit der Novelle zur Unfallversicherung zu beschäftigen. Gewiß wird unsere Fraktion alles thun, um die krassen Zustände, wie sie jetzt bestehen, zu beseitigen. Wenn wir ihr aber nicht durch eine großartige Agitation, durch Mittheilung aller Uebelstände zu Hilfe kommen, dann wird sie nicht viel gegen ihre kapitalistischen Gegner erreichen. (Sehr wahr!) Verbreitet doch diese Gesellschaft — so frech ist sie — sogar, daß die Arbeiter in der Mehrzahl der Fälle selber schuld an den Unfällen sind (Hört! hört!) —, sogar daß sie selber die Unfälle herbeiführten, um Reichsrentner zu werden! (Hört! hört! und lebhafte Zustimmung.)

Für die Agitation könnte es nicht schaden, wenn die Vorschläge betreffs Kontrolle der Betriebe, die in dem von unserer Fraktion 1890 dem Reichstag vorgelegten Arbeiterschutz-Gesetzentwurf enthalten waren, durch die Presse in Erinnerung gebracht würden. So lange eine Kontrolle in dem Sinne nicht eintritt, wird die Zahl der Unfälle steigen. Von 1888 bis 1894 ist die Zahl der Unfälle in den gewerblichen Berufsgenossenschhften von 28,64 auf 36,37, in den landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaften von 1,28 auf 5,59 auf je 1000 versicherte Personen gestiegen. Die Steigerung steht mit der Steigerung der versicherten Personen in keinem Verhältniß. Die Unternehmer höhnen zwar über unser Kontrollverlangen; aber glauben Sie mir, es ist ihnen unangenehm, sie zittern vor einer Kontrolle unter Mitwirkung von Arbeitern. Die Regierung wird ihr Ohr nicht lange verschließen, sie wird schließlich Mittel und Wege der Abhilfe ergreifen müssen. (Lebhafter Beifall.)

Singer theilt mit, daß die italienischen Sozialisten den deutschen Genossen in internationaler Solidarität ihren Gruß geschickt haben.

Darauf tritt eine halbstündige Frühstückspause ein.

Nach der Pause wird um $12^1/_2$ Uhr die Debatte über den Arbeiterschutz fortgesetzt.

Timm-Berlin: Wir haben alle Mittel und Wege zu benutzen, die uns zur Verfügung stehen, und versuchen, so viel wie möglich auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes zu erreichen. Deshalb sind die Parvus'schen Vorschläge ganz außerordentlich anregend. Etwas anderes ist es aber mit der praktischen Ausführung, mit der Taktik. Für den Achtstundentag, gegen die Hausindustriellen-Ausbeutung und vor allem für das Koalitionsrecht müssen wir mit der größten Energie, bei jeder Gelegenheit eintreten; wir müssen dazu überall Stellung nehmen, wo es aktuell ist. Aber die Vorschläge von Parvus sind ebensowenig durchführbar wie die Frankfurter. Es lassen sich nicht allgemeine, bestimmte Direktiven für diese Agitation geben; wir müssen uns den Einzelverhältnissen anpassen, wenn wir Erfolge erzielen wollen; wir sind ja durch Gesetze, durch viele Rücksichten eingeengt. Man soll nicht glauben, daß nur etwas Neues gemacht, nur ein neues Organ geschaffen werden muß, damit es schneller geht. Wir haben ja schon schlimme Erfahrungen gemacht mit umfassenden Kämpfen,

wo wir uns über die thatsächlichen Verhältnisse hinweggetäuscht **haben; hernach** kam der Rückschlag und in seinem Gefolge Muthlosigkeit!

Weinheber-Hamburg: Ich schließe mich den Ausführungen des Genossen Bömelburg an und wünsche, daß das, was er erstrebt, auch erreicht wird. Die Versicherungsgesetze haben noch sehr viel Mängel, auf deren Beseitigung die Fraktion hinarbeiten soll, doch ist es nicht zu verlangen, daß die einzelnen Abgeordneten über die zahlreichen Fragen genau unterrichtet sind. Deshalb ist es Pflicht eines jeden Genossen, unsere Fraktionsmitglieder durch Material zu unterstützen, damit wirklich etwas Ersprießliches zustande kommt. Nehmen Sie die Resolutionen an, sie sagen gerade das, was erforderlich ist.

Frl. **Baader:** Die Forderung nach dem Achtuhr-Ladenschluß betrachte ich noch von einem anderen Gesichtspunkt aus. Den kaufmännischen Angestellten ist es wegen ihrer langen Arbeitszeit gar nicht möglich, sich zu organisiren. Der Achtuhr-Ladenschluß gewährt ihnen diese Möglichkeit in etwas und schon deshalb müssen wir dafür eintreten. Unser Ziel muß sein, einen Arbeitsvertrag zu schaffen, der den Arbeiter nicht verhindert, von seinem gesetzmäßigen Rechte (Koalitionsfreiheit) Gebrauch zu machen, wie es jetzt die Verquickung der Miethskontrakte für Arbeiterwohnungen mit dem Arbeitsvertrag in den Kohlenrevieren zum Beispiel bewirkt. Hierauf müssen wir unsere Aufmerksamkeit mehr als bisher lenken. In das Gebiet des Arbeitsvertrages schlägt auch eine Forderung, die die Hausindustrie berührt und für die Aufklärung der Arbeiterinnen von großer Bedeutung ist. Es ist die Forderung, daß die Unternehmer gesetzlich verflichtet werden, alle Arbeitsmittel und das ganze Arbeitsmaterial selber zu stellen. Jetzt geben die Näherinnen beispielsweise 33 pCt. ihres Lohnes für Auslagen aus. Dadurch wird für sie ihr niedriger Lohn verschleiert; sie glauben, besser dazustehen, als es thatsächlich der Fall ist. — Derartige Anregungen zu geben, ist die Aufgabe des Parteitages.

Quarck: Es ist bereits ausgesprochen worden, daß das dem Genossen Wurm in letzter Stunde aufgedrungene Referat nicht befriedigte. Es fehlten die allgemeinen Gesichtspunkte. Genosse Wurm hätte auch die vorliegenden Anträge geistig mehr verarbeiten sollen, die sich in zweifacher Richtung bewegen: einmal auf die Ausdehnung des Arbeiterschutzes auf die Hausindustrie und die Staatswerkstätten, und andererseits darauf, daß eine ganze Reihe einzelner Berufe mit Arbeiterschutz versehen wird. Ich erblicke darin einen Beweis dafür, daß wir immer mehr auf einen Spezial-Arbeiterschutz für einzelne Branchen kommen. Wir müssen bei der Erörterung des Arbeiterschutzes von einem höheren Gesichtspunkte ausgehen, auf dem schon Bebel bei der Gewerkschaftsdebatte in Köln a. Rh. hingewiesen hat. Bebel meinte damals, daß die Wirksamkeit der Gewerkschaften durch die soziale Gesetzgebung wesentlich eingeschränkt ist. Aber gerade das Umgekehrte ist richtig, gerade durch die Sozialgesetzgebung sind den Gewerkschaften ganz neue Aufgaben zugefallen, da sie jetzt die soziale Gesetzgebung viel sorgfältiger als bisher zu kontrolliren und zu kritisiren haben. Es ist deshalb falsch, daß die Aufgabe, Vorschläge zur Verbesserung der sozialen Gesetzgebung zu machen, der politischen Bewegung überlassen bleiben soll. Nein, gerade derjenige, der fortwährend auf der Lauer steht, um Lücken in dem Gesetz zu entdecken, ist auch am besten in der Lage, diese Lücken auszufüllen. Und es ist garnicht nöthig, erst neue Organisationen für diese Aufgaben zu schaffen, diese Organisationen bestehen bereits, sie sind entstanden aus dem naturwüchsigen Bedürfniß der Arbeiter heraus und nicht durch einen Spintisirer. Weil die gewerkschaftlichen Zentralverbände keine Politik treiben dürfen, werden öffentliche Gewerkschaftsversammlungen und Branchekongresse zu jenem Zweck abgehalten, Kommissionen und Gewerkschaftskartelle gegründet, und diese Entwickelung kann nicht mehr zurückgeschraubt werden, auch die von uns in Frankfurt angestrebte Zentralisation und Ein-

heitlichkeit dieser Bewegung nicht, man mag dagegen schreien, wie man will. Ich habe ja zu neuen, besseren Vorschlägen aufgefordert, aber abgesehen von dem Vorschlag von Parvus und abgesehen von einem Vorschlage des Genossen Bock auf Schaffung einer gewerkschaftlichen Korrespondenz für die Gewerkschaftsblätter ist mir nichts zu Ohren gekommen. Die neuen Gewerkschaftsorganisationen sollten zunächst in Provinzialverbänden Fühlung nehmen, bis ein größerer Zusammenhalt, zu dem das Bedürfniß vorliegt, sich herausgebildet hat. Die österreichischen Gewerkschaften stehen auf demselben Standpunkt —

Singer (den Redner unterbrechend): Es handelt sich hier nicht darum, die Stellung der Gewerkschaften als solche zu behandeln. So weit die Vorschläge des Redners mit dem Arbeiterschutz zusammenhängen, habe ich ihn reden lassen, aber über die Gewerkschaften können wir hier nicht diskutiren.

Quarck (fortfahrend): Die österreichischen Gewerkschaften befassen sich neben der politischen Partei auf das intensivste mit dem Arbeiterschutz, und es ist niemals zu Kollisionen gekommen. Es ist also kein Grund vorhanden, dies Gespenst heraufzubeschwören. Ich schließe mich im übrigen vollständig den Anregungen des Genossen Bömelburg an, die sich ja mit den Frankfurter Vorschlägen im wesentlichen decken. Eine Zersplitterung wird dadurch nicht hervorgerufen, im Gegentheil, es wird eine größere Einheitlichkeit herbeigeführt, die auch der politischen Bewegung nützt. Wenn die Gewerkschaftsbewegung so weiter wächst, wird man vielleicht einmal froh darüber sein, daß bei Zeiten dieselbe Zentralisation, die mein lieber Freund Auer für die politische Organisation mit Recht wünscht, auch auf diesem Gebiete angebahnt wurde.

Molkenbuhr: Es ist eine nicht neue Erscheinung im wissenschaftlichen und politischen Leben, daß jemand glaubt, mit einem Schlage alle Uebel aus der Welt zu schaffen. Genau so wie die sozialistischen Utopisten aus dem Anfang dieses Jahrhunderts, glauben auch jetzt manche Leute, ein Universalmittel zu finden; und wenn man ungläubig dagegen ist, dann wird man für böswillig gehalten. Wenn die Sache nicht vorwärts gehen will, dann ist immer einer daran Schuld, natürlich nicht aus den Reihen der Utopisten. Als die Gewerkschaften zur Zeit des wirthschaftlichen Niederganges nicht vorwärts kamen, sollte die Sozialdemokratie daran schuld sein. Jetzt macht Genosse Parvus den Gewerkschaftlern den Vorwurf, nicht auf dem richtigen Wege zu sein. Ja, wenn sie seine Broschüre schon auf dem Berliner Gewerkschaftskongreß gehabt hätten, dann, so glaube er wohl, wäre das Ergebniß befriedigender gewesen. Die Parvus'sche Resolution glaubt auch mit einem Schlage den Achtstundentag erreichen zu können. Ihre Vorschläge klingen ja recht radikal; im Grunde genommen sind sie aber gerade das Gegentheil davon. Wir haben als Sozialdemokraten für die Vergesellschaftung der Produktionsmittel einzutreten; stecken wir ein Loch zurück, werfen wir uns mittels der Gewerkschaftsbewegung, die auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft die Lage des Arbeiters zu verbessern sucht, ausschließlich auf die Erreichung des Achtstundentages, dann sind wir eine soziale, bürgerliche Reformpartei, von der die bürgerlichen Parteien ja schon längst träumen, — dann danken wir aber auch als politische Partei ab. Wenn man eine solche Kritik hört, wie die des Genossen Bömelburg, die übrigens ganz vortrefflich war, wenn man da sagt, das muß gethan werden und das, dann fragt man sich: ja, weshalb hast du das nicht gethan. Mit der Kritik der Ufallverhütung, mit einer Agitation im umfassenden Maße zur Aufdeckung der Schäden der Unfallversicherung ist es kein leichtes Ding. Eine solche große Bewegung läßt sich nicht einfach dekretiren, oder erst dann, wenn die gesammte Arbeiterschaft in den Gewerkschaften organisirt ist und die Organisationen eine solche Macht besitzen, daß sie alles am Schnürchen haben. Daran aber hapert es gerade bei den meisten Gewerkschaften. Es möge uns doch zunächst gesagt werden,

wie wir die Massen in die Organisation hineinbringen. Ohne dies läßt sich nicht dekretiren: die große Bewegung wird nun gemacht und im nächsten Jahr ist sie da! Da will man schieben, und wenn es zur Ausführung kommt, wird man geschoben.

Gewiß ist es Aufgabe der Sozialdemokratie, für den Arbeiterschutz zu sorgen, gewiß ist es Aufgabe jedes klassenbewußten Arbeiters, die Gewerkschaften zu stärken, aber wir dürfen nicht ein Stück Sozialismus herausgreifen, sondern müssen unsere ganze Aufgabe in Augen behalten. Durch Beschlüsse wird an dem Verlauf der Dinge nichts geändert. Deshalb bleiben solche Vorschläge, die im stillen Kämmerlein geboren werden, immer auf dem Papier stehen. Durch einen Kongreßbeschluß läßt sich nicht die ganze Welt auf den Kopf stellen. Und deshalb habe ich beantragt, alle Anträge durch Annahme der Wurm'schen Resolution für erledigt zu erklären. (Bravo).

Dahlen-Halberstadt: Wenn es nur darauf ankäme, radikale Anträge anzunehmen, um das Ziel, das man sich gesteckt hat, zu erreichen, würden wir es ja sicher thun. Statt seine Kraft darauf zu verwenden, sollte man dafür sorgen, daß das bisher Errungene gesichert bleibt, wie z. B. die Sonntagsruhe. Was nützt uns ein Ausstand, wenn eine Verkürzung der Arbeitszeit erreicht wird, daneben aber, um ein paar Pfennige mehr zu verdienen, am Sonntag gearbeitet wird? Das Sozialistengesetz ist gefallen; was soll man aber dazu sagen, daß der Vorstand des Holzarbeiter-Verbandes in Lauterberg am Harz sich mit dem Fabrikantenverein dahin einigt, den Fritz Erfurth, einen Mann, der mit Aufopferung für die Interessen der Gewerkschaft aufgetreten, der den Ausstand hochgebracht hat, zu zwingen, binnen vierzehn Tagen außer Landes zu gehen! Es ist das eine Schmach!

Singer: Ich muß namens des Parteitages konstatiren, daß der Vorredner nur seine persönliche Meinung ausgesprochen hat. Wir sind hier nicht in der Lage, seine Angaben zu kontrolliren und wir können als Parteitag, das konstatire ich, der so schwer angegriffenen Gewerkschaft gegenüber ein Urtheil nicht fällen. (Zustimmung.)

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion ist eingegangen.

Singer: Wir verhandeln über eine außerordentlich wichtige Materie, über die eine ausgiebige Debatte nothwendig ist. Um eine Geschäftsordnungsdebatte zu vermeiden, schlage ich vor, bis halb drei Uhr die Debatte fortzusetzen; dann kann noch der Referent sprechen und wir sind programmmäßig um 3 Uhr mit diesem Punkt der Tagesordnung fertig. (Zustimmung.)

Schmalfeld-Bremerhaven: Die Lage der im Schiffsbau beschäftigten Arbeiter ist eine traurige. Wir haben dort sogenannte feste und lose Gänge; bei ersteren, die aus älteren Arbeitern bestehen, ist eine tägliche Arbeitszeit von 18 Stunden nicht selten (Hört!), obgleich genug junge Arbeiter vorhanden sind, die sie ablösen könnten. Noch schlimmer sind die Seeleute daran, die vollkommen der Willkür der Rheder und Kapitäne preisgegeben sind, denn sobald ein Schiff den Hafen verlassen hat, ist es nur noch ein großes Fragezeichen. Man weiß nicht, was auf ihm passirt. Und wie werden solche Fälle, die zur Kenntniß des See-Amts gelangen, abgeurtheilt. Ein Mann springt über Bord, natürlich nicht aus Wollust, sondern weil er die Arbeit und Behandlung nicht ertragen kann. Das See-Amt kommt zu dem Schluß, es liegt kein Verschulden der Vorgesetzten vor, es hat nicht festgestellt werden können, was den Mann dazu veranlaßt hat. So wurde, um nur ein Beispiel zu erwähnen, auf einem Schiff ein Matrose in geradezu unmenschlicher Weise behandelt; den rohen Patron von erstem Steuermann hat sein Schicksal ereilt, er wurde zu acht Jahren Zuchthaus verurtheilt, aber der Kapitän, der alle Brutalitäten mit angesehen hatte, wurde vorläufig auf freiem Fuß gelassen, er ging mit seinem Schiff nach Ostasien, und er hatte Glück. Wie die Chronik

meldet, starb er zu rechter Zeit. Natürlich glaubte kein Mensch daran. Der zweite Steuermann, der von vornehmer Herkunft war, wurde steckbrieflich verfolgt und als bereits der Steckbrief hinter ihm erlassen war, fuhr er noch in einer Droschke in Bremerhaven herum. Die Seemannsordnung ist nach meiner Ansicht nicht auf freie Arbeiter, sondern auf mittelalterliche Galeerensklaven zugeschnitten. (Sehr richtig!) Die Reichstagsfraktion wird ja zu dem jetzt endlich erscheinenden neuen Entwurf einer Seemannsordnung Stellung zu nehmen haben. Es wäre erwünscht, daß Bebel oder sonst einer sich an Ort und Stelle begiebt, um sich von den Verhältnissen zu überzeugen. Die Beaufsichtigung ist eine mangelhafte. Man scheint oft vorher zu wissen, wenn der Reichskommissar erscheinen wird. Auch erstreckt sich die Aufsicht nur auf das Aeußere, nicht aber auf die inneren Räume, wo ungeheuerliche Zustände bestehen. Selbst die Kost ist auf den Schiffen eine unglaublich schlechte. Aenderungen müssen unbedingt vorgenommen werden. (Beifall.)

Keßler: Als das Unfallversicherungs-Gesetz erlassen wurde, wurde mit einem wahren Feuereifer seitens der Unternehmer im Baugewerbe an Erlaß, Druck und Aushängung von Unfallverhütungs-Vorschriften gegangen. In jeder Nummer des Innungsblattes des Vorstandsmitgliedes der Berliner Gewerbe-Ausstellung, des „Baumeisters" Felisch, war davon die Rede. Bald zeigte sich, woher diese Arbeiterfreundlichkeit rührte. Die Herren Unternehmer bildeten sich nämlich ein, daß mit der Anheftung recht scharfer Unfallverhütungsvorschriften sie die Unfallversicherung beseitigen können. Man würde dann dem verunglückten Arbeiter sagen können: da hängen ja die Vorschriften, weshalb hast Du sie überschritten? Dadurch machte aber das Reichs-Versicherungsamt, das, wie ich anerkenne, das Vertrauen der Arbeiter einigermaßen verdient, einen Strich und verlangte nicht nur die Anheftung, sondern auch die Gewähr für eine strenge Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften; da machten die Unternehmer eine Kalkulation, daß dadurch Störungen, Verzögerungen auf den Bauten erfolgen. Einige Pfennige Lohn mehr für manche Arbeiten würden gezahlt werden müssen und sie zahlten lieber die Unfallrenten und entfernten wieder die Unfall-verhütungs-Vorschriften. Das Unternehmerthum denkt nicht an die Knochen der Arbeiter, sondern nur an seinen Profit. Nun ist es aber die Pflicht der Arbeiter, für die Durchführung der Unfallverhütungs-Vorschriften zu sorgen. Das Material müßte der Organisation, der Partei- und Fachpresse mitgetheilt werden. Leider geschieht das nur selten. Das gleiche müßte auch hinsichtlich der landwirthschaftlichen Arbeiter geschehen. (Sehr wahr!) Das vergißt man immer. Je komplizirter die landwirthschaftlichen Maschinen werden, desto mehr nehmen auch auf dem Lande die Unfälle zu. Ferner müßte in Bezug auf die Wohnungsverhältnisse 2c. uns Material gegeben werden. Der Indifferentismus der Genossen muß beseitigt werden. Aber durch die vorliegenden Anträge wird das nicht erreicht. Unleugbar ist ja die gegenwärtige Konjunktur eine aufsteigende. Aber es kann trotzdem nicht gesagt werden, daß die Lage der Arbeiter, ja selbst die der Betriebsunternehmer dadurch gebessert ist. Es wird mit niedrigeren Preisen gearbeitet als früher und dadurch eine viel schärfere Anspannung der Arbeiter herbeigeführt. Der Antrag, wonach in die Forderungen jedes Lohnkampfes die Reduktion der Arbeitszeit aufgenommen werden soll, verlangt eine Unmöglichkeit. Es muß einer jeden Organisation, einer jeden Gewerkschaft überlassen werden, was sie zu fordern für nothwendig hält, sonst würden wir zum großen Theil unsere Lohnbewegungen erfolglos machen. (Beifall.)

Legien-Hamburg: Die Strömung in der Partei, die dahin geführt hat, diesen Punkt auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen, ist zu begrüßen. Sie geht nach zwei Richtungen. Einmal sind es die Quarck'schen Vorschläge, die Anlaß zu Erörterungen geben, andererseits sind es die Parvus-Artikel.

Quarck will die Aktion der Gewerkschaften in umfangreichem Maße auf den Arbeiterschutz, auf die Sozialpolitik lenken, Parvus will den Kampf um den Achtstundentag in den Mittelpunkt der Parteithätigkeit rücken. Was nun die Quarck'schen Vorschläge betrifft, so halte ich es für absolut erforderlich, daß die Gewerkschaften das ihnen so nahe liegende Gebiet der Sozialpolitik behandeln. Keine Körperschaft ist geeigneter dazu. Die Gewerkschaften müssen unbedingt Sozialpolitik treiben, dagegen bin ich nicht der Meinung, daß die Gewerkschaften Parteipolitik treiben sollen. Im wirthschaftlichen Kampf gilt es, alle Kräfte zusammenzufassen, ohne nach dem politischen Glaubensbekenntniß des einzelnen zu fragen. Die Sozialpolitik ist ja nicht Eigenthum der sozialdemokratischen Partei. Sozialpolitik kann man treiben, ohne Sozialdemokrat zu sein. Sozialpolitik treiben ja auch alle anderen Parteien, wenn auch nur nach dem Grundsatz: Wasch mir den Pelz, aber mach ihn nicht naß. Die Sozialdemokratie treibt am konsequentesten Sozialpolitik. Nach der Lage der Gesetzgebung können sich die Gewerkschaften nicht so mit Sozialpolitik befassen. Sobald sie aber mehr Bewegungsfreiheit durch Fortfall des Verbotes des in Verbindungtretens von Vereinen erhalten, werden sie sich mit oder ohne Parteitagsbeschluß mit sozialpolitischen Angelegenheiten befassen. Quarck's Meinung, daß die Gewerkschaftskartelle schon jetzt Träger der Sozialpolitik sein können, halte ich für irrig, weil die Kartelle in einzelnen Städten zusammengesetzt sind aus den Zweigvereinen der zentralisirten Gewerkschaften, also nicht außerhalb, sondern innerhalb der Organisation stehen.

Nun zu Parvus. Die Erörterung seiner Vorschläge auf dem Parteitage halte ich für äußerst zweckmäßig. Aber daran ist nicht zu denken, daß durch eine Agitation der Achtstundentag errungen werden wird. Gesetze sind nach meiner Anschauung nur der Stempel auf bestehende Verhältnisse. Solange die Gewerkschaften nicht durch den wirthschaftlichen Kampf eine Verkürzung der Arbeitszeit erzwungen haben, ist an einen gesetzlichen Normalarbeitstag nicht zu denken. Die Agitation im Sinne von Parvus kann also, wenn sie etwas erreichen will, zu nichts anderem führen, als zu einer Verstärkung der gewerkschaftlichen Organisation. Auch ein wirkliches Koalitionsrecht kann, wie es in England gewesen, nur durch die Organisation erzwungen werden. Die englischen Arbeiter haben die Koalitionsfreiheit nicht erhalten, weil die gesetzgebende Körperschaft das Bedürfniß eingesehen hatte, sondern weil die englischen Arbeiter ihre geheimen Organisationen trotz des Verbotes aufrecht erhielten. Wenn die Erörterungen der Parvus'schen Vorschläge auf dem Parteitage zu einer Verstärkung der Organisationen führen, so würde ich dieses Resultat mit Freuden begrüßen. Für verkehrt aber halte ich es, etwa den Arbeitern einreden zu wollen, sie könnten durch bloße Agitation den Achtstundentag erringen. Versammlungen, Agitiren, Protestiren nützt nichts! Die Organisation ist alles!

Beims-Goslar: Wir sollten doch mehr als bisher auch an die ländlichen Arbeiter denken und energischer als bisher für den ländlichen Arbeiterschutz eintreten und gegen die Gesinde-Ordnung Front machen. Ich erinnere an den Ausspruch vom vorigen Parteitage, es wäre gut, wenn wir erst ein Dutzend Bauernknechte unter uns hätten! Die Bewegung ist auf dem Lande längst vorhanden. Wenn auch nicht allgemeine Direktiven gegeben werden können für die Agitation auf dem Lande, so ist doch eine ausgiebige Erörterung unter den Genossen dringend nothwendig. Namentlich richte ich auch einen Appell an die anwesenden Vertreter der Parteipresse.

Singer: Entsprechend unserer Verabredung ist hiermit der Schluß der Diskussion herbeigeführt; es ist vorher noch ein genügend unterstützter Antrag des Genossen Eichhorn eingegangen, der nachher mit zur Abstimmung stehen wird:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird beauftragt, besondere Anträge zu stellen auf Einführung des Achtstundentages in der Reichspost- und Reichs-Telegraphenverwaltung, bei den Reichseisenbahnen, auf den Marinewerften, in der Reichsdruckerei, in sämmtlichen Militärwerkstätten, ferner soll beantragt werden, daß die Militärverwaltung und alle anderen unter Kontrolle des Reichs stehenden Betriebsverwaltungen nur mit solchen Unternehmern Geschäftsverträge abzuschließen haben, welche ihren Arbeitern den achtstündigen Arbeitstag gewähren."

Bömelburg (persönlich): Genosse Weinheber warf mir vor, daß ich meine heutigen Vorschläge nicht schon in Hamburg gemacht habe. Wenn er die Verhandlungen im Hamburger Gewerkschaftskartell und die Berichte des „Hamburger Echo" verfolgt hätte, so würde er wissen, daß wir uns in Hamburg schon seit zwei Jahren ernsthaft mit der Frage beschäftigt haben.

Eichhorn: Molkenbuhr nannte die Dresdener Genossen und Parvus Utopisten. Ein Universalmittel sollen die Parvus'schen Vorschläge nicht sein.

Singer: Das war aber nicht persönlich.

Das Schlußwort zum Arbeiterschutz hat

Wurm: Mein Referat ist mehrfach bemängelt worden; ich habe es aber nicht für nöthig gehalten, selbstverständliche Dinge vorzubringen, die täglich in der Presse erörtert werden. Auch war von mir nicht verlangt worden, als man mir das Referat übertrug, daß ich über die Theorie und den gegenwärtigen Stand des Arbeiterschutzes referire, sondern im Zusammenhange die auf den Arbeiterschutz bezüglichen Anträge bespreche. Mein Streben ging daher dahin, zu untersuchen, wie sich die gewerkschaftliche und die politische Bewegung zu der sozialen Gesetzgebung zu stellen hat. Kein einziger Derer, die höhere Gesichtspunkte in meinem Referat vermißt haben, hat selbst höhere Gesichtspunkte vorgebracht. Besonders interessant war für mich, daß man die Bömelburg'schen Ausführungen zu den meinen im Gegensatz stellte, weil das Material, was Bömelburg gegen mich anführte, einem Artikel entnommen ist, den ich selbst im März im „Vorwärts" veröffentlicht habe. (Große Heiterkeit.) In der ganzen Debatte ist nichts Neues gesagt. All die schönen Vorschläge zerfließen in nichts, wenn man sie zerpflückt. Wie wenig stichhaltig die Ausführungen von Quarck sind, hat Legien bewiesen, der einen Unterschied zwischen Sozialpolitik und Parteipolitik macht, erstere den Gewerkschaften überlassen will, letztere aber nicht. Gleich darauf aber sagte er, daß wenn auch andere Parteien als die unsere Sozialpolitik treiben, sie dies nur stets so thun, daß sie den Pelz waschen, ohne ihn naß zu machen. Demnach würde Legien den Gewerkschaften eine solch unfruchtbare Sozialpolitik überweisen! Dagegen muß ich mich ganz entschieden erklären. Wir können keinen künstlichen Unterschied zwischen Sozialpolitik und Parteipolitik machen. (Sehr richtig!) Wir sind Sozialdemokraten und treiben deshalb soziale Parteipolitik oder parteigemäße Sozialpolitik. Wenn andere Parteien uns Palliativmittel vorschlagen, so nehmen wir natürlich, was wir bekommen können, aber wir bestehen darauf, daß wir weit mehr haben wollen, und legen uns nicht auf den Bauernfang. Die Hauptfrage für uns ist die: wie ist es möglich, durch eine neue Form der Agitation mehr Schwung in die Sache zu bringen? Und in diesem Punkte hat die Debatte das zu tage gefördert, was ich bereits vorhin gesagt habe, daß nämlich derartige Dinge sich nicht erzwingen lassen. Wie leicht es ist, eine Begeisterung zu entfachen, haben wir ja bei der Agrarfrage gesehen, wo wir Resultate bekommen haben, die für uns keineswegs ermuthigend waren. (Beifall und Widerspruch.) Genau so würde es uns auf diesem Gebiete gehen. Die Vorschläge von Parvus sind die einzigen, die neue Gedanken enthalten, leider aber Gedanken, die wir nicht akzeptiren können. Das Arbeitersekretariat ist ja für die Partei sehr wünschenswerth, augenblicklich aber können wir es

noch nicht schaffen, und es wäre unpraktisch, wollten wir es nur aus der Fraktion heraus bilden. Vorläufig ist es uns nur möglich, unsere Presse dadurch zu unterstützen, daß die einzelnen Gewerkschaften ihr Mittheilungen über die Zustände in ihren Berufen zukommen lassen. Dazu brauchen wir aber keine neuen Beschlüsse; das kann auf grund der alten Beschlüsse geschehen, wenn jeder seine Schuldigkeit thut. Mit Recht ist hervorgehoben, daß wir die Landarbeiter bei unseren Vorschlägen zu wenig berücksichtigen. Material haben wir ja in hinreichender Menge; und wenn die Genossen das ausnutzen wollten, so hätten sie genügenden Agitationsstoff. Wie Legien sehr richtig hervorgehoben hat, hat ja jede Agitation nur den einen Zweck, unsere Organisation politisch und gewerkschaftlich zu stärken. Mit dem Vorbringen von Thatsachen allein ist nichts erreicht, wenn es uns nicht gelingt, die Leute dauernd an uns zu fesseln und damit eine Macht zu schaffen.

Den Antrag Eichhorn bitte ich abzulehnen, denn wir haben schon längst davon Abstand genommen, unsere Wünsche, die nicht erreichbar sind, in Form von Anträgen vorzubringen. Es ist viel besser, wenn wir uns bei den Etatsberathungen, wo wir uns ja genügend aussprechen können, über solche Fragen verbreiten. So ist z. B. der Antrag auf Verbesserung der Kontrolle der Werkstätten von uns längst eingebracht. Er ist aber noch nicht zur Verhandlung gekommen und es wird auch nicht dazu kommen. Wohl aber war es uns möglich, bei der Debatte über die Fabrikinspektoren die Sache zur Sprache zu bringen. An der Abstimmung über den Antrag liegt uns nichts, denn wir wissen ja, daß unsere Gegner nichts davon wissen wollen. Bleiben wir beim alten! Die Fraktion wird wie bisher so auch in Zukunft bei jeder Gelegenheit für den Arbeiterschutz eintreten. Unterstützen Sie uns nur mit Material und nehmen Sie unsere Resolution an. In der Resolution betr. den Achtuhr-Ladenschluß habe ich zum Schluß eine redaktionelle Aenderung vorgenommen und statt „für den Schutz jeder Arbeiterkategorie“ gesagt „für diesen wie für jeden Schutz einer Arbeiterkategorie.“ (Beifall.)

Persönlich bemerkt **Bömelburg**, daß er seine Aufstellung nicht dem „Vorwärts“, sondern den Mittheilungen des Reichs-Versicherungsamts entnommen und erst am letzten Sonnabend ausgearbeitet hat.

Wurm erwidert, daß das Material bekannt war, und daß er nicht voraussetzen konnte, daß Bömelburg erst am letzten Sonnabend das ausarbeiten würde, das schon vor längerer Zeit in der Parteipresse gestanden hat.

Die Abstimmung ergiebt die Annahme der beiden von Wurm vorgeschlagenen Resolutionen unter Ablehnung des Amendements Adler's. Ebenso wird der Antrag Molkenbuhr, der Parteitag wolle durch Annahme der Resolutionen sämmtliche zum Punkt Arbeiterschutz gestellten Anträge für erledigt erklären, mit großer Mehrheit angenommen. — Damit ist dieser Punkt erledigt.

Eingegangen ist ein Begrüßungstelegramm der sozialdemokratischen Partei Kroatiens. — Schluß 3 Uhr.

Fünfter Verhandlungstag.

Freitag, den 16. Oktober. — Vormittagssitzung.

9¼ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Eine Reihe Begrüßungsschreiben und Telegramme sind eingelaufen. Ein Telegramm meldet den Sieg der Partei bei der Offenbacher Landtagswahl. (Beifall.)

Es wird in die Tagesordnung eingetreten.

Zur Verhandlung gelangt Punkt 9: **Frauenagitation.**

Gleichzeitig zur Debatte gestellt werden die Anträge 40, 60, 61 und folgender von **Posselt, Baader, Zetkin, Vogel, Kähler, Koenen** und Genossen gestellter Antrag:

Der Parteitag empfiehlt den Genossen:

„In allen Orten, wo es zu ermöglichen, in öffentlichen Versammlungen die Wahl von weiblichen Vertrauenspersonen vorzunehmen. Die Aufgabe dieser Vertrauenspersonen ist: Aufklärung unter den proletarischen Frauen in politischer und gewerkschaftlicher Hinsicht, Erziehung zum und Stärkung des Klassenbewußtseins zu schaffen und eine diesen Aufgaben entsprechende planmäßige Agitation zu betreiben.

Sämmtliche Anträge finden genügende Unterstützung.

Berichterstatterin Frau **Zetkin**-Stuttgart: Durch die Forschungen von Bachofen, Morgan und Anderen scheint es erwiesen, daß die soziale Unterdrückung der Frau mit der Entstehung des Privateigenthums zusammenfällt. Der Gegensatz innerhalb der Familie zwischen dem Mann als Besitzer und der Frau als Nichtbesitzerin wurde die Grundlage für die wirthschaftliche Abhängigkeit und die soziale Rechtlosigkeit des weiblichen Geschlechts. In dieser sozialen Rechtlosigkeit liegt nach Engels eine der ersten und ältesten Formen der Klassenherrschaft, er sagt: „In der Familie ist der Mann der Bourgeois, die Frau dagegen repräsentirt das Proletariat." Trotzdem konnte von einer Frauenfrage im modernen Sinn des Wortes nicht die Rede sein, erst die kapitalistische Produktionsweise hat gesellschaftliche Umwälzungen gezeitigt, welche die moderne Frauenfrage entstehen ließ; sie schlug die alte Familienwirthschaft in Trümmer, die in der vorkapitalistischen Zeit der großen Masse der Frauenwelt Lebensunterhalt und Lebensinhalt gewährt hatte. Wir dürfen freilich auf die alte hauswirthschaftliche Thätigkeit der Frauen nicht jene Begriffe übertragen, die wir mit der Thätigkeit der Frau in unserer Zeit verbinden, den Begriff des Nichtigen und Kleinlichen. So lange die alte Familie noch bestand, fand die Frau in derselben einen Lebensinhalt durch produktive Thätigkeit und daher kam ihre soziale Rechtlosigkeit ihr nicht zum Bewußtsein, wenn auch der Entwickelung ihrer Individualität enge Schranken gezogen waren. Die Zeit der Renaissance ist die Sturm- und Drangperiode des Erwachens der modernen Individualität, die sich nach den verschiedensten Richtungen voll und ganz ausleben kann. Da treten uns Individualitäten entgegen, riesengroß im Guten und Bösen, die die Satzungen von Religion und Moral mit Füßen traten und Himmel und Hölle in gleicher Weise verachteten; wir finden Frauen als Mittelpunkt des gesellschaftlichen, des künstlerischen, des politischen Lebens. Und trotzdem nicht die Spur einer Frauenbewegung. Das ist um so charakteristischer, als zu jener Zeit die alte Familienwirthschaft zu zerbröckeln anfing unter dem Einfluß der Arbeitstheilung. Tausende und Tausende von Frauen fanden ihren Lebensunterhalt und -Inhalt nicht mehr in der Familie. Aber diese Frauenfrage, soweit davon die Rede sein konnte, wurde damals soviel wie möglich gelöst durch Klöster, Stifte und Ordensgesellschaften. Die Maschinen, die moderne Produktionsweise grub dann aber nach und nach der eigenen Produktion im Haushalt den Boden ab, und nicht für Tausende, sondern für Millionen von Frauen entstand nun die Frage: wo nehmen wir den Lebensunterhalt her, wo finden wir einen ernsten Lebensinhalt, eine Bethätigung auch nach der Gemüthsseite. Millionen werden jetzt darauf verwiesen, Lebensunterhalt und Lebensinhalt draußen in der Gesellschaft zu finden. Da wird ihnen bewußt, daß die soziale Rechtlosigkeit sich der Wahrung ihrer Interessen entgegenstellt, und von dem Augenblicke an ist die moderne Frauenfrage da. In welcher Weise die moderne Produktionsweise arbeitet, die Frauenfrage weiter zu verschärfen, dafür einige Zahlen. 1882 zählte man in Deutschland auf 23 Millionen Frauen $5^1/_2$ Millionen erwerbsthätige Frauen, d. h. fast ein Viertel der weiblichen Bevölkerung konnte ihren Lebensunterhalt nicht mehr in der Familie finden. Nach der Volkszählung von 1895 hat in der Landwirthschaft im weitesten Sinne die Zahl der erwerbsthätigen Frauen seit

1882 um mehr als 8 pCt. zugenommen, in der Landwirthschaft im engeren Sinne gleichfalls um 8 pCt., während gleichzeitig die Zahl der erwerbsthätigen Männer um 2 bezw. 4 pCt. abgenommen hat. Auf dem Gebiete der Industrie und des Bergbaues haben die erwerbsthätigen Frauen um 35 pCt. zugenommen, die Männer nur um 8 pCt.; im Handel die Zahl der Frauen sogar um mehr als 94 pCt., die der Männer nur um 38 pCt. Diese trockenen Zahlen sprechen weit beredter von der Dringlichkeit der Lösung der Frauenfrage, als wie es überschwängliche Deklamationen thun könnten.

Aber die Frauenfrage ist nur innerhalb jener Klassen der Gesellschaft vorhanden, welche selbst Produkte der kapitalistischen Produktionsweise sind. Wir finden deshalb keine Frauenfrage in den Kreisen der Bauernschaft mit ihrer, wenn auch schon stark eingeschränkten und durchlöcherten Naturalwirthschaft. Wohl aber finden wir eine Frauenfrage innerhalb derjenigen Klassen der Gesellschaft, die die eigensten Kinder der modernen Produktionsweise sind. Es giebt eine Frauenfrage für die Frauen des Proletariats, des Mittelbürgerthums und der Intelligenz und der oberen Zehntausend; je nach der Klassenlage dieser Schichten nimmt sie eine andere Gestalt an.

Wie ist die Frauenfrage bei den Frauen der oberen Zehntausend gestaltet? Die Frau der oberen Zehntausend kann vermöge ihres Besitzes ihre Individualität frei entfalten, sie kann leben, wie es ihren Neigungen entspricht. Als Ehefrau aber ist sie noch immer vom Manne abhängig. Die Geschlechtsvormundschaft früherer Zeiten hat sich als Ueberbleibsel hinübergerettet ins Familienrecht, wo noch immer der Satz gilt: Und er soll dein Herr sein. Und wie ist die Familie der oberen Zehntausend beschaffen, in der die Frau dem Manne rechtlich unterworfen ist? Schon bei ihrer Gründung entbehrt eine solche Familie der sittlichen Voraussetzung. Nicht die Individualität, sondern das Geld entscheidet über ihre Schließung. Da heißt es: Was das Kapital zusammenfügt, das soll eine sentimentale Moral nicht scheiden. (Bravo.) So gelten in der Heirathsmoral zwei Prostitutionen für eine Tugend. Dem entspricht auch die Art und Weise des Familienlebens. Da wo die Frau nicht mehr zur Pflichtleistung gezwungen ist, wälzt sie ihre Pflichten als Gattin, Mutter und Hausfrau auf bezahltes Miethspersonal ab. Wenn die Frauen jener Kreise den Wunsch hegen, ihrem Leben einen ernsten Inhalt zu geben, so müssen sie zunächst die Forderung der selbstständigen freien Verfügung über ihr Eigenthum erheben. Diese Forderung steht deshalb im Mittelpunkt der Forderungen, welche die Frauenbewegung der oberen Zehntausend erhebt. Diese Frauen kämpfen für die Verwirklichung dieser Forderung gegen die Männerwelt ihrer Klasse genau den nämlichen Kampf, den die Bourgeoisie gegen alle bevorrechtigten Stände gekämpft hat, einen Kampf um die Beseitigung aller sozialen Unterschiede, welche auf dem Vermögensbesitz begründet sind. Daß es sich bei der Verwirklichung dieser Forderung nicht um die Rechte der Person handelt, beweist das Eintreten des Herrn v. Stumm im Reichstage für dieselbe. Wann wäre Herr v. Stumm je eingetreten für die Rechte einer Person? Dieser Mann bedeutet in Deutschland mehr als eine Persönlichkeit, er ist das Fleisch und Blut gewordene Kapital (sehr richtig!) und wenn er im billigen Mummenschanz eines Freundes der Frauenrechte aufgetreten ist, so geschah es, weil er gezwungen war, vor der Bundeslade des Kapitals zu tanzen. Derselbe Herr v. Stumm ist ja jederzeit bereit, seinen Arbeitern den Brotkorb höher zu hängen, sobald sie nicht nach seiner Pfeife tanzen, und er würde es mit wohlgefälligem Schmunzeln begrüßen, wenn der Staat als Arbeitgeber den Professoren und Doktoren, die es wagen, in Sozialpolitik zu machen, den Brotkorb etwas höher hängt. Herr v. Stumm erstrebt nichts Anderes als eine Art Fideikommisse für das bewegliche Vermögen und mit weiblicher Erbfolge, denn es giebt auch Väter, die Vermögen erworben haben, aber

in der Wahl ihrer Kinder nicht vorsichtig gewesen sind und nur Töchter als Erben haben. Das Kapital heiligt auch die niedere Weiblichkeit und befähigt sie, über ihr Vermögen verfügen zu können. Es ist das die letzte Stufe der Emanzipation des Privateigenthums.

Wie zeigt sich nun die Frauenfrage in den klein- und mittelbürgerlichen Kreisen und innerhalb der bürgerlichen Intelligenz? Hier ist es nicht der Besitz, welcher die Familie auflöst, hier sind es wesentlich die Begleiterscheinungen der kapitalistischen Produktion. In dem Maße, wie diese ihren Triumphmarsch vollzieht, wird das mittlere und das kleine Bürgerthum mehr und mehr zu Grunde gerichtet. Innerhalb der bürgerlichen Intelligenz führt wieder ein anderer Umstand zur Verschlechterung der Lebensbedingungen: Das Kapital bedarf der intelligenten und wissenschaftlich geschulten Arbeitskräfte, es hat deshalb eine Ueberproduktion an Proletariern der Kopfarbeit begünstigt und dazu beigetragen, daß die frühere angesehene und einträgliche gesellschaftliche Stellung der Angehörigen liberaler Berufe mehr und mehr schwindet. In demselben Maße nimmt aber die Zahl der Eheschließungen immer mehr ab, denn während auf der einen Seite die materiellen Grundlagen verschlechtert sind, steigen auf der anderen Seite die Ansprüche des Einzelnen an das Leben, und da überlegt es sich der Mann jener Kreise selbstverständlich zweimal und dreimal, ehe er sich zur Ehe entschließt. Die Altersgrenze für die Gründung einer eigenen Familie wird immer höher hinaufgeschraubt, und der Mann wird um so weniger zur Eheschließung gedrängt, als in unserer Zeit genug gesellschaftliche Einrichtungen dem Hagestolz ein behagliches Leben, auch ohne legitime Frau, ermöglichen. Die kapitalistische Ausbeutung der proletarischen Arbeitskraft sorgt schon durch Hungerlöhne dafür, daß ein großes Angebot von Lustdirnen der Nachfrage nach denselben seitens der Männerwelt entspricht. So nimmt die Zahl der unverheiratheten Frauen in mittelbürgerlichen Kreisen immer mehr zu. Die Frauen und Töchter jener Kreise werden in die Gesellschaft hinausgestoßen, um sich eine Existenz zu gründen, die ihnen nicht nur Brot verschafft, sondern auch ihren Geist zu befriedigen vermag. In diesen Kreisen ist die Frau dem Manne nicht gleichberechtigt als Besitzerin von Privatvermögen, wie in den höheren Kreisen, auch nicht gleichberechtigt als Proletarierin, wie in den Proletarierkreisen, die Frau jener Kreise muß vielmehr ihre wirthschaftliche Gleichstellung mit dem Mann erst erkämpfen, und sie kann das nur durch zwei Forderungen, durch die Forderung auf gleiche Berufsbildung und durch die Forderung auf gleiche Berufsthätigkeit für beide Geschlechter. Dies bedeutet wirthschaftlich nichts anderes als die Verwirklichung der Gewerbefreiheit und die freie Konkurrenz zwischen Mann und Frau. Die Verwirklichung dieser Forderung entfesselt einen Interessengegensatz zwischen den Frauen und Männern des Mittelbürgerthums und der Intelligenz. Die Konkurrenz der Frauen in den liberalen Berufen ist die treibende Kraft für den Widerstand der Männer gegen die Forderungen der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen. Es ist die reine Konkurrenzfurcht; alle sonstigen Gründe, die gegen die geistige Frauenarbeit geltend gemacht werden, das kleinere Gehirn der Frau, ihr angeblich natürlicher Beruf als Mutter sind nur Vorwände. Dieser Konkurrenzkampf drängt die Frau dieser Schichten dazu, politische Rechte zu verlangen, damit sie im politischen Kampfe alle Schranken niederreißen kann, die ihrer wirthschaftlichen Bethätigung noch entgegenstehen.

Ich habe hiermit nur das ursprüngliche rein wirthschaftliche Moment gezeichnet. Wir würden der bürgerlichen Frauenbewegung Unrecht thun, wenn wir sie nur auf rein wirthschaftliche Motive zurückführen wollten. Nein, sie hat auch eine tiefernste geistige und sittliche Seite. Die bürgerliche Frau verlangt nicht nur ihr eigenes Brot, sondern sie will sich auch geistig ausleben und ihre Individualität entfalten. Gerade in diesen Schichten finden wir jene tragischen,

psychologisch interessanten Noragestalten, wo die Frau es müde ist, als Puppe im Puppenheim zu leben, wo sie theilnehmen will an der Weiterentwickelung der modernen Kultur; und sowohl nach der wirthschaftlichen als nach der geistig sittlichen Seite hin sind die Bestrebungen der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen vollständig berechtigt.

Für die *proletarische Frau* ist es das Ausbeutungsbedürfniß des Kapitals, unaufhörlich Rundschau zu halten nach den billigsten Arbeitskräften, das die Frauenfrage geschaffen hat. Dieses Ausbeutungsbedürfniß hat eine reaktionäre, aber auch eine revolutionäre Seite: indem es die Gesellschaft umwandelt aus einer Gesellschaft von Arbeitsbienen und Arbeitsdrohnen in eine Gesellschaft von lauter Arbeitern. Dadurch ist auch die Frau des Proletariats einbezogen in den Mechanismus des wirthschaftlichen Lebens unserer Zeit, ist sie in die Werkstatt, an die Maschine getrieben worden. Sie ist herabgestiegen in das wirthschaftliche Leben, um dem Manne einige Hilfe im Erwerb zu bringen, und die kapitalistische Produktionsweise verwandelte sie in eine Schmutzkonkurrentin; sie wollte Wohlstand in die Familie bringen, und als Folge zog eine größere Noth in die proletarische Familie ein; die Proletarierfrau wurde selbstthätig erwerbend, weil sie ihren Kindern das Leben sonniger und freundlicher gestalten wollte, und sie wurde ihren Kindern zum großen Theil entrissen. Sie wurde dem Mann als Arbeitskraft vollständig gleich: Die Maschine machte die Muskelkraft überflüssig und überall konnte die Frauenarbeit sich mit den gleichen Ergebnissen für die Produktion bethätigen wie die Männerarbeit. Und da sie eine billige Arbeitskraft war und vor allen Dingen eine willige Arbeitskraft, die nur in den seltensten Fällen wagte zu löcken wider den Stachel der kapitalistischen Ausbeutung, so haben die Kapitalisten die Möglichkeit vervielfältigt, um die industrielle Frauenarbeit in der höchsten Stufe anwenden zu können. Die Frau des Proletariers hat infolge dessen ihre wirthschaftliche Selbständigkeit errungen, aber wahrhaftig! sie hat sie theuer erkauft und hat praktisch für den Augenblick nichts dabei gewonnen. Wenn im Zeitalter der Familie der Mann das Recht hatte — denken Sie an das kurbayerische Recht — gelegentlich mäßig die Frau mit der Peitsche zu züchtigen, so züchtigt sie der Kapitalismus jetzt mit Skorpionen. Damals wurde die Herrschaft des Mannes über die Frau gemildert durch die persönlichen Beziehungen, zwischen Arbeiter und Unternehmer aber giebt es nur ein Waarenverhältniß. Die Frau des Proletariats hat ihre wirthschaftliche Selbständigkeit erlangt, aber weder als Mensch, noch als Frau, noch als Gattin hat sie die Möglichkeit, ihre Individualität voll ausleben zu können. Für ihre Aufgabe als Gattin, als Mutter bleiben ihr nur die Brosamen, die die kapitalistische Produktion ihr vom Tische fallen läßt.

Deshalb kann der Befreiungskampf der proletarischen Frau nicht ein Kampf sein wie der der bürgerlichen Frau gegen den Mann ihrer Klasse; umgekehrt, es ist der Kampf *mit dem Mann ihrer Klasse gegen die Kapitalistenklasse*. Sie braucht nicht darum zu kämpfen, gegen die Männer ihrer Klasse die Schranken niederzureißen, die ihr bezüglich der freien Konkurrenz gezogen sind. Das Ausbeutungsbedürfniß des Kapitals und die Entwickelung der modernen Produktionsweise nahm ihr diesen Kampf vollkommen ab. Umgekehrt, es gilt, neue Schranken zu errichten gegen die Ausbeutung der proletarischen Frau, es gilt, ihr ihre Rechte als Gattin, als Mutter wiederzugeben und zu sichern. Das Endziel ihres Kampfes ist nicht die freie Konkurrenz mit dem Manne, sondern die Herbeiführung der politischen Herrschaft des Proletariats. Hand in Hand mit dem Manne ihrer Klasse kämpft die proletarische Frau gegen die kapitalistische Gesellschaft. Allerdings stimmt sie auch den Forderungen der bürgerlichen Frauenbewegung zu. Aber sie betrachtet die Erfüllung dieser Forderung nur als Mittel zum Zweck, damit sie gleich ausgestattet an Waffen mit dem Proletarier in den Kampf ziehen kann.

Die bürgerliche Gesellschaft steht den Forderungen der bürgerlichen Frauenbewegung nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber, das beweisen die Reformen, die auf dem Gebiet des Privat- wie des öffentlichen Rechtes in verschiedenen Staaten schon zu gunsten der Frau eingeführt sind. Wenn es in Deutschland so besonders langsam mit diesen Reformen geht, so liegt die Ursache einmal in dem wirthschaftlichen Konkurrenzkampf in den liberalen Berufen, den die Männer fürchten, zumal es sicher ist, daß die Kopfarbeiter immer mehr ins Lager der Sozialdemokratie abrücken, und zweitens in der sehr langsamen und schwächlichen Entwickelung der bürgerlichen Demokratie in Deutschland, die unter dem Banne der Klassenfurcht vor dem Proletariat ihrer historischen Aufgabe nicht gerecht wird. Sie fürchtet, daß die Durchführung solcher Reformen nur der Sozialdemokratie Vortheil bringt. Je weniger eine bürgerliche Demokratie sich hypnotisiren läßt von dieser Furcht, desto bereiter ist sie zu Reformen. Das sehen wir an England. England ist das einzige Land, das noch eine wirklich kraftvolle Bourgeoisie besitzt, während die deutsche Bourgeoisie in schlotternder Furcht vor dem Proletariate darauf verzichtet, auf politischem und sozialem Gebiete zu reformiren. Dazu tritt für Deutschland noch die weit verbreitete spießbürgerliche Auffassung; der Philisterzopf des Vorurtheils hängt dem deutschen Bürgerthum schwer im Nacken. Gewiß ist die Furcht der bürgerlichen Demokratie sehr kurzsichtig. Wird den Frauen die politische Gleichberechtigung gewährt, so wird an den thatsächlichen Machtverhältnissen nichts geändert. Die proletarische Frau geht ins Lager des Proletariats, die bürgerliche ins Lager des Bürgerthums. Wir dürfen uns nicht täuschen lassen durch sozialistische Anläufe in der bürgerlichen Frauenbewegung, die nur so lange auftreten, als sich die bürgerlichen Frauen als Unterdrückte fühlen.

Je weniger nun die bürgerliche Demokratie ihre Aufgabe begreift, desto mehr ist es Sache der Sozialdemokratie, für die politische Gleichberechtigung der Frau einzutreten. Wir wollen uns nicht besser machen, als wir sind. Nicht um die schönen Augen eines Prinzips stellen wir diese Forderung auf, sondern im Klasseninteresse des Proletariats. Je mehr die Frauenarbeit ihren verhängnißvollen Einfluß auf die Lebenshaltung der Männer ausübt, desto brennender wird die Nothwendigkeit, sie in den wirthschaftlichen Kampf einzubeziehen. Je mehr der politische Kampf eingreift in die Existenz jedes Einzelnen, desto dringender wird die Nothwendigkeit, daß auch die Frau theilnimmt am politischen Kampfe. Das Sozialistengesetz hat Tausenden von Frauen erst klar gemacht, was die Worte Klassenrecht, Klassenstaat und Klassenherrschaft bedeuten, hat Tausende von Frauen erst das Bedürfniß gelehrt, sich über die Macht aufzuklären, die so brutal in das Familienleben eingriff. Das Sozialistengesetz hat eine Arbeit geleistet, die hunderte von Agitatorinnen nicht zu leisten im Stande gewesen wären, und wir sind dem Vater des Sozialistengesetzes sowie allen Staatsorganen, die an seiner Durchführung betheiligt waren, vom Minister bis zum Schutzmann herab, aufrichtig dankbar für ihre unfreiwillige agitatorische Thätigkeit. Und da wirft man uns Sozialdemokraten Undankbarkeit vor! (Heiterkeit.)

Noch ein anderes Ereigniß ist in Betracht zu ziehen. Ich meine das Erscheinen von August Bebel's Buch „Die Frau und der Sozialismus". Es darf nicht nach seinen Vorzügen oder Mängeln bewerthet werden, es muß beurtheilt werden nach der Zeit, in der es erschien. Und da war es mehr als ein Buch, es war ein Ereigniß, eine That. (Sehr richtig.) Zum ersten Male wurde darin den Genossen klar gelegt, in welchem Zusammenhange die Frauenfrage mit der geschichtlichen Entwickelung steht, zum ersten Male ertönte aus diesem Buche der Ruf: Wir können die Zukunft nur erobern, wenn wir die Frauen als Mitkämpferinnen gewinnen. Wenn ich das anerkenne, so spreche ich nicht als Frau, sondern als Parteigenossin.

Welch praktische Schlußfolgerungen haben wir nun für unsere Agitation unter den Frauen zu ziehen? Es kann nicht die Aufgabe des Parteitages sein, ins einzelne gehende praktische Vorschläge zu machen, sondern nur die allgemeine Richtungslinie für die proletarische Frauenbewegung zu ziehen.

Und da muß der leitende Gedanke sein: Wir haben nicht spezielle Frauenagitation, sondern sozialistische Agitation unter den Frauen zu treiben. Nicht die kleinlichen Augenblicksinteressen der Frauenwelt dürfen wir in den Vordergrund stellen, unsere Aufgabe muß sein, die moderne Proletarierin in den Klassenkampf einzureihen. (Sehr wahr.) Wir haben für die Agitation unter den Frauen keine Sonderaufgaben. Soweit für die Frauen innerhalb der heutigen Gesellschaft Reformen durchzusetzen sind, werden sie in dem Minimumprogramm unserer Partei bereits gefordert.

Die Frauenagitation muß anknüpfen an alle jene Fragen, die von dringender Wichtigkeit für die allgemeine Bewegung des Proletariats sind. Ist es doch die Hauptaufgabe, in der Frau das Klassenbewußtsein wachzurütteln und sie in den Klassenkampf einzubeziehen. Die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen ist äußerst erschwert. In den Jahren 1892 bis 1895 betrug die Zahl der in Zentralverbänden organisirten Arbeiterinnen gegen 7000. Rechnen wir noch die in Lokalvereinen organisirten Arbeiterinnen hinzu und vergleichen wir dann hiermit die Thatsache, daß allein in der Großindustrie 700 000 Arbeiterinnen thätig sind, so gewinnen wir ein Bild von der großen Arbeit, die wir noch zu leisten haben. Erschwert wird uns diese Arbeit dadurch, daß viele Frauen in der Hausindustrie thätig und deshalb schwer heranzuziehen sind. Dann haben wir auch noch mit der weitverbreiteten Anschauung der jungen Mädchen zu kämpfen, daß die industrielle Thätigkeit für sie vorübergehend ist und mit der Ehe aufhört. Vielen Frauen erwächst die doppelte Pflicht, sie müssen in der Fabrik und in der Familie thätig sein. Um so nothwendiger ist für die Arbeiterinnen die Festsetzung eines gesetzlichen Arbeitstages. Während in England Alle darin übereinstimmen, daß die Beseitigung der Hausindustrie, die Festsetzung eines gesetzlichen Arbeitstages und die Herbeiführung höherer Löhne von der größten Bedeutung sind, um die Arbeiterin gewerkschaftlich zu organisiren, kommt in Deutschland zu den geschilderten Hindernissen noch die Handhabung unserer Vereins- und Versammlungsgesetze dazu. Die volle Koalitionsfreiheit, die von rechts her die Reichsgesetzgebung den Arbeiterinnen gewährleistet, wird von links her durch landesgesetzliche Bestimmungen einzelner Bundesstaaten illusorisch gemacht. Darauf, wie in Sachsen das Vereinsrecht, soweit man dort überhaupt von einem Recht sprechen kann, gehandhabt wird, will ich nicht hinweisen, aber in den zwei größten Bundesstaaten, in Bayern und Preußen, werden die Vereinsgesetze so gehandhabt, daß den Frauen die Theilnahme an gewerkschaftlichen Organisationen mehr und mehr zur Unmöglichkeit wird. In Preußen hat in neuester Zeit besonders der Regierungsbezirk des „liberalen" ewigen Ministerkandidaten Herrn von Bennigsen in der Auslegung des Vereins- und Versammlungsrechts das Menschenmögliche geleistet. In Bayern sind die Frauen von allen öffentlichen Versammlungen ausgeschlossen. Erklärte doch Herr von Feilitzsch in der Kammer ganz offen, daß bei der Handhabung des Vereinsgesetzes nicht nur der Wortlaut in Betracht kommt, sondern auch die Absicht des Gesetzgebers, und Herr von Feilitzsch befindet sich in der glücklichen Lage, genau zu wissen, welche Absicht die Gesetzgeber gehabt haben, die lange gestorben sind, ehe sich Bayern das Glück träumen ließ, eines Tages Herrn von Feilitzsch seinen Polizeiminister nennen zu dürfen. Das wundert mich nicht, denn wem Gott ein Amt giebt, dem giebt er auch Verstand, und in unserem Zeitalter des Spiritismus hat eben Herr von Feilitzsch seinen Amts-

verstand erhalten und auf dem Wege der vierten Dimension die Absicht der längst verstorbenen Gesetzgeber erkannt. (Heiterkeit.)

Dieser Stand der Dinge aber macht es den proletarischen Frauen nicht möglich, sich zusammen mit den Männern zu organisiren. Bis jetzt hatten sie einen Kampf gegen Polizeimacht und gegen Juristenweisheit zu führen und formell haben sie in diesem Kampf den kürzeren gezogen. Aber in Wirklichkeit sind sie Sieger geblieben; denn alle jene Maßregeln, die angewendet sind, um die Organisation der proletarischen Frau zu zertrümmern, haben nur darauf hingewirkt, ihr Klassenbewußtsein immer mehr zu erwecken. Wenn wir danach streben, eine kräftige Frauenorganisation zu bekommen auf wirthschaftlichem und politischem Gebiete, dann müssen wir zuerst für die Möglichkeit der Bewegungsfreiheit sorgen, indem wir ankämpfen gegen die Haus-Industrie, für kürzere Arbeitszeit eintreten und vor allen Dingen gegen das uns wenden, was die herrschenden Klassen das Vereinsrecht zu nennen belieben.

In welchen Formen die Frauenagitation sich zu bewegen hat, können wir auf diesem Parteitag nicht festlegen; wir haben erst zu lernen, wie wir unter den Frauen agitiren müssen. In der Resolution, die Ihnen vorgelegt ist, wird vorgeschlagen, Vertrauenspersonen unter den Frauen zu wählen, die die Aufgabe haben, die gewerkschaftliche und wirthschaftliche Organisation unter den Frauen anzuregen, einheitlich und planmäßig zu gestalten. Der Vorschlag ist nicht neu; er ist im Prinzip auf dem Parteitag in Frankfurt angenommen und in einzelnen Gegenden bereits mit bestem Erfolg durchgeführt worden; es wird sich zeigen, daß derselbe, auf größerer Stufe durchgeführt, geeignet ist, die proletarische Frau in größerem Umfange zur proletarischen Bewegung heranzuziehen.

Aber nicht nur mündlich soll die Agitation betrieben werden. Eine große Zahl von Indifferenten kommt nicht in unsere Versammlungen, zahllose Gattinnen und Mütter können gar nicht in unsere Versammlungen kommen — es darf auch unmöglich die Aufgabe der sozialistischen Frauenagitation sein, die proletarische Frau ihren Pflichten als Mutter und Gattin zu entfremden; im Gegentheil, sie muß darauf wirken, daß sie diese Aufgabe besser erfüllt als bisher; und das im Interesse der Befreiung des Proletariats. Je besser die Verhältnisse in der Familie, die Wirksamkeit in ihrem Heim, um so kampffähiger wird sie. Je mehr sie die Erzieherin und Bildnerin ihrer Kinder sein kann, um so mehr kann sie sie aufklären, kann sie dafür sorgen, daß sie mit der gleichen Begeisterung und Opferfreudigkeit wie wir in Reih und Glied weiter kämpfen für die Befreiung des Proletariats; — wenn der Proletarier sagt: „mein Weib!" — daß er dann in Gedanken hinzusetzt: „die Genossin meiner Ideale, die Gefährtin meiner Kämpfe, die Bildnerin meiner Kinder zum Zukunftskampfe!" So manche Mutter, so manche Gattin, die Mann und Kinder mit Klassenbewußtsein erfüllt, leistet genau so viel wie die Genossinnen, die wir in unseren Versammlungen sehen. (Lebhafte Zustimmung.)

Wenn daher der Berg nicht zu Muhamed kommt, muß Muhamed zum Berg gehen: Wir müssen den Frauen den Sozialismus durch eine planmäßige schriftliche Agitation bringen. Und dazu schlage ich Ihnen vor die Vertheilung von Flugblättern; nicht von traditionellen Flugblättern, die auf einer Quartseite das ganze sozialistische Programm zusammenstopfen, die ganze Wissenschaft unseres Jahrhunderts geben, — nein, kleine Flugblätter, die eine einzige praktische Frage unter einem einzigen Gesichtswinkel erörtern, vom Standpunkt des Klassenkampfes aus, das ist die Hauptsache. Und die Frage der technischen Herstellung der Flugblätter darf uns auch nicht gleichgiltig sein; nicht das traditionell schlechteste Papier und schlechtesten Druck. Ein solch schlecht ausgestattetes Flugblatt knüllt die proletarische Frau, die nicht den Respekt vor

dem gedruckten Wort hat wie der Proletarier, einfach zusammen und wirft es weg —, sondern, wie es die amerikanischen und englischen Temperenzler thun, kleine Büchelchen von 4 bis 6 Seiten Inhalt, deren Ausstattung nett ist. Denn soweit ist auch die Proletarierin Frau, daß sie sagt: ach, das Dingelchen ist so nett, das muß ich aufheben! (Heiterkeit und Zurufe.) Und wir müssen die Sätze, auf die es ankommt, mit großen, fetten Buchstaben drucken; dann wird sie nicht vom Lesen abgeschreckt, ihre geistige Aufmerksamkeit wird sozusagen an einem Nagel aufgehängt.

Den Plan, eine besondere Frauenzeitung zu gründen, kann ich nicht befürworten, weil ich persönliche Erfahrungen gemacht habe — nicht etwa als Redaktrice der „Gleichheit" — die ist nicht für die Massen der Frauen bestimmt, sondern für die Vorgeschrittenen — aber als Vertheilerin von Literatur unter den Arbeiterinnen. Angeregt durch das Vorgehen der Frau Gnauck-Kühne habe ich wochenlang Zeitungen unter den Arbeiterinnen einer bestimmten Fabrik vertheilt und habe mich überzeugt, daß sie sich aus dem Inhalt nicht das aneignen, was aufklärend, sondern einzig und allein, was unterhaltend und amüsant ist. Deshalb würden sich die großen Opfer, die eine billige Zeitung erfordert, nicht lohnen.

Aber wir müssen auch eine Reihe von Broschüren schaffen, die der Frau den Sozialismus näher bringen in ihrer Eigenschaft als Proletarierin, als Gattin, als Mutter. Wir haben, ausgenommen die kräftige Broschüre der Frau Popp, keine einzige, die den Anforderungen genügt. Auch unsere Tagespresse muß mehr als bisher thun. Einige Tageszeitungen haben ja den Versuch gemacht, durch die Ausgabe einer besonderen Frauenpost die Frauen aufzuklären; die „Magdeburger Volksstimme" ist mit gutem Beispiel vorangegangen, und Genosse Goldstein in Zwickau ist mit Geschick und Erfolg in diesen Bahnen weitergegangen. Aber bisher hat die Tagespresse sich angelegen sein lassen, vor allem die proletarische Frau als Abonnentin zu gewinnen, man hat ihrer Unaufgeklärtheit, ihrem schlechten, ungebildeten Geschmack geschmeichelt, statt sie aufzuklären.

Ich wiederhole, das sind nur Anregungen, die ich Ihrer Begutachtung unterbreite. Die Frauen-Agitation ist schwer, ist mühsam, erfordert große Hingabe und große Opfer, aber diese Opfer werden belohnt werden und müssen gebracht werden. Denn wie das Proletariat seine Befreiung nur erlangen kann, wenn es zusammenkämpft ohne Unterschied der Nationalität, ohne Unterschied des Berufes, so kann es seine Befreiung auch nur erlangen, wenn es zusammensteht ohne Unterschied des Geschlechts. Die Einbeziehung der großen Masse der proletarischen Frauen in den Befreiungskampf des Proletariats ist eine der Vorbedingungen für den Sieg der sozialistischen Idee, für den Ausbau der sozialistischen Gesellschaft.

Erst die sozialistische Gesellschaft löst den Konflikt, der heutigen Tags gezeitigt wird durch die Berufsthätigkeit der Frau. Wenn die Familie als wirthschaftliche Einheit verschwindet und an ihre Stelle die Familie als sittliche Einheit tritt, wird die Frau als gleichberechtigte, gleich schaffende und gleich strebende, mit dem Manne vorwärtsschreitende Gefährtin ihre Individualität als Mensch zusammen ausleben, gleichzeitig aber auch ihre Aufgabe als Gattin und Mutter im höchsten Maße erfüllen können. In der Gesellschaft des Neuhellenismus wird es ihr auch möglich sein, ihre Individualität zu einem harmonischen Kunstganzen, ihr Leben zu einem Kunstwerke zu gestalten; und diese Gesellschaft wird sich auf dem ganzen Erdball gestalten, sie wird sich nicht aufbauen auf der Sklaverei von Menschen; sie hat zur Voraussetzung die Sklaverei von Stahl und Eisen, die Leistungen der von der menschlichen Erkenntniß gebändigten Naturkraft. Und die Sozialdemokraten schreiten vorwärts; aber erst, wenn die Masse der Frauen zu Ihnen hält, können Sie

sagen: Mit uns das Volk, mit uns der Sieg! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Singer: Es ist ein Antrag Mattutat und Genossen eingegangen:

„Der Parteitag wolle beschließen, die Rede der Frau Zetkin wird gedruckt und als Broschüre unentgeltlich verbreitet."

Dieser Antrag ist zugleich eine Rechtfertigung für mich, daß ich der Referentin über die Redezeit hinaus Raum gewährt habe. (Beifall.)

Frl. **Löwenherz:** Wie der Sozialismus sich von der Utopie zur Wissenschaft entwickelt hat, so ist die deutsche Arbeiterbewegung von der Wissenschaft zur That übergegangen. Wir dürfen uns heute nicht mehr, wie es Genosse Wurm gestern gethan hat, auf den Boden der Theorie stellen, wir müssen den Boden der That betreten. Es giebt auch innerhalb der Frauenfrage, um die bisher die Partei wie die Katze um den heißen Brei herumgegangen ist, genug zu thun. Mit den Ausführungen der Referentin bin ich nicht ganz einverstanden; es ist nicht richtig, daß es früher keine Frauenbewegung gegeben hat; das beweisen die Werke von Plato und Aristophanes, denn ein Dichter kann sich den Stoff nicht aus der Luft greifen, es müssen thatsächliche Unterlagen vorhanden sein. Auch im Mittelalter gab es eine Frauenbewegung, ebenso am Ausgange des vorigen Jahrhunderts, wie aus dem Buch von Hippel über die bürgerliche Stellung der Frau hervorgeht. Die Referentin hat auf Herrn v. Stumm hingewiesen, aber es giebt auch innerhalb unserer Partei Personen, für die der Besitz und nicht die Person der Frau maßgebend ist. Genosse Schoenlank wird es mir verzeihen, wenn ich ihn hier ein bischen anzapfe, er kann am besten einen Puff vertragen. (Heiterkeit.) Die „Leipziger Volkszeitung" schrieb im vorigen Jahre, daß in einer Zeit, wo der Besitz gilt und wo die Person an sich nichts bedeutet, es auch der Frau möglich ist, ihre Gleichberechtigung zu beweisen. Das ist nichts weiter als ein Aufwärmen des alten Märchens von der Inferiorität der Frau. (Schoenlank: Wo hat denn das gestanden? Heiterkeit.) Natürlich, Genosse Schoenlank ist ein ganz unschuldiges Würmchen (Große Heiterkeit), er weiß von garnichts, obgleich ich ihm einen ziemlich langen Artikel dagegen geschrieben habe. Schoenlank soll uns hier Rede stehen für Dutzende in der Partei, die es nicht besser machen. Ich bin im Gegensatz zu der Referentin der Ansicht, daß wir in vielen Punkten mit den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen zusammengehen können, da wir unter den proletarischen Frauen keinen Ueberfluß an Intelligenz haben. Ich weiß sehr wohl, daß ich als Ketzerin vor Ihnen stehe. Sie sagen: warum kommen die bürgerlichen Frauen nicht zu uns? Ja, da denken Sie nicht an Ihr eigenes Motto, daß die Verhältnisse die Menschen bestimmen. Es kann eben nicht jeder, wie er will. Wir können mit den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen zusammengehen in der Forderung des Stimmrechts, in der Forderung nach weiblichen Fabrik-Inspektoren, und auch das Verbot der Kinderarbeit könnten wir durch bürgerliche Frauenrechtler propagiren.

Oertel-Nürnberg: In Bezug auf die Handhabung des Vereinsgesetzes herrscht in Bayern vollständige Anarchie; das bayerische Ministerium ist ein Musterbild reaktionärer Strömungen, es schließt die Frauen nicht nur vom politischen, sondern auch vom gewerkschaftlichen Leben aus und überläßt es den unteren Organen, das Vereinsgesetz auszulegen, wie sie wollen. In Nürnberg z. B. durften die Frauen nicht einer Sitzung beiwohnen, in der über den Konfektionsarbeiter-Streik gesprochen wurde, während dies in Fürth gestattet war. Unser Ministerium des Innern wird kaum zu Aenderungen geneigt sein; die Partei ist sogar als ein über ganz Deutschland verbreiteter Verein durch oberstrichterliches Erkenntniß erklärt worden, so daß jede Versammlung als Vereinssitzung betrachtet wird. Die beiden ersten Frauen- und Mädchen-Bildungsvereine sind bei uns geschlossen worden, obwohl derselbe Richter es

nicht verschmähte, bei einer Bismarckfeier vor Männern und Frauen eine hochpolitische Rede zu halten. Der einzige Ort, wo die Frauen politische Reden hören können, ist der bayerische Landtag. Wir sind auf die Agitation durch Broschüren angewiesen und hoffen, daß wir damit die Bewegung fördern.

Schreck-Bielefeld: Die Frauen-Agitation muß nach zwei Richtungen betrieben werden, einmal müssen wir die gewerblich thätigen Frauen den Gewerkschaften zuführen und zweitens müssen wir unsere Agitation auf die Familie ausdehnen. Gerade die jetzigen wirthschaftlichen Verhältnisse sind dazu geeignet, bisher hatten wir keine Zeit dazu, weil wir die Männer den Gewerkschaften zuführen mußten. Den Antrag auf Gründung einer Frauenzeitung halte ich für unannehmbar, weil den Parteiblättern dadurch eine große Last auferlegt wird. Wir sollten statt dessen lieber die Frauen den Gewerkschaften zuführen und sie in diesen Kämpfen auch gleichzeitig politisch bilden. Dann wird die Frau im Klassenkampf mehr als bisher ihre Schuldigkeit thun können.

Frau **Greiffenberg**: Es ist richtig, daß die bürgerlichen Frauen auch Forderungen stellen, die wir ebenfalls erheben, aber wir Proletarierinnen gehen weiter, wir verlangen die politische Gleichberechtigung und deshalb können wir nicht mit den bürgerlichen Frauen zusammengehen. Wir Proletarierinnen haben so viel zu thun, um die Frauen aufzuklären, wir müssen in diesem Kampfe von den Männern unterstützt werden. Man sollte die Arbeiterinnen vor allem, wie es der Antrag 61 will, den gewerkschaftlichen Organisationen zuführen. Auch der Antrag, betreffend die Wahl einer Vertrauensperson für die Frauen, ist von großer Wichtigkeit, hingegen halte ich die Gründung einer Frauenzeitung wegen der zu hohen Kosten nicht für nöthig. Unsere Parteiblätter sind ebenso gut für die Frauen wie für die Männer bestimmt, und wenn diese die Frauen darüber aufklären, daß sie mit den Männern Schulter an Schulter zu kämpfen haben, so wird es um unsere Sache besser stehen. Wenn die Frau erst ihre Klassenlage begriffen hat, wird sie den Keim des Sozialismus schon in die Herzen der Kinder legen und so für uns agitiren.

Grazhold-Berlin: Ich empfehle Ihnen dringend die Annahme des Berliner Antrages, der den Frauen den Anschluß an gewerkschaftliche Organisationen empfiehlt. Der Antrag, der die Wahl von Vertrauenspersonen will, kann nach den Erfahrungen im Prozeß Auer gefährlich werden, die Vertrauensleute könnten als Verein erklärt werden, und deshalb muß man vorsichtig sein.

Frau **Eichhorn**-Dresden: Die Frauenbewegung konnte bisher noch nicht mehr erreichen, weil wir es mit zwei Gegnern zu thun haben, mit den Männern und mit dem Kapital. Ein Anschluß an die bürgerliche Frauenbewegung hat keinen Zweck, denn diese Frauen würden uns doch nur ins Schlepptau nehmen, solange wir ihrem Gedankengang folgen, dann aber sofort umschwenken. Die Gründung einer eigenen Frauenzeitung hat keinen Zweck, die „Gleichheit" ist vollkommen ausreichend. Ganz unannehmbar ist der Antrag, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages ein Referat über Arbeiterinnen-Organisationen zu setzen, denn eine einheitliche Organisation ist doch nicht möglich. Mit der Resolution Zetkin bin ich einverstanden, nur bitte ich unter Punkt 7 auch eine kräftige Agitation gegen die Gesinde-Ordnung einzuschalten. Flugblätter, wie sie die Referentin vorschlägt, halte ich für wünschenswerth, aber wir können die Parteikasse nicht mit den Kosten belasten. Auch die einzelnen Städte sollten zur Deckung der Unkosten beitragen. Es würde sich ferner empfehlen, wenn die Parteiblätter von Zeit zu Zeit Leitartikel bringen, die sich mit der Frauenfrage beschäftigen.

Singer macht darauf aufmerksam, daß der Antrag, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages ein Referat über Arbeiterinnen-Organisationen zu setzen, nicht mit zur Debatte steht.

Fräulein **Baader**: Genossin Löwenherz meint, es fehlt uns an Agitatorinnen, daher brauchen wir die bürgerlichen Frauen. Da meine ich, lassen

wir lieber die Versammlungen ausfallen. Und ich meine, auch Genossin Löwenherz thut am besten, ihre Agitation vorläufig auch noch auszusetzen (sehr richtig!), bis sie zu anderen Anschauungen kommt. Denn jetzt ist sie nach ihren Aeußerungen offenbar noch viel zu sehr mit den bürgerlichen Kreisen verwachsen. Gewiß ist es nicht leicht, geschulte Agitatorinnen zu erziehen; aber die Bekanntschaft und Vertrautheit mit den Verhältnissen der proletarischen Frauen ersetzt das einigermaßen. (Sehr richtig!) Gewiß fehlt es an geschulten Agitatorinnen, aber an Agitatoren fehlt es ebenso gut auch den Männern. (Sehr richtig!)

Was die Anträge anlangt, so spreche auch ich mich gegen die Gründung einer Frauenzeitung aus. Für die proletarischen Frauen ist das gesprochene Wort die Hauptsache. Wirken wir durch weibliche Vertrauenspersonen, gründen wir auch, wo es möglich ist, Frauenvereine, und agitiren wir durch Flugblätter und Broschüren, wie sie Frau Zetkin vorgeschlagen hat. Das wird uns vorwärts bringen in der Frauenbewegung und wird die Frauen auch mehr in die gewerkschaftliche Bewegung hineinführen. Sollte sich das Eine oder das Andere nicht bewähren, nun, wir haben ja im nächsten Jahre wieder einen Parteitag. (Bravo!)

Frau **Meder**-Leipzig: Frl. Löwenherz ist nicht aus dem Proletariat herausgewachsen, sonst hätte sie derartige, ein Zusammengehen mit den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen empfehlende Aeußerungen nicht thun können. Wir müssen mit den Proletariern Hand in Hand kämpfen, nicht aber mit denen, mit denen wir nichts gemein haben. Sorgen wir dafür, daß die Männer zusammen mit den Frauen in Arbeiter-Bildungsvereinen Belehrung finden, um dann als Agitatoren ins Land hinauszugehen. Die Frauen brauchen sich durchaus nicht zu geniren. (Beifall.)

Frau **Vogel**-Netzschkau: Wie verschiedene Vorredner, so muß auch ich mich gegen den Antrag auf Herausgabe einer Frauenzeitung erklären, wir können die Proletarier, die jeden Pfennig zusammenhalten müssen, nicht zwingen, noch eine Extrazeitung zu unterhalten. Wir haben in Sachsen schon den Versuch gemacht, unserem Blatte wöchentlich eine Frauenzeitung beizugeben.

Frau **Kähler**-Hamburg: Viele Genossen behandeln die Frauenfrage so scherzhaft, daß man sich wirklich fragen muß: Sind das Parteigenossen, die für gleiches Recht eintreten? In vielen Orten lassen die Männer die Frauen überhaupt nicht aufkommen, sie klären die Frauen nicht einmal auf, sie sagen einfach: „Das kümmert Euch nichts, davon versteht Ihr nichts." Und damit sind unsere Genossen fertig. (Widerspruch.) Es ist dringend nöthig, in energischerer Weise als bisher die Frauenagitation zu betreiben. Eine Extra-Frauenzeitung ist dazu nicht nöthig, wir haben ja die „Gleichheit", die diesen Zweck vollauf erfüllt. Lehnen Sie also den Antrag ab! Die Bildung von Frauenvereinen ist nur da möglich, wo die männlichen Genossen dem Verein ihre Hilfe zusichern. Im übrigen müssen die Frauen zu den Gewerkschaftsbewegungen herangezogen werden. Ich hätte gewünscht, daß Frl. Löwenherz ihre Rede nicht gehalten hätte, es klang etwas Egoismus hindurch, und das ist in unserer Partei nicht angebracht, für uns kommt es auf das Prinzip und nicht auf die Person an. (Beifall.) Die bürgerlichen Frauen, die für ihre Klasse kämpfen, kämpfen nicht für das Proletariat. Wir gehören zum Proletariat, und wollen mit unseren Männern Schulter an Schulter kämpfen. Deshalb haben wir die Resolution betreffend die Wahl weiblicher Vertrauenspersonen eingebracht. Wir haben diese Einrichtung in Schleswig-Holstein bereits getroffen und sie hat sich bewährt. (Lebhafter Beifall.)

Auer: In der Regel zähle ich ja bei der Frauenfrage nicht zu den Rednern (Heiterkeit), und auch heute hätte ich mich nicht in die Diskussion gemischt, wenn ich nicht zu dem Antrag Posselt eine Deklaration abzugeben

hätte. Eine solche Deklaration ist nothwendig, damit nicht später Mißverständnisse entstehen. Gerade in Bezug auf die Frauenagitation ist möglichste Klarheit erwünscht, und bei aller Hochachtung vor unseren Genossinnen weiß ich doch, daß Mißverständnisse bei ihnen nicht ausgeschlossen sind. Der Antrag entspricht ganz und gar meiner Auffassung. Ich habe immer den Standpunkt vertreten, daß bei aller Gemeinsamkeit der Interessen es doch nothwendig ist, den eigenartigen Charakter der Frauenbewegung nicht zu übersehen. Die sozialdemokratische Frauenbewegung ist ja nichts Abgesondertes von der allgemeinen Bewegung, aber sie hat doch ihre natürlichen, selbständigen Gesichtspunkte und hat Einrichtungen und Maßnahmen nöthig, die am besten von den Trägerinnen der Frauenagitation ergriffen werden. Eines aber muß zu diesem Antrage klar ausgesprochen werden und ich thue es im Auftrage der Antragsteller. Wenn in dem Antrage gesagt wird: Der Parteitag empfiehlt den Genossen . . . die Wahl von weiblichen Vertrauenspersonen vorzunehmen — so will ich hier konstatiren, daß es sich bei diesen Vertrauenspersonen nicht um Vertrauenspersonen im Sinne des § 3 unseres Organisationsstatuts handelt. (Allseitige Zustimmung.) Weibliche Vertrauenspersonen können nicht als gleichberechtigter Faktor in Verbindung mit unserem Vertrauensmannkörper treten. Wir müssen mit der Gefahr rechnen, daß unser Vertrauensmannkörper als ein Verein erklärt wird, und damit scheidet für Preußen die Möglichkeit weiblicher Vertrauenspersonen aus. Die im Antrag „weibliche Vertrauenspersonen" genannten Genossinnen haben also ausschließlich die Aufgabe:

„Aufklärung unter den proletarischen Frauen in politischer und gewerkschaftlicher Hinsicht, Erziehung zum und Stärkung des Klassenbewußtseins zu schaffen und eine diesen Aufgaben entsprechende planmäßige Agitation zu betreiben",

und ich wünsche ihnen allen Erfolg dazu. (Beifall.)

Müller-Schkeuditz: Die Genossin Zetkin hat eine schöne, auf möglichsten Triumph berechnete Rede gehalten, aber die Hauptsache hat sie kaum berührt. (Oho!) Die Hauptsache ist, daß wir unter den Frauen die gewerkschaftliche Organisation und Agitation betreiben. Und gerade in Bezug auf den Anschluß an die Gewerkschaften steht es sehr flau.

Frau **Heinrich**-Sagan: Ich bin mit den Ausführungen der Frau Zetkin vollkommen einverstanden. Aber sie hätte betonen sollen, daß die Flugblätter und Broschüren gemeinverständlich, volksthümlich und aus dem Volke heraus geschrieben werden müssen, so daß jede Proletarierin das verstehen kann. Bis jetzt ist das nicht der Fall. Ich habe zehn Abonnentinnen auf die „Gleichheit" gewonnen. Als ich aber einige Nummern ihnen gebracht hatte, sagten sie mir: „Ach, gehen Sie mit Ihrer „Gleichheit"; ich verstehe nichts davon!" (Heiterkeit.) Es muß also eine Frau aus dem Volke jetzt die Flugblätter schreiben, die nicht nur die Verhältnisse kennt, sondern auch den richtigen Ton zu treffen weiß. (Beifall.)

Es ist ein Antrag auf Schluß der Debatte eingegangen.

Lesche-Altona spricht gegen den Schluß der Debatte. Es seien in derselben eine Reihe von schiefen Anschauungen seitens der Genossinnen zum Ausdruck gebracht (sehr wahr!), die wir als Genossen uns nicht gefallen lassen können. (Beifall.)

Der Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Lentert-Apolda: Ich bin gegen den Druck der Rede der Frau Zetkin, weil er für das Verständniß der Proletarierinnen nicht geeignet ist; er ist zu wissenschaftlich. Die bürgerlichen Anschauungen der Genossin Löwenherz sind leicht verzeihliche. Das Agrarprogramm wurde abgelehnt, weil man Proletarier mit Bauer verwechselte; ebenso wenig darf man bürgerliche Frauen mit Proletarierinnen verwechseln.

Gewehr-Elberfeld: Der Antrag betreffend Gründung einer Frauenzeitung ist in der gegenwärtigen Form allerdings unannehmbar, aber er ist doch nicht ganz von der Hand zu weisen. Die Genossin Zetkin will durch Broschüren und Flugblätter agitiren; damit ist die Berechtigung einer populär gehaltenen Frauenzeitung anerkannt. Ueberweisen Sie den Antrag der Parteileitung. Bedauerlich ist es, daß der Genossin Löwenherz unlautere Motive untergeschoben wurden. Auf mich hat die Diskussion den Eindruck gemacht, als ob auch auf anderer Seite nicht gerade die sachlichsten Momente vorherrschten, als ob eine gewisse Rivalität zum Ausdruck kommt, vor dem man sich hüten sollte, wenn es gilt, die Genossen für die Frauenagitation zu begeistern.

Ein erneuter Antrag auf Schluß der Debatte wird wieder abgelehnt.

Schoenlank: Die Genossin Löwenherz hätte zum mindesten die Nummer der „Leipziger Volkszeitung" anführen müssen, die den Artikel enthalten soll. Der Satz, den sie zitirt hat, ist so blödsinnig, daß ihn mir niemand zutrauen wird, ich bin schon seit 10 Jahren für den Schutz der Arbeiterinnen eingetreten; ich erinnere nur an meine Untersuchungen über die Spiegelbelegerinnen. (Sehr wahr!) Von der Genossin Löwenherz habe ich nie einen Artikel bekommen; dafür aber habe ich hier einen Artikel von ihr in der „Gleichheit", der sich gegen den Arbeiterschutz wendet. Die Genossin Löwenherz hat sich ja auch mit einer für die Frauen sehr wichtigen Frage, mit der Frage der Prostitution beschäftigt. Aber ihre Schilderungen beweisen, daß sie nicht auf dem sozialistischen Standpunkt, sondern auf einem empfindsam bürgerlichen Standpunkt steht, der durch ein Aufgebot von Gefühlsduselei mit den ökonomischen Verhältnissen fertig zu werden glaubt. (Sehr richtig.) Bei ihrer Verquickung von bourgeois-kapitalistischen Auffassungen mit unverdauten proletarischen Ideen hätte sie sich vor einer persönlichen Polemik hüten sollen.

Frl. **Löwenherz**: Verschiedene Redner sind, wie es in der Partei leider vielfach geschieht, nicht auf die Sache eingegangen, sondern haben mich persönlich angegriffen und mir unterschoben, daß ich überhaupt nicht Sozialdemokratin bin. Ich muß das entschieden zurückweisen und kann mich da einfach auf die rheinischen Genossen berufen. Wenn Genosse Schoenlank den von mir zitirten Artikel nicht selbst verfaßt hat, so ist er doch dafür verantwortlich. Ich bitte ihn, mir Raum in seiner Zeitung zu gewähren, dann werde ich den Beweis für meine Behauptungen erbringen. Ebenso wie er hat mich auch die „Gleichheit" einfach todtgeschwiegen. Der Genosse Schoenlank sprach von einem Artikel von mir, der sich gegen den Arbeiterschutz richtet; nein, er richtete sich gegen den Arbeiterinnenschutz, und wie recht ich damit hatte, das beweist, daß in den letzten drei Jahren garnicht mehr die Rede davon war, und daß die klerikale Partei, die offen erklärt, daß es ihr nicht auf Arbeiterinnenschutz, sondern auf Entfernung der Frauen aus den Fabriken ankommt, sich jetzt dieser Forderung bemächtigt hat. Rednerin polemisirt weiter gegen die „Gleichheit", die einen Artikel von ihr in einer Frage, die zur öffentlichen Diskussion stand, abgedruckt, aber so gethan habe, als habe man ihn nur aus Gnade und Barmherzigkeit aufgenommen. Die „Gleichheit" habe sie ferner als Frauenrechtlerin hingestellt und ihr Unkenntniß in sozialpolitischen Dingen vorgeworfen. Zum Schluß tritt Rednerin für den Antrag auf Gründung einer Frauenzeitung ein.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Darauf tritt die Mittagspause ein.

Nachmittags-Sitzung.

2¼ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Das Schlußwort in der Debatte über die Frauenfrage erhält

Frau **Zetkin:** Neue Anregungen sind in der Debatte nicht zu tage gefördert worden. Wenn Frau Heinrich behauptet, daß meine Ausführungen nicht populär genug die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation den Arbeiterinnen erörtert hätten, so weise ich darauf hin, daß wir uns nicht in einer Volksversammlung befinden, sondern auf einem sozialdemokratischen Parteitage. Wenn mir ferner vorgeworfen wird, ich wäre zu theoretisch gewesen, so hat ja die Debatte bewiesen, wie nothwendig es ist, eine prinzipielle Klärung über unsere Stellung gegenüber der bürgerlichen Frauenrechtlerei festzulegen. Genossin Löwenherz meint, wir hätten allen Anlaß, mit den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen Hand in Hand zu gehen, weil sie auch manche Forderungen vertreten, die auch wir vertreten. Ich bin anderer Ansicht. Diese Auffassung entspricht der Ueberzeugung, daß es eine „Frauenbewegung" an und für sich und als solche giebt. Wir sind der Auffassung, daß es eine Frauenbewegung nur giebt im Anschluß an die geschichtliche Entwickelung und daß es deshalb eine bürgerliche und eine proletarische Frauenbewegung giebt, die nicht mehr Gemeinsames haben als wie die Sozialdemokratie mit der bürgerlichen Gesellschaft. Wir weisen die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen nicht etwa deshalb zurück, weil wir das Bischen nicht wollen, sondern weil sie das Mehr nicht wollen, was gerade den wesentlichen Inhalt unserer Forderungen ausmacht, nicht blos mit Rücksicht auf unsere Zukunftsforderungen, sondern auch mit Rücksicht auf die recht minimalen Forderungen, die wir jetzt auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft vertreten. Der Fortbildungsunterricht zum Beispiel ist illusorisch, wenn die Proletarierkinder gleichzeitig für ihren Lebensunterhalt erwerbsfähig sein müssen. Wir fordern nicht nur das Brot des Geistes, sondern auch das Brot des Körpers. Und es wäre thöricht, wenn wir, hinter denen die kompakte soziale Macht der Sozialdemokratie steht, uns den bürgerlichen Frauen, hinter denen keine soziale Macht steht, anschließen wollten. Und noch eins trennt uns: die Taktik. Verlangt man, daß die klassenbewußten Arbeiterinnen mit Petitionen an den Thron des Kaisers und an die Regierungen gehen? — Wir sollen die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen für uns agitiren lassen, weil wir keine geschulten Agitatorinnen haben, sagt Genossin Löwenherz. Auf jedem Parteitag wird geklagt über den Mangel an Agitatoren. Wenden wir uns etwa deshalb an Eugen Richter und Genossen? (Heiterkeit.) Es kommt nicht darauf an, was man verlangt, sondern zu welchem Zweck man es verlangt. Wenn die bürgerlichen Frauen Forderungen erheben, thun sie es nicht, um das Proletariat wehrfähiger zu machen für den Befreiungskampf, sondern sie thun es, getrieben von dem bösen Gewissen der Bourgeoisie, um mit ihren Forderungen dem Proletariat den Mund zu stopfen. Wir aber wollen, daß in der Stunde, wo am Ende der kapitalistischen Entwickelung die bürgerliche Gesellschaft in sich selbst zusammenbricht, der Proletarier nicht dasteht, wie der Sklave, der die Kette bricht, sondern als eine körperlich, geistig und sittlich vollkommene Persönlichkeit. Und von diesem Standpunkt aus ist zwischen proletarischer und bürgerlicher Gesellschaft keine Gemeinschaft möglich. Mit guten Absichten, mit schönen Gefühlen hat man noch keine neue Gesellschaft gezimmert; sie erweisen sich als brüchiger Schiefer, welcher zersplittert, wenn die wirthschaftlichen Thatsachen, die Geldsack-Interessen an sie herantreten. Nur die klare Erkenntniß ist der Granit, auf welchen das Proletariat rechnen kann, um die Kirche der Zukunft darauf zu bauen. (Stürmischer Beifall.)

Es wird zur Abstimmung geschritten.

Der Antrag, das Zetkin'sche Referat drucken und als besondere Beilage

verbreiten zu lassen — die unentgeltliche Vertheilung ist gestrichen — **wird angenommen.**

Die Resolution:

Die moderne Frauenfrage ist das Ergebniß der durch die kapitalistische Produktionsweise gezeitigten wirthschaftlichen Umwälzungen. Sie tritt deshalb in den verschiedenen Klassen auf, die der modernen Gesellschaft eigenthümlich sind, nimmt aber in jeder derselben eine andere Form an.

In der Klasse der oberen Zehntausend ist die Frau als Besitzerin eigenen Vermögens ökonomisch vom Manne unabhängig, aber als Ehefrau ist sie rechtlich ihm noch vielfach unterworfen und kann in der Regel nicht frei über ihren Besitz verfügen. Der Besitz führt in dieser Klasse zur Geldehe und zu ihrem Gegenstück, dem Ehebruch; er fördert die Auflösu..g des Familienlebens und enthebt die Frau ihrer Pflichten als Gattin und Mutter. Im Vordergrund der Forderungen, welche die Frauen dieser Klasse stellen, steht die rechtliche Sicherung des Vermögensbesitzes und das freie Verfügungsrecht darüber für das weibliche Geschlecht. Der Emanzipationskampf dieser Frauenklasse ist ein Kampf für die Beseitigung aller sozialen Unterschiede, die nicht auf dem Vermögensbesitz beruhen. Die Verwirklichung ihrer Forderungen bedeutet die letzte Stufe der Emanzipation des Privatbesitzes.

In der kleinen und mittleren Bourgeoisie, sowie in der bürgerlichen „Intelligenz" wird die Familie durch wesentliche Begleiterscheinungen der kapitalistischen Produktion zersetzt. Es wächst die Zahl der ehelosen Frauen, die dadurch auf eigenen Verdienst angewiesen werden; es wächst die Zahl der Familien, denen der Erwerb des Mannes nicht genügt. Die weiblichen Angehörigen dieser Schichten werden zur Erwerbsarbeit auf dem Gebiete der liberalen Berufe gedrängt. Im Vordergrund ihrer Forderungen steht deshalb das Recht auf gleiche Berufsthätigkeit und Berufsbildung für beide Geschlechter, für völlig freie Konkurrenz auf allen Gebieten. Der Kampf der Frauen für diese Forderungen ist ein wirthschaftlicher Interessenkampf zwischen Männern und Frauen jener Schichten. Und da jeder wirthschaftliche Interessenkampf ein politischer wird, drängt er die Frauen auch zur Forderung der politischen Gleichstellung der Geschlechter. Erst durch die Verwirklichung dieser Forderungen erringt die Klein- und Mittel-Bürgerin die volle Gleichstellung mit dem Manne.

Im Proletariat ist es das Ausbeutungsbedürfniß des Kapitals, das die Frau zur Erwerbsarbeit zwingt und die Familie zerstört. Durch ihre Erwerbsarbeit wird die proletarische Frau dem Manne ihrer Klasse wirthschaftlich gleichgestellt. Aber diese Gleichstellung bedeutet, daß sie, wie der Proletarier, nur härter als er, vom Kapitalisten ausgebeutet wird. Der Emanzipationskampf der Proletarierinnen ist deshalb nicht ein Kampf gegen die Männer der eigenen Klasse, sondern ein Kampf im Verein mit den Männern ihrer Klasse gegen die Kapitalistenklasse. Das nächste Ziel dieses Kampfes ist die Errichtung von Schranken gegen die kapitalistische Ausbeutung. Sein Endziel ist die politische Herrschaft des Proletariats zum Zwecke der Beseitigung der Klassenherrschaft und der Herbeiführung der sozialistischen Gesellschaft.

Als Kämpferin in diesem Klassenkampf bedarf die Proletarierin ebenso der rechtlichen und politischen Gleichstellung mit dem Manne wie die Klein- und Mittel-Bürgerin und die Frau der bürgerlichen Intelligenz. Als selbständige Arbeiterin bedarf sie ebenso der freien Verfügung über ihr Einkommen (Lohn) und ihre Person wie die Frau der großen Bourgeoisie. Aber trotz aller Berührungspunkte in rechtlichen und politischen Reformforderungen hat die Proletarierin in den entscheidenden ökonomischen Interessen nichts Gemeinsames mit den Frauen der anderen Klassen. Die Emanzipation

der proletarischen Frau kann deshalb nicht das Werk sein der Frauen aller Klassen, sondern ist allein das Werk des gesammten Proletariats ohne Unterschied des Geschlechts.

Die Agitation unter den proletarischen Frauen muß daher in erster Linie sozialistische Agitation sein. Ihre Hauptaufgabe ist, die proletarischen Frauen zum Klassenbewußtsein zu wecken und für den Klassenkampf zu gewinnen. Die Arbeiterin muß aus einer Schmutzkonkurrentin des Mannes zu dessen Kampfgenossin, aus einer hemmenden zu einer treibenden und thätigen Kraft im Klassenkampf werden. Die proletarische Frauenagitation muß sich also streng im Rahmen der allgemeinen Arbeiterbewegung halten und muß an alle Fragen anknüpfen, die für die Arbeiterklasse jeweilig von besonderer Wichtigkeit sind. Soweit bestimmte dringende Aufgaben nicht vorliegen, ist in der Agitation für Reformen einzutreten, die im Interesse der Proletarierin als Arbeiterin und Frau liegen. Insbesondere ist zu agitiren: 1. für Ausdehnung des gesetzlichen Arbeiterinnenschutzes, namentlich für Einführung des gesetzlichen Achtstundentages zunächst wenigstens für die weiblichen Arbeiter. 2. für Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren. 3. für aktives und passives Wahlrecht der Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten zu den Gewerbe-Schiedsgerichten. 4. für gleichen Lohn für gleiche Leistung ohne Unterschied des Geschlechts. 5. für volle politische Gleichberechtigung der Frauen mit den Männern, speziell für uneingeschränktes Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrecht. 6. für gleiche Bildung und freie Berufsthätigkeit der beiden Geschlechter. 7. für die privatrechtliche Gleichstellung der Geschlechter.

Hand in Hand mit der mündlichen muß die schriftliche Agitation unter den proletarischen Frauen betrieben werden. Als vorzüglichstes Mittel, Anregung und Aufklärung unter die Massen der noch indifferenten Proletarierinnen zu tragen, empfiehlt sich die periodische Verbreitung von Flugblättern, die bestimmte, praktische Fragen behandeln. Zur weiteren Belehrung und Schulung sind besonders Broschüren geeignet, die der Proletarierin den Sozialismus näher bringen und zwar als Arbeiterin, als Frau und vor allem auch als Mutter. Die sozialdemokratische Presse muß systematisch für die wirthschaftliche und politische Aufklärung der proletarischen Frauen wirken.

wird mit einem Amendement der Frau Meder: „Die Beseitigung der Gesinde-Ordnungen mit unter die Forderungen zu stellen" **angenommen.**

Die Anträge 40 und 60 werden abgelehnt.

Antrag 61, Antrag **Posselt, Baader, Zetkin und Genossen,** sowie **Antrag Mattutat** und Genossen werden angenommen.

Damit ist Punkt 8 der Tagesordnung erledigt.

Es folgt Punkt 9 der Tagesordnung: **Das Proportional-Wahlsystem.**

Ein Antrag, diesen Punkt von der Tagesordnung **abzusetzen,** wird von **Schöpflin** begründet, von **Bär-Crefeld** mit dem Hinweis darauf **bekämpft,** daß gerade über diesen Punkt unseres Programms große Unklarheit unter den Genossen im Lande herrscht.

Eine längere Geschäftsordnungs-Debatte entwickelt sich über diese Angelegenheit. **Bunte** und **Voigt-Berlin** treten für die Besprechung der Proportionalwahl ein. **Förster-Hamburg** führt aus: Eine eingehende Erörterung dieses Punktes ist doch nicht möglich. Es sei denn, daß alle übrigen Anträge wieder en masse der Parteileitung überwiesen werden. Es ist aber besser, sie endlich einmal gründlich zu berathen. Wenn unsere Genossen nur in der Frage der Proportionalwahl unklar sind, so läßt sich das noch ertragen. Die Proportionalwahl ist schließlich heute nur eine akademische Frage. (Beifall.)

Der Antrag auf **Absetzung** des Punktes von der Tagesordnung wird mit großer Majorität **angenommen.**

Es folgt Punkt 10: **Anträge zum Parteiprogramm.**

Hier fallen in Betracht die Anträge 15, 16 und 17.

Der Antrag 15 wird zurückgezogen, Antrag 16 findet nicht die genügende Unterstützung und Antrag 17 wird durch den Beschluß, die Proportionalwahl nicht zu besprechen, für erledigt erklärt.

Es folgt Punkt 11: **Sonstige Anträge.**

Singer: Der Parteitag ist damit einverstanden, daß wir diese Anträge in drei Kategorien theilen.

Die erste betrifft den Ort, wo der nächste Parteitag tagen soll, die zweite seine Tagesordnung, die dritte umfaßt verschiedenartige Anträge. Ueber den Ort des nächsten Parteitages wird schriftlich abgestimmt werden.

Mit der Frage des Ortes des nächsten Parteitages beschäftigen sich die Anträge: 18, 19, 20, 21, 22, 23 und der Antrag David, der als Ort des nächsten Parteitags Mainz vorschlägt.

Von diesen Anträgen finden nur die Anträge 18, 21 und Antrag David die genügende Unterstützung, während der Antrag 23, der für den nächsten Parteitag Karlsruhe vorschlägt, zurückgezogen ist.

Es handelt sich also darum, ob der Parteitag in Hamburg, Hannover oder Mainz abgehalten werden soll.

Molkenbuhr tritt für Hamburg ein. Es sei schon oft der Wunsch laut geworden, einen Parteitag in Hamburg abzuhalten, aber stets habe man eingewandt, daß Hamburg zu weit von dem Mittelpunkt Deutschlands entfernt sei. Die Strecke von Hamburg bis zur nächsten Grenze betrage aber nur 152 Kilometer, während z. B. Mainz 212 Kilometer von der russischen Grenze entfernt sei. Die Hamburger hätten mit Rücksicht auf die Thätigkeit der dortigen Genossen einen Anspruch darauf, einmal den Parteitag bei sich zu sehen. Nachdem wiederholt nahe an der Grenze Parteitage stattgefunden, sei es eine Zurücksetzung, wollte man jetzt nicht nach Hamburg gehen, das ja von überall her leicht zu erreichen sei. In Hamburg seien die Delegirten auch sicher, daß sie nicht erst eine Landreise zum Parteilokal zu machen hätten. (Heiterkeit.)

David spricht den Wunsch aus, den Parteitag in Mainz abzuhalten. Hauptsächlich mit Rücksicht darauf, daß dadurch in agitatorischer Beziehung etwas erreicht wird.

Wiehle vertritt den Antrag, den Parteitag in Hannover stattfinden zu lassen.

Bömelburg tritt für Hamburg ein. Alle Vorzüge Hamburgs könne er nicht schildern, sonst würde ja Hamburg sofort einstimmig gewählt werden. (Heiterkeit.)

Hülle-Erfurt weist darauf hin, daß die von Molkenbuhr aufgestellte Berechnung der Entfernung Hamburgs falsch sei. Auch die Wohnungsverhältnisse Hamburgs seien schlechte. Er empfehle Mainz. Im vorigen Jahre hätten sich ja die Hamburger selbst dagegen gesträubt, daß in Hamburg der Parteitag abgehalten werde. Man habe dann damals auf die schlechten Saalverhältnisse aufmerksam gemacht.

Hierauf wird die Debatte geschlossen.

Während der Abstimmung, die eine schriftliche ist, wird in die Berathung der Anträge zur Tagesordnung des nächsten Parteitages eingetreten.

Singer: Ich hätte gegen die Berathung dieser Anträge ja an sich nichts einzuwenden, aber gegenüber den vielfachen Schwierigkeiten, die sich bei der Beschaffung von Referenten für die Feststellung der Tagesordnung herausstellen und bei der Wichtigkeit der Punkte schlage ich Ihnen vor, Sie überweisen sämmtliche Anträge dem geschäftsführenden Ausschusse.

Diesem Antrage entsprechend wird beschlossen.

Es folgt die Berathung der **verschiedenen Anträge.**

Den Antrag 30, betreffend die Errichtung eines Bureaus zur Ertheilung von Rath in Rechtsangelegenheiten im Saarrevier auf Parteikosten begründet

Emmel mit dem Hinweis auf die hinlänglich bekannten Verhältnisse im Gebiet des Königs Stumm. Sogar die Rechtsanwälte ständen dort unter dem geistigen Einfluß des Fabrikdirektors, mit dem sie im Kasino verkehrten. Nicht einmal die Bergarbeiter fänden Schutz und deshalb habe schon der katholische Volksverein und die christlich-soziale Partei ein Rechtsbureau errichtet. Das Bureau der christlich-sozialen Partei sei freilich von Stumm bereits weggefegt. Ein solches Bureau würde der Partei zum Vortheil gereichen.

Pfannkuch: Ich meine, daß der Parteitag sich mit derartigen Fragen überhaupt nicht beschäftigen solle. (Sehr richtig!) Was dem Saargebiet Recht ist, ist anderen Kreisen, namentlich Ost- und Westpreußen, billig. Um all diese Wünsche zu befriedigen, würden aber unsere Mittel nicht ausreichen. (Sehr richtig.) Ein Rechtsbureau, das nicht in allen Fragen des Rechts und des öffentlichen Lebens sichere und prompte Antwort zu ertheilen vermag, wird eher schaden als nützen.

Legien: Ueber die Zweckmäßigkeit und die Nothwendigkeit eines solchen Rechtsschutz- und Auskunftsbureaus dürfte wohl kaum ein Zweifel bestehen. Ich bin gegen den Antrag, weil gerade im Saarrevier bei einem wöchentlichen Beitrag von 1 Pf. die Arbeiter ein solches Institut selbst erhalten können. Die Partei als solche kann dafür nicht eintreten.

Der Antrag wird abgelehnt.

Zur Debatte gelangen die Anträge 62 und 63, betreffend Verhalten der Leipziger Genossen in der Wahlrechtsfrage. Zur Begründung derselben spricht

Mehnert-Chemnitz: Es wurde uns nahe gelegt, diese Anträge zurückzuziehen und der nächsten sächsischen Landesversammlung die Entscheidung zu unterbreiten. Wir konnten diesem Verlangen jedoch nicht nachkommen, denn wir sind Beauftragte unserer Genossen und haben deren Aufträge auszuführen. Der Redner giebt eine Darlegung des Streites. Die Landesversammlung der sächsischen Genossen in Dresden hat sich mit überwiegender Majorität dahin entschieden, daß die Mandate beizubehalten sind und daß sich die Genossen an den künftigen Wahlen zu betheiligen haben. Nun haben die Leipziger Genossen ihre Landtags-Abgeordneten Pinkau und Goldstein trotz des Beschlusses der Landesversammlung aufgefordert, ihre Mandate niederzulegen. Pinkau ist dieser Aufforderung nachgekommen, Goldstein nicht, weil sein Mandat in nächster Zeit abläuft. Die Leipziger Genossen haben ferner beschlossen, sich an den Landtagswahlen nicht mehr zu betheiligen. Diese Vorgänge dürfen nicht mit Stillschweigen übergangen werden. Wir gerathen auf eine schiefe Ebene, wenn wir das demokratische Prinzip durchbrechen. Mit der Einigkeit und Geschlossenheit unserer Partei ist es sonst vorbei. (Zustimmung.)

Gerisch: Ich bitte beide Anträge abzulehnen, da wir die Erledigung dieser Angelegenheit den sächsischen Parteigenossen selbst überlassen können.

Schoenlank: Ich kann mich dem nur anschließen und empfehle Ihnen das auch. (Heiterkeit.)

Geyer: Auch ich meine, wir brauchen den Parteitag nicht zu behelligen; wir sind in Sachsen selbst Manns genug und werden selbst bei uns die Disziplin aufrechterhalten. (Bravo!) Wir haben bis zu den nächsten Wahlen noch eine Landesversammlung und wir sind davon überzeugt, daß die Leipziger Genossen sich den Beschlüssen derselben fügen werden. Mit Rücksicht

auf diese Motivirung bitte ich Sie, über die Anträge zur Tagesordnung überzugehen. (Beifall.)

Die Anträge 62 und 63 werden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, Antrag 83 wird nicht begründet.

Beims-Goslar bittet um Annahme dieses Antrages im Interesse der Förderung der Agitation unter den Landleuten.

Gerisch hält den Antrag für überflüssig, da bereits der Antrag Gewehr vorliegt.

Die Vertrauensleute der einzelnen Orte resp. Reichstagswahlkreise sind verpflichtet, in jedem Jahre mindestens einmal über den Stand der Partei und die wichtigsten, die Partei interessirenden Vorkommnisse ihres Bezirkes der Parteileitung Bericht einzusenden.

Die Diskussion über diesen Antrag wird hiermit verbunden.

Gewehr-Elberfeld begründet seinen Antrag mit dem Hinweis darauf, daß die Parteileitung Klage geführt habe, daß die Berichte zu mangelhaft eingesandt seien.

Ohne Debatte wird Antrag 83 abgelehnt, Antrag Gewehr dagegen mit großer Mehrheit angenommen.

Damit sind sämmtliche Anträge erledigt.

Als Sitz des geschäftsführenden Ausschusses wird einstimmig Hamburg bestimmt.

Nach dreiviertelstündiger Pause wird der Bericht der Beschwerdekommission entgegengenommen.

Blos berichtet über die Prüfung der Beschwerdeschrift der Frau Gubela in Berlin. Es handet sich um eine Angelegenheit, die sich seeschlangenartig seit 1889/90 hinzieht. Alle Instanzen haben sich mit dieser hochwichtigen Angelegenheit (Heiterkeit) schon beschäftigen müssen. Die Beschwerdekommission beantragt, daß der Parteitag über diese historische Sache (Heiterkeit) zur Tagesordnung übergeht. (Beifall.)

Die Beschwerdeschrift der Frau Gubela wird durch Tagesordnung erledigt.

Ehrhardt berichtet über die beiden anderen Beschwerden, die die Fälle Pistorius und Kießling in Braunschweig betreffen. Die Zerwürfnisse in Braunschweig schädigen nicht nur die dortige Organisation, sondern auch das Parteiorgan. Ein Schiedsgericht im Mai ds. Js. hat bereits Pistorius aus der Partei ausgeschlossen und Kießling für unfähig erklärt, ferner ein Parteiamt zu bekleiden. Beide waren jahrelang Freunde und haben ihre Pflicht und Schuldigkeit gethan, aber auch immer vereint andere Richtungen nach Kräften angerempelt. Im Frühjahr geriethen sie in Streit, Pistorius theilte dem Redakteur Jäckh mit, daß Kießling sich in dem unseligen Bierboykott von dem Brauereibesitzer Kellermann in Hannover durch die Summe von 300 Mark hat bestechen lassen. Jäckh beging dann die Taktlosigkeit, die Sache an die Oeffentlichkeit zu bringen. Unser eigenes Parteiorgan wühlte diesen Schmutz auf, während die gegnerische Presse viel milder darüber urtheilte. Das Schiedsgericht, das dann eingesetzt wurde, hat sich in etwa vier Sitzungen mit der Frage beschäftigt. Es konnte nicht festgestellt werden, daß sich Kießling durch 300 Mark habe bestechen lassen, wohl aber wurde erwiesen, daß Pistorius von dem Brauereibesitzer Kellermann in Hannover 500 Mark erhalten hat. Hiervon gab er 300 Mark an Kießling als Entschädigung für Arbeitsleistungen, da Kießling das hannover'sche Bier eingeführt und verschleißt hatte. Sonderbarerweise hat Pistorius von den 500 Mark 200 Mark für sich behalten, die er dann verrechnet hat. Es war eine sehr unnoble Handlungsweise von Pistorius, daß er zwei Jahre lang über diese Vorkommnisse schwieg und erst dann damit herausrückte, als er sich mit Kießling verfeindet hatte. Gegen

Kießling muß ferner der Vorwurf erhoben werden, daß er, ohne einen Schiedsspruch abzuwarten, sich mittels der Faust Recht verschaffte, er, der kräftigere gegen den schwächeren Mann. Wir sprechen unser Bedauern um so mehr über diesen Fall aus, als Beide alte und erprobte Parteigenossen waren. Kießling hat seine Pflicht während des Sozialistengesetzes in vollem Umfange gethan. Um so bedauerlicher ist es, daß sie hierbei ihre persönlichen Interessen über das Parteiinteresse stellten! Es war für uns unter diesen Umständen die Entscheidung über das Vorgehen Kießling's sehr schwer. Unsere Aufgabe war, möglichst zu vermitteln. Wir hoffen, daß es noch gelingt, den Frieden wieder herzustellen. Wir sind daher zu folgendem Beschluß gekommen:

Die Neuner-Kommission erklärt gegenüber der Beschwerde von **Pistorius** wegen seines Ausschlusses aus der Partei:

> Die gegen Pistorius angeführten Thatsachen sind an sich kein völlig genügender Grund, denselben aus der Partei auszuschließen. Dagegen herrsche unter den Braunschweiger Genossen schon seit längerer Zeit eine erklärliche Erbitterung gegen Pistorius, welche dieser durch unaufhörliche Reibereien und Intriguen hervorgerufen hatte. Das Bestreben, die Partei vor weiteren Schädigungen seitens Pistorius zu bewahren, hat zu dessen Ausschließung geführt.

Den Fall **Kießling** anlangend, erklärt die Kommission:

> „Die gegen Kießling angeführten Thatsachen reichen gleichfalls nicht aus, die gegen ihn getroffenen Maßregeln zu begründen, auch hat in gar keiner Weise erwiesen werden können, daß Kießling während des Braunschweiger Bierboykotts sich unlauterer Handlungen schuldig gemacht hat. Der Beschluß gegen Kießling entsprang vielmehr der Entrüstung über seine den Parteifrieden immer wieder störende Thätigkeit, zu welcher er ganz besonders die ihm übertragenen Ehrenämter ausgenützt hat. Da nun die Braunschweiger Beschlüsse mit überwältigenden Majoritäten gefaßt worden sind, so befürchtet die Kommission von der sofortigen Aufhebung derselben, daß ein neuer großer Zwiespalt unter den Braunschweiger Arbeitern entstehen würde. Die Kommission hält es für besser, vorläufig abzuwarten, bis eine größere Klärung der Parteiverhältnisse eingetreten ist, und giebt den Betreffenden anheim, sich von neuem an den Parteitag zu wenden.

Wir haben damit freilich keine der beiden streitenden Parteien befriedigt, aber wir haben den Ausgeschlossenen die Möglichkeit gewährt, daß ihnen, wenn sie wieder mitarbeiten wollen, die Thür offen steht. Ich bitte Sie, dem Beschluß beizutreten und richte zugleich an die Braunschweiger Genossen die Bitte, die Streitigkeiten, an denen doch nur unsere Gegner Freude haben, aus der Welt zu schaffen. (Beifall.)

Jäckh-Braunschweig: Gegen den vom Berichterstatter gegen mich erhobenen Vorwurf muß ich mich entschieden verwahren. Ich war es gerade, der die Angelegenheit zuerst im Innern der Partei erledigt wissen wollte. Aber es lag ein Beschluß des Arbeitervereins vor, die Sachen sofort, womöglich in der nächsten Woche vor eine Generalversammlung zu bringen. Ich habe vorgeschlagen, eine Kommission zur Prüfung der Beschwerden gegen Kießling zu wählen und das Material betr. die Verdächtigungen und Verleumdungen des Pistorius den Parteigenossen in meinem Blatte unterbreitet. Ich hielt dies für ebenso nützlich, als wenn die Angelegenheit nachher den Parteitag beschäftigen würde. Würde ich heute in einer ähnlichen Situation sein, so kann ich allerdings versichern, einen ähnlichen Artikel würde ich nicht veröffentlichen. (Beifall.) Wenn man aber so ganz frisch in einen solchen Hexenkessel wie Braunschweig kommt, so wirkt das auf die Nerven.

Der Antrag der Kommission wird ohne Debatte **angenommen.**

Da die Mandatsprüfungs-Kommission noch nicht mit der Zusammenstellung des Wahlresultats fertig ist, vertagt der Vorsitzende die Sitzung auf kurze Zeit. Nach der Pause erfolgt die **Verkündigung des Wahlresultats.**

Zum Ort für den nächsten Parteitag ist Hamburg mit 114 Stimmen gewählt. Mainz erhielt 50 und Hannover 17 Stimmen.

Bei der Wahl für den Geschäftsführenden Ausschuß wurden 194 giltige Stimmen abgegeben. Es erhielten Stimmen und sind gewählt: Foerster (194), Molkenbuhr (194), Pfannkuch (193), Gerisch (191), Koenen (190). Ferner erhielten Stimmen: Zetkin (2), Bömelburg (1), Metzger (1).

Das Resultat der Wahl der Kontrolleure ist: Von den 194 abgegebenen Stimmzettel sind 6 ungiltig. Die Zahl der giltigen Stimmzettel beträgt 188. Es erhielten Stimmen und wurden gewählt: Meister (159), Zetkin (118), Kaden (109), Klees (94), Dubber (91), Metzner (84), Oertel (76).

Weiter erhielten Stimmen: Meist (69), Herbert (58), Antrick (44), Timm (54), Weinheber (42), Schmidt-Magdeburg (41), Scherm (40), Hug (36), Berthold (28), Stolpe (9), Schleicher (1), Klemann (1).

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Vorsitzender **Singer:** Parteigenossinnen und Parteigenossen! Wir stehen am Schluß unserer diesjährigen Arbeiten. Wir werden nicht von hier scheiden wollen, ohne den Gothaer Genossen unseren besten Dank auszusprechen. Sie haben, soweit es ihnen bei den mißlichen Verhältnissen möglich war, alles aufgeboten, uns den Parteitag so angenehm als möglich zu machen. (Bravo!) Sollte unseren Gothaer Genossen eine oder die andere Aeußerung zu Ohren gekommen sein über manche Unbequemlichkeiten, so wissen sie, daß sich solche Aeußerungen nicht gegen sie richten. Noch kann sich ja die größte politische Partei Deutschlands gegenüber der Bourgeoisie die Lokale, in denen sie tagen will, nicht selbst wählen, und so mußten wir dem Vorschlage der Gothaer Genossen folgen. Aber wir haben es nicht zu bereuen gehabt, denn die Gothaer haben alles aufgeboten, um uns diese Mißlichkeit vergessen zu lassen. (Bravo!)

Unserer Tagesordnung gemäß bezogen sich unsere Arbeiten hauptsächlich auf die inneren Angelegenheiten der Partei. Wenn die gegnerische Presse geäußert hat, daß auf diesem Kongreß keine großen Fragen zur Entscheidung kommen würden, so hatte sie dazu anscheinend ein Recht. Aber wir wollen doch hervorheben, daß unser Weg zum Kongreß gleichzeitig ein Siegeszug für die Partei gewesen ist. (Bravo.) Wir haben die Nachrichten von den Siegen unserer Genossen in Gotha und Hessen erhalten und so wie diese Siege ein freudiger Willkommensgruß für den Kongreß gewesen sind, so ist die Thätigkeit unseres Parteitages selbst dazu angethan, die Partei in ihrem unaufhaltsamen Vormarsche zu kräftigen und zu stärken. (Bravo!)

Ohne Ueberhebung können wir sagen, daß uns der Verlauf des Kongresses vollkommen befriedigt. Auch da, wo es sich um erregte Auseinandersetzungen gehandelt hat, trat immer der ruhige, würdige und sachliche Ton zu Tage, der sich von persönlichen Verletzungen fernhält. (Sehr richtig!) Das, was unsern Gegnern angeblich zum Gaudium gereicht, die Offenheit und Deutlichkeit, mit der wir uns auszusprechen pflegen, das ist gerade die Stärke unserer Partei, das glänzendste Zeugniß für unsere Geschlossenheit und Einigkeit. (Bravo!) Dinge, die dem einen oder anderen unangenehm klingen, sind nicht im Stande, auch nur ein Atom von der Partei abzusprengen. (Bravo!)

Drei Fragen waren es, mit denen wir uns hauptsächlich zu beschäftigen hatten. Die Frauenfrage, bei der die Sozialdemokratie durch die Diskussion und die Annahme der Resolution sich entschlossen gezeigt hat, auch diesen dreifach, vom Kapital, vom Gesetz und vom Mann geknechteten Bürgerinnen die Befreiung aus ihrem Joch zu verschaffen. Auch hier hat sich erwiesen, daß nur die Sozialdemokratie im Stande ist, alle auf die Frauenbewegung bezüglichen Fragen ihrer endgiltigen Lösung entgegenzuführen. Nur mit und durch

den Sozialismus wird es gelingen, die Frau zu befreien, ebenso wie die Befreiung des ganzen Proletariats nur durch den Sozialismus möglich ist. (Lebhafter Beifall.)

Die zweite Frage: „**Kunst und Sozialismus**" hat in der Debatte über die „Neue Welt" die deutsche Arbeiterschaft auf der Höhe der geistigen Entwickelung gezeigt. (Lebhafter Beifall.) Mitten im tiefsten Elend und im Kampf ums tägliche Brot, ausgebeutet vom Kapital, entrechtet von der bürgerlichen Gesellschaft, strebt die deutsche Arbeiterschaft nach Geistesnahrung und will den höchsten Idealen des Menschenlebens, der Kunst, entgegeneilen. Welche Partei außer der unserigen kann sich noch eine solche Diskussion leisten? Welcher Partei ist die Kunst noch ein Leitstern für die Bahnen, die sie in Zukunft zu wandeln hat? (Lebhafter Beifall.)

Und die dritte Frage, die uns beschäftigt hat, die Frage der **gewerkschaftlichen Agitation** — denn auch sie gehört zu den großen Fragen — hat wiederum aufs neue die Entschlossenheit der Sozialdemokratie gezeigt, nicht abzuweichen von dem Wege, den sie nach dieser Richtung hin in so erfreulicher Weise beschritten hat. Wie seine Vorgänger hat auch dieser Kongreß in der markantesten Weise zum Ausdruck gebracht, daß jene Faseleien der bürgerlichen Presse von einer Gegnerschaft zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung nichts sind als ein Hirngespinnst, ein leeres Phantom. (Bravo!) Die Sozialdemokratie weiß, daß die Gewerkschaftsbewegung von der allergrößten Bedeutung ist. In den Gewerkschaften werden die Arbeiter zum Klassenbewußtsein erzogen und die Gewerkschaften liefern die Rekruten, liefern die Soldaten für die politische Partei. Wenn wir nach Lage der Verhältnisse, gezwungen durch die gesetzlichen Bestimmungen, auch getrennt marschiren, in der Stunde des Kampfes werden die Gewerkschaften und die Partei stets vereint schlagen. (Lebhafter Beifall.)

So dürfen wir — meine ich — befriedigt von unseren Arbeiten in die Heimath zurückkehren. Wir thun das in der Absicht, allüberall die Fahne der Sozialdemokratie hochzuhalten und dort, wo das noch nicht der Fall ist, sie zu entrollen. Fest in diesem Entschluß bringen wir, wie wir es immer thun, als Abschluß unserer Arbeiten und als Versprechen für den weiteren Kampf unserer Partei der deutschen Sozialdemokratie ein Hoch aus. Die deutsche Sozialdemokratie sie lebe hoch! hoch! hoch!

Mit Begeisterung stimmt der Parteitag dreimal in den Ruf ein.

Die Anwesenden erheben sich und singen stehend den ersten Vers der Arbeitermarseillaise.

Um 5¾ Uhr erklärt Singer den Parteitag für geschlossen.

Druckfehlerberichtigung. Seite 75 Zeile 13 von unten ist zu lesen: **und Antrag Berlin IV** statt: „und 91". Seite 76 Zeile 14 von oben: 48 **und Antrag Schreck** statt 48, 92. Seite 76 Zeile 17 von oben: **das badische Oberland** statt das bayrische Oberland. Seite 86 Zeile 1 von oben: den **Berliner** Antrag statt: Antrag 93. Seite 122 Zeile 22 von unten: **den Antrag 68 als Material u. s. w.** statt den Antrag 69.

Zusammenstellung der vom Parteitag gefaßten Beschlüsse.

I. Bericht des Parteitages.

Diskussion Seite 67—119.

Antrag Meister im Namen der Kontrolleure:

Dem Parteivorstand bezw. Geschäftsführenden Ausschuß sowie dem Kassirer ist Decharge zu ertheilen.

Anträge der Vorlage **36** (Herausgabe früherer Parteitagsbeschlüsse) und **58** (Herausgabe eines Eisenbahnarbeiterflugblattes).

Antrag Berlin IV:

Vor Ausschreibung der nächsten Reichstagswahl das bestehende Reichstags-Wahlgesetz und Wahlreglement in Broschürenform drucken und während der Wahlagitation besonders in den ländlichen Wahlkreisen vertheilen zu lassen.

Anträge der Vorlage **31** (Stellungnahme des „Vorwärts"), **47** (Boykott-Annoncen) und **52** (Streik-Annoncen).

Antrag der Berliner Delegirten:

Um den Anforderungen an die Presse, welche die Ausdehnung unserer Partei und die Konkurrenz der gegnerischen Presse steigert, Rechnung zu tragen, beantragen die Unterzeichneten:

der Partei-Ausschuß und die demnächst stattfindende Preßkonferenz wolle die Durchführung nachstehenden Antrages in Erwägung ziehen: Dem „Vorwärts" ist wöchentlich eine wissenschaftliche Beilage beizugeben, welche u. a. eine Uebersicht über hervorragende wirthschaftliche Vorgänge und eine technische Rundschau enthalten soll; den übrigen Parteiblättern, welche diese Beilage ihren Lesern bieten wollen, mögen annehmbare Bedingungen gemacht werden.

Antrag Bebel:

Der Parteitag wolle beschließen, die Parteileitung zu beauftragen, zu untersuchen, durch welche Maßnahmen das Defizit der „Neuen Welt" auf ungefähr 25 000 Mk. herabgebracht werden kann.

Der Parteileitung überwiesen:

Anträge der Vorlage **37** (Herausgabe einer Broschüre über Gesindeordnungen) und Antrag **54** (Agitation zur Abschaffung der Gesindeordnungen) mit der Abänderung, daß es heißt: „bei erster Gelegenheit" statt „im Laufe des nächsten Jahres".

II. Parlamentarische Thätigkeit.

Diskussion Seite 119—126.

Antrag Bebel:

Der Antrag 68 der Vorlage ist, soweit er auf die Unfallversicherung sich bezieht, der Fraktion als Material zu überweisen.

Antrag Eichhorn:

Die Reichstags-Fraktion soll einen motivirten Antrag behufs Veranstaltung einer Reichsenquete über Arbeitszeit und Arbeitslohn einbringen.

III. Arbeiterschutz.

Diskussion Seite 143—159.

Resolution Wurm betr. Achtuhr-Ladenschluß:

„Der gesetzliche Achtuhr-Ladenschluß, wie ihn die Reichskommission für Arbeiterstatistik vorschlug, ist nur ein durchaus ungenügendes Verbot der Nachtarbeit und entspricht keineswegs den berechtigten Ansprüchen der im

Handelsgewerbe beschäftigten Personen. Da aber deren kapitalistische Gegnerschaft dieses bischen Arbeiterschutz verweigert, weil angeblich durch ihn die Interessen der kaufenden, besonders der arbeitenden Bevölkerung benachtheiligt würden, erklärt der Parteitag, daß die Arbeiter für die Forderung der im Handelsgewerbe beschäftigten Personen eintreten, die Einführung des gesetzlichen Achtuhr-Ladenschlusses als keine Schädigung ihrer Interessen betrachten und selbstverständlich für diesen wie für jeden Schutz jeder Arbeiterkategorie eintreten."

Resolution Wurm betr. Arbeiterschutz und Achtstundentag:

„Der Parteitag erklärt: Die Agitation für den gesetzlichen Arbeiterschutz war und ist eine der wichtigsten Aufgaben der sozialdemokratischen Partei, wie sie dies bereits in ihrem Programm und in den Resolutionen der nationalen und internationalen Kongresse wiederholt ausgesprochen hat. Auch fernerhin wird sie ihre Kraft einsetzen, um durch die politische wie durch die gewerkschaftliche Agitation den gesetzlichen Achtstundentag zu erkämpfen und das Arbeiterrecht zu einem Bollwerk gegen kapitalistische Ausbeutung zu gestalten."

IV. Maifeier.

Diskussion 126—128.

Resolution Gerisch (S. 126).

V. Internationaler Kongreß.

Diskussion Seite 128—137.

Antrag der Vorlage 77 (Zustimmung zum Verhalten der deutschen Delegation).

VI. Frauenagitation.

Diskussion Seite 159—175.

Antrag der Vorlage 61 (Anschluß der Frauen an die Gewerkschaften).

Antrag Posselt, Baader, Zetkin und Genossen:

Der Parteitag empfiehlt den Genossen:

„In allen Orten, wo es zu ermöglichen, in öffentlichen Versammlungen die Wahl von weiblichen Vertrauenspersonen vorzunehmen. Die Aufgabe dieser Vertrauenspersonen ist: Aufklärung unter den proletarischen Frauen in politischer und gewerkschaftlicher Hinsicht, Erziehung zum und Stärkung des Klassenbewußtseins zu schaffen und eine diesen Aufgaben entsprechende planmäßige Agitation zu betreiben."

Antrag Mattutat und Genossen:

„Die Rede der Genossin Zetkin über die Frauenagitation wird gedruckt und als Broschüre verbreitet."

Resolution Zetkin S. 174/175 mit dem Amendement Meder, daß auch die Beseitigung der Gesindeordnung mit unter die Agitationsforderungen gestellt werde.

VII. Organisation.

Diskussion Seite 137—143.

Resolution Auer Seite 137.

VIII. Sonstige Anträge.

Diskussion Seite 177.

Antrag Gewehr:

„Die Vertrauensleute der einzelnen Orte resp. Reichstagswahlkreise sind verpflichtet, in jedem Jahre mindestens einmal über den Stand der Partei und die wichtigsten, die Partei interessirenden Vorkommnisse ihres Bezirkes der Parteileitung Bericht einzusenden."

Präsenz-Liste.

Name.	Wohnort.	Wahlkreis.
Adler, Eduard	Halberstadt	Halberstadt-Oschersleben-Wernigerode
Adler, Ernst	Lobenstein	Reuß j. L.
Agster	Stuttgart	9. bad. Wahlkreis
Albrecht, Adolph	Halle a. S.	Halle und Saalkreis
Alboldt, Carl	Berlin	Berlin III
Antrick, Otto	Berlin	Königsberg-Neumark und Berlin II
Appel Albert	Stettin	Stettin
Arons, L., Dr.	Berlin	Berlin II
Auer, J.	Berlin	
Baader, Ottilie	Berlin	Berliner Frauen
Bär, H.	Crefeld	Crefeld und Duisburg-Mülheim
Baerer, Heinrich	Harburg	17. hannover. Wahlkreis
Barthel, Wilhelm	Löbtau	6. sächs. Wahlkreis
Baudert, Aug.	Apolda	1. weimar. Wahlkreis
Bebel, A.	Berlin	
Beeck, Aug.	Lauenburg	Altona-Stormarn und Lauenburg
Beims, Hermann	Goslar	11., 12. und 13. hannov. Wahlkreis
Bérard, R.	Hamburg	1. westf. Wahlkreis
Berthold, Heinrich	Darmstadt	Darmstadt-Groß-Gerau
Beyer, Richard	Leipzig	12. und 13. sächs. Wahlkreis
Birk,	München	
Blos, W.	Stuttgart	
Bock, Wilh.	Gotha	
Bömelburg, Th.	Hamburg	1. Hamburger Wahlkreis
Brand, Ignaz	Frankfurt a. M.	Alsfeld-Lauterbach-Schotten
Brecour, Wilh.	Kiel	3. und 7. Schleswig-Holstein
Breil, Ernst	Hagen	Hagen-Schwelm
Brey, Aug.	Hannover	9. hann. Wahlkreis (Hameln-Springe)
Brinkmann, H.	Kassel	Kassel-Melsungen
Bringmann, W.	Nienburg a. W.	Nienburg a. d. W.
Broesche, Otto	Mühlhausen i. Th.	Mühlhausen-Langensalza u. Weißensee
Bruhns, J.	Wandsbeck	Altona-Stormarn und Lauenburg
Bruhns, Julius	Breslau	Liegnitz-Haynau, Breslau Ost u. West.
Bueb, J.	Mülhausen i. E.	Mülhausen i. Els.
Bunte, Fritz	Dortmund	Dortmund
Dahlen, Robert	Halberstadt	Halberstadt-Oschersleben-Wernigerode
David, Eduard	Mainz	Mainz-Oppenheim
Dietzschhold, O. F.	Hartmannsdorf	15. sächs. Wahlkreis
Dittrich, Hermann	Konstanz	1. badischer Wahlkreis
Döbert	Dessau	1. anhalt. Wahlkreis
Dreesbach, Aug.	Mannheim	12. bad. und Mannheim-Weinheim
Dubber, Erd.	Hamburg	

Name.	Wohnort.	Wahlkreis.
Ebert, Fritz	Bremen	Bremen
Ehrhardt, Fr. J.	Ludwigshafen	1. und 6. pfälz. Wahlkreis
Eichhorn, Auguste	Dresden	4. sächs. Wahlkreis
Eichhorn, Emil	Dresden	5. sächs. Wahlkreis u. Calau-Luckau
Elbert, Hans	Frankfurt a. M	Frankfurt a. M.
Emmel, L.	Saargemünd	Saargemünd-Forbach u. Saarbrücken
Erfurth, Fritz	Lauterberg a. H.	11., 12. und 18. hannover. Wahlkreis
Fabian, Aug.	Magdeburg	Magdeburg
Feldmann, Franz	Langenbielau	Schweidnitz-Freiburg-Striegau, Reichenbach-Neurode, Frankenst.-Münst.
Fischer, Richard	Berlin	
Flemming, Bruno	Bielau	Schneeberg-Stollberg
Forkert, Ernst	Solingen	Solingen
Förster, Herm.	Hamburg	
Frohme, Carl	Hamburg	
Gerisch, A.	Hamburg	
Gerlach, Ferdinand	Halberstadt	Wanzleben
Gewehr, Wilhelm	Elberfeld	Elberfeld-Barmen und Mayen-Anweiler-Cochem-Adenau-Zell
Geyer, Friedrich	Leipzig	
Gilek, Fritz	Arnstadt	Schwarzburg-Sondershausen
Götze, Franz	Meerane	Glauchau-Meerane
Graßhold, Herm.	Berlin	Berlin VI
Greiffenberg, Marie	Berlin	Berliner Frauen
Grenz, Ernst	Leipzig	12. und 13. sächs. Wahlkreis
Grillenberger	Nürnberg	
Groth, E	Rostock	Rostock-Doberan u. Schwerin-Wismar
Gurtschke, Wilh.	Berlin	Berlin IV
Günther, Aug.	Braunschweig	3. braunschweigischer Wahlkreis
Hause, Emil	Waldheim	10. sächs. Wahlkreis
Haug, Friedrich	Freiburg i. B.	2., 5. u. 7. bad. Wahlkr. u. Lörrach
Heine, Johs.	Ottensen	6. Schleswig-Holstein
Heinrichs, Frau	Neusalz	Grünberg-Freiberg, Sagan-Sprottau
Heissener, Chr.	Mühlhausen	Mühlhausen-Langensalza-Weißensee
Herbert, Fritz	Stettin	
Hildenbrand, Carl	Stuttgart	1. Württemb. Wahlkreis
Hofmann, Arthur	Saalfeld	2. Meiningen (Saalfeld)
Hofmann, Franz	Chemnitz	
Hoffmann, Carl	Bielefeld	Herford-Halle
Hofrichter, A.	Köln a. Rh.	Köln und Kreuznach-Simmern
Holzapfel, Friedrich	Nordhausen	Nordhausen
Hoppe, Otto	Höhscheid bei Solingen	Solingen
Hug, Paul	Bant	Oldenburg, 1. u. 2. und 1. Hannover
Hugo, Wilhelm	Eschwege	Eschwege-Witzenhausen-Schmalkalden
Hülle, Gustav	Erfurt	Erfurt u. Sangerhausen-Eckartsberga
Jäckh, G.	Braunschweig	Braunschweig Stadt
Jahn, Heinr.	Greiz	Reuß ä. L.
Kaden, Aug.	Kötzschenbroda	
Kambach, Friedrich	Hirschberg	Hirschberg-Schönau

Name.	Wohnort.	Wahlkreis.
Kähler, W.	Wandsbeck	Frauen u. Mädchen v. Schlesw.-Holst.
Keßler, Gustav	Berlin	Calbe-Aschersleben
Kiesel, Max	Berlin	Berlin VI
Kirsch, Christian	Schmalkalden	Eschwege-Witzenhausen-Schmalkalden
Kleemann, Paul	Leipzig	Fürth-Zirndorf und Hersbruck
Klees, Wilhelm	Magdeburg	
Kleinfeldt, H.	Hamburg	Hamburg III
Knauff, Otto	Reinickendorf	Nieder-Barnim
Koenen, H.	Hamburg	
Kolb, Wilhelm	Karlsruhe	10. bad. Wahlkreis
Köppe, Richard	Dresden-A.	5. sächs. Wahlkreis
Krewinkel, Hubert	Aachen	Aachen
Krumm, Eduard	Gießen	Wetzlar-Altenkirchen
Krüger, Aug.	Spremberg	Cottbus-Spremberg
Krüger, Rudolf	Königsberg	Königsberg (Ostpr.)
Kunisch, Franz	Düsseldorf	Düsseldorf
Kutsche, Karl	Hannover	15. hannov. Wahlkreis
Lang, Emil	Mylau	Eisenach-Dermbach
Laumann, Max	Wailar	Auerbach-Reichenbach (22. sächs.)
Lehmann, Julius	Leipzig	12. und 13. sächs. Wahlkreis
Legien, K.	Hamburg	
Lehmann, Gustav	Dortmund	Bochum-Witten-Gelsenkirchen
Lesche, Friedrich	Altona	Altona-Stormarn und Lauenburg
Leutert, Paul	Apolda	3. weimar. Wahlkreis
Leven, Wilhelm	Gera	Reuß j. L.
Liebknecht, Wilh.	Charlottenburg	
Löwenherz, Johanna	Neuwied	Mayen-Ahrweiler, Cochem-Adenau-Zell und Neuwied
Löwenstein, Gabriel	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf
Lütgenau, Franz	Dortmund	
Mahlke, Heinrich	Flensburg	2. schlesw.-holst. Wahlkreis
Martikke	Hamburg	Hamburg III und 5. schlesw.-holst. Wahlkreis
Mattutat, Hermann	Augsburg	Augsburg-Wertingen, Immenstadt-Kempten-Lindau
Meder, Wilhelmine	Leipzig	12. und 13. sächs. Wahlkreis
Mehnert, Bruno	Chemnitz	Chemnitz
Meist, Carl	Cöln	Lennep-Remscheid-Mettmann
Meister, Heinrich	Hannover	
Menkel, Julius	Ruhla	2. weimar. Wahlkreis
Mertz, Georg	Cronberg a. T.	1. nassauischer Wahlkreis
Metzger, Wilhelm	Hamburg	
Metzner, Theodor	Berlin	
Michaelis, Emil	Waldenbg. i. Schl	Waldenburg
Michels, Wilhelm	Kalk	Köln-Land
Molkenbuhr, Herm.	Hamburg	
Möller	Weimar	Merseburg-Querfurt
Müller, Conrad	Schkeuditz	Schweinfurt
Müller, Heinrich	Berlin	Glatz-Habelschwerdt
Müller, Franz	Kamenz	1., 2. und 3. sächs. Wahlkreis
Nitzschke, Ernst	Großenhain	7. sächs. Wahlkreis
Neumann, Paul	Nowawes	Teltow-Beeskow-Charlottenburg

Name.	Wohnort.	Wahlkreis.
Oertel, Carl	Nürnberg	Würzburg
Ostermann, Gustav	Rixdorf	Teltow-Beeskow-Charlottenburg
Paetzold, Gustav	Eisenach	Eisenach-Dermbach
Paul, Gustav	Velten	Potsdam-Osthavelland
Pfannkuch, W.	Hamburg	
Pfarr, Johann	Berlin	Berlin VI und West-Priegnitz
Pogarell, Carl	Dresden	4. sächs. Wahlkreis
Posselt, Reinold	Weißensee	Nieder-Barnim
Priebs, Gustav	Pirna	8. sächs. Wahlkreis
Quarck, Max	Frankfurt a. M	2. Hessischer Wahlkreis Wiesbaden
Rauch, Friedrich	Limmer	8. u. 10. hannov. Wahlkreis, Hildesheim
Raue, Carl	Iserlohn	Altena-Iserlohn
Recknagel, Karl	Weißenfels	Naumburg-Weißenfels-Zeitz
Reinsdorf, Ernst	Pegau	14. sächs. Wahlkreis
Reißhaus	Erfurt	
Richter, Max	Löbtau	VI. sächs. Wahlkreis
Riem, Gustav	Wurzen	Wurzen-Oschatz-Grimma
Ritter, Hermann	Görlitz	Görlitz
Röhn, Emil	Berlin	Berlin IV
Sachse, Herm.	Planitz	18. sächs. Wahlkreis
Stadthagen, Arthur	Berlin	
Schauder, Adolf	Ohrdruf	Gotha-Siebleben
Scheidemann, Ph.	Gießen	Gießen-Grünberg-Nidda u. Marburg-Kirchhain-Frankenberg-Söhl
Scherm, Joh.	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf
Scheuing, Friedrich	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Schippel, Max	Berlin	
Schmalfeld, J. H.	Bremerhaven	19. hannover. Wahlkreis
Schmidt, Fritz	Bad Nauheim	Friedberg-Büdingen
Schmidt, Hermann	Berlin	Berlin III
Schmidt, Robert	Berlin	Berlin V
Schmidt, Albert	Magdeburg	
Schmidt, Wilh.	Frankfurt a. M.	
Schmitt, Franz	München	München
Schrader, Christian	Bramsche	Osnabrück (4. hannov.)
Schreck, Carl	Bielefeld	Bielefeld-Wiedenbrück
Schleicher, Anton	Metz	Metz und Diedenhofen-Bolchen
Schoenlank, Bruno	Leipzig	
Schöpflin, Georg	Frankfurt a. O.	Sorau-Forst und Frankfurt-Lebus
Schultze, Carl	Königsberg i. Pr.	
Schumacher, Carl	Mülheim a. Rh.	Mülheim-Wipperfürth, Gammersbach
Schumann, Bruno	Bielefeld	Lippe-Detmold
Schuster, Alwin	Berlin	Berlin I
Schwartz, Th.	Lübeck	Lübeck
Seige, Paul	Pößneck	Meiningen II
Sellbeck, Carl	Werden (Ruhr)	Essen
Sidow, Otto	Brandenburg a H.	Brandenburg-Westhavelland
Singer, Paul	Berlin	
Steenfatt, Fr.	Hamburg	Hamburg III
Stein, Philipp	Hochstadt	Hanau-Gelnhausen-Orb
Stolle, Wilh.	Gesau	
Stolpe, Hermann	Danzig	Danzig-Stadt und Lüben-Bunzlau

Name.	Wohnort.	Wahlkreis.
Tabert, Heinrich	Luckenwalde	Jüterbogk-Luckenwalde-Zauch-Belzig
Thiele, Adolf	Halle	Mansfelder Kreise
Timm, Johannes	Berlin	Berlin I
Trautewein, Aug.	Quedlinburg	Calbe-Aschersleben
Ulrich	Stuttgart	2. württemberg. Wahlkreis
Ulrich, Carl	Offenbach	Offenbach-Dieburg
Valdix, Wilhelm	Schmölln	Sachsen-Altenburg
Vogel, Emil	Vilbel	Friedberg-Büdingen
Vogel, Lina	Netzschkau	Auerbach-Reichenbach
Vogel, A.	Barmen	Barmen-Elberfeld
Voigt, Emil	Berlin	Ober-Barnim und Berlin IV
Völk, Heinrich	Schney	Kronach-Lichtenfels
Walter, Anton	Coburg	Coburg
Walther, Carl	Chemnitz	16. sächs. Wahlkreis. Chemnitz
Wehder, Peter Ed.	Sonneberg	Meiningen I
Weinheber, Paul	Hamburg	Hamburg II
Wentzel, Wilhelm	Königslutter	Braunschweig II
Wichtendahl, Heinr.	Celle	14. hannover. Wahlkreis
Wiehle, Richard	Hannover	8. hannover. Wahlkreis
Winter, Franz	Frankenhausen	Schwarzburg-Rudolstadt
Wolf, Heinrich	Dietharz	Gotha
Wöllner, Klara	Zwötzen	Reuß j. L.
Wurm, Emanuel	Berlin	
Zebisch, Georg	Bernburg	2. anhalt. Wahlkreis
Zenker, Adolf	Minden i. Westf.	Minden-Lübbecke
Zimmer, R.	Freiberg i. Sachs.	Freiberg-Oederan-Hainichen
Zetkin, Clara	Stuttgart	
Zorn, Georg	Fürth	Fürth-Erlangen

Als Gäste waren anwesend:

Vliegen, Wilh., Mastricht, für die holländische Sozialdemokratie.
Schumeier, Franz, Wien, für die österreichische Sozialdemokratie.

Vor Schluß des Parteitages sind abgereist:

Beims-Goslar. — Band-Fürth. — Erfurth-Lauterberg. — Haug-Freiburg. — Emil Lang-Mylau. — Schleicher-Metz. — Schmidt-Nauheim.

Sach- und Sprech-Register.

Die Ziffern bedeuten die Seitenzahl; die eingeklammerten Ziffern (A. 1) beziehen sich auf die fortlaufend nummerirten Anträge der Vorlage.

Zuschriften und Telegramme.

Agram. Parteiausschuß der Sozialdemokratie Kroatiens.
Amsterdam. Genossen.
Berlin. Verband deutscher Zimmerleute.
Budapest. Ungarische sozialdemokr. Partei.
Celle. Genossen.
Dresden. Arbeiter-Bildungsverein.
Dresden. Genossen des 5. Sächsischen Reichstagswahlkreises.
Einbeck. Versammelte Genossen in Meyer's Odeon.
Eschwege. Genossen.
Essen. Genossen.
Fraureuth. Volksversammlung.
Grüne. Rothe Schmiede.
Kaiserslautern. Organisirte Arbeiterschaft.
Kirchheimbolanden. Genossen.
Langenberg. Konferenz des Reuß'schen Landtagswahlkreises.
Langensalza. Die Tuchmacher.
Leipzig. Mitglieder des Sängerbundes Vorwärts.
Lille. Ein Genosse.
London. Kommunistischer Arbeiterbildungs-Verein Tottenham Court Road 49.
London. Russisch-polnische Sozialisten.
London. Edward und Eleanor Marx-Aveling.
London Friedrich Leßner.
Lwow. Sozialdemokratie Westgaliziens.
Madrid. Komité der sozialistischen Partei.
Mailand. Italienische Genossen.
Naunhof. Genossen.
Neustadt (Koburg). Genossen.
Neustadt (Koburg). Ein Genosse.
Neu-Vorwerk b. Dassow. Genossen.
Paris. Deutscher sozialdemokratischer Leseklub.
Pforzheim. Genossen.
Plauen i. Voigtl. Genossen und Genossinnen.
Roubaix. Arbeiterpartei.
Schönebeck a. Elbe. Genossen.
Schöningen. Genossen
Stadtoldendorf. Genossen.
Weimar. Freie Turnerschaft.
Wien. Arbeiterorganisation in Baden (Nieder-Oesterreich).
Zürich. Landesausschuß deutscher Sozialisten.

Druck von Max Bading, Berlin SW., Beuth-Straße 2.

Buch der Jugend.

Für die

Kinder des Proletariats

herausgegeben
von

Emma Adler.

In Prachtband gebunden 2 Mark. — Porto 30 Pfg.
15 Bogen gr. Lexikonformat.

Auf allen Parteitagen, in der Presse wie aus den Reihen der Parteigenossen heraus ertönt seit Jahren der Ruf nach einem guten Buch für die heranwachsende Arbeiter-Jugend. Herausgeberin und Verlag haben sich bemüht, ein solches der jungen deutschen Proletarierwelt auf den Weihnachtstisch zu legen — ein Buch, das nicht nur den Durst nach Wissen und Unterhaltung stillen soll, sondern das in seinem ganzen Inhalt auch vom Geiste der Liebe und Freiheit durchtränkt ist, zu der wir unsere Jugend erziehen wollen.

Der Inhalt ist ungemein reichhaltig: Märchen, Gedichte, Erzählungen, Bilder aus dem Arbeiter- und Fabrikleben, gesellschafts- und naturwissenschaftliche Aufsätze, Biographien wirklich großer Männer (Goethe, Rafael u. s. w.) Unter den Mitarbeitern begegnen wir daher nicht blos Schriftstellernamen von gutem Klange, sondern selbstverständlich auch bekannten Sozialisten: Dr. **Adler**, **Bebel**, **Liebknecht**, **Vandervelde**, **Henckell**, **Jacoby** u. A. m. Und auch **Arbeiter** haben aus ihrem Leben und aus ihrer Erfahrung Beiträge geliefert, die mit zu den besten des Buches zählen.

Das **Buch der Jugend** — hoffen wir — wird sich die Herzen und Köpfe der deutschen Arbeiter-Jugend erobern, so daß wir nächstes Jahr einen zweiten Band folgen lassen können.

Buchhandlung Vorwärts.

Druck von Max Bading, Berlin SW.